

Colectivo Situaciones u.a.

Que se vayan todos!
Krise und Widerstand in Argentinien

Aus dem Spanischen übersetzt von
Stefan Armbrorst

Herausgegeben von
Ulrich Brand

Assoziation A

Das Buch beruht auf der argentinischen Originalausgabe
Colectivo Situaciones: Apuntes para el nuevo protagonismo social
(erschienen bei Ediciones De mano en mano, April 2002).

In Spanien ist das Buch bei Virus Editorial (www.comalter.net/virus)
und in Italien unter dem Titel
Piqueteros. La rivolta argentina contro il neoliberalismo im Verlag
DeriveApprodi (www.deriveapprodi.org) erschienen.

Die Mitglieder des Colectivo Situaciones sind:

Edgardo Fontana
Natalia Fontana
Verónica Gago
Fabio Romanella
Mario Santucho
Sebastián Scolnik
Diego Sztulwark

© der deutschsprachigen Ausgabe
Berlin, Hamburg, Göttingen, März 2003:

Assoziation A
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Tel.: 030-69582971
E-Mail: asoziation-a@t-online.de

ISBN 3-935936-19-2

Lektorat + Satz: theb
Titelgestaltung: kv
Druck: Winddruck Siegen

Inhaltsverzeichnis

<i>Ulrich Brand</i> E inleitung: Spurensuche nach neuen Formen emanzipativer Politik	7
<i>Colectivo Situaciones</i> Vorwort: Für einen neuen sozialen Protagonismus	19
<i>Colectivo Situaciones</i> Der 19. und 20. Dezember: Ein Aufstand neuen Typs	27
<i>Horacio González</i> Die Nacht des 19. Dezember	52
<i>León Rozitchner</i> Den Bann des Schreckens brechen	60
<i>La Escena Contemporánea</i> Das Ende der menemistischen Kultur und die Ambivalenz nationaler Symbole	63
<i>Colectivo Situaciones</i> Vielfalt und Gegenmacht in den Erfahrungen der Piqueteros	69
<i>MTD Solano</i> Die Zeiten der Bewegung	95
<i>Colectivo Situaciones</i> Plünderungen und soziale Netze: Eindrücke vom 19. und 20. Dezember	105
<i>Colectivo Situaciones</i> »Asambleas«: Die Versammlungen in den Stadtteilen	116
<i>Luis Zamora</i> Eine paradoxe Situation: die Repräsentation von der Repräsentation aus negieren	130
<i>Raúl Zibechi</i> Zum Produzieren braucht es keine Chefs Besetzte Fabriken als Teil der Bewegung	135

<i>Alix Arnold</i>	
Besetzte Betriebe: Anmerkungen zum Dilemma der Selbstverwaltung im Kapitalismus	146
<i>Colectivo Situaciones</i>	
Über den Tausch zu einer neuen Ökonomie Praxis und Probleme der Tauschnetzwerke in Argentinien	152
<i>Stefan Thimmel</i>	
Tauschbörsen: Gescheitertes Experiment oder Erfahrung für die Zukunft?	161
<i>Alix Arnold</i>	
H.I.J.O.S. – den Tätern keine Ruhe lassen	173
<i>Colectivo Situaciones</i>	
Diffuse Netze: Von der politischen Illusion zu neuen Formen der Gegenmacht	180
<i>Stefan Armborst und Colectivo Situaciones</i>	
Herrschaft – Krise – Widerstand Chronologie der jüngsten Geschichte Argentiniens	203
Zu den AutorInnen	220

Einleitung: Spurensuche nach neuen Formen emanzipativer Politik

Ähnlich wie Ende 1994 Mexiko stand im Dezember 2001 Argentinien für kurze Zeit im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit. Während jedoch einige Jahre zuvor die Finanzkrise in dem zentral-amerikanischen Land mit schnellen internationalen Finanzhilfen gemeistert wurde, versagten die potenziellen Geldgeber sieben Jahre später jegliche Unterstützung. Fünf Präsidenten gaben sich um Weihnachten 2001 innerhalb von knapp zwei Wochen die Klinke der Casa Rosada, des Präsidentenpalastes an der Plaza de Mayo in Buenos Aires, in die Hand. Anfang Januar übernahm der Peronist Eduardo Duhalde das Amt.

Ähnlich wie in Mexiko kam die Krise nicht unerwartet, sondern spitzte sich im Jahr vorher zu. Nach einer dreijährigen Wirtschaftskrise beschleunigte sich im Verlauf des Jahres 2001 die Kapitalflucht, weil das berühmt-berüchtigte »Vertrauen« der internationalen – aber auch argentinischen – Anleger fehlte. Dramatisch wurde die Situation, als am 30. November an einem einzigen Tag die privaten Sparer 1,3 Milliarden Pesos (damals noch 1,3 Mrd. US-Dollar entsprechend) von ihren Konten abhoben. Am 1. Dezember verfügte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo die Einfrierung der Sparguthaben, den sog. Corralito (»Pferch«), um die vom Zusammenbruch bedrohten Banken und die Parität von argentinischem Peso und US-Dollar zu schützen. Es durften monatlich nur noch maximal 1.000 US-Dollar pro Konto abgehoben werden. Bei denen, die überhaupt so viel Geld hatten, machte sich die Angst breit, dass zum einen der Verfügungsrahmen weiter eingeschränkt werden würde. Zum anderen drohten weitere Verluste im Fall eines Zwangsumtausches der Dollarguthaben in argentinische Pesos, weil dieser von einer Abwertung bedroht war.

Die Ursache der Krise liegt zum einen in der für viele peripherkapitalistische Länder andauernden internationalen Abhängigkeit, die zuvorderst darin besteht, dass die Form der Integration in den Weltmarkt eine dynamische bürgerlich-kapitalistische Entwicklung

nur selten zulässt. Die jüngste Krise in Argentinien ist aber auch dadurch gekennzeichnet, dass das neoliberale Projekt mit einer Militärdiktatur (1976-1983) begann und die während dieser Zeit drastisch anwachsende Auslandsverschuldung nach der Abdankung der Militärs zu einem Knebel für jegliche nicht-neoliberale Wirtschaftspolitik wurde. Dies bekam die erste demokratisch gewählte Regierung unter Raúl Alfonsín in den 80er Jahren deutlich zu spüren. Das sich nach dem Moratorium Mexikos im Sommer 1982 herausbildende internationale Schuldenregime zielte nicht darauf ab, die damit einhergehenden Lasten zwischen nördlichen und südlichen Ländern und Banken gleichmäßig zu verteilen. Vielmehr setzten sich die im sog. Londoner (internationale Großbanken) und Pariser Club (G7-Länder) zusammengeschlossenen Gläubiger mit ihren Interessen durch: nämlich den Schuldendienst (Zins und Tilgung) zu sichern. Die Regierungen der verschuldeten Länder wurden zu sog. Strukturanpassungsprogrammen (SAP) gezwungen, wenn sie *fresh money* erhalten wollten. Diese Programme sahen eine Verringerung des Defizits der öffentlichen Haushalte, eine drastische Rücknahme sozialpolitischer Funktionen des Staates, Währungsabwertung, wirtschaftliche Außenöffnung und eine Liberalisierung des Finanzsektors sowie die – besonders umstrittenen – Privatisierungen vormals öffentlicher Unternehmen vor. Das überragende Ziel bestand darin, Mittel für den Schuldendienst freizumachen. Federführend wurden hier zwei internationale Institutionen, in denen die metropolitanen Länder das Sagen hatten, nämlich der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Die Politik der SAP wurde später, dem Sitz von IWF und Weltbank folgend, als *Washington Consensus* bezeichnet.

Der Neoliberalismus ist aber nicht nur ein von außen aufgezwungenes Wirtschaftsmodell, sondern ein Klassenprojekt der herrschenden Eliten, denen sich angesichts eines prekären Akkumulationsmodells in den 70er Jahren mit der Auslandsverschuldung eine alternative Möglichkeit der Reichtumbildung bot, indem sie günstige Kredite aufnahmen. Diese wurden nicht für produktive Investitionen genutzt, sondern ins Ausland auf Konten mit höheren Zinsen transferiert.

In den 90er Jahren kam im sich immer stärker entindustrierenden Argentinien ein zweiter Weg der Reichtumbildung hinzu. Unter dem mit links-nationalistischen Wahlkampfversprechen im Jahr 1989 gewählten peronistischen Präsidenten Car-

los Menem kam es zu einem umfassenden Privatisierungsprogramm. In den Jahren 1992/1993 flossen 21 Milliarden US-Dollar ins Land. Dem neoliberalen Modell zufolge war das positiv, denn Auslandsinvestitionen wurden als wichtiger Beitrag zur Entwicklung angesehen. Allerdings handelte es sich zu zwei Dritteln um Unternehmensaufkäufe im Zuge von Privatisierungen: Das Telefonnetz, die Fluglinie *Aerolíneas Argentinas*, die Erdölgesellschaft, Teile des Straßennetzes, die Rentenversicherung sowie die Buslinien und das Wassernetz in Buenos Aires gehörten zu den prominentesten Fällen. Zu Beginn und Mitte der 90er Jahre gab es vorübergehend hohe Wachstumsraten – samt der prompten Rede vom *milagro argentino* (argentinischen Wunder) –, aber von einer ökonomischen Stabilisierung konnte nicht gesprochen werden.

Das neoliberale Projekt Menems hatte zunächst eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Die Überbewertung der einheimischen Währung durch eine zehn Jahre aufrechterhaltene 1:1-Bindung an den US-Dollar ermöglichte zusammen mit sinkenden Zöllen billige Importe, von denen insbesondere die Mittelklassen profitierten. Die Währungsparität ermöglichte zusammen mit Auslandskrediten und Privatisierungen eine niedrige Inflation. Nach zwei Hyperinflationen zu Beginn und Ende der 80er Jahre mit traumatischen Alltagserfahrungen (1989 betrug sie 4.800 Prozent) und immensen Umverteilungswirkungen von unten nach oben war die niedrige Inflation eine zentrale Legitimationsgrundlage neoliberaler Politik. Dabei konnte sich Menem – im Gegensatz zu seinem Vorgänger Alfonsín und seinem Nachfolger de la Rúa – der Unterstützung einer wichtigen gesellschaftlichen Kraft in Argentinien sicher sein: der peronistischen Gewerkschaften. Sie führten gegen die beiden nicht-peronistischen Präsidenten mehrere Generalstreiks durch, hielten aber unter Menem still.

Das Erstaunliche im Dezember 2001 war so weniger die Krise, sondern die Reaktion der argentinischen Bevölkerung. Wurde ihr doch nach der mörderischen Militärdiktatur, einer von Wirtschaftskrisen begleiteten Redemokratisierung in den 80er Jahren und einer neoliberalen Musterregierung unter Menem politische Apathie und Zerstrittenheit zugeschrieben. Wenn Linke aus Westeuropa nach Lateinamerika blickten, dann in den 80er Jahren nach Mittelamerika und in den 90er Jahren eher nach Brasilien zur Arbeiterpartei PT und Landlosenbewegung MST, nach Uruguay zu einer breiten Linken in der *Frente Amplio* und natürlich in den

letzten Jahren nach Mexiko und Ecuador, wo indigene Bewegungen ein emanzipatives Projekt vorantrieben. Argentinien? Nada.

Das (überwundene?) Erbe des Peronismus

In der Tat lag und liegt eine politische Linke im klassischen Sinne in Argentinien daneben. Das hat neben der Militärdiktatur mit dem widersprüchlichen peronistischen Erbe zu tun. Der Peronismus geht auf die 1940er Jahre zurück, als Juan Domingo Perón (zusammen mit seiner Ehefrau Evita Perón) dazu beitrug, als Arbeits- und Sozialminister und später als Präsident die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung zu verbessern. Gründungsmythos ist der 17. Oktober 1945, als auf Betreiben der US-Regierung der Minister Perón wegen seiner »antiimperialistischen« Äußerungen festgenommen wurde. Eine gewaltige Massenmobilisierung erreichte seine Freilassung und knüpfte die symbolischen Bande zwischen dem national-populistischen Führer und seinem Volk.

Mit seiner populistischen Politik stand er damals nicht alleine, denn auch in anderen lateinamerikanischen Ländern konnten nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise seit 1929 und angesichts eines gewissen Spielraums im Zuge der Blockkonfrontation eigenständige nationale Wirtschaftspolitiken durchgesetzt werden: vom Staat induzierte Industrialisierung, Stärkung des Binnenmarktes, aktive Außenhandelspolitik, eine gewisse Umverteilung. Diese Politiken waren Ausdruck eines Klassenkompromisses. Perón wurde von der traditionellen Oligarchie und der Kirche gehasst, grenzte aber auch nicht-peronistische Linke aus. Teil des Klassenkompromisses war der Aufbau starker, eng an den Staat und die peronistische Partei gebundener Gewerkschaften, die keine unabhängige ArbeiterInnenvertretung duldeten. Der frühe Peronismus verbesserte die Lebensbedingungen, verschaffte den Lohnabhängigen zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte eine gewisse politische Macht, setzte erhebliche materielle Rechte für Frauen durch. Dies alles war verkörpert in den peronistischen Verbänden und der peronistischen Partido Justicialista (Gerechtigkeitspartei) – geschah jedoch in engen und kontrollierten Bahnen. Der »Sozialpakt« in Argentinien, der auf einer antiimperialistischen Rhetorik, aber auch Praxen der Verstaatlichung ausländischer Unternehmen basierte, wurde von der Industriebourgeoisie teilweise gestützt.

Der Peronismus hatte immer verschiedene Flügel und machte Metamorphosen durch. Alejandro Horowicz schreibt in seinem Buch *Los cuatro peronismos*, dass die Uneinheitlichkeit und Diskontinuität seine zentralen Merkmale seien. Nach der knapp zehnjährigen Präsidentschaft Peróns bis zu einem Militärputsch 1955 entwickelte sich ein »Peronismus im Widerstand«, der entscheidend zu den breiten Volksbewegungen seit Ende der 60er Jahre beitrug. Mit Héctor Cámpora gewann ein linker Peronist die Wahlen am Ende einer weiteren Militärdiktatur (1966-1973) und gab sein Amt an Perón ab. Der Peronismus basierte in dieser Phase auf der Industriebourgeoisie und den radikalen sozialen Bewegungen. Beide Peronismen bekämpften sich aufs Schärfste und teilweise mit Waffengewalt. Die peronistische Linke glaubte zu Lebzeiten Peróns, den »Alten« von einer progressiven Politik überzeugen zu können. Er sei von den falschen Leuten »eingekreist«, und man müsse ihm mit Massendemonstrationen die Augen öffnen für das, was die Bevölkerung wolle. Perón selbst, der am 1. Juli 1974 starb, hatte für die sozialrevolutionären Vorstellungen nichts übrig. Der offizielle Peronismus – und das waren auch die Gewerkschaften, aus deren Reihen besonders viele vor und nach dem Putsch ermordet wurden – widersetzte sich der Militärdiktatur ab 1976 nicht. Der Klassenkompromiss wurde von oben endgültig aufgekündigt. Die peronistische Linke, die zum Opfer ihrer unklaren populistisch-linksnationalistischen Rhetorik wurde, hatte dem nur wenig entgegenzusetzen. In den 80er Jahren und noch stärker nach dem Wahlsieg Menems in den 90ern entwickelt sich der Peronismus zu einer neoliberalen Partei. Heute hat der Peronismus nichts mehr zu bieten. Er wurde unter Menem restlos diskreditiert. Korruption und die Tradition eines autoritären Caudillismo bestimmen sein Bild. Wichtig wird in Zukunft sein, inwieweit die Linke sich von ihrem peronistischen Erbe befreien und die disziplinierende Macht der Gewerkschaftsbürokratie brechen kann.

Zum Anliegen des Buches

Die Interpretationen der aktuellen Ereignisse in Argentinien sind vielfältig und speisen sich aus widersprüchlichen Alltagserfahrungen und politischen Entwicklungen. Zweifellos muss zuerst gesehen werden, dass sich die materiellen Lebensbedingungen der meisten Menschen dramatisch verschlechtert haben. Die Einschätzung der

Widerstände reicht von einem Versinken der Bevölkerungsmehrheit in Depression bis hin zur Feststellung einer revolutionären Situation, wobei letztere Perspektive eher außerhalb Argentiniens vertreten wird. Viele, auch hierzulande, sehen im nicht von links gefüllten »Machtvakuum« das Hauptproblem. »Da passiert ja ohnehin nichts«, ist die immer wieder zu hörende Einschätzung. »Es gibt keinen politischen Akteur, der Alternativen vorantreiben könnte.« Allerdings, und das wird in diesem Buch sehr deutlich, muss der Begriff der Alternativen selbst problematisiert werden. Es geht eben nicht um jene großen Entwürfe, welche die konkreten Erfahrungen ignorieren oder funktionalisieren. Das gilt auch für eine radikale und häufig avantgardistische Linke. Aus argentinischer Perspektive schreibt das Colectivo Situaciones: »Die erträumten Aufstände sind immer (im)perfekter und unmöglicher als die realen, die sich nicht an die karikaturhaften Reste einer verschlissenen Avantgarde anpassen.«

Wir wollen mit diesem Band keine Großinterpretation der jüngsten Geschehnisse in Argentinien vorlegen. Das Buch ist außerdem keine »realitätsgerechte« Darstellung der Ereignisse. Wer sich dazu informieren möchte, sei beispielsweise auf den informativen Reader des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile/Lateinamerika (FDCL) oder das Sonderheft der *Revista de Información y Documentación* Lateinamerika zu Argentinien verwiesen.

In den versammelten Beiträgen geht es zentral um die Ereignisse, die am 19./20. Dezember 2001 kulminierten und den Ausgangspunkt für weitere Prozesse darstellten. Die Perspektive, aus der die sozialen Prozesse der letzten Jahre betrachtet werden, ist aber kein »positivistisches« Festhalten der Geschehnisse, sondern gleicht einer Spurensuche. Der Blick soll auf die kapillaren emanzipativen Veränderungen jenseits von Regierungspolitik, der nächsten Verhandlungsrunde mit dem IWF oder den anstehenden Wahlen gerichtet werden. Wie und wo entstehen rebellische Subjektivität und Ansätze neuer Formen der Vergesellschaftung in den spezifischen Lebensumständen der Menschen in Argentinien? Wie äußert sie sich, was sind ihre Potenziale, ihre Widersprüche und ihre Grenzen?

Die Mitglieder des Colectivo Situaciones und die anderen AutorInnen nehmen diese fragende und tastende Perspektive ein. Jenseits der – damit nicht unwichtig werdenden – makropolitischen und makroökonomischen Sichtweisen werden die widersprüchli-

chen Erfahrungen jener in den Blick genommen, die sich aus ganz unterschiedlichen Motivationen wehren und konkrete Alternativen entwickeln. Darin schaffen sie neue Räume und Erfahrungen, geraten an Grenzen. Interessant ist dabei, dass dies zunächst ohne große Visionen geschieht. Aus der Ablehnung des Bestehenden heraus entstehen nicht Visionen, sondern alternative Praxen. Diese sollen nicht romantisiert werden, dazu sind sie zu prekär. Und Romantisierung hat allzu oft zu Enttäuschungen geführt. Nein, es geht zunächst darum, diese Erfahrungen, die sich aus vorhergehenden historischen Kämpfen speisen, zur Kenntnis zu nehmen. Eine Aufgabe der Bewegungen und ihrer zukünftigen Entwicklung wird u.a. darin bestehen, sich durch die desaströsen Niederlagen der argentinischen Linken hindurchzuarbeiten.

Die AutorInnen dieses Buches suchen an den Rändern der jüngsten Entwicklungen nach neuen Erfahrungen, nämlich nach Bewegungen, welche die etablierten und in die Krise geratenen Formen von Politik und die damit verbundenen Denkweisen in Frage stellen. Das »positive Nein« stellt eine schwierige Absetzbewegung von bisher herrschenden politischen, repräsentativen und institutionellen Formen dar. Eine solche Suche ist immer vom Scheitern bedroht, aber der einzige Weg, der Zukunftsperspektiven eröffnen kann. Diese Spurensuche verdichtet sich zu einem Bild sich vollziehender und möglicher gesellschaftlicher Veränderungen. Die Perspektive wird im Vergleich zu vielen Darstellungen umgekehrt: Es geht nicht um die Größenordnung der Ereignisse und auch nicht darum, wie Aufsehen erregend sie sind, sondern um die Praktiken, welche durch sie ermöglicht werden.

Der Fokus liegt von daher auf den neuen Bewegungen, die sich den klassischen Sichtweisen entziehen. Denn – und das ist keineswegs denunzierend gemeint! – die dominante Form des Sich-Wehrens bleibt auch im heutigen Argentinien eher traditionellen Politikmustern verhaftet. In diesen geht es zuvorderst um den Aufbau einer machtvollen Bewegung, die im gesellschaftlich-politischen Leben eine Rolle spielt. Die damit verbundene Gefahr besteht darin, dass es zu einer Orientierung an der »großen«, d.h. staatlichen Politik kommt und die Bewegungen sich auf die herrschenden (partei-)politischen Logiken einlassen.

Das Colectivo Situaciones hat sich eine interessante Methode zu Eigen gemacht. Ihre sog. *investigación militante* (militante Untersuchung) will keine »Wahrheit« über die Ereignisse herausfinden,

sondern es geht vielmehr darum, sich öffnende Handlungsperspektiven auszuloten. Sie bilden Thesen, um die Wirklichkeit zu begreifen, um Denkräume zu eröffnen. Reflexion findet daher in Auseinandersetzung mit den ProtagonistInnen selbst statt und wird mit eigenen Überlegungen angereichert. Sie betrachten nicht die Gesamtheit der Bewegung, sondern das entstehende Neue. Mit ihren Worten: die »zapatistischen« Teile der Bewegungen. Denn die RebellInnen im südostmexikanischen Bundesstaat Chiapas haben besonders nachdrücklich darauf insistiert, dass die herrschenden Formen der Politik – und nicht nur ihre Inhalte – ein zentrales Problem für emanzipative Praxen darstellen. Ihre Antwort darauf ist kein Alternativmodell, sondern ein Vorschlag, den unsicheren Weg fragend-reflektierend zu gehen, Lern- und Erfahrungsprozesse als konstitutiv anzusehen. *Preguntando caminamos* – so lautet die zentrale Kategorie der Zapatistas.

In dem Buch wird u.a. deutlich, dass Kategorien wie »Inklusion/Exklusion« sehr problematisch sind, weil sie Zuschreibungen sind, die den Sinn der Kämpfe bzw. der Kämpfenden nur unzureichend wiedergeben. Geht es überhaupt, so die Frage, den Menschen im heutigen Argentinien um Inklusion? Ist nicht die Etikettierung der »Ausgeschlossenen« als solche eine entmächtigende Form der Inklusion?

Die sich in den verschiedenen Prozessen verdichtenden Erfahrungen und Perspektiven lassen sich nicht auf einen »Nenner« bringen. Die Kategorien der Gerechtigkeit, Autonomie und Würde – nicht abstrakt, sondern immer sehr konkret und materiell zu verstehen – sind vielleicht noch am ehesten geeignet, Verschiedenes zu verbinden. Das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2003 hat gezeigt, dass gerade der Begriff der Autonomie in sehr verschiedenen emanzipativen Kämpfen in Lateinamerika einen zentralen Bezugspunkt darstellt. Verbinden bedeutet aber nicht Vereinheitlichen. Vielmehr geht es heute darum, inwieweit sich an verschiedenen Orten und in konkreten Auseinandersetzungen Resonanzen bilden. Ein Denken in der Kategorie der Resonanzen ermöglicht auch, eine zentrale Schwäche der argentinischen Linken zu überwinden – nämlich ihre fehlende Bereitschaft, das Neue zu begreifen. Oder um es mit den Worten von León Rozitchner zu sagen: »Es geht nicht darum, von der Linken zu fordern, sie solle einen Schritt zurückgehen. Vielmehr ist sie aufgefordert, die neuen Bewegungen zu begleiten und erneut in der Schule des Alltags

zu lernen, um so mit den versteinerten Schematismen der Vergangenheit zu brechen.«

Eine interessante Kritik wird auch an Teilen der sog. globalisierungskritischen Bewegung formuliert. Dort »lassen sich zwei Tendenzen erkennen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sich an der Konstituierung alternativer Zentren orientieren und so – mit der Absicht, der derzeitigen ungerechten Globalisierung eine gerechtere Globalisierung entgegenzustellen – die Zerstreung organisieren möchten. Auf der anderen Seite befinden sich diejenigen, die auf die Mannigfaltigkeit setzen und argumentieren, dass wenn die Globalisierung eine Eigenschaft des Kapitalismus ist, es dem Widerstand zukomme, die Welt zu »entglobalisieren.«

Die Kämpfe an verschiedenen Orten sind nicht als immer größer werdender Strom zu verstehen, der irgendwann die Verhältnisse umstürzt. Die Kämpfe können voneinander wissen und lernen, aber dies stellt keine Erfolgsgarantie dar. Denn, so eine weitere These gegen Ende des Buches und durchaus kritisch gegen die sog. globalisierungskritische Bewegung gewendet, die expliziten Netze laufen immer Gefahr, die in den konkreten Kämpfen liegenden Potenziale nicht nur nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern zu verfälschen. Die diffusen Netze, um die es im letzten Kapitel geht, sind daher entscheidend. In diesem Zusammenhang entwickelt das *Colectivo Situaciones* auch eine pointierte Kritik am »Mythos des Globalen«. Dieses Buch stellt auch die weit verbreitete nord-westliche Überheblichkeit in Frage, wonach nur in den Zentren des Kapitalismus eine ernst zu nehmende linke Theorieproduktion stattfindet. Die vom *Colectivo Situaciones* eingenommene situationistische Perspektive stellt die Erfahrungen der kämpfenden Menschen und das darin enthaltene Potenzial emanzipativer Veränderung ins Zentrum der Analyse. Dazu machen sie einige Vorschläge, die Streitbar und anregend sind. Die Überlegungen des *Colectivo*, die sich theoretisch in der Tradition des Situationismus (Guy Debord), Poststrukturalismus (Gilles Deleuze) und Postoperaismus (Toni Negri) verstehen, sind keine gesicherten Einsichten, sondern Hypothesen.

Einiges wird Widerspruch erzeugen. Mir selbst erscheint das herausgearbeitete Neue teilweise etwas »lokalistisch«, d.h. emanzipative Veränderungen können scheinbar nur im direkten Lebensumfeld stattfinden. Das »konkrete Universelle«, wie es genannt wird, scheint nur am konkreten Ort zu existieren. Institutionelle

Kämpfe oder die Ebene internationaler Auseinandersetzungen scheinen wenig Raum zu haben, Fragen des Erfahrungsaustauschs drohen dabei unterschätzt zu werden. Auch das Amalgam ihrer poststrukturalistisch inspirierten radikalen Subjektkritik und ihr emphatischer Bezug auf die neuen Subjekte – insbesondere die Piqueteros – irritiert eher, als dass es zu weiter gehenden Einsichten beitragen würde. Und schließlich unterschätzen sie aus ihrer Perspektive dann doch etwas, was man die Strukturebene nennen könnte. Für die Analyse der strukturellen Veränderungen scheinen sie sich nicht besonders zu interessieren, sondern bleiben hier mit der an Karl Polanyi angelehnten Metapher der »Marktgemeinschaft« diffus. Doch es käme m.E. auch darauf an, in den sich verändernden politisch-ökonomisch-kulturellen Strukturen Gestaltungsspielräume für emanzipative Bewegungen zu identifizieren. Das widerspricht nicht der Form der »militanten Untersuchung«, sondern wäre ein wichtiges Komplement. Beim Colectivo Situaciones scheint es, dass die Multitude im Sinne Toni Negris voluntaristisch den »Knoten« hin zu alternativen Formen der Vergesellschaftung durchschlagen könnte.

Und dennoch: Das Buch vermittelt nicht nur die aufregenden Erfahrungen der jüngsten Kämpfe und Auseinandersetzungen in Argentinien, sondern ist auch theoretisch anregend. Nicht vergessen werden sollte, dass das Buch relativ neue Phänomene zu begreifen versucht, für welche die theoretischen Begriffe noch in einer kollektiven Debatte entwickelt werden müssen.

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich weitgehend um gekürzte und überarbeitete Kapitel aus dem im vergangenen Jahr erschienenen Buch des Colectivo Situaciones »19 y 20. Apuntes para el nuevo protagonismo social« (Der 19. und 20. Dezember: Anmerkungen zu dem neuen sozialen Protagonismus). Dazu kommen einige Originalbeiträge (u.a. von Alix Arnold zu den besetzten Fabriken und von Stefan Thimmel zu den Tauschringen).

Die Mitglieder des Colectivo Situaciones waren in den 90er Jahren in der Gruppe El M.A.T.E. (Movimiento Amplio de Transformación Estudiantil – Breite Bewegung studentischer Transformation) aktiv. Diese Gruppe war an der Universität, in Stadtteilen, unabhängigen Gewerkschaften sowie bei den H.I.J.O.S. und den Madres de Plaza de Mayo aktiv und hatte zeitweise fast einhundert aktive Mitglieder. Die aktuell sieben Leute des Colectivo entschieden sich vor etwa drei Jahren, sich stärker der investigación

militante (militante Untersuchung) zu widmen und gründeten eine neue Gruppe.

Neben den AutorInnen sei an dieser Stelle besonders dem in Spanien lebenden Übersetzer und Freund Stefan Armborst gedankt. Er hat nicht nur eine exzellente Übersetzungsarbeit geleistet, sondern stand auch hinsichtlich der Auswahl der Texte mit Rat zur Seite. Seine Compañera Marisa García Mareco, selbst exilierte Argentinierin, konnte einige knifflige Fragen klären. Besonderer Dank gebührt auch dem Verleger, Theo Bruns, der sich engagiert in den Entstehungsprozess des Buches einmischte. Ein Verleger, wie man ihn sich als Autor oder Herausgeber wünscht. Finanzielle Unterstützung gab es von der Kommune Niederkaufungen, vom AstA der Uni Köln, vom AstA der Uni Kassel, vom Lateinamerika-Komitee Nürnberg, von der Aktion Selbstbesteuerung sowie privat von Markus Wissen und Wiebke Dreier, Unterstützung bei den Korrekturen von Helen Schwenken. Auch hierfür muchas gracias.

Das Wissen um die Erfahrungen emanzipativer sozialer Prozesse in anderen Teilen der Welt ist ein wichtiger Teil linker Praxis und Reflexion. Wenn das Buch bei den LeserInnen dazu etwas beiträgt, dann hat sich der nicht unerhebliche Aufwand gelohnt.

Kassel, im März 2003

**Vorwort:
Für einen neuen sozialen Protagonismus**

Der Aufstand des 19. und 20. Dezember in Argentinien hatte eine doppelte Stoßrichtung. Zum einen beinhaltet er ein klares »Nein« zur kapitalistischen Art und Weise, das politische und wirtschaftliche Leben zu organisieren. Zum anderen ging es in ihm darum, Kategorien und Mentalitäten zu entwickeln, in denen der sich schon seit langem im Verborgenen herausbildende neue soziale Protagonismus Gestalt gewinnen kann. Diese beiden Aspekte des jüngsten sozialen Widerstands in Argentinien wollen wir anhand dreier verschiedener, aber miteinander verflochtener Dynamiken nachzeichnen.

I.

Die erste Dynamik speist sich daraus, dass der neue Protagonismus in seinen vielfältigen Formen vor der Herausforderung steht, seine soziale Produktion und Reproduktion zu gewährleisten. Hier hat in der Praxis bereits eine aktive Suchbewegung begonnen. In ihr geht es darum, die eigenen Fähigkeiten zu erweitern und zu stärken, sich mit alternativen Netzen materieller Produktion untereinander zu verknüpfen bzw. diese selbst aufzubauen. Gesucht und ausprobiert werden also Organisationsformen, die über die – im Prozess der Stadtteilversammlungen entstandene und dort verankerte – kollektive und demokratische Diskussion hinausgehen und Praktiken entwickeln, welche eine wirkliche materielle Vergesellschaftung des eigenen Tuns beinhalten.

Dies ist also die erste Entwicklungsdynamik, die es herauszustreichen gilt: das Erproben alternativer Lebensformen, die parallele Kreisläufe der Produktion, der Verteilung und des Konsums von Gütern und Kenntnissen fördern und die den permanenten Versuch darstellen, alltäglich und konkret die soziale Reproduktion zu gewährleisten – einschließlich der damit verbundenen Erfolge und Misserfolge.

Was diesen ersten Aspekt angeht, so möchten wir die Entwicklung zweier in Argentinien heute grundlegender Praxisformen genauer betrachten: die Bewegung der Stadtteilversammlungen (Asambleas) sowie die Netzwerke der Tauschringe (Trueques). Auch wenn in der letzten Zeit die Teilnahme an den Versammlungen zurückgegangen ist, so haben sich doch kleinere Gruppen von VersammlungsaktivistInnen konsolidiert, die sich der Aufrechterhaltung bestimmter Aktivitäten widmen. Die Dynamik der Versammlungen ist also von einer gegenläufigen Bewegung gekennzeichnet: Eine abnehmende Teilnahme steht im Kontrast zur Vergrößerung der Vielfalt. Dies hängt nicht zuletzt davon ab, wie sich die Beziehung zwischen den politischen Parteien und den NachbarInnen gestaltet. Aufgrund von Konflikten mit den alten Kadern der Linken verlassen an der Basis Engagierte manchmal die Versammlungen, um sich anderen konkreten Aufgaben zu widmen. Andere verbleiben in den Versammlungen und halten eine oft spannungsgeladene Zusammenarbeit mit den Parteikadern aufrecht.

In den vergangenen Monaten entstanden zwei Initiativen, welche die Bewegung der Versammlungen charakterisierten. Die erste ist die Besetzung verlassener Gebäude, die sich formal im Eigentum des Staates oder der Gemeinden bzw. in Privateigentum befinden. Diese Besetzungen dienen zur Durchführung von gemeinschaftsbezogenen und kulturellen Aufgaben und sind Teil einer Strategie der Wiederaneignung des eigenen Stadtviertels. Diese Strategie rückt immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Praxis der Versammlungen, wohingegen in den ersten Wochen nach dem Aufstand im Dezember 2001 praktische Optionen vorherrschten, die vor allem an das Auf und Ab der landesweiten politischen Gesamtlage geknüpft waren.

Die zweite Initiative ist die Verknüpfung der Versammlungen mit den von ArbeiterInnen nach der offiziellen Schließung durch die privaten EigentümerInnen in Eigenregie weitergeführten Produktionsstätten und Betrieben. Bis jetzt beinhaltet diese Beziehung vorwiegend den Versuch, sich gegenseitig zu unterstützen. Dazu gehört die Förderung von – noch unter prekären Bedingungen arbeitenden – Netzen der Alternativökonomie, in denen die Betriebe ihre Produkte verkaufen können und konkrete politische Solidarität gegen staatliche Repression und die drohende Räumung der Produktionsanlagen finden. Darüber hinaus haben sich die

Versammlungen der Cartoneros angenommen. Hierbei handelt es sich um Menschen aus den Vorstädten von Buenos Aires, die sich dem Aufsammeln von verwertbarem Müll, vor allem von Papier und Karton, widmen. Aus dieser noch neuen Verbindung entstand bei einem Teil der Versammlungen der Impuls zur Gründung von selbstorganisierten Volksküchen und Kinderkrippen bzw. -gärten.

Seit jetzt schon sieben Jahren weitet sich die Bewegung der Tauschringe aus. Sie bilden eine erstaunliche alltägliche Praxis solidarischer Ökonomie, welche in Argentinien derzeit eine bemerkenswerte Größenordnung erreicht hat. Diese Form des Tausches hat sich in der Tat zu einer parallelen Ökonomie ausgeweitet. Längst ist er kein marginales Phänomen mehr, sondern die spezifische Art und Weise, in der Millionen von Menschen einen Gutteil ihrer Existenzprobleme lösen und viele darüber hinausgehende Bedürfnisse befriedigen. Die Tauschpraxis ist eben nicht nur eine Überlebensstrategie. Sie umfasst vielmehr alternative Praktiken im Umgang mit Geld und Waren, d.h. mit deren Herstellung, Verteilung und Verbrauch. Der solidarische Tausch bricht mit den Distributionsstrukturen des formalen Marktes und setzt auf die Herausbildung und Festigung von Vergesellschaftungsformen, die sich nicht am kapitalistischen Markt orientieren oder von diesem bestimmt sind.

Wenn die enorme Ausweitung der Tauschringe sich auch zeitgleich mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise vollzog, so kann dieses Phänomen alternativer Ökonomie doch nicht auf die Suche nach der Lösung individueller Überlebensprobleme reduziert werden. Die ProsumentInnen, in welchen sich die Funktionen von ProduzentInnen und VerbraucherInnen neu zusammenfinden, umfassen alle Bereiche des alltäglichen Lebens (Gesundheitsdienste und Medikamente, Handwerksdienstleistungen, Computerwissen und vieles mehr).

II.

Die zweite Dynamik, die in den Stadtteilversammlungen virulent geworden ist, bezieht sich auf die Debatte darüber, wie der im Dezemberaufstand entstandenen Losung *Que se vayan todos* (Alle sollen abhauen!) Sinn verliehen werden kann.

Angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahlen wollen einige diese Losung wahlstrategisch umsetzen und fordern eine ver-

fassunggebende Versammlung, die das politische Mandat neu bestimmen und die bisherigen Mandatsträger komplett austauschen würde. Dieser Vorschlag stammt von Sektoren, die mit den vorhandenen Links- bzw. Mitte-Links-Parteien sympathisieren. Diese drohen mit einer umfassenden Wahlenthaltung für den Fall, dass die derzeit gültige Wahlgesetzgebung nicht radikal verändert wird, und beschwören ihre Treue zu den sozialen Bewegungen. Die traditionellen Parteien dagegen lehnen diese Initiative als undurchführbar ab.

Auf der anderen Seite steht der Versuch, ein Bündnis aller Piquetero-Organisationen zu erreichen. Dieser Vorstoß besaß vor allem in den ersten Monaten nach dem Dezemberaufstand eine enorme Attraktivität und wurde mit großem Schwung vorgetragen. Für diese Initiative sprach, dass sie die Herausbildung eines neuen sozialen Protagonismus anerkannte. Gleichzeitig war sie jedoch zu sehr von der traditionellen Zentrierung auf die Machtfrage geprägt, ohne sich zu fragen, inwieweit der neue Protagonismus überhaupt von der grundsätzlichen Infragestellung dessen zu trennen ist, was üblicherweise als »Politik« bezeichnet wird.

Vor unseren Augen erscheinen gegengesellschaftliche Strukturen, die aus vielfältigen – nicht immer in sich konsistenten und unterschiedlich effektiven – Netzwerken bestehen, deren Mitglieder aber von einer tiefen Skepsis gegenüber allen angeblich über Wahlen zu erreichenden Lösungen geprägt sind. In diesen Strukturen wird das »Alle sollen abhauen!« in die Praxis umgesetzt, auf sie gründet sich eine alternative soziale Produktion und Reproduktion.

Schließlich sei noch eine dritte Dynamik erwähnt, nämlich die innere Schwäche und Zerbrechlichkeit dieser alternativen Erfahrungen angesichts der Kräfte, die Argentinien in ein wahres »Niemandland« zu verwandeln beabsichtigen, um eine brutale Rekolonialisierung des sozialen Raums zu bewerkstelligen. Wir sind heute mit einer wachsenden legalen und illegalen Repression konfrontiert, welche die aus komplexen und pluralen Netzen bestehende Bewegung direkt angreift, wobei die Piquetero-Organisationen im Zentrum des Angriffs stehen.

Am 26. Juni 2002 wurden mit Darío Santillán und Maximiliano Costeki zwei Mitglieder der Arbeitslosenkoordination Coordinadora de Trabajadores Desocupados Aníbal Verón ermordet. Die Repression gegen die sozialen Bewegungen tritt sowohl in staatlicher Uni-

form als auch in einer ganzen Palette anderer Vorgehensweisen auf. Sie stützt sich auf ein Recycling von Personen, die im Dienste der letzten Militärdiktatur gestanden und deren Methoden übernommen haben. Wir sprechen hier von polizeiähnlichen Söldnergruppen, pöbelnden Halbstarckenbanden mit Mafiakontakten sowie den Sicherheitsunternehmen, die sich zu wahren Privatarmeen entwickelt haben und im direkten Dienst von Konzernen oder Gruppierungen der politischen Macht stehen. Die verschiedenen Ausdrucksformen der Repression beweisen, dass der Angriff auf radikale gesellschaftsverändernde Praxen nicht unbedingt eine einheitliche Form aufweisen muss. Nicht immer ist ein klassischer Staatsstreich nötig, um die Gewalt gegen emanzipatorische Initiativen zu eskalieren. Schließlich kann die Repression auch in der Gestalt auftreten, die Bewegung in »Sektoren« aufzuteilen, um sie bewusst ihrer Schlagkraft zu berauben und sie organisatorisch zu zerstreuen und zu schwächen.

III.

Die den Dezemberereignissen zugrunde liegenden Strukturen haben sich bis heute im Wesentlichen nicht geändert. Die Krise der Institutionen (Minderheitsregierung), der Legitimität (durchgehende Ablehnung der Parteien und politischen Köpfe, schwindelerregend hoher Grad an Korruption im öffentlichen und privaten Bereich), der Politik (Hegemoniekrise aufgrund der Unfähigkeit, ein Projekt nationaler Integration umzusetzen), der Wirtschaft (fortgesetzte Anwendung des Neoliberalismus und Zerstörung der produktiven Basis des Landes), der Finanzen (Fortdauer der Zahlungsunfähigkeit und des Ressourcentransfers in die industriellen Zentren des Kapitalismus) sowie des sozialen Lebens ist ungebrochen: Rekord bei der Arbeitslosenrate, immer prekärere Lohn- und Arbeitsbedingungen und eine durch die Privatisierungen hervorgerufene und sich immer weiter beschleunigende Zerrüttung des sozialen Kompromisses, auf dem der Wohlfahrtsstaat und dessen Leistungen an die BürgerInnen, vor allem im Bereich der Gesundheit und der öffentlichen Bildung, beruhte.

In Argentinien ist der Staat als Garant nationaler Integration nicht mehr funktionsfähig. Das will sagen, dass er die von ihm vormals erfüllten Aufgaben, wie zum Beispiel die Ausübung des Gewalt- und Geldmonopols, nicht mehr erfüllt. Unsere These ist,

dass der Staat trotz dieser Entwicklung nicht von der Bühne verschwinden wird. Die Akteure emanzipatorischer Gegenmacht werden weiter mit einem Staat konfrontiert sein, der seine Fähigkeiten zur Repression und zur Kooptation pflegen und ausbauen wird.

Wir haben es also mit einem gesellschaftlichen Panorama zu tun, in dem ein bankrotter neoliberaler Staat, ein sich konsolidierendes und ausdehnendes mafioses Netz, das den Staatsapparat und Teile der Massenmedien kontrolliert, sowie eine wachsende, aber immer noch unter prekären Bedingungen existierende Gegenmacht von unten gleichzeitig existieren.

In diesen Monaten hat die »Bewegung der Bewegungen« gemeinsame Charakteristika herausgebildet: die positive Einschätzung organisatorischer Autonomie und horizontaler Interdependenz, eine klare Vorstellung über den heute grundlegenden sozialen und politischen Konflikt sowie eine eingespielte Solidarität zwischen Gruppen, die zu punktuellen Anlässen zusammentreffen, in denen es vor allem um die staatliche Repression geht. Dazu gesellt sich die Überzeugung, durch das eigene Engagement sowie die gemeinsam eingesetzte Kraft einen Zukunftshorizont geöffnet zu haben, der sich von den bekannten Wissensbeständen und den traditionellen das Soziale und das Politische betreffenden Denkweisen und Gewohnheiten radikal unterscheidet.

IV.

Es wurde zu Recht festgestellt, dass der Nationalstaat nur sehr begrenzt als Rahmen taugt, wenn nach einer Szenerie für eine künftige Revolution gesucht wird. Über die Frage hinaus, was unter »Nation« zu verstehen ist, ist es offensichtlich, dass die argentinische Gesellschaft sich in einem Schnittfeld von Kraftlinien befindet, die weit über die territoriale Einheit des Landes hinausweisen. Tatsächlich führen die neoliberalen Politiken heute zu weit reichenden Verwerfungen in einer ganzen geografischen Region. Zur Zeit sind vor allem Brasilien und Uruguay betroffen, obwohl diese Länder keineswegs so gelehrige Schüler der internationalen Finanzinstitutionen waren wie Argentinien. Aber auf je eigene Weise haben auch sie es nicht vermocht, sich der Kultur und den politischen Strategien des real existierenden Kapitalismus zu entziehen.

Die politische Situation in jedem dieser Länder unterscheidet sich stark voneinander, aber ihr Schicksal ist eng miteinander verknüpft. Die Krise der Region ist unübersehbar geworden. Wie schon vor Jahrhunderten erscheint Lateinamerika heute als ein ausgebeutetes Territorium, aber auch als Ort der Hoffnung. Die Zapatistas haben wie wenige andere auf diese Janusköpfigkeit hingewiesen. Das Gleiche tun heute die argentinischen Piqueteros. Und diese Zwiespältigkeit lädt auch uns dazu ein, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Buenos Aires, im Januar 2003

Der 19. und 20. Dezember: Ein Aufstand neuen Typs

Ein Aufstand ohne Subjekt

Der Aufstand des 19. und 20. Dezember 2001 in Argentinien hatte keinen Urheber. Es gibt keine verfügbaren politischen oder soziologischen Theorien, um die über 30 Stunden hinweg ununterbrochen sich entfaltenden Geschehnisse in ihrer ganzen Breite und in ihrer Logik verständlich zu machen. Schwierig wird diese Aufgabe durch die Menge an individuellen und kollektiven Geschichten, die mangelnde Abstimmung untereinander sowie den Niedergang der Repräsentationen, die unter anderen Bedingungen in der Lage gewesen wären, diesen Ereignissen in organisierter Weise Sinn zu verleihen.

Es erweist sich als schwierig, die Intensität und Pluralität der Kämpfe intellektuell zu erfassen, die sich bei den Cacerolazos (Kochtopfdemonstrationen) des 19. sowie der offenen Konfrontation des 20. Dezember verknüpft haben. Eins nach dem anderen versagten die gebräuchlichen Interpretationsmuster: die politische Verschwörung, die verdeckte Hand obskurer Interessen oder die finale Krise des Kapitalismus.

Selbst auf der Straße war nicht leicht zu verstehen, was vor sich ging. Was weckte die Energie bei Menschen, die so lange in Lethargie verharrt hatten? Was wollten die vielen sich versammelnden Leute? Wollten sie das gleiche wie ich? Wie lässt sich dies in Erfahrung bringen? Ist es überhaupt wichtig, das zu wissen?

Zunächst in den Stadtvierteln von Buenos Aires, dann auf der Plaza de Mayo waren die verschiedensten Parolen zu hören. »Wer nicht mithüpft, ist ein Engländer«. – »Wer nicht mithüpft, ist ein Militär«. Oder: »Vaterlandsverräter an die Wand.« »Cavallo – du bist ein Schwein«. – »Argentinien, Argentinien«. Und am häufigsten wurde am 19. Dezember geschrien: »Den Ausnahmezustand könnt ihr euch sonst wohin stecken.« Und später das erste »Que se vayan todos«. Das Potpourri der Demosprüche ließ in der Gegen-

wart die Kämpfe der Vergangenheit neu aufscheinen: gegen die Diktatur, gegen den Malwinen-Krieg 1982 (engl. Falklands; damit wollten sich die Militärs am Ende ihrer Herrschaft patriotische Unterstützung sichern), gegen die Straffreiheit der Völkermörder, gegen die Privatisierung des öffentlichen Eigentums usw. Die Slogans überlagerten sich nicht und ebenso wenig konnten Gruppen identifiziert werden, die schon vor der dort versammelten Menge existierten. Alle, zu einem Kollektiv vereint, sangen die Sprüche einen nach dem anderen. Zur gleichen Zeit kam es auf allen Straßen zu Aktionsformen, die von den Piqueteros her bekannt waren: Barrikaden, das Anzünden von Material, das Blockieren von städtischen Verkehrsadern.

Die intensivsten Augenblicke dieser beiden Tage ließen die Sprache überflüssig werden. Nicht weil die sich bewegenden Körper sich in Schweigen hüllten. Dies war ganz und gar nicht der Fall. Sondern weil die Parolen in ungewöhnlichen Bedeutungsmustern zirkulierten. Die Sprache funktionierte auf andere Art und Weise. Sie klang zusammen mit den Kochtöpfen. Sie ersetzte diese nicht, sondern begleitete sie. Aber sie bezog sich auf keine Forderung, transportierte keinen festgelegten Sinn. Die Worte bedeuteten nichts, sie klangen nur. Es war nicht möglich, aus ihnen zu lesen, sondern nur ihre neu erlangte besondere Funktion zu begreifen: Sie brachten die akustischen Ressourcen der dort Versammelten zum Ausdruck, als kollektive Bestätigung des Möglichen. Ausgehend von Fragmenten, die sich in einem einheitlichen und zugleich unbestimmten Willen gegenseitig anzuerkennen begannen, gewannen die Worte an Konsistenz.

Das Volksfest – denn der 19. Dezember ist in Argentinien ein Feiertag – dehnte sich aus. Es handelte sich um das Ende der terrorisierenden Auswirkungen der Diktatur sowie die offene Herausforderung eines von der Regierung ausgerufenen Ausnahmezustands. Gleichzeitig wurde die Überraschung gefeiert, ProtagonistInnen einer historischen Tat zu sein. Und dies, ohne sich als jeder Einzelne die persönlichen Gründe der anderen erklären zu können.

Die Abfolge war in der ganzen Stadt dieselbe: von der Angst zur Wut, auf den Balkon, auf die Terrasse, an die Straßenecke ... Und einmal dort angekommen war nichts mehr wie zuvor. Ein Mittwoch. Für einige war es 22 Uhr 30, für andere 23 Uhr. In den Innenhöfen und auf den Straßen ergab sich eine noch nie da ge-

wesene Situation. Tausende von Menschen erlebten zur gleichen Zeit eine Transformation: »ergriffen« zu werden von einem unerwarteten kollektiven Prozess. Gefeierte wurde auch, dass die Fiesta noch möglich war. Und die Entdeckung starker sozialer Wünsche, die in der Lage sind, Tausende Einzelschicksale zu verwandeln.

Dabei kam es zu keinem Versuch, die Dramatik der Situation zu leugnen. Die um sich greifende Freude setzte sich nicht über die Sorgen und den Kampfeswillen jedes und jeder Einzelnen hinweg. Es handelte sich um den gleichzeitigen spannungsgeladenen Zusammenprall all dieser Elemente. Gegriffen wurde zu archaischen Formen des Ritus, zu einer simulierten Teufelsaustreibung, deren Sinn – so würden die AnthropologInnen sagen – die Wiederentdeckung der Fähigkeiten der Masse, des Kollektiven, des Nachbarschaftlichen zu sein schien. Jede und jeder Einzelne durfte innerhalb von Minuten zu Entscheidungen gekommen sein, die gewöhnlich schwierig zu treffen sind. Vom Fernseher wegzugehen. Mit sich selbst und den anderen ins Gespräch zu kommen. Sich zu fragen, was sich denn in Wirklichkeit abspielte. Nur für einige Sekunden dem intensiven Impuls zu widerstehen, mit dem Kochtopf in der Hand auf die Straße zu gehen. Sich behutsam anzunähern, um sich daraufhin in unvorhergesehene Richtungen mittragen zu lassen.

Einmal auf der Straße, brachten Barrikaden und Feuer in den Straßen die NachbarInnen zusammen. Und von dort aus die Ortsveränderung, um zu sehen, was an anderen nahe gelegenen Straßenecken los war. Und die Entscheidung, wohin zu gehen sei: zur Plaza de Mayo oder zur Plaza de los Dos Congresos. Außerdem wurden in jedem Stadtviertel näher gelegene Ziele ausfindig gemacht: so das Haus des Ex-Diktators Videla oder das von Wirtschaftsminister Cavallo.

Die Menschenmenge teilte sich und, je nach Stadtviertel, wurden alle »Objekte« gleichzeitig besetzt. Eine äußerst radikale Spontaneität gründete sich so auf der kollektiven Erinnerung. Tausende von Menschen, die mit klaren und präzisen Absichten vorgingen. Eine kollektive Intelligenz schritt zur Tat.

Als der Morgen graute, begann sich eine andere Szenerie abzuspielen. Während einige schlafen gingen – die einen um drei Uhr, die anderen um halb sechs – begann die Diskussion darüber, was geschehen war und wie es weiter gehen sollte: Viele fuhren fort sich zu organisieren, um zu verhindern, dass die Plaza de Mayo

von den Repressionsorganen eingenommen wurde, da, zumindest formal, weiterhin der Ausnahmezustand herrschte.

Es begann sich ein offener Konflikt abzuzeichnen, der sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht in ganzem Umfang entfaltet hatte. Denn am 20. Dezember zeigten sich die Dinge auf eine andere Art und Weise. Die Plaza de Mayo wurde zum herausragenden Streitobjekt. Was sich dort später zur Mittagszeit abspielte, war eine wirkliche Schlacht. In der unmittelbaren Umgebung des Platzes lag etwas in der Luft, was später schwer zu beschreiben war. Die Gewalt der Auseinandersetzungen bildete einen Kontrast zum scheinbar fehlenden Sinn, weshalb die Menschen dort versammelt waren.

Die Jugendlichen stellten sich offen der Polizei entgegen, während die Älteren auf dem Platz aushielten und von Orten aus, die ein wenig weiter hinten lagen, Unterstützung leisteten. Rollen und Aufgaben strukturierten sich auf spontane Weise. Die Plaza de Mayo bestätigte wie oftmals zuvor ihre Rolle als privilegierter Schauplatz gemeinschaftlicher Aktionen von großer symbolischer Kraft. Nur dass es dieses Mal nicht die Vorstellung gab, welche frühere Manifestationen begleitet hatte, die fest an die – heute so eifrig wie wirkungslos von der Polizei verteidigte – Macht des rosafarbenen Regierungspalastes glaubten. Am Ende dieses Tages, als die nationale Regierung zurückgetreten war, wurden in jeder Wohnung die stattgefundenen Auseinandersetzungen ausgewertet. Ergebnis der brutalen Polizeirepression waren Gefangene, Verletzte und viele Tote. Von offizieller Seite wird von 30 Toten im ganzen Land gesprochen, aber wir wissen, dass es mehr waren.

In Buenos Aires wurde das Bild der Stadt neu entworfen. Das Finanzzentrum erlitt große Zerstörungen. Oder vielleicht wurde es nur rekonstruiert durch neue Menschenströme, neue Formen, die Stadt zu bewohnen und den Sinn der Schaufenster und der Banken zu verstehen. Die freigelegten Energien waren außergewöhnlich; und wie es vorauszusehen war, waren sie nicht einzudämmen. Auf die Ereignisse des 19. und 20. Dezember folgt in der Stadt Buenos Aires eine fieberhafte Aktivität mit Escraches, Versammlungen und Demonstrationen. Im Rest des Landes ist die Reaktion sehr unterschiedlich. Aber in allen Provinzen verknüpfen sich die Geschehnisse mit dem schon existierenden Widerstand: Straßensperren, Plünderungen, Proteste und lokale Volksaufstände.

Worte und Schweigen: Von der Interpretation zum Nicht-Repräsentierbaren

Mit dem Schweigen und der Ruhe erlangten die Worte wieder ihren herkömmlichen Gebrauch. Die ersten Interpretationen machten die Runde. Diejenigen, die darum besorgt waren, das Geschehene möglichst schnell politisch zu interpretieren, hatten enorme Schwierigkeiten. Es war offensichtlich, dass hinter den Ereignissen keine bestimmte Macht stand. Nicht weil diese Kräfte nicht existierten, sondern weil die Geschehnisse jedwedes Kontrolldispositiv überschritten hatten, das die Absicht gehabt hätte, sich den Tatsachen überzustülpen. Die Fragen der etablierten Macht blieben ohne Antwort: Wer steckte hinter alledem? Wer führte die Massen an?

Diese Fragen sind ideologisch. Sie rufen Gespenster an. Was beinhaltet die Fragestellung, die hinter dem Leben geheime Mächte auszumachen glaubt? Wie begreift diese ausfragende und konspirationsgläubige Subjektivität die Existenz, wenn sie glaubt, der einzig mögliche Sinn der Tatsachen läge im Spiel von schon konstituierten Mächten? Selbst wenn diese Fragen in anderen Situationen einen gewissen Sinn gemacht hätten, so waren sie doch nie so schal wie an den Tagen des 19. und 20. Dezember. Wie niemals zuvor in der Geschichte unseres Landes wurde die Trennung zwischen den Körpern samt ihren Bewegungen und der Vorstellungswelt der etablierten politischen Kräfte spürbar. Letztere waren gezwungen, ihre ganze Ohnmacht zu offenbaren: Nicht nur dass sie nicht in der Lage waren, der Situation einen Sinn zu verleihen, sondern auch danach gelang ihnen nichts anderes, als sich passiv den Auswirkungen der Ereignisse anzupassen. So auf den Kopf gestellt und zur Karikatur gemacht, gelangten alle vorfabrizierten Interpretationsmuster zur Anwendung, um die Versammlungen zu dominieren, die darauf abzielten, die Bewegung des 19. und 20. Dezember am Leben zu halten.

Es gab viele Diagnosen: »sozialistische Revolution«, »revolutionäre Krise«, »antidemokratischer Faschismus«, »reaktionäre Antipolitik des Marktes«, »zweite nationale Unabhängigkeit«, »ein verrückter und irrationaler sozialer Ausbruch«, ein »Orkan der BürgerInnen für eine neue Demokratie« oder gar die Sintflut selbst. Alle diese in ihren Inhalten vielfältigen Interpretationen gehen auf die gleiche Art und Weise vor: Angesichts eines Ereignisses größe-

rer Reichweite werfen sie ihre herkömmlichen Netze aus, wobei sie viel weniger das konstatieren, was diesen entgeht, als vielmehr die Möglichkeit behaupten, eine ganz anders geartete Bewegung zu formen.

Die Bewegung des 19. und 20. Dezember verzichtete auf alle zentralisierten Organisationen. Diese erschienen weder in den Aufrufen noch bei der Durchführung der Aktionen. Aber auch nicht später, als es darum ging, diese zu interpretieren. Ein Zustand, der in früheren Epochen als ein Mangel erlebt worden wäre, manifestierte sich in diesem Moment als ein Erfolg. Denn die Abwesenheit war nicht spontan. Es existierte eine massenhafte und andauernde Haltung der Ablehnung jeder Organisation gegenüber, die beabsichtigte, das Engagement auf der Straße zu repräsentieren, zu symbolisieren oder zu dominieren. Die Intelligenz von unten überschritt in all diesen Aspekten die intellektuellen Vorhersagen und politischen Strategien.

Aber mehr noch: Auch der Staat war nicht der zentrale Organisator hinter der Bewegung. In Wirklichkeit wurde der Ausnahmezustand nicht so sehr bekämpft, sondern vielmehr vereitelt. Während die Konfrontation von zwei entgegengesetzten symmetrischen Blöcken ausgeht, betont die Vereitelung eine Asymmetrie. Die Menge desorganisierte die Wirksamkeit der Repression, welche die Regierung mit dem ausdrücklichen Ziel angekündigt hatte, das nationale Territorium zu kontrollieren. Die Neutralisierung der staatlichen Machtpotenziale durch eine vielfältige Reaktion von unten war gerade möglich wegen des Nichtvorhandenseins – und dies ist keinesfalls als Mangel zu verstehen – eines einheitlichen Aufrufs und einer zentralen Organisation. Auch eine Anzahl von Intellektuellen – die sich äußerst wohl fühlen in ihrer Rolle – fühlte sich um ihre Autorität gebracht durch eine handelnde Vielfalt, die den gesamten festen Grund ins Wanken brachte, auf dem jene zu denken gewohnt waren.

Aber vielleicht können wir uns noch ein wenig mehr einigen grundlegenden Neuerungen der Bewegung des 19. und 20. Dezember annähern. Die Anwesenheit so vieler Personen, die gewöhnlich nicht öffentlich agieren – es sei denn in der Rolle von durch die Medienapparate und politischen Institutionen zu repräsentierenden Objekten –, entmachtete jeden Versuch der Zentralisierung. Es gab keine individuellen ProtagonistInnen: Jede Situation der Repräsentation wurde entkräftet. Es handelte sich um eine

praktische und effektive Entmachtung, die durch die körperlich anwesenden Frauen und Männer in die Wege geleitet und dann durch das »Que se vayan todos« (Alle sollen abhauen!) verlängert wurde.

Ohne Diskurse, ohne Fahnen und Transparente, ohne Worte, die einen einheitlichen Sinn verleihen, entfaltete der Aufstand des 19. und 20. Dezember gerade in dem Maße seine Wirkung, wie er sich jeder leichten und unmittelbaren Bedeutungszuschreibung widersetzte. Die Bewegung zerschmetterte die Gesamtheit von Erfahrungen, die negativ auf den widerständigen Energien derjenigen Frauen und Männern lastete, welche sich dort in unerwarteter Weise zusammenfanden. Im Unterschied zu den Volksaufständen der Vergangenheit organisierte sich die Bewegung nicht unter der Vorspiegelung eines einzulösenden Versprechens. Die derzeitigen Mobilisierungen haben die Sicherheit einer verheißungsvollen Zukunft aufgegeben. Die Anwesenheit einer riesigen Menschenmenge auf den Straßen verlängerte nicht den Geist der 70er Jahre. Es handelte sich nicht um aufständische Massen, die mit dem sozialistischen Versprechen eines besseren Lebens die Zukunft erobern.

Die Bewegung des 19. und 20. Dezember zieht ihren Sinn nicht aus der Zukunft, sondern aus der Gegenwart: Ihre Selbstbestätigung liest sich nicht in Programmen und Vorschlägen, wie das Argentinien der Zukunft aussehen sollte. Natürlich gibt es gemeinsam geteilte Wünsche. Aber diese lassen sich nicht in einheitliche »Modelle« des Denkens, der Aktion und der Organisation erfassen. Ihre Vielfalt war eine der Schlüsselbedingungen für die Wirksamkeit der Bewegung: In ihr wurde die Erfahrung gemacht, welche Kraft die intelligente Vielfalt von Demonstrationen, Sammelpunkten, verschiedenen Gruppen sowie die Pluralität von Organisationsformen, Initiativen und Formen der Solidarität besitzt. Dies machte es möglich, dass sich in jeder Gruppierung simultan die gleichen Gedanken herauskristallisierten, ohne dass es zu einer ausdrücklichen Koordination unter ihnen gekommen wäre. Gleichzeitig war dies das wirksamste Mittel gegen jedwede Hindernisse, die den Aktionen hätten in den Weg gelegt werden können.

Es gab keine sinnlose Zerstreuung der Kräfte, sondern eine Erfahrung des Vielfältigen, eine Öffnung hin zu neuen und attraktiven Prozessen. Zusammengefasst lässt sich der Aufstand durch

keinen der Mängel, die ihm zugeschrieben werden, definieren. Seine Fülle bestand in der Schlagkraft, mit der die Gesellschaft sich in ihrer Vielfältigkeit behauptete, sowie im Einschnitt, den er in der eigenen Geschichte markierte.

Der Aufstand als Macht der »Absetzung«

»In der Angst der Menge liegt die Macht der instrumentellen Vernunft ...

Die moderne politische Philosophie entsteht nicht aus der Verwaltung, sondern aus der Angst.«

Toni Negri

Wenn der 19. und 20. Dezember dem fragmentierten sozialen Körper seinen Stempel aufgedrückt hat, so wartet dieses sichtbare und inspirierende Neue noch darauf, umgesetzt zu werden. Aber dieser Einschnitt wirft eine Schwierigkeit auf. Die Politik, die in diesen Tagen entsteht, ist nicht unmittelbar entzifferbar. Sie erfordert eine Ausarbeitung. Es handelt sich nicht einfach darum zu erkennen, was wir in den Tagen des 19. und 20. Dezember machten, um anschließend zu sehen, wie es weitergeht. Und auch nicht darum, die hinter dem Ablauf der Ereignisse verborgene Wahrheit zu entdecken, um aus ihr eine Handlungsvollmacht abzuleiten. Die Aufgabe ist viel komplexer. Es geht um die Frage: Was machen wir mit dem, was wir machten?

Das Getane ist Teil eines gemeinsamen Erbes, präsent in jeder Interpretation, die formuliert wird, aber gleichzeitig widersteht es jedem Versuch der exklusiven Aneignung. Es kristallisieren sich verschiedene Praktiken gesellschaftlicher Transformation heraus, welche sich von den bleibenden Elementen der Dezembertage inspirieren lassen.

Auch unsere militante Untersuchung beabsichtigt nicht, sich eine Wahrheit über das Geschehene anzueignen, sondern möchte die sich neu eröffnenden Handlungsperspektiven ausloten. Aber diese Öffnung ist nicht spontan. Es gibt kein Werden ohne Ausarbeitung. Die derzeitigen Wandlungsprozesse fordern dazu auf, die Gesamtheit sicherer Wahrheiten über die Politik aufzugeben, um sich in unbekannte Dimensionen der Zeit und des Raums zu begeben, die durch die Tage des 19. und 20. Dezember geöffnet worden sind. Dieses Ausloten ist in der Praxis nicht von vornher-

ein abgesichert. Und es ist auch für uns als Einzelne nicht einfach, die Risiken dieser Reise ins Ungewisse auf sich zu nehmen.

Wenn wir von einem Aufstand sprechen, so tun wir dies nicht in der gleichen Weise, in der wir von anderen Aufständen gesprochen haben. Denn der 19. und 20. Dezember haben Räume geöffnet, die über die Erfahrungen hinausgehen, die etwa durch den gesamten marxistisch-leninistischen Wissensbestand über die Revolution überliefert worden sind. Es handelt sich um einen Aufstand in dem Sinn, dass eine Ordnung zerrüttet wurde, die vorgab, den Volksmassen gegenüber souverän zu sein.

Wenn wir den Begriff des Aufstands beibehalten, um die Mischung aus Körpern, Ideen, Lebensgeschichten und Sprachen zu kennzeichnen, welche an den Tagen des 19. und 20. Dezember zusammentrafen, so lehnen wir es doch strikt ab, die Einzigartigkeit dieses Ereignisses in einen Wissenskanon über die Geschichte einzuschreiben, der von einer vorgeblich »wissenschaftlichen« Subjektivität etabliert worden ist.

In der Tat war die Bewegung des 19. und 20. Dezember weit mehr eine traditionelle Politikmuster absetzende (»destituierende«) Aktion als eine klassische, Macht anstrebende (»instituiende«) Bewegung. Oder in anderen Worten: Die souveränen und schaffenden Kräfte entfachten eine Rebellion, mit der sie keine Macht einsetzenden Absichten verknüpften – wie es die politische Doktrin der Souveränität vorsieht –, sondern sie übten ihre etablierten politischen Kräfte absetzende Macht aus. Dies ist wohl das Paradoxe der Tage des 19. und 20. Dezember. Eine Gesamtheit von instituierten Kräften, die weit entfernt, eine neue souveräne Ordnung zu gründen, vielmehr die in ihrem Namen ausgeübten Politiken delegitimierte. Weder wurde eine neue Stufe im Rahmen einer Machtstrategie erklommen noch das Ende eines Akkumulationsprozesses erreicht.

Im Unterschied zu den politischen Revolutionen produzierte dieser die etablierten Mächte absetzende Aufstand auch keine »Situation der Situationen«, kein Zentrum, das die von ihm in Frage gestellte staatliche Zentralität ersetzt hätte. In die Wege geleitet wurde eine Erfahrung der Selbstbestätigung. In dieser gab es eine Wiederentdeckung der Kräfte von unten. In gewisser Weise steht die Frage im Raum, wie ein Nationalstaat funktionieren kann, wenn die legitimen InhaberInnen der Souveränität in der Praxis jede Repräsentation beseitigen.

Die Absetzung (*destitución*) ist ein Vorgang von größter Bedeutung: Wenn bisher die durch eine souveräne Macht durchgeführte Politik sich in der staatlichen Konstitution des Sozialen realisierte, scheint die absetzende Aktion eine andere Form zu sein, die Politik auszuüben bzw. der sozialen Transformation Ausdruck zu verleihen. Diese Absetzung beinhaltet keine apolitische Haltung: die Weigerung, eine repräsentative Politik (der Souveränität) aufrechtzuerhalten, stellt die Bedingung – und die Prämisse – eines »situationalen« Denkens sowie einer Gesamtheit von Praktiken dar, deren Sinnpotenziale nicht mehr vom Staat eingefordert werden.

Mit dem Begriff der Öffnung bezeichnen wir die Verknüpfung der Praxis der Absetzung, welche das Feld des Möglichen erweitert, mit der Ausübung eines sozialen Protagonismus, der sich nicht auf die Souveränität stiftenden Funktionen beschränkt. In diesem Sinn ist es kein Zufall, dass die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen in den Tagen des Dezember 2001 am Rande der Ereignisse verblieben. Sie verlieren ihr relatives Gewicht angesichts der Anwesenheit einer Menge, welche die Repräsentanten einfach absetzt.

Das Zusammentreffen von traditionellen politischen Aktivisten und der Menge ist nicht einfach. Es ist, als ob die Hauptfigur eines Westerns irrtümlich in einem Film des italienischen Neorealismus erscheinen würde. Die ProtagonistInnen folgen je eigenen Drehbüchern, die nirgendwo übereinstimmen. Selbst wenn es scheint, dass sie sich verständigen, ist dies nicht mehr als eine Illusion, ein vorübergehender Augenblick, in dem die Dialoge so tun, als ob sie auf einen Nenner kämen. Danach erklären die Personen des Neorealismus dem Sheriff, dass er Rom nicht unter Kontrolle hat, sondern sich entscheiden sollte, entweder ihr Drehbuch zu akzeptieren oder aber in den Wilden Westen zurückzukehren. Das Schlimmste, was der Sheriff machen kann, ist alle Anderen von seiner Rolle überzeugen zu wollen und von ihnen Gehorsam zu fordern.

So jedoch handeln die Mitglieder politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, die sich dagegen sträuben, das Entstehen eines neuen Protagonismus zu akzeptieren, den sie wohl begleiten können, dem sie sich aber nicht in törichter Weise entgegenstellen sollten. So werden sie nur selbst zu Hindernissen auf dem Weg zu neuen Lösungen.

Das positive »Nein«

Ausgehend von einer wörtlichen Lesart ihrer Losungen lässt sich der Sinn der Ereignisse des 19. und 20. Dezember kaum erfassen. Es tut sich hier ein Paradox auf: Der Ausspruch »Alle sollen gehen; keiner soll bleiben!« (*Que se vayan todos, que no quede ni uno solo*) benötigt, um begriffen zu werden, eine Verständnisleistung, die in der Lage wäre, hinter der negativen Form eine Positivität auszumachen. Aufgrund des Niedergangs der Repräsentationen verbietet sich hier jede direkte Interpretation: Das Wort wird ergriffen, um auf jeden »absichtsvollen« Diskurs zu verzichten.

Der Ruf vom Dezember 2002 beinhaltete den Auftritt der – bisherigen – ZuschauerInnen auf der Bühne. Dieses Auf-die-Bühne-Treten, welches für die SchauspielerInnen (die in diesem Moment ihre Rolle aufgeben) traumatisch ist, bedeutet gleichzeitig die Unterbrechung des Drehbuchs, welche durch diese massenhafte Invasion der Bühne verursacht wird. In der Tat macht diese Besetzung alle Spielarten des bisherigen Werks zunichte. Der neue Protagonismus weigert sich, die Bedingungen aufrechtzuerhalten, welche die Repräsentation ermöglichen.

Denjenigen, die sich des Theaters erfreuen, bleiben drei Wahlmöglichkeiten. Die erste ist die unmittelbarste. Das Publikum kann diesen unvorhersehbaren Akt ablehnen, der in ihren Augen alle theatralischen Möglichkeiten zerstört. Wenn jedes Bühnenstück auf der grundlegenden Trennung zwischen SchauspielerInnen und Publikum beruht, wenn diese Trennung dem Theater seine spezifische Dynamik verleiht, dann kann das Publikum den Tatsachen die Anerkennung versagen und fordern, dass jeder Einzelne an seinen Platz zurückkehrt, um so das Werk weiter genießen zu können und so zu tun, als sei nichts geschehen. Auf der Bühne gäbe es so ein Stück mit zwei Autoren. Einer ist der ausdrücklich Genannte: der Verantwortliche des Werks, der Szenen, so wie sie vor uns erscheinen. Der andere ist unsichtbar und verteilt die jeweiligen Rollen: Die einen kommen in den Zuschauerraum, die anderen auf die Bühnenbretter.

Die zweite Option: das Scheitern der Repräsentation zu betrauern. Die Feststellung, dass das Spiel seinem Ende entgegengeht und dass das Publikum auf Dauer nicht mehr auf den Sitzen zu halten ist, beweist das Scheitern des unsichtbaren Autors, der das Theater ohne die charakteristische Trennung nicht begreifen kann.

Es gibt aber noch eine dritte Option: Es ist möglich, die Pläne des unsichtbaren Bühnenautors zu vereiteln und die Ununterscheidbarkeit zwischen Publikum und SchauspielerInnen zu akzeptieren, ohne sich der Möglichkeit eines theatralischen Ausdrucks (ohne Autor) zu berauben. Aber es wird dann nicht nur ein Stück und ein Autor geben, das heißt, die Geschichte wird nicht auf einen Theatersaal reduziert werden, sondern jede und jeder wird einen Sinn für das eigene Drama, die eigene Tragödie, die eigene Komödie finden müssen. Im Unterschied zur traditionellen Position wird sich der Sinn nicht aus einer dem Werk von einem Autor a priori verliehenen Kohärenz ableiten, sondern sich in einem offenen Prozess des Werdens erschließen.

Die gleichzeitige Anstrengung des Spielens und Interpretierens ist jedoch komplex und verurteilt uns dazu, auf eine bleibende Bedeutung für die Ereignisse, sogar für die selbst herbeigeführten, zu verzichten. Die Ununterscheidbarkeit zwischen Bühne und Zuschauerraum stiftet eine einheitliche, aber in sich unendlich diverse Räumlichkeit. So kann es geschehen, dass ganze Dialoge ihre Konsistenz nur ausgehend von einem anscheinend davon abgekoppelten Ereignis finden. Dies scheint bei den Tagen des 19. und 20. Dezember der Fall gewesen zu sein. Für viele, die mit Kochtöpfen unter dem Arm auf die Straße gingen, war mitnichten klar, was dort vor sich ging. Viele andere glaubten die Lage zu verstehen, bis ein unvorhergesehener Eingriff in die Geschehnisse ihnen zeigte, dass der Film in ihren Köpfen nicht mit der Realität in Einklang stand. Eine eher traditionelle Sichtweise wirft den TeilnehmerInnen jenes Aufstandes vor, sie hätten keine realistischen Vorschläge zu machen und ihre Forderungen seien nicht umsetzbar. Es handle sich letzten Endes um ein mit einem fundamentalen Mangel behaftetes Vorgehen. Und in der Bilanz wird ein Übermaß an Unordnung und Gewalt sowie das Fehlen von Worten und Vorschlägen konstatiert.

Aus einer Perspektive heraus, die sich darauf konzentriert, diesen Tagen einen Sinn abzugewinnen, stellt sich jedoch die Frage, was so viele Menschen im gleichen, intensiven und konzentrierten Zeitraum miteinander verbunden hat. Die Hypothese könnte folgendermaßen formuliert werden: Die Positivität der Negation wurzelt sowohl in der Absetzung der bisher herrschenden politischen, repräsentativen und institutionellen Formen als auch in den dadurch eröffneten Zukunftsperspektiven. Mit anderen Worten,

das Potenzial der Tage des 19. und 20. Dezember besteht darin, eine einheitliche Handlungsebene zu schaffen, welche die Hierarchien nicht anerkennt, die für die institutionelle Politik konstitutiv sind.

Es handelt sich nicht nur um den Sturz einer Regierung, sondern um die Negation der Transzendenz auf allen Ebenen hin zu einer durch die Multitude gestifteten Immanenz. Natürlich wurde die Absetzung des Staates als Metastruktur bereits durch die Marktkräfte bewerkstelligt. Aber was an den beiden Dezembertagen vor sich ging, spielte sich auf der Ebene der Ausarbeitung von Widerstandformen ab, ihrer »internen Hypothesen«. Es handelte sich um ein Experiment, in dem es um die wirksamen sowie um die schon unnützen Formen ging. Dass sich für die Massen bewahrheitete, wie die klassischen politischen Formen sich als ohnmächtig erwiesen, wurde nicht zum Anlass für die eigene Hoffnungslosigkeit, sondern förderte die eigene Kraft: Eine Zeit der Illusionen und des Abwartens ging zu Ende. Aktiviert wurden kreative und Such-Mechanismen, um die effektivsten Formen des sozialen Kampfes zu finden.

Es entsteht also eine andere und subtile Bestätigung der instituierenden Kräfte. Die Bestätigung, dass alle herkömmlichen Wege versperrt sind, eröffnet eine neue Reihe von Kämpfen anstatt diese zu verhindern. Diese abweichende Neubegründung arbeitet nicht gemäß der hinlänglich bekannten Formen der Volkssouveränität. Stattdessen wird mit neuen Formen der Gegenmacht experimentiert. In der Tat wurde die soziale Landschaft durch den unerwarteten Einbruch einer neuen Kraft ohne Führung umorganisiert.

Die Ebene der Immanenz muss, um als solche zu existieren, aber auch die »Frage der Medien« beantworten können. Es handelt sich um ein verallgemeinertes Phänomen: Die Bewegung versteht voneinander zu trennen, was »im Fernsehen abläuft« und was »in Wirklichkeit passiert«. Es etabliert sich eine neue Form des »Sehens«, was das Fernsehen zeigt, ihm mit Misstrauen zu begegnen, es zu »benutzen«. Auf der Avenida de Mayo, einer Straße im Zentrum von Buenos Aires, steht auf eine Wand geschrieben: »Macht den Fernseher aus und geht auf die Straße!« Die Bewegung gibt ihre Beziehung zu den Medien nicht auf, aber sie ordnet diese Beziehung neu, indem sie ihnen gegenüber eine aktive, durchdachte und kritische Haltung einnimmt.

Die Massenmedien wenden die ihnen eigene Logik an: Einem Strom von Energien, welcher noch sein Bett sucht, schreiben sie eine »minimale« Rationalität zu. Und diese minimale Rationalität zielt auf die Rekonstruktion in der Logik eines traditionellen Bühnenstücks, in dem die Repräsentanten ausgewechselt werden, um nicht die Beziehung der Repräsentation als Ganze aufs Spiel zu setzen. Nur so ist zu verstehen, dass eine Gruppe wohlmeinender JournalistInnen sich in einem Fernsehprogramm an der Idee begeisterte, unter den TeilnehmerInnen der *Asambleas* von Buenos Aires ein Casting über die Rollenbesetzung der neuen politischen Führungsebene vorzunehmen.

Aber das Nein der neuen Kräfte war eine Bekräftigung in einem tiefgreifenderen Sinn: In die Form selbst, welche die aufständische Negation annahm, war eine Positivität eingeschrieben. Dass die Menge als einzige Autorin gehandelt hat, bedeutet, dass die Kraft des Nein genau in dem wurzelt, was nicht zur Staatsmacht gerinnt. Sie braucht sich nicht durch Vorschläge zu legitimieren und auch nicht die medialen Normen einzuhalten, welche verführerische Diskurse und attraktive Bilder benötigen. Die Energien der Bewegung sind auf ihre Art und Weise schaffend. Ihre Auswirkungen sind nicht vorübergehend. Allen Versuchen, sie zu begrenzen, zu kanalisieren oder zu institutionalisieren, zum Trotz sind ihre produktiven Auswirkungen schon spürbar. Absehbar ist die weitere Ausarbeitung neuer Formen aus konkreten Situationen heraus.

Auf einer entscheidenderen Ebene handelt es sich hier um eine wesentliche Herausforderung an die Tradition des dialektischen Denkens, das die Negation als notwendiges vorhergehendes Moment einer Affirmation ansieht. Bei Hegel wurde die dialektisch verstandene Negation als Moment aufgefasst, das einer höher entwickelten Affirmation vorausgeht. Nur in diesem Sinne besitzt sie eine indirekte »Positivität«. Demgegenüber lässt sich die Negation, von der wir hier sprechen, nicht so leicht erfassen. Sie entfaltet sich nicht in einer linearen, sondern in einer multiplen Zeit. Wir meinen eine Negation, die selbst eine multiple Eröffnung von Zukunft darstellt.

Es handelt sich nicht um ein negatives Moment der Geschichte, das sich gegen Ende eines Prozesses zum Positiven hin entwickeln kann, und auch nicht um eine reine, unilineare Negativität, also ein Zeichen von Krise und Auflösung. Das dialektische Nein lässt sich erfassen als ein »noch ist es nicht, aber mit Sicherheit

wird es sein«. Es ist ein mangelhaftes Nein, ein notwendiges Moment, das aber überwunden werden muss. Diese philosophische Betrachtung ist nicht beliebig. Ein ganzer Zyklus von Aufständen wurde von der dominierenden revolutionären politischen Theorie unter diesem Blickwinkel analysiert. Die Rebellion der Unterdrückten wurde als ein notwendiges Moment aufgefasst. Diese wiederum leitet sich ab von ungerechten, negativen Bedingungen. Die Revolution ihrerseits wurde als Bewegung verstanden, die jene Negation verneint, in einem organischen Werdensprozess hin zur Versöhnung des sozialen und historischen Ganzen mit sich selbst. Die Widersprüche wurden so letztendlich überwunden. Der Aufbruch, als Negation, bestätigte »das Neue«, den Sozialismus.

Die Negation der Negation war das Schlüsselement. Lenin theoretisierte über dieses Moment der »revolutionären Situation«, die zur Krise wird und dann zur Affirmation der proletarischen Kräfte gerinnt. Ihre wesentliche Bedingung ist, dass die »unten« sich nicht regieren lassen und dass die »oben« nicht mehr regieren können. Die politische Avantgarde fungierte als Trägerin der historischen Vernunft, als Positivität, welche über die Meere der Negativität steuert in der Hoffnung, sich selbst zu verwirklichen. Der Ozean ist die Metapher, in der sich die wirtschaftlichen und politischen Strukturen von Herrschaft auflösen: der Wechsel in den politischen Beziehungen der gegeneinander kämpfenden sozialen Klassen. Es ist der Moment, in dem die Ausbeutungsbeziehungen neu abgesichert oder umgekehrt werden. Entweder gelingt es den Gesellschaften, das kapitalistische Stadium, die Quelle aller Unterdrückung, zu überwinden. Oder aber die Dialektik scheitert und der Zyklus tritt in neue Phasen ein, die sich – unter sich immer weiter verschlechternden sozialen Bedingungen – bis ins Unendliche aneinander reihen.

Dies war die dominante Geschichtsphilosophie der zeitgenössischen Revolutionen. Sowohl der Erfolg als auch das Scheitern wurden ausgehend von einer unhinterfragten Hypothese analysiert: Die Gesellschaften verändern oder erhalten ihre relativ dauerhaften Strukturen von oben her. Für uns ist es nicht mehr möglich, die historischen Ereignisse von dieser Philosophie aus zu denken. Die sozialen Strukturen sind nicht modellierbar. Die deterministische Auffassung basiert auf einem linearen und homogenen Zeitverständnis. Demnach sind wir in der Lage, die Gründe der Phänomene zu manipulieren und neu zu produzieren. Die Herausfor-

derungen der Gegenwart werden von einem idealen Bild der zukünftigen Gesellschaft aus analysiert und »verwaltet«. Doch diese Auffassung ist für uns nicht mehr geeignet, um die Ereignisse des 19. und 20. Dezember zu interpretieren.

Die jüngste argentinische Aufstandserfahrung geht beharrlich über das Scheitern der revolutionären Erfahrungen der Moderne und ihr Geschichtsverständnis hinaus. Sie spricht von einem radikalen Wandel hin zu neuen Modalitäten, welche die überlieferten revolutionären Bilder nicht verachten, aber sich ihnen auch nicht unterwerfen. Wie das zapatistische Ya basta! nimmt die Affirmation nicht die Form eines Versprechens an. Sie beginnt mit der Ablehnung der derzeitigen Zustände. Aber diese Ablehnung ist, genauer gesehen, nicht nur eine bloße Reaktion, sondern eine Geste der Selbstbestätigung, die es erlaubt, die Negation auszuüben. Diese Kraft kündigt sich nicht an. Sie wird nicht beschrieben. Es handelt sich nicht um eine Drohung. Vielmehr bricht sie herein durch die körperliche Anwesenheit von Frauen und Männern. In wenigen Worten: Sie werfen die Alltäglichkeit des Nationalstaats oder der schnellfließenden Marktbewegungen einfach über den Haufen.

Erfahrungen, die bisher noch nicht verknüpft waren, erscheinen in dieser Bewegung als zusammenhängend. Es handelt sich um ein komplexes Phänomen der vielfältigen Verbindung unterschiedlicher Situationen, die sich nicht in einer Situation zusammenfassen lassen. Ihre Methoden der Konfrontation, ihre schnell wechselnden AnführerInnen waren in radikaler Weise »situational«. Ohne feste Führung, ohne Modelle, ohne Versprechen und ohne Programme vollzieht sich einer der wichtigsten Aufstände der zeitgenössischen argentinischen Geschichte – und zugleich die erste große Gehorsamsverweigerung seit der Diktatur.

Unumkehrbarkeit

Es geht nicht darum, zu dem zurückzukehren, was wir
waren und nicht sind. Und auch nicht darum, uns in
andere zu verwandeln.

Marcos

Wie sind die Gründe des Volksaufstands zu begreifen? Die deterministische Sichtweise auf den Zusammenhang von Ursache und Wirkung ist nicht neutral. Sie beinhaltet die Vorstellung ei-

ner homogenen und umkehrbaren Zeit, einer im Raum verorteten Zeit, welche das Subjekt beobachtet, misst und von daher kennt. Wenn jedes Ereignis durch ein anderes hervorgerufen wird, so können die Geschehnisse leicht erklärt (und vorhergesehen) werden. Es scheint demnach möglich zu sein, die natürlichen und sozialen Prozesse zu manipulieren, zu kontrollieren und zu lenken.

Aber so etwas gibt es nicht. Die Spaltung zwischen Subjekt und Objekt, die Reduzierung der Rationalität auf das analytisch Vorhersehbare und die einfachen Formen der Kausalität sind Bestandteile einer anachronistischen Ideologie. Ihre Gültigkeit besitzen sie nur im Rahmen festgelegter Prämissen, aber als Fundament für das Sein in der Welt sind sie nicht mehr zu gebrauchen.

Aber auch die postmoderne Einstellung lässt sich nicht aufrechterhalten. Die Ankündigung des Endes der Geschichte, der Revolutionen, der sozialen Kämpfe und der Ideen wurde in den letzten Jahren durch eine wirkliche Gegenoffensive von unten Lügen gestraft. Unter veränderten Bedingungen hat sie neue, bisher undenkbbare Widerstandsformen entwickelt.

Der 19. und 20. Dezember können also nicht mechanisch auf bestimmte Ursachen zurückgeführt werden, sondern die Ereignisse ergaben sich durch das Phänomen der Fusion. Althusser würde von Überdeterminierung sprechen. Weder fundamentaler Widerspruch noch reine Inkonsistenz. Ihr Erscheinen ist irreversibel. So wie es auch die Aufstände der vergangenen argentinischen Geschichte waren. Trotz aller Ähnlichkeiten gibt es jedoch auch große Unterschiede. Das heißt, dass die Dezember-Ereignisse in ihren Konsequenzen zwar ebenso neubegründend – »instituiierend« – sind wie die vorhergehenden, dass ihre Wirksamkeit aber nicht direkt, sondern paradox ist. Die Bedingung für ihre Effektivität liegt in der Absetzung – »Destituierung« – der bislang geltenden repräsentativen Formen. Von daher erklärt sich die irritierende Unmöglichkeit, auf das Geschehene die bisher vorherrschenden Denkllogiken anzuwenden.

Die konstitutiven Kräfte der Aufstandsbewegung leiten sich nicht von klassenbezogenen oder individuellen Projekten ab. Ohne diese Projekte zu leugnen, produzieren diese doch ein Darüberhinaus-Weisendes, was sie neu interpretiert und jede bewusste Planung übersteigt. Der neue Protagonismus funktioniert nicht ausgehend von der Wahl, sondern von der Entscheidung. Die Wahl ist

dem rationalen Subjekt als Autor der Geschichte zu Eigen. Ihre Kohärenz ist dergestalt, dass sie es dem Subjekt erlaubt, sich den in der Welt vorhandenen Dilemmata entgegenzustellen, ohne dabei die eigene Konsistenz entscheidend zu beeinträchtigen. Die äußere Welt erscheint dem rationalen Subjekt als eine Gesamtheit von Tatsachen und Worten, gegenüber denen es seine Eigenschaft als auswählendes Subjekt bestätigen muss. Die Entscheidung hängt demgegenüber nicht von der vorhandenen Information ab. Sie setzt kein selbstgenügsames und überhistorisches (individuelles oder kollektives) Subjekt voraus. Die Entscheidung verweist auf das Vergängliche und das Zeitliche – eine Kreuzung, eine Fusion schon vorhandener Elemente, ein Multiples, das sich als Kollektivkörper konstituiert. Die Situation entsteht einfach.

Der Aufstand des 19. und 20. Dezember folgt dieser paradoxen Logik der Fusion, der Unvorhersehbarkeit und der neuen Erscheinungen, die keinen Anspruch auf Absolutheit mehr erheben. Wenn über die Gründe, über die Geschichte gesprochen wird, so geht dies – zur gleichen Zeit – einher mit einer Reflexion über deren innere Struktur, die gewöhnlich als linear angenommen wird. In der Tat kann die Fusion als Mischung sowie als Einbruch einer Gesamtheit lokaler Praktiken des Widerstands, früherer Niederlagen, unbeseitigter Ungerechtigkeiten und frustrierter Hoffnungen bezeichnet werden, die ganze Generationen umfasst und den Stempel ihrer Epoche trägt. Die realen Kämpfe und die in sie verwickelten Generationen sind Ausdruck der Entscheidung, sich nicht an die gewaltförmige »soziale Ausschließung« zu gewöhnen, die sich mit einem weitgehend »abwesenden« Staat (was als »argentinischer Neoliberalismus« bezeichnet werden kann) verknüpft.

Kann dieses nicht definierte Magma eine »Ursache« darstellen? Wir wissen es nicht. Auf jeden Fall handelt es sich nicht um eine »Akkumulation« im mechanischen und deterministischen Sinne, wonach zum Beispiel der Ausnahmezustand den Tropfen darstellt, der »das Fass zum Überlaufen« brachte. Keine der unterschiedlichen Erinnerungen kann als Grund gelten, wenn sie getrennt voneinander betrachtet werden, denn sie wirken nur als solche, insofern sie sich in eine umfassende – und sie aktualisierende – Dynamik einfügen haben.

Die Fusion, in welcher alle zusammenfließenden Elemente ihren festen Zustand verlieren, um sich miteinander zu vermischen und so für eine neue Konsistenz Raum zu schaffen, fiel in der Tat

zeitlich mit der Erklärung des Ausnahmezustands zusammen. Aber so wie die Temperatur den Siedepunkt anzeigt, letztlich aber die Wärme für das Kochen verantwortlich ist, so war der Ausnahmezustand nicht der eigentliche Grund, sondern allein auslösendes Moment der Irreversibilität dieser Fusion.

Die unmittelbaren Auswirkungen des Aufstands waren für seine ProtagonistInnen offensichtlich. Die Gegenwart verlor ihre feste Determiniertheit. Der »Grund« dafür beinhaltet ein komplexes Zusammenspiel von verschiedenen Dimensionen und Zeitebenen. Die Gegenwart drehte sich plötzlich um sich selbst und eröffnete so unvorhergesehene Zukunftsperspektiven. Deren Ausgangspunkt war das Aufbrechen aufgestauter Wissens- und Widerstandspotenziale, die vergangene Niederlagen neu ins Bewusstsein riefen. Plötzlich schien erneut die Vergangenheit auf; es zeigte sich, dass diese nicht ganz und gar abgeschlossen war, sondern sich über Jahre hinweg bis in die Gegenwart verlängert hatte. Denn die Zeit verläuft in sich überlagernden Dimensionen, und unter der Hegemonie der dominanten räumlichen Repräsentationen werden nicht all ihre Möglichkeiten ausgeschöpft.

Was zerbarst, war die Zeit. Von daher das Irreversible. Die Auswirkungen des 19. und 20. Dezember erschöpfen sich nicht im Entstehen einer neuen politischen Konjunktur. Der besondere Wert der derzeitigen Situation liegt mehr in den Formen, in denen die Auswirkungen dieses Bruchs, dieser Öffnung konkret ausgestaltet werden, und nicht so sehr in der unmittelbaren Fähigkeit, in traditioneller Weise verstandene »politische Ziele« zu erreichen.

Das Irreversible spielt nicht darauf an, dass die Auswirkungen dieses Ereignisses einen unabänderlich fortschrittlichen Charakter besitzen, sondern bezieht sich auf die Veränderung der Zeitlichkeit. In dieser neuen politischen Szenerie gibt es keine Garantie, keine definitive Neuigkeit und auch keine abgeschlossenen Entdeckungen. Alles ist noch zu tun, ist noch im Prozess. Sogar wenn die Energien nachlassen, wenn die Bewegung sich zerstreut oder, was noch schlimmer ist, wenn sie mehr oder weniger institutionalisiert wird, so verbleibt doch der Einschnitt der Dezembertage sowie der nachfolgenden Erfahrungen, welche versuchten, diesen weiterzuentwickeln.

Geöffnet hat sich so also die Möglichkeit, eine ethische Bewegung ins Leben zu rufen. Ein Übergang: vom Erleiden der Imperative einer Zeit und eines Raums zur Möglichkeit, diese beide

Variablen selbst gestalten zu können; von der Last eines entfremdeten Alltags zur Frage nach den Möglichkeiten, diesen Ablauf auf andere Weise zu organisieren.

Die aufständische Gewalt

Einer der vielen Verdienste des Aufstands besteht darin, dass er eine Perspektive geschaffen hat, von der aus eine Vielzahl von in unserem Land vorhandenen Erfahrungen umfassend betrachtet werden kann. Diese Sichtbarkeit war vor dem Dezember nicht vorhanden. Sie war einfach nicht wahrnehmbar. Unserer Einschätzung nach kann diese neue Sichtbarkeit nicht von einer anderen praktischen Entdeckung getrennt werden: Die Multitude erprobte in der Realität, in welcher Form sich die Machtstrukturen verändert hatten.

In der Tat war seit dem Ende der Diktatur – die auf die sozialen Kämpfe der 70er Jahre folgte – eine Aufgabe zu bewältigen. Es ging darum, ausgehend von tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen – die sowohl in den politischen und wirtschaftlichen Strukturen als auch in der Wahrnehmung, welche die Massen von diesen besaßen, stattgefunden haben – Ideen, Konzeptionen und Taktiken des politischen Kampfes neu zu entwerfen. Dies geschah in einem Prozess, der sich mit den lokalen Aufständen, den Straßenblockaden, den Land- und Fabrikbesetzungen, den Stadtteilversammlungen sowie den Kochtopfdemonstrationen in Gang gesetzt hat.

Der Ausnahmezustand enthüllte zwei parallel ablaufende Prozesse: zum einen die Feststellung, dass die staatliche Herrschaft nicht mehr auf die gleiche Art und Weise funktionierte wie in den 70er Jahren – ohne dabei jedoch notwendigerweise ihre repressive Funktion zu verlieren –, und zum anderen die Herausbildung massenhafter und dezentraler Kampfformen.

Der Ausnahmezustand wurde wegen der Plünderungen in weiten Teilen Argentiniens ausgerufen und als solcher wurde er von der politischen Opposition, der Regierungsseite und den wichtigsten Unternehmen des Landes gefordert. Sein Scheitern war nicht einem bestimmten Grad an politischer Schwäche, sondern der Entscheidung für einen massenhaften Widerstand geschuldet, welcher unter den gegebenen politischen und institutionellen Umständen die Ausübung der Repression wirkungslos werden ließ.

Ein Staat, der sich jeder einzelnen Forderung aus der Bevölkerung versagt hatte, konnte nicht reagieren, als ihm alle Forderungen als Bündel präsentiert wurden. Er verhedderte sich in seiner eigenen Handlungsunfähigkeit.

Es ist nichts Neues, dass der argentinische Staat nicht mehr auf dem gesamten Staatsgebiet die – von den Investoren und Politikern geforderte – Ordnung garantieren kann. Das Neue liegt darin, dass der Widerstand von unten gezeigt hat, dass er gelernt hat, mit den sich verändernden Bedingungen umzugehen. Es geht ihm nicht mehr um den frontalen Angriff auf die Macht, sondern um deren Desorganisation. Die Konfrontation beruht auf der Fähigkeit, die repressiven Kräfte zu neutralisieren und zu zerstreuen. Von daher ist es wichtig, sich ihnen nicht auf der Basis eines zentralen Organisationsmodells entgegenzustellen.

Dies beinhaltet nicht die These einer möglichen »inneren Zersetzung« des kapitalistischen Gesellschaftsmodells. Dieses hat von jeher auf verschiedene Art und Weise funktioniert, und entgegen der Überzeugung vieler »Antikapitalisten« wird sich sein Ableben nicht ausgehend von einer seiner »zyklischen Krisen« vollziehen.

Hinter der relativen Handlungsunfähigkeit des argentinischen Staates steht der komplexe Prozess einer unterbrochenen Anpassung. In der Tat verzerrte das Jahrzehnt unter Menem von 1989 bis 1999 den Prozess der »Transformation« zu einer postmodernen Version des Nationalstaats. Wie die derzeitigen Neoliberalen sagen, wurde zwar während der Amtsführung Menems erfolgreich die Phase der Zerstörung des intervenierenden Nationalstaats abgeschlossen. Es gelang ihm aber nicht, an Stelle des alten Staates einen neuen »Wettbewerbsstaat« aufzubauen. Der langjährige Wirtschaftsminister Cavallo war derjenige, der dies am schärfsten kritisierte, wenn er argumentierte, dass ein – angemessen privatisierter – Staat den »Mafias« ausgeliefert worden sei. In Argentinien haben die Neoliberalen es versäumt, den zweiten Teil ihres Programms umzusetzen – und dieser entspricht der zweiten Generation von Reformen oder dem sog. Zweiten Washingtoner Konsens neoliberaler Strukturanpassungen. Vielmehr verzettelten sich die einen wie die anderen bei schnellen und gewinnbringenden Geschäften; hingegen mangelte es ihnen grundlegend an der Fähigkeit, eine stabile politische Hegemonie zu errichten.

Der Ausnahmezustand vermochte niemanden zu beeindrucken. Erhofft wurde von staatlicher Seite, dass die durch die Plünderun-

gen in Schrecken versetzten Mittelklassen den Ausnahmezustand unterstützen würden, so wie dies bei den Plünderungen des Jahres 1989 geschehen war. Doch diese Rechnung ging nicht auf.

Die Komplexität der Situation lag darin, dass angesichts der extremen Schwächung des nationalstaatlichen Institutionensystems höchst unterschiedliche Erwartungen geweckt wurden. Eine Reaktion war extrem neoliberal, wonach die Krise nur durch noch mehr »Privatwirtschaft« behoben werden könne. Mehr Privatisierung und eine verstärkte staatliche Repression gegen diejenigen, die sich der Profitlogik in den Weg stellten. Eine traditionell etatistische Position klammerte sich hingegen an die Reste des Nationalstaats und glaubte an dessen Wiederherstellung. Die verfassungsmäßigen Institutionen müssten demnach von den wichtigsten politischen Parteien des Landes verteidigt werden. Es gab eine weitere Haltung, die auf den Aufbau eines Staates neuen Typs drängte, der in der Lage sei, für die Durchführung privater Geschäfte feste Regeln aufzustellen, eine gewisse Vorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen zu gewährleisten sowie durch Gesetzgebung ökonomische und politische Verhaltenskodizes aufzustellen und zu sichern. Es existierte außerdem eine klassische revolutionäre Position, welche die marxistisch-leninistischen Thesen der Eroberung der Staatsmacht sowie der proletarischen Diktatur aufrechterhielt.

Offensichtlich gibt es zwischen diesen Positionen Schattierungen. Aber es ist nicht so wichtig, jede einzelne von ihnen zu porträtieren, als vielmehr das Entstehen einer neuen Position zu betonen, die, obwohl sie noch sehr allgemein und wenig ausgearbeitet ist, darauf insistiert, dass der soziale Wandel sich nicht ausgehend von den verschiedenen politischen Programmen vollzieht. Diese neue Position ist durch die Ereignisse des 19. und 20. Dezember gestärkt worden. Es handelt sich um eine aktive und konstituierende Kraft, die gezeigt hat, von welchen Ausgangsbedingungen aus politisch gehandelt werden muss.

Selbst in den Momenten der offenen Konfrontation, wie am 20. Dezember bei den kriegsähnlichen Auseinandersetzungen im Umfeld der Plaza de Mayo, waren die Voraussetzungen des Konflikts nicht mehr die gleichen, wie wir sie aus den letzten drei Jahrzehnten kennen. Die Gewalt des 20. Dezember gleicht nicht im Geringsten den Formen der Auseinandersetzung der 70er Jahre. Es handelte sich um eine Gewalt der Massen – von keiner Or-

ganisation angeleitet, gleichwohl mit harten Zusammenstößen zwischen beiden Seiten –, die eher der in den Fußballstadien oder bei den Rockkonzerten in den Arbeitervierteln glich als den zum Mythos erhobenen Guerillaaktionen von ehemals. Es handelt sich um neue Formen von »entregelter« Gewalt, gewachsen in Territorien, die in den letzten Jahren allmählich zu einem »Niemandland« geworden sind. Es handelt sich um eine Gewalttätigkeit, die nicht mehr auf »explizite Regeln« oder Vermittlungen baut und die sich durch Kodizes reguliert, welche für Außenstehende unverständlich sind.

Die Topographie des postmodernen Kapitalismus charakterisiert sich dadurch, dass dieser voneinander getrennte Territorien des Einschlusses und des Ausschlusses schafft. Erstere existieren als wahrhafte Festungen, die zweiten als Niemandland, wo der Hobbes'sche Naturzustand des Kampfes aller gegen alle vorherrscht. Die Tage des 19. und 20. Dezember können in diesem Sinne auch als Moment verstanden werden, in dem die Widerstandspotenziale, die sich in den letzten Jahren in den ~~ausgeschlossenen~~ Territorien herausgebildet hatten, in den Raum der Öffentlichkeit einbrachen, welcher bis dahin der privilegierte Ort der nationalen politischen Repräsentationen gewesen war. Die Gewalt von unten kann jedoch nicht auf die Gewalt der Banden oder der Plünderungen reduziert werden.

Die seit Jahren verbreitete Widerstandspraxis der Straßenblockaden war in diesem Sinne bedeutsam. Bei ihnen werden Formen der Gewalt praktiziert, die Ausdruck einer legitimen und wirksamen Selbstverteidigung darstellen. Mitten im Niemandland widersetzen sich die Piquetero-Gruppen aktiv dem von oben auferlegten »Spiel ohne Regeln« und schaffen neue soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge. Auf dieser Basis hat sich die Fähigkeit zur Selbstorganisation gestärkt, die in ihrem zugleich demokratischen und kämpferischen Charakter für die übrigen Kämpfe eine Symbolfunktion besaß. Am 19. Dezember verbanden sich all diese Elemente und bildeten eine eigenständige Ausdrucksform der Gewalt. Deren Ziel war es, die neuen Formen der sozialen Mobilisierung voranzutreiben und auf diese Weise die staatliche Fähigkeit zur Repression zu übersteigen.

Die Legitimität dieser Ausübung von Gewalt besitzt neuartige Charakteristika: Sie wurde sich selbst verliehen und hängt nicht von der Anerkennung anderer ab. Es handelt sich nicht um das

klassische Szenario des Krieges, in welchem der Feind eine formale Kriegserklärung als notwendige Anerkennung anstrebt, um dem eigenen Tun Konsistenz zu verleihen. Vielmehr bilden die Kämpfe – über die eigentliche Konfrontation hinaus – ihre eigenen Beurteilungskriterien und Werte der Gerechtigkeit heraus. Dieser defensive und selbstbestätigende Charakter der Gewalt bildet das Fundament einer grundlegenden Asymmetrie.

Während der Tage des 19. und 20. Dezember ließen sich die genannten Unterschiede beobachten. Die von der Staatsmacht ausgeübte Gewalt besaß zwei grundsätzliche Formen. Auf der einen Seite machte sie gegenüber den Massen von der Schusswaffe Gebrauch und brachte dabei mindestens 30 Menschen um, wobei viele andere Tote nicht als Opfer staatlicher Repression anerkannt wurden. Eine weitere Form war die Stärkung einer kollektiven Psychose, die für die Sicherheitsideologie funktional war. Es wurde versucht, einen auf sich selbst bezogenen und den Anderen fürchtenden Individualismus zu stärken. Die Operationen der »psychologischen Kriegführung«, vor allem in den peripheren Bezirken der Provinz Buenos Aires, hatten zum Ziel, diese Mechanismen der Macht zu stärken.

Den nicht organisierten Einzelnen und der von ihnen und gegen sie ausgeübten entregelten Gewalt mit ihren Mechanismen der Vereinzelung und des individuellen Rückzugs ist die Selbstverteidigung von unten diametral entgegengesetzt. Sie betreibt den Aufbau überindividueller Verknüpfungen voran, bündelt kollektive, kooperierende und sich gegenseitig stärkende Kräfte, die auf einer kollektiven Ebene die individuellen Fähigkeiten und Wünsche potenziert. Demgegenüber verstärkt die dominante Form der Gewaltausübung die individuelle Isolierung und intensiviert durch ihre Praxis die Furcht »des Anderen« – was die Manipulation durch die Macht leichter macht und jede Autonomie zerstört.

Nach dem Dezember-Aufstand sowie den nachfolgenden Ereignissen kann die Gewalt nicht mehr in einer abstrakten Weise gedacht werden. Der neue Protagonismus behauptet sich immer mehr in den ihm eigenen Formen des Verstehens sowie der sozialen Intervention, wobei er sich auf die Ausarbeitung von Praktiken konkreter Selbstbestätigung stützt. In diesen wird nicht an feste Kollektive appelliert, damit diese die offensive und im Namen übergeordneter Werte zentralisierte Gewalt rechtfertigen. Es geht im Gegenteil um die gesellschaftliche Erfahrung der schon

erwähnten Asymmetrie, wobei der Gewalt, die durch die Staatsmacht ausgeübt wird und die sich auf die Gesamtheit der Repräsentationen stützt, eine Ethik der körperlichen Anwesenheit entgegengesetzt wird, die auf festen und radikal legitimen Gründen und Überzeugungen basiert.

In der Konzeption der mexikanischen EZLN wird dieses neue Element der Gewalt von unten klar beschrieben. Im Artikel »Der Vierte Weltkrieg«, der am 23. Oktober 2001 in der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* erschien, schreibt Marcos: »Die Indígenas, abgesehen davon, dass sie kein Spanisch sprechen, wollen keine Kreditkarten; sie produzieren nicht; sie widmen sich der Aussaat von Mais, Bohnen, Chili, Kaffee; und es fällt ihnen ein, mit der Marimba zu tanzen, ohne den Computer zu benutzen. Sie sind weder KonsumentInnen noch ProduzentInnen. Sie sind über. Und alles, was über ist, kann eliminiert werden. Aber sie wollen und wollen es nicht aufgeben, Indígenas zu sein. Und noch mehr: ihr Kampf hat nicht die Eroberung der Macht zum Ziel. Sie kämpfen, damit sie als indigene Völker anerkannt werden, damit ihnen das Recht auf Existenz zuerkannt wird, ohne sich in Andere zu verwandeln.«

Die Nacht des 19. Dezember

Die Geschehnisse des 19. und 20. Dezember können davon ausgehend betrachtet werden, dass Transparente und Fahnen von Gruppen und Organisationen sichtbar abwesend waren. Mir scheint, dass es zum ersten Mal seit vielen Jahren zu einem Auftritt der Massen kam, der keine sichtbare Aneinanderreihung bereits bekannter Äußerungen darstellte. Wenn wir von dem Aspekt der Abwesenheit von Parteien und Gruppierungen ausgehen, können wir die These aufstellen, dass hier etwas »abgezogen« wird und dass dabei etwas in dem Maße neu zu Tage tritt, in dem wir die verbleibenden Mosaiksteine neu zusammensetzen. Insofern erscheint mir die Idee der Multitude nicht unangebracht, da dieser Begriff sich auf die Konstituierung einer Form des sozialen Denkens bezieht, das auf die Körper, die Mobilisierung und die Ortskenntnis der Stadt bezogen ist. Aber wie geht dies vonstatten? Eben durch eine Art Substraktion. Die Multitude geht von einer vorhandenen Art des Denkens aus, der sie aber den festen Zusammenhang und die Starre nimmt.

Die Begriffe Multitude und Pueblo können in diesem Sinne gedacht werden, dass die Massen der Bevölkerung sich von der Starre befreien. Es geht um die Art und Weise, in der Gegenwart eine kollektive Aktion zu denken und das Denken von unten zu reaktivieren. Genauer gesagt handelt es sich um eine Kategorie des Handelns in der Jetztzeit.

In der Nacht vom 19. zum 20. Dezember lief ich von meinem Haus aus fünfzehn Häuserblocks weit bis zur Plaza de Mayo und bemerkte, wie auf diesem Weg nach und nach verschiedene Ebenen des Bewusstseins zum Ausdruck kamen. Dies zu beschreiben ist sehr wichtig, weil es sich um einen Tag handelte, an dem alles neu und originell war. Alle stattfindenden Ereignisse wurden von der Frage begleitet: Was kann ich jetzt machen, wie weit kann ich gehen? Und all dies spielte sich auf einem bestimmten Territorium ab.

Die fehlende Präsenz von Transparenten und Fahnen konnte in jener Nacht unmöglich als Mangel betrachtet werden. Sie war viel-

mehr Teil einer interessanten Entdeckung: Als sich im Morgen grauen des 20. Dezember die Plaza de Mayo füllte – und dies unter außergewöhnlichen Umständen, sowohl was die Uhrzeit als auch den herrschenden Ausnahmezustand angeht –, wurden zwar die Themen der linken Parteien und der sozialen Mobilisierung der letzten Jahre aufgegriffen, aber diese wurden den etablierten politischen Gruppen in Form einer »Substraktion« entwendet und standen nun zur Disposition aller. Die Losungen, die mit dem Ruf »Argentina, Argentina« endeten, kennzeichneten so eher das Vorhandensein eines gemeinsamen kollektiven Denkens als dass sie die Wiedereinführung eines nationalistischen politischen Konzepts bedeuteten, das andere ausschließt.

Ähnlich wie die Rufe »Argentina, Argentina« stellte auch das Kochtopfschlagen ein konfuses, zwiespältiges Element dar. Mir schien, es handelte sich um eine Einladung, über alle angesprochenen Themen nachzudenken, ohne diese zu banalisieren oder auf schon vorher entwickelte politische Gedanken zu beschränken. Es bleibt abzuwarten, bis zu welchem Grad die Linke akzeptiert, sich mit dem Cacerolazo als Protestform zu identifizieren, weil dies auch bedeuten würde, sich mit den kleinen SparerInnen mit ihrem »Ich will meine Dollars!« auseinander zu setzen. Es geht hier darum, den Rahmen der Interessen abzustecken, die für diesen spezifischen Moment der Transformation als legitim anerkannt werden. Sind die Interessen immer partikular? Sind nur Interessen zu akzeptieren, welche den individuellen Horizont überschreiten? Sind die persönlichen Interessen im engeren Sinn in etwas Anderes transformierbar? Sind die Interessen stets dem Augenblick verhaftet und müssen sie durch universelle Interessen überwunden werden? Oder beinhaltet jedes individualistische Interesse schon den Schlüssel seiner eigenen Negation?

Diese Debatte hat etwas mit der Tatsache zu tun, dass es sich bei den Geschehnissen des 19. und 20. Dezember für einen Sektor der Linken um eine Vorankündigung dessen handelt, was auf ganz Argentinien zukommt. Für diejenigen, welche die Demonstration des 19. Dezember, die mit Tränengas endete, als einen Moment ansehen, der für eine höhere Bewusstseinsstufe Platz schaffte, kann das, was am darauf folgenden Tag – mit seinen Toten – passierte, nicht geringer sein. Ist aber der 19. weniger »wert« als der 20. Dezember? Ich habe den Eindruck, dass beide Tage Formen eines fortgeschrittenen Bewusstseins zum Vorschein brach-

ten und dass der Tag der gewalttätigen Auseinandersetzung sich nicht notwendigerweise auf einem höheren Niveau des politischen Bewusstseins befindet als der Vortag.

Am 19. Dezember ergab sich eine interessante Situation, die eine enorme Heftigkeit und Kraft besaß und nicht die Scheiben einer Bank einschlagenden Jugendlichen benötigte. So brannte beispielsweise in der Casa Rosada kein Licht, und niemand verließ das Gebäude. Es fehlte nur, dass ein orthodoxer Peronist rief: »Wann kommt der General [Perón, A.d.Ü.] raus?«, oder in diesem Fall zumindest ein Minister, aber niemand kam heraus, und es konnte auch niemand das Gebäude verlassen. Dies war das Eigentümliche und auch das Schwerwiegende der Situation, welche eine Selbstverständigung der versammelten Menge forderte. An die Stelle einer Stimme, welche die Massen hinter sich bringt, trat der Ruf »Argentina, Argentina«, der wie in einer Fußballarena erschallte, wenn die Fußball-Nationalelf spielt – es gab sogar viele, die mit dem Trikot der Landesauswahl bekleidet waren.

Die andere Frage war: Wann endet das Ganze? Wie lange sollten die Leute dort bleiben? Das Tränengas wurde eingesetzt, weil kein Ende abzusehen war. Allein diese Tatsache war für die argentinische Bundespolizei »Gewalt« genug: Dass um zwei oder drei Uhr nachts die Leute immer noch auf dem Platz verharrten, ohne dass sie etwas taten und ohne dass eine Auflösung der Massensammlung in Sicht gewesen wäre. Es handelte sich um eine politisch spannungsgeladene Situation, in der eine enorme Gewalt schlummerte. Das Tränengas diente dazu, dieses inspirierende »Nichts« aufzubrechen. Das Einzige, was passierte, war, dass ein Junge mit einer Fahne zwischen den Zähnen auf den hohen Mast inmitten des Platzes kletterte – wie bei diesen Wettbewerben mit einer eingeseiften Stange –, womit er die Menschenmenge in Sorge versetzte. Viele baten den Jungen, herunterzusteigen. Das Tränengas kam, nachdem der Junge, welcher die Aufmerksamkeit des gesamten Platzes auf sich gezogen hatte, wieder unten war.

Die Tatsache, dass an diesem Tag keine Transparente getragen wurden, war ein überraschender Anblick. Es war eine großartige Nacht; niemals zuvor hatte ich so etwas erlebt, denn es gab nichts, was der Expansion der Menschenmenge Einhalt geboten hätte, außer dem Regierungsgebäude, der Polizei und dem Ruf »Argentina, Argentina«. Das waren Abstraktionen, die den Platz dessen Einnahmen, was der Menge fehlte, nämlich Worte zu finden, die –

über die Ablehnung der gegenwärtigen Situation hinaus – eine skizzenhafte Vorstellung der Zukunft beinhaltet hätten. Dieser Ablehnung stand zunächst nichts zur Verfügung außer der Originalität des massenhaften Zusammenfindens sowie dem Verweis auf die allgemeinste aller Gemeinsamkeiten, nämlich ArgentinierInnen zu sein.

In jener Nacht trafen die Leute auf Bekannte, die keine Bekannten mehr waren, weil man nicht wusste, warum man dort war. Ich selbst kam mir fremd vor. Ich hatte einen Kochtopf, aber es war mir ein wenig peinlich, auf ihn zu schlagen, weil bei mir – wie bei vielen anderen – die Erinnerung an Chile anklang. Der Kochtopf auf der Straße war verknüpft mit den dortigen Forderungen der Mittelschichten nach dem Rücktritt des Präsidenten Salvador Allende, darum fiel es mir schwer. Aber aus irgendeinem Grund schlug ich dann doch auf meinen Kochtopf. Es war, als ob ich mir gesagt hätte: »Gut, mir scheint, dies ist es wert.« Zu Fuß unterwegs hin zur Plaza de Mayo gab es einige offene Geschäfte, die schnell ihre Gitter herunterließen. Ihnen wurde gesagt: »Seht doch, dies ist keine Plünderung, ihr solltet euch auch einreihen.« Aber in Wirklichkeit handelte es sich um etwas, was mit der Plünderung korrespondierte. Es hatte die Stärke einer Plünderungsaktion, ohne das Geheimnis seines konstruktiven Impulses gelüftet zu haben. Es war wie die Stärke einer enormen Plünderung, aber übersetzt in eine andere Form. Es war nicht das Gegenteil der Plünderung, sondern die Übertragung derselben an einen anderen Ort der Stadt, der sich in eine Polis verwandelt hatte, das heißt in das kollektive Versprechen direkter Demokratie.

Danach hörte ich eine Beschreibung des Fernsehjournalisten Gustavo Silvestre, der in jenem Augenblick etwas Interessantes sagte: Die Leute gingen auf den Bürgersteig ihres Hauses, um zu sehen, was los war, und blieben dort eine ziemlich lange Zeit; danach bewegten sie sich bis zur Straßenecke, wo sie auch eine Zeit lang verharrten; und danach machten sie sich zur Plaza de Mayo auf. In dieser Erzählung steckte die Anerkennung eines neuen Terrains – ich konnte dies mit ansehen und war nicht nur Zeuge, es traf auf mich selbst zu.

Zum ersten Mal beschrieb ein trivialer politischer Fernsehkommentator haargenau meinen Fall. Ich ging hinaus auf den Bürgersteig, blieb dort eine Weile und wusste nicht, was zu tun sei. Wir waren schon einige in derselben Situation. Ich ging bis zur Stra-

Bencke, da waren wir schon mehr, und wir machten uns auf den Weg zur Plaza de Mayo. Es handelte sich um in Straßenmetern gemessene Bewusstseinsstufen oder -ebenen.

Niemand konnte von sich behaupten, er habe das Ganze begonnen, und in meiner Kneipe Británico hörte man tagelang den Satz: »Ich sah dich und ging los.« Es war eine Kette ohne Anfang. Jemand sagte mir, er habe in seiner Wohnung den Fernseher angehängt, weil er nur einen Augenblick auf die Straße gehen und in Kürze zurückkehren wollte. Als er Stunden später nach Haus kam, lief sein Fernseher noch und wartete ungeduldig auf seinen Besitzer. Auch mir passierte dasselbe. Alle diese Elemente mikrosozialer Alltäglichkeit scheinen mir von großem Interesse zu sein. Das heißt, die Spontaneität ist interessant, weil sie bestimmte Grundlagen hat und es sich eben nicht um eine riesige Strömung handelt, deren konkreter Ausdruck nicht ausfindig gemacht werden könnte. Das Interessante sind diese kleinen Risse in der Alltagsroutine.

Die Plaza de Mayo ist ein Ort mit einer Beständigkeit, die es zu analysieren gilt. Und gleiches gilt für Versuche, bei späteren Cacerolazos das Rathaus der Stadt Buenos Aires, den Cabildo, anzuzünden. Bei den dafür Verantwortlichen handelte es sich mit Sicherheit nicht um organisierte Linke, vielleicht um schlechte SchülerInnen, die auf den langweiligen Geschichtsunterricht eine originelle Antwort fanden. Aber denjenigen, die inmitten der aufsteigenden Flammen auf das Dach des Rathauses stiegen, riefen die Leute zu, sie sollten wieder heruntersteigen, und verwandelten sich so in eine Stimme der kollektiven Verantwortung.

Die Stadtviertel als Handlungsraum, die Zeiten der Zusammenkünfte sowie das Ausnutzen der Nacht sind neue Elemente, die dazu zwingen, unser Thema wiederaufzunehmen. Es geht darum, Argentinien neu zu denken und sich dabei auf jene Erfahrung zu stützen, in der sich das Alltägliche auf der Grundlage routinierter Bilder der Stadt organisiert. Es gilt, in neuen Konzepten zu denken. Denn die Art, in der sich das Alltägliche dem Außeralltäglichen überstülpt – also die Form, in der Tag, Nacht sowie viele Symbole interpretiert werden – beinhaltet eine große Originalität und trägt das Versprechen in sich, dass es zu einer neuen Verschmelzung all dieser Elemente kommen kann. Vielleicht gibt es keine Erfahrung der argentinischen Bevölkerung in der Vergangenheit, auf die zurückgegriffen werden kann, um durch deren genaue Befragung das heutige Dilemma zu lösen. Ich habe den Eindruck, dass wir,

als wir an die Idee der kollektiven Praxis appellierten, uns nicht vorstellten, dass die Mobilisierung notwendigerweise diese Gestalt annehmen würde. Genauso wenig waren wir darauf vorbereitet, dass die Gewalt nicht in der Weise eines traditionellen Volksaufstands erscheinen würde.

Dies alles wird zu vielen späteren Analysen Anlass geben, und es muss dazu dienen, dass wir uns Fragen stellen, denn ohne diese werden wir nicht weit kommen. Ich denke, dass es Texte der argentinischen Geschichte gibt, die man »enthistorisieren« kann, um ihnen eine neue Bedeutung zu verleihen, um sie auf andere Weise mit dem zu verketten, was heute passiert. Die argentinischen Texte sind, vom Standpunkt der Wirksamkeit der Mobilisierung aus gesehen, interessant. Die einstimmigen Rufe stammen aus der Schulzeit. Man kann behaupten, dies zeige einen geringen Bewusstseinsgrad, das kann sein, aber diese Rufe sind die lautesten. Sie sind in den Fußballstadien zu vernehmen. Die einstimmigen Rufe sind zu hören, wenn es um das Eigentum und die Nation geht, und sie nehmen eine konservative Form an. Sie reflektieren das etablierte Denken, ein Denken, das den Kategorien der Identität verhaftet bleibt, in Bezug auf die Bank und auf mein Bildungskapital, mein Schulkapital, das »argentinisch« genannt wird, eben weil es dem Anschein nach von Beginn an existiert und jeder kritischen Befragung standhält. In den Mobilisierungen tauchen all diese traditionellen Bilder in Reinform auf. Aber vielleicht ist dies der notwendige Zwischenschritt, um sie kritisch in Frage zu stellen.

Hinter dem »Alle sollen abhauen!« verbirgt sich ein weiteres Dilemma, denn die große Relevanz dieser Aussage besteht darin, dass sie kein Objekt besitzt. Sie ist drastischer als alles andere, und niemand kann sie sich zuschreiben. Da es sich um eine kollektive Schöpfung handelt, besteht das Problem darin, ob sie es verdient, wörtlich genommen zu werden, oder nicht. Vielleicht sollte man dies nicht tun, weil in diesem Fall der sich ergebende politische Streit weniger interessant wäre als der gegenwärtige Zustand, in dem dieser Ausruf dazu zwingt, Bilanz aus der Vergangenheit zu ziehen. Ich traute mich nicht »Alle sollen abhauen!« zu rufen – aufgrund meiner argentinischen Besonnenheit und weil ich Situationen kennen gelernt habe, die diesen einschneidenden Momenten unserer Geschichte folgten und in denen sich diese erst in ihrer ganzen Heftigkeit entfalteten.

Aber ich war von der wortwörtlichen Interpretation dieses Slogans überrascht. Ich hätte besser daran getan, ihn als bildhafte Darstellung eines komplexen Sachverhaltes zu akzeptieren, um ihn mir wirklich zu Eigen zu machen. Auf der anderen Seite gibt es Leute, die ihn singen und dabei an seine reale Umsetzung in der Wirklichkeit denken, und in dieser stellen sie sich eine unmittelbare revolutionäre Lösung vor, die grundlegend sein mag, deren Preis aber darin besteht, das Ausmaß an kollektivem Bruch und Inspiration, das in diesen Worten zum Ausdruck kommt, aus den Augen zu verlieren. Wenn diese Worte aber vor dem Staatlichen Gerichtshof gesprochen werden, scheinen sie ihr Objekt gefunden zu haben: die Mitglieder des Gerichts, die in der Tat »alle abhauen sollen«. Mir scheint, es handelt sich um einen Ruf nach Demokratie, der so weit greift, dass er mit Sicherheit eine Debatte über neue Themen eröffnet.

Dies alles darf jedoch nicht verwechselt werden mit einer naiven Verblendung, wie sie einigen AnhängerInnen der Massenversammlungen zu Eigen ist, die denken: »Alle sollen abhauen und wir bleiben!« Hier geht die drastische, beunruhigende und abgründige Dimension der kollektiven Ausrufung verloren. Wenn nur einige Asambleas bleiben sollen, dann nimmt man diesem Satz seine enorme bildhafte Kraft. Es fehlt ihm die Singularität. Vor dem Gerichtshof gibt es sie, aber ich verstehe es so, dass das »Alle sollen abhauen!« ein enormes Neugründungsprojekt in sich birgt, denn wir sind alle gezwungen, unaufhörlich Objekte zu suchen. Den Ausruf mit Unmittelbarkeit zu füllen bedeutet paradoxerweise, ihm Effektivität zu nehmen. Seine Gültigkeit entfaltet sich, wenn mit ihm das gesamte Szenarium überblickt wird, wenn eine agierende Kraft entsteht und eine vorzeitige Auflösung verhindert wird. Für mich liegt das Interessante hierin: Alle sollen abhauen, aber es gibt eine Regierung, also richten wir unser Augenmerk auf sie. Und dies nicht nur vom Gesichtspunkt der Kontrolle und Überwachung aus, sondern aus der Perspektive neuer Formen der Geschichte.

Die diesem Slogan inhärente Potenz benötigt keine Linke, die allzu leicht verkündet: »Alle sollen abhauen und wir bleiben!« Ihnen geht es letztlich um die Ablösung der Regierung durch eine andere, die nicht von den verallgemeinernden Auswirkungen des »Alle sollen abhauen!« erfasst würde. Aber welche Regierung wäre dies, die sich der inneren Gesetzmäßigkeit dieser Losung entziehen könnte? Eine solche Regierung würde einen hohen Preis da-

für zahlen, diese wortwörtlich zu nehmen, indem sie sich zum gerechtfertigten Ziel derselben Kritik macht, die sie selbst vorantreibt. Aufgeworfen wird damit erneut die Frage nach dem Ursprung der Politik und der mit ihr verbundenen Kraft. Deshalb dürfen wir keines der angesprochenen Themen vernachlässigen; denn die umfassenden Themen der Politik verlangen nach großen Texten, die mit den Rufen auf der Straße oder mit der Bewegung der Leute auf der Straße beginnen. Zur gleichen Zeit benötigen wir eine gewisse Dosis an Mut zur Auseinandersetzung mit Vorgehensweisen, die zu sehr den alten Gewohnheiten verhaftet sind, um die außergewöhnliche Potenzialität dieser grundlegenden Kräfte zu verstehen, welche in einem Zustand des Zeichens bzw. der Andeutung verbleiben. Anstatt von uns zu verlangen, zu einer vermeintlichen »Konkretheit« überzugehen, wie dies eine bestimmte Linke übereilt in Betracht zieht, fordern uns jene Kräfte zu der Überlegung auf, dass die wahre Effektivität darin liegen könnte, den Zustand der kreativen Bildhaftigkeit, der aktiven Bereitschaft und der beständigen, kollektiven Neuinterpretation aufrechtzuerhalten.

Den Bann des Schreckens brechen

Der Genozid der Militärdiktatur von 1976-1983 zerstörte das soziale Gewebe, um mit Hilfe des Terrors eine einförmige Gesellschaftlichkeit durchzusetzen. Da es unmöglich war zu handeln, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen, triumphierte der Markt der neoliberalen Ökonomie auf der durch den Terror verursachten Trümmerlandschaft. Denn der Markt setzt die Vereinzelung der Subjekte voraus und reduziert die menschlichen Bande auf die Kategorien des Käufers und Verkäufers.

Aber die – terrorisierte – Subjektivität der argentinischen Gesellschaft wurde durch die eigene Zustimmung zerstreut, getrennt und vernichtet. Die Macht war darauf angewiesen, dass das Subjekt sich selbst gleichzeitig als terrorisiertes und als Komplize konstituierte, um der Gefahr zu entgehen. »Es wird wohl einen Grund gegeben haben«, sagten sie, um sich zu rechtfertigen, denn subjektiv waren sie dieser Realität verhaftet und fanden sogar Gefallen an ihr; vor allem als Ende der 80er Jahre diese Wirklichkeit ihnen bestimmte materielle Vorteile zu gewähren begann und sie durch den selbstbezogenen Ritus des Konsums ihren Wünschen nachkommen konnten – auch wenn das Land sich auf einen Abgrund zu bewegte.

Anscheinend ist mit dem 19. und 20. Dezember zerbrochen, was uns voneinander getrennt hielt. Mit einem Mal ergab sich etwas Anderes: die Fähigkeit, das Gehäuse aufzubrechen, raus auf die Straße zu gehen, sich mit den anderen zu treffen, sich im geteilten Leiden wiederzuerkennen und die Kräfte des eigenen Körpers zu spüren, indem wir entdeckten, dass wir ein mächtiges Kollektiv zu bilden in der Lage sind. All diese Treffen sind Momente, in denen die körperliche Anwesenheit der anderen mir die notwendige Kraft verleiht, um das meinem Inneren durch den Terror eingebrannte Kainszeichen auszulöschen, während ich meinerseits den anderen helfe, das Gleiche zu tun. Wir sind Zeugen, wie in der sozialen Wirklichkeit der Bruch mit einem unbewussten und unterirdischen Prozess, der uns beengte, sichtbare Gestalt gewinnt.

In diesem Sinne hat etwas Neues begonnen: die Erkenntnis, dass wir gemeinsam die Macht besitzen, Kräfte zu gestalten, die wir vorher als unbeeinflussbar wähten. Zum ersten Mal kam es zu einem Einschnitt, der die unterworfenen Subjektivität verwandelte. Diese begann zu begreifen, wie viel Macht sie besitzt, wenn sie sich in ein kollektives Ganzes eingliedert, das die gleichen Ziele eint. Am Horizont erschien die Möglichkeit, den subjektiven Terror zu besiegen und auf diese Weise neue Perspektiven für eine erneuerte soziale Macht von unten aufscheinen zu lassen.

Das will nicht heißen, dass nichts mehr sei wie früher. Wir erliegen nicht der Illusion, alles sei schon getan. Es handelt sich um einen Prozess, der viel Zeit braucht, denn die Ängste und Zwangsverhältnisse, die es zu besiegen gilt, sind tief verwurzelt. Und die ständig vorhandene Drohung mit der Repression ist eine auf uns lastende Realität. Die Herausforderung besteht darin, eine Strategie zu entwickeln, die uns auf friedliche und demokratische Art und Weise befähigt, unser Widerstandspotenzial zu vervielfachen, nachdem wir die Macht ziviler Kollektivität entdeckt haben.

Diese Gegenmacht droht sich selbst einzuengen, wenn ihr Rhythmus der Schnelligkeit und Hektik verhaftet bleibt, die einige ungeduldige Sektoren der Linken von ihr fordern. Denn es entsteht keine neue Subjektivität ohne ein Kollektiv, das sie erzeugt und ihr eine Existenz in der Zeit verleiht, deren Dauer nur die konkrete Erfahrung selbst bestimmen kann.

Wir warnen also vor den in der Hitze des Augenblicks aufgestellten, abstrakten und rein voluntaristischen Konzepten der Linken. Die Komplexität der sozialen Kreativität sprengt all diese theoretischen Formeln.

Die Linke sollte lernen, dass sie unfähig war zu vollbringen, was andere auf spontane Weise taten, als sie neue, vorher undenkbar Formen der Organisation schufen. Denn es ist offensichtlich, dass die Geschehnisse des 19. und 20. Dezember kein Werk der Linken, sondern eine Erfahrung der Übereinkunft von Menschen sind, die zuvor deren Vorschlägen distanziert gegenüberstanden. Es geht nicht darum, von der Linken zu fordern, sie solle einen Schritt zurückgehen. Vielmehr ist sie aufgefordert, die neuen Bewegungen zu begleiten und erneut in der Schule des Alltags zu lernen, um so mit den versteinerten Schematismen der Vergangenheit zu brechen.

Es gibt Denkweisen, welche die neuen Subjektivitäten der Widerständigkeit in unveränderter Kontinuität der politischen Strategien der 70er Jahre begreifen. Aber was heute passiert, unterscheidet sich hinsichtlich der Strategien grundlegend von den damaligen Projekten. Es gilt zu lernen, dass die Dinge sich geändert haben. Es geht darum, in unserem heutigen Alltag jene Vergangenheit kritisch zu verarbeiten. Die einzige Weise, die Vergangenheit zu vergegenwärtigen, besteht darin, ihre heroische Seite zu respektieren, ohne die Grenzen einer politischen Strategie zu verschweigen, die scheiterte und heute verändert werden muss.

Das Ende der menemistischen Kultur und die Ambivalenz nationaler Symbole

Viel wurde schon über den 19. und 20. Dezember gesagt und geschrieben. Dabei werden die Meinungen, Annahmen und Interpretationen auch weiterhin verschieden bleiben. Denn diese Ereignisse sind nicht nur von regionaler Bedeutung, sondern werden auch von europäischen und nordamerikanischen TheoretikerInnen als Beispiel herangezogen, um Hypothesen über die Transformationen des Kapitalismus sowie die Strategien der sozialen Protestbewegungen zu formulieren. Diese Diskussionsbeiträge fanden ihrerseits eine Antwort auf Seiten der hiesigen Intellektuellen und BasisaktivistInnen, die – ohne die Auswirkungen der globalen Veränderungen leugnen zu wollen – die derzeitigen Kämpfe wieder stärker im Rahmen einer besonderen Geschichte, nämlich der Argentinien, verorten.

Wir als Mitglieder der Zeitungsredaktion von La Escena Contemporánea möchten einige Reflexionen über die Ereignisse des 19. und 20. Dezember und deren Auswirkungen auf die argentinische Gesellschaft anstellen. Wir wollen weder soziologische Thesen aufstellen noch den rituellen Beschwörungen linker oder populistischer Provenienz eine weitere hinzufügen. Noch weniger steht uns der Sinn danach, das Geschehene als Bestätigung dessen zu betrachten, was wir schon immer behauptet haben. Wir ziehen es im Gegenteil vor, im Inneren der Ereignisse zu denken und zu intervenieren sowie uns in der eigenen Unsicherheit wiederzuerkennen – in diesem Schwanken zwischen Glück und Angst –, welche durch die Mobilisierungen im Dezember hervorgerufen wurde.

Als Ausgangsthese möchten wir formulieren, dass der 19. und 20. Dezember ein Moment der Verdichtung und des kollektiven Ausdrucks bisher zerstreut vorhandener Intuitionen war – wie für andere Generationen der 17. Oktober 1945 (Peróns Befreiung aus der Haft) oder der 29. Mai 1969 (der sog. Cordobazo; vgl. die Chronologie). Die erste kollektive Ahnung war, dass sich die Rolle

der politischen Parteien sowohl als Mittel der Organisierung sozialer Veränderungen wie auch als stabilisierendes Element der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung erschöpft hat. Die zweite Intuition war, dass die Diktatur wirklich beendet war. Es ging von nun an nicht mehr darum, die gegenwärtige institutionelle Ordnung vor einem möglichen Militärputsch zu verteidigen, und daher war die Terrordrohung des Militärs kein Hindernis mehr für die Aktion auf der Straße. Drittens kristallisierte sich die Überzeugung heraus, dass Argentinien keine »Wüste« darstellt, in der das Nichtvorhandensein einer uruguayischen Frente Amplio, einer brasilianischen Arbeiterpartei oder eines mexikanischen Zapatismus zu beklagen wäre, sondern dass hier eine andere Ernte heranreift. Und viertens war zu spüren, dass die soziale Klassenzugehörigkeit für die Organisierung neuer Vergesellschaftungs- und Lebensformen kein Hindernis mehr darstellte: Die Arbeitslosenbewegung sowie die Stadtteilversammlungen der Mittelklasse zerstörten die klassistischen und strukturalistischen Vorurteile.

Dies waren nur einige der Intuitionen, die unsere Arbeit als Zeitungskollektiv neu beflügelt und angeregt haben. Die Weise jedoch, in der sich diese kollektive Verdichtung von Erfahrungen in der Realität vollzog, war für uns völlig unerwartet. Wie immer überflügelten die realen Ereignisse die beschränkten Annahmen und Vorhersagen des Verstandes. Die Massen, die sich auf so bedeutsame Weise in der politischen Geschichte dieses Landes zurückmeldeten, beschränkten einen noch völlig unbetretenen Pfad. Die Verbindung zwischen einer Wegstrecke, die in die geschichtliche Erfahrung Argentinien eingeschrieben ist, und den neuen Formen und Inhalten dieses Aufbruchs, ist ein herausragendes Kennzeichen der aktuellen Ereignisse. Die Kleider – um mit Marx zu sprechen – waren die der Nation, aber hinzu trat der ausgelassene Ideenreichtum der Straßenumzüge sowie die kämpferische Energie, wie wir sie aus den Fußballstadien und Rockkonzerten kennen. Die »Beflaggung« der Körper in den Nationalfarben zeigte, dass es die Praxis der Aneignung und der symbolischen Auseinandersetzung war, welche die nationale Erinnerung wachrief und ihr einen neuen Sinn verlieh. Es war aber nicht diese Erinnerung selbst, welche die Menschen antrieb.

Wir denken an ein aus der Geschichte überliefertes Bild, das sich auf einen unverhofften Einschnitt bezieht, in dem sich Erfahrungen, Sehnsüchte und Intuitionen verdichten: »die aufgerissene

Erde der Nation«. Dies ist eine geologische Metaphorik, die in ihrer kompakten Darstellung auf die mühsame, widerständige und unterirdische Existenz eines unterdrückten Volkes und zugleich auf einen nationalen Horizont verweist. Hier gilt es zu intervenieren, um der Unterdrückung ein Ende zu bereiten. Wenn wir sowohl dieser Metapher als auch der heutigen Realität unseres Landes treu bleiben wollen, so ist zu sagen, dass wir uns jetzt einer Erhebung der übrig gebliebenen Reste dieser Nation gegenübersehen. Können diese Fragmente zu einer erneuerten Nation zusammenfinden? Sollen sie dies überhaupt? Oder sind sie Embryonen einer anderen Art kollektiver Praxis, welche die Nation oder den Nationalstaat nicht mehr als Möglichkeit besitzt, obwohl sie beide noch als erstrebenswertes Ziel angibt? Es ist offensichtlich, dass die Nation bei den Massenmobilisierungen auch weiterhin als Wunsch und Horizont gegenwärtig ist, obwohl es schwierig ist, die Nation weiterhin als eine relevante Dimension konkreter Konflikte zu betrachten. Unserer Meinung nach sehen wir uns in diesen Kämpfen neuen Subjekten gegenüber. Oder neuen Praktiken und Erfahrungen, die uns zeigen, dass die Suche nach den traditionellen Subjekten nicht nur vergebens, sondern auch unzeitgemäß ist.

Die jetzigen Erfahrungen können aus zwei Gründen innovativ sein. Radikal gewandelt haben sich zum einen die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen, unter denen sich die Subjekte konstituieren und um deren Konfliktachsen sich die sozialen Kämpfe, der Widerstand und die Kritik der herrschenden Ordnung entwickeln. Der andere Grund liegt nicht auf der Ebene der externen Kausalität, sondern in der Suche nach sowie in der Ausarbeitung von wirksamen Formen des sozialen Kampfes. Und zwar durch diejenigen Gruppen, die sich, mit mehr oder weniger klarem Bewusstsein, entschieden haben, auf eine andere Art zu leben. Die beiden Begründungen stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern fließen zusammen. Wir können festhalten, dass die Straßenblockade für die 20 Prozent Arbeitslosen in der Bevölkerung das darstellt, was der Streik für die Gesellschaft mit Vollbeschäftigung bedeutete. Und sicherlich stellen auch weder der Streik noch die Straßenblockade bloße Techniken dar, den eigenen Forderungen Ausdruck zu verleihen, sondern sie sind vielmehr Kennzeichen von Kooperations- und Praxisformen, deren Auswirkungen über die bloße Tatsache des Streiks oder der Straßen-

blockade weit hinausreichen. Die beginnenden Versuche, neue gemeinschaftliche Ausdrucksformen zu entwickeln, welche wir normalerweise als Widerstand bezeichnen, sind keine mechanische und defensive Reaktion auf die Zerstörung der sozialen Bindungen. Manchmal beinhalten sie auch Dimensionen und Praxisformen, die kreative Fluchtlinien darstellen, die über das bekannte Terrain hinausweisen.

Die Nachbarn widmeten sich bis vor wenigen Monaten vor allem der Organisation repressiver Maßnahmen oder ergingen sich in der hochtönenden Forderung nach mehr Sicherheit. Das hat sich grundlegend verändert. In den Asambléas der Stadtteile passiert zuweilen mehr als »aus der Not eine Tugend zu machen«. Der Boden des Zusammentreffens mit den anderen hat sich grundlegend verändert und macht neue Formen der Verknüpfung möglich. Dies öffnet die Option, radikal neue Lebensbedingungen zu schaffen. Die Nachbarschaftsbande haben sich reorganisiert.

Dies hat mit den Geschehnissen des 19. und 20. Dezember zu tun. Hier geht es um das kollektive Verständnis, das den Straßenaktionen potenziell innewohnte. Und dieses Verständnis oder diese Intuition verwandelte die ProtagonistInnen in Subjekte eines größeren Netzes: das der Formen des Widerstands sowie der Neuschaffung, welche durch die Dezemberereignisse evident wurden.

Vor diesem Moment existierten bereits zahlreiche Erfahrungen, die mit den herrschenden Werten brachen: Gruppen, die der immer stärker am Markt ausgerichteten Existenzweise Widerstand entgegensetzten, sowie Organisationen, die punktuelle Forderungen erhoben. Vielleicht war es die Bewegung der Piqueteros, in welcher sich diese neuen Formen des Widerstands am deutlichsten herauskristallisierten. Über Jahre hinweg waren diese Praxisformen jedoch völlig unzureichend: Demnach gehörten sie entweder nicht zur richtigen Klasse; oder ihr Widerstand erschöpfte sich angeblich in der Forderung nach staatlicher Unterstützung; oder aber ihre Kämpfe mündeten in kein landesweites Projekt. Was diese Urteile unterschlugen und heute mit Erstaunen wiederentdecken, ist die Schaffung oder Herausbildung von Formen der Vergesellschaftung und Kooperation, die über Marktförmigkeit und Vermittlung hinausstreben, auch wenn ihnen noch von beiden etwas anhaftet.

Die gewöhnlichen Scheuklappen verhinderten dieses Verständnis, aber für breite Teile der Gesellschaft bestand das größte Hin-

dernis darin, nicht verstehen zu wollen, egal ob dies bewusst oder unbewusst ablief. Wenn auch die menemistische politische Kultur auf einer diskursiven Ebene starken Kritiken ausgesetzt war, so blieb sie doch, solange die Peso-Dollar-Konvertibilität aufrechterhalten werden konnte, in ihrem inneren Kern unbeschädigt. Denn sie wirkte als Kultur des Konsums und der Verschwendung sowie als Unterordnung der Gemeinschaft unter die merkantile Logik und das Ideal der individuellen Anhäufung von Reichtum. Der Menemismus war nicht mehr als der Kulminationspunkt einer in der letzten Diktatur begonnenen Anpassung der argentinischen Gesellschaft an die Imperative des kapitalistischen (Welt-)Marktes und damit auch der Definition der individuellen Existenzen als NutzerInnen von Dienstleistungen, KundInnen, VerbraucherInnen oder ZuschauerInnen. Trotz aller moralischen oder politischen Kritik hatte der Menemismus daher einen so umwerfenden praktischen Erfolg.

Die Zerstörung der gemeinschaftsbildenden und politischen Formen, welche sich bis in die 70er Jahre hinein in der argentinischen Gesellschaft entfaltet hatten, ist nicht nur ein Ergebnis des staatlichen Terrors, sondern auch tiefgreifender wirtschaftlicher und kultureller Transformationen. Diese Zerstörung war die Bedingung dafür, dass die Politik als konstituierende Kraft abgeschafft wurde. Während der vergangenen 20 Jahre dominierten zielstrebig durchgeführte kollektive Simulationen gegenüber wirklicher gemeinschaftlicher Praxis. Unter diesen Bedingungen beschränkte sich der Widerstand von unten sehr stark auf die Frage einer individuellen Ethik und verstärkte so die Illusion eines möglichen individuellen Auswegs. Erst als die ökonomischen Prozesse und die Maßnahmen der Regierung die Möglichkeiten radikal einschränkten, als sich die oben skizzierte Lebensweise nicht mehr reproduzieren konnte und zur nostalgischen Sehnsucht wurde, konnten kollektive Praxisformen wieder sozial verständlich und deren Wert neu wahrgenommen werden. Erst jetzt wurde deutlich, dass diese Formen oftmals weit darüber hinausgingen, punktuelle Forderungen zu stellen oder konkrete Bedürfnisse zu befriedigen. Zugespielt ausgedrückt: Es war nicht der Corralito (die Einfrierung der Bankkonten), welcher den Aufstand der Mittelklasse auslöste. Diese Interpretationsweise erklärt nichts.

Denn bereits vor dem 19. und 20. Dezember war die Erschöpfung der etablierten Lebensformen evident. Allerdings erlaubte erst

der kollektive Aufbruch eine neue Wahrnehmung der Krise und des Widerstands. Dabei lassen sich sowohl Kontinuitäten und Ähnlichkeiten mit bereits Vorhandenem als auch neue Räume des Zusammentreffens, des Dialogs und der Kooperation ausfindig machen. Von hier aus ergibt sich die Suche nach einer Artikulation der Erfahrungen sowie nach einem gemeinsamen Lernprozess. Die Losung »Piquete y cacerola – la lucha es una sola« (Piquete und Cacerola – ein gemeinsamer Kampf) löst diese Frage allerdings allzu schnell auf. Nicht alle Suchprozesse gehen auf die gleiche Art vor. Die Frage nach den Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Praxisformen bildet einen Teil dieses Prozesses selbst. Es geht also nicht darum, ein Rezept, ein Wissen oder eine Theorie anzuwenden, um die verschiedenen Praktiken von außen her zu interpretieren oder zu formen. Wir glauben vielmehr, dass wir uns angesichts der Krise und angesichts der neuen Widerstandserfahrungen nicht hinter schützenden Gewissheiten verstecken können, die uns angeblich die Frage beantworten, was wir als Intellektuelle, als politisch Engagierte sowie als Mitglieder eines übergreifenden sozialen Zusammenhangs, der sich offensichtlich in Auflösung befindet, zu tun und zu lassen haben.

Vielfalt und Gegenmacht in den Erfahrungen der Piqueteros

Der Piquete stellt eine gemeinsam organisierte Aktion dar, auf schnelle Art und Weise eine möglichst vielbefahrene Durchgangs- oder Landstraße abzusperren und dort so lange wie nötig zu verbleiben. Eine große Gruppe hält dabei zunächst mit alten Auto- und Lastwagenreifen, die als Barrikade auf dem Asphalt aufgeschichtet und danach angezündet werden, den Verkehr auf. Dann wird mitten auf der Straße ein zunächst sehr behelfsmäßiges Camp errichtet, an dem Frauen, Männer und Kinder teilnehmen. Dort werden kollektiv Essensküchen organisiert und die verschiedensten Aktivitäten durchgeführt, bis dass die Regierung den konkreten Forderungen nachkommt, aufgrund derer die Aktion begonnen worden ist.

Natürlich kommt es während der Blockade zu Spannungen mit einigen an der Durchfahrt gehinderten FahrzeugführerInnen. Die Straßenblockaden ziehen gleichzeitig immer mehr Menschen an, die dort Umzüge mit Musik und Verkleidungen veranstalten, Treffen abhalten, verschiedenartige Kulturveranstaltungen durchführen, Filmaufnahmen machen usw. Anziehend wirkt die Aktion auch auf viele JournalistInnen sowie Gruppen und Initiativen, die mit der Piquetero-Bewegung zusammenarbeiten, so die Stadtteilversammlungen, die ArbeiterInnen besetzter Fabriken, organisierte Universitätsangehörige oder Menschenrechtsgruppen. Ohne dass man sich versieht, ist auch die Polizei am Ort des Geschehens anwesend und umkreist ihn. Wir wollen in diesem Kapitel den historischen und aktuellen Kontext dieser Bewegung, ihre Strömungen und Probleme sowie ihre Bedeutung im heutigen Argentinien darstellen. In einem gesonderten Kapitel kommen Mitglieder der Arbeitslosenbewegung (MTD) in Solano in Groß-Buenos-Aires zu Wort.

Der Kampf der Piqueteros beginnt außerhalb der traditionellen politischen und sozialen Institutionen. Seine Autonomie und seine Neuheit sind verbunden mit dem Prestigeverlust der überkom-

menen politischen Organisationen, der auf deren Unfähigkeit zurückzuführen ist, die Bedingungen von Herrschaft im so genannten Spätkapitalismus zu verstehen bzw. Veränderungen in die Wege zu leiten, welche die Lebensbedingungen weiter Teile der Bevölkerung zu verbessern helfen.

Die Piqueteros stellen eine Art und Weise des politischen Kampfes dar, die diejenigen zusammenbringt, die aus den industriellen Produktionsstätten vertrieben worden sind: Arbeitslose, welche die mit ihrer eigenen sozialen Existenz verbundenen Probleme zu lösen versuchen und die sich territorial überall dort organisieren, wo die härteste Auseinandersetzung gegen die Auflösung der sozialen Netze geführt wird. Aus einem strukturellen Blickwinkel betrachtet, sind die Aktionen der Straßensperren Konsequenz der Zerstörung der industriellen Basis der Landes.

Derzeit wiederbeleben die Piqueteros viele Elemente und Kenntnisse, die aus den Erfahrungen der ArbeiterInnenkämpfe vergangener Jahrzehnte stammen – der Begriff Piquete selbst bezieht sich auf den Streikposten vor den Fabriken. Aber diese Übernahme bestimmter Vorgehensweisen erfolgt keinesfalls mechanisch; vielmehr transformieren sich diese unter den neuen Bedingungen einer »Existenz ohne Arbeit«. Hier handelt es sich genauer um die Verarbeitung überlieferter Aktionsformen und nicht um die passive Akzeptanz des Ererbten. Es geht um die Fähigkeit der Subjekte, neue Widerstandsformen zu erfinden, die auf die Errichtung einer Souveränität in den konkreten Situationen selbst abzielen.

Dadurch ermöglicht die heutige Straßenblockade, von einem singulären Ort aus zu denken. Von diesem ausgehend, besteht die Vorgehensweise der Piqueteros darin, eine komplexe Beziehung mit den Staatsapparaten einzugehen sowie neue Formen zu schaffen, das eigene Territorium – das Stadtviertel – zu bewohnen. Die Piqueteros stehen nicht in der direkten Kontinuität der Gewerkschaftsbewegung. Ihr plötzliches Auftreten im sozialen Widerstand Argentiniens erfordert, die Augen zu öffnen und die Besonderheit ihrer Existenz sowie die sich daraus ergebenden Folgen zu reflektieren. Sicherlich gibt es Kontinuitätslinien zwischen den beiden Formen des politischen Kampfes, aber es liegt auch auf der Hand, dass die Bedingungen und Vorgehensweisen sich in wesentlichen Punkten sehr unterscheiden. Auf jeden Fall haben die bisherigen Versuche der Gewerkschaften, ihre Kontrolle und ihre Funktionsweise auf die Straßenblockaden auszudehnen, Konflikte verursacht.

Den Piqueteros ist die Auflösung der traditionellen Gewerkschaftsstrukturen nicht entgangen. Auch wenn die Gewerkschaftsbewegung in ihren Ursprüngen eine Form der kollektiven Assoziation darstellte, welche die kulturelle Erfahrung der Arbeiterklasse in ihrer Autonomie stärkte, veränderte sich später die Rolle der Gewerkschaftsapparate radikal. Mit der Etablierung des Fordismus als Methode der Produktionsorganisation kam es zu einer tiefgreifenden Veränderung des Charakters dieser Organisationen. Die Mechanisierung der Arbeit und die Institutionalisierung der Lohnbeziehungen brachten die Gewerkschaften dazu, sich gegenüber der Arbeiterklasse in einen Transmissionsriemen der Macht zu verwandeln, wobei sie sich in den Staat eingliederten und ihre Autonomie verloren. Die Piqueteros weisen eher mit der frühen Gewerkschaftsbewegung Ähnlichkeiten auf, indem Kenntnisse und Errungenschaften geteilt und gemeinschaftliche soziale Bande geknüpft werden.

Bei den Übereinstimmungen sticht ein Aspekt hervor: Sowohl die Gewerkschaftsbewegung als auch die Piquetero-Bewegung musste neue Aktionsformen erarbeiten, die in der Lage waren, die Normalität der herrschenden Zustände umzuwerfen; beide mussten neue Wege suchen, sich Gehör zu verschaffen. Wenn LohnarbeiterInnen auf ihre Fähigkeit bauen konnten, durch einen Streik den Produktionskreislauf zu unterbrechen, so besitzt die Piquetero-Bewegung vor allem einen auf das Territorium bezogenen Charakter, indem sie dazu übergeht, durch eine einfache und zugleich kühne direkte Aktion die Zirkulation von Waren zu unterbinden: durch Straßensperren.

Die Piquetes sind horizontal organisiert, ihre Vorgehensweisen sowie ihre Formen der Entscheidungsfindung basieren auf der permanenten Vollversammlung. Ihr Ursprung reicht nicht weit in die Vergangenheit zurück. Sie entstanden Mitte der 90er Jahre im Landesinnern und breiteten sich innerhalb eines Jahres aus. Sie haben nicht nur das Wissen vergangener Arbeitskämpfe ererbt. Sie verarbeiten auch auf verschiedenen Ebenen die Erfahrungen aus Kämpfen der jüngeren Zeit. 1993 begann in verschiedenen Provinzen des Landesinnern ein Zyklus von sozialen Aufständen und Bewegungen. Die Absperrung von Landstraßen bildete dabei den höchsten Grad der Organisation von Arbeitslosen und trug dazu bei, deren Kämpfen den Weg zu ebnen. Die Straßenblockade ist das Instrument derjenigen, die nicht mehr Ressourcen besitzen als die

Fähigkeit, mit ihrer körperlichen Anwesenheit ein bestimmtes Territorium zu kontrollieren. In diesem Sinne handelt es sich hier um ein kollektives Vermögen, das den Arbeitslosen, den Indígenas, den aus ihrer Wohnung Vertriebenen sowie dem breiten Kreis derjenigen, die der Neoliberalismus als »Ausgeschlossene« bezeichnet, zu Eigen ist.

Die Straßenblockaden als neue Aktionsform förderten überall die Teilnahme von Arbeitslosen an den sozialen Kämpfen, wobei die Bewegung sich vom Landesinnern bis zur Provinz Buenos Aires fortpflanzte. Die Geschwindigkeit, mit der sich die Straßenblockade verbreitete, machte alle Formen der Kooptation und der staatlichen Repression zunichte.

Die Massenmedien gaben dem Begriff Piqueteros seine höheren Weihen: Sie schufen ein Stereotyp. Später kamen dann die verschiedenen Interpretationen ins Spiel, und die TeilnehmerInnen der Straßensperren gewannen in der Öffentlichkeit an Gestalt. In der herrschenden Meinung ist ihr Charakter durch den Ort geprägt, den sie in der sozialen Struktur einnehmen. Sie sind »Ausgeschlossene«, »Arbeitslose« oder »Opfer«. Diese Positionierung entsteht, indem eine Situation des sozialen Verlassenseins mit einer einzigen Methode verknüpft wird: die der Straßenblockade.

In der Weise aber, in der die Piqueteros selbst das Wort ergriffen, wurde deutlich, bis zu welchem Grad unter ihnen eine große Vielfalt und Heterogenität von Erfahrungen vorherrscht. Es gab sogar einfältige Versuche, die breitgespannte Bewegung zu vereinheitlichen und zu institutionalisieren. Alle diese Versuche schlugen fehl.

Die Straßenblockadenbewegung ist wirklich eine Bewegung von Bewegungen. Was die kollektive Wahrnehmung der Fähigkeiten von Basisbewegungen angeht, neue Formen der sozialen und politischen Intervention ins Leben zu rufen, so hat sie eine wirkliche Revolution ausgelöst.

Strömungen, politische Ansätze und ihre Interpretationen

Die landesweite Versammlung der Straßenblockaden (Congreso Nacional Piquetero), die in der ersten Hälfte des Jahres 2001 abgehalten wurde, bildete das entscheidende Moment für die Konstituierung dieser Bewegung. Dort versammelten sich VertreterInnen

von praktisch allen Straßenblockaden des Landes. Das – letztlich nur zum Teil erreichte – Ziel der Versammlung war es, eine landesweite Koordination zu schaffen. Der Vorschlag bestand darin, auf der Grundlage weitgehend einstimmiger Forderungen und Aktionsformen die vielfältigen Erfahrungen der Straßenblockaden zu verknüpfen. Unverzüglich wurde ein gemeinsamer Aktionsplan verabschiedet, der einen doppelten Effekt besaß. Zum einen zeigte er die durchschlagende Wirkung der Piquetes, den gerechten Charakter ihrer Forderungen sowie den hohen Organisationsgrad der Bewegung. Und zum anderen wurden zum ersten Mal die außerordentlich diversen Formen sichtbar, in denen der eigene Widerstand verstanden wurde.

Die Bewegung ist von zwei unterschiedlichen politischen Denkweisen durchzogen. Auf der einen Seite gibt es die stärker strukturierten Organisationen, vor allem die mit dem alternativen Gewerkschaftsdachverband Central de Trabajadores Argentinos (CTA; Dachverband der Argentinischen Arbeiter) eng verbundene Federación Tierra y Vivienda (FTV; Föderation für Land und Wohnung), dann die Corriente Clasista y Combativa (CCC; Klassenorientierte und Kämpferische Strömung), den Polo Obrero (Sammlung der Arbeiter) sowie die Bewegung Teresa Rodríguez (MRT). Diese alle handeln auf der Grundlage eines Denkens, das seine Prämissen aus den Konzepten »Globalität«, »sozialökonomische Struktur« und »politische Konjunktur« ableitet. Es handelt sich um ein Denken im Begriffspaar »Eingeschlossenheit / Ausgeschlossenheit«. Ihre Positionen sind keinesfalls homogen. Sie bilden sich entlang der traditionellen Achse »Reform oder Revolution«.

Auf der anderen Seite gibt es die weniger durchstrukturierten Organisationen, bei denen sich das Panorama auch alles andere als einheitlich darstellt. Unter ihnen befinden sich die Arbeitslosenvereinigungen Coordinadora de Trabajadores Desocupados Aníbal Verón (CTD) und die »Bewegung der arbeitslosen ArbeiterInnen« (MTD) aus Solano in der Stadt Quilmes im Süden von Buenos Aires. Bei diesen Gruppen artikulieren sich die Momente des sozialen Widerstands dahingehend, dass sie die Gemeinsamkeiten, die aus der Materialität gemeinsamer Erfahrungen entstehen, als einzige Bedingung und alleinigen Maßstab ihres Denkens akzeptieren. Sie entziehen sich so der klassischen Debatte über »Reform oder Revolution«. Kennzeichen dieser Vorgehensweise ist die Selbst-

bestätigung (autoafirmación) und die vielfältige Praxis von Gegenmacht.

Mit der Verallgemeinerung des Phänomens der Piqueteros griffen die etablierten politischen Organisationen auf die bekannten Vorgehensweisen zurück, um durch Kooptation oder direkten Angriff flexibel auf diese Herausforderung zu reagieren. Traditionelle oder linke Parteien, Kirchen und Gewerkschaften wiesen auf das vermehrte Auftreten dieser Bewegung hin und näherten sich ihr in der Absicht an, deren Wirkungsmacht abzuschwächen.

Die offiziellen Medien haben dazu beigetragen, die Bewegung zu interpretieren. Sie ordnen die Kämpfe der Straßenblockaden in die Koordinaten der »politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage« ein. Der Widerstand der Piquetes verliert so seine Einzigartigkeit und verwandelt sich in ein weiteres Element einer »anderen« Situation, die wichtiger ist, weil sie allgemeiner ist: die nationale Situation. Der Kampf der Piquetes ist dann nicht mehr eine konkrete Situation, in der man sich engagiert. Die Piqueteros werden vielmehr zu einem Akteur, zu einem Teil, zu einem Element der allgemeinen Situation.

Die Unausweichlichkeit des Blickwinkels des Allgemeinen zu akzeptieren heißt jedoch, eine bestimmte Situation allein als Teil einer schon konstituierten Totalität zu betrachten. Durch diese Art zu denken bildet sich eine Subjektivität heraus, die sich physisch und affektiv von der konkreten Situation trennt und diese als Objekt betrachtet, um sich mit ihr in einer rein analytischen Weise in Beziehung zu setzen. Diese Rationalität spricht zu uns von der Vorsicht, mit der jede und jeder von uns sich für bestimmte Optionen entscheiden sollte. Es gehe eben nicht allein um die Piqueteros – die vorher schon der Allgemeinheit subsumiert worden sind –, sondern um »uns alle«, »die Verantwortung für die Nation«, »das Allgemeinwohl« usw. Diese Betrachtungsweise übernimmt abstrakt die Verantwortung für das Schicksal der Regierung, indem sie die konkrete Verantwortlichkeit von sich weist.

Die konkreten Erfahrungen stellen die Piquetero-Bewegung ständig vor Entscheidungen: Von welchem Standpunkt soll ausgegangen werden, um die eigene Situation zu denken? Von der konkreten Situation, in der sich das Leben vollzieht, oder von einer hypothetischen – und nicht immer effektiven – nationalen Situation? Von welchem Standpunkt wird ausgegangen, um der eigenen Erfahrung einen Sinn zu verleihen?

Wird die Prämisse eines Denkens akzeptiert, das von den konkreten Bedingungen der eigenen Intervention abstrahiert und dessen Sinn sich aus einer allgemeinen Situation ableitet, so ist das Ergebnis eine durch die Zeitlichkeit sowie die Erfordernisse der politischen Konjunktur bestimmte Subjektivität. Auf diese Weise wird von den Piqueteros verlangt, die Gründe für ihren Widerstand aus den Sinnpotenzialen abzuleiten, die in der sozialen Totalität verfügbar sind. Sie sollen eine Rationalität übernehmen, die durch die hegemonialen Formen der Legitimität bestimmt ist.

Auf diese Weise müssen sie den »Sinn« ihres Widerstands festlegen: entweder soziale Inklusion oder Revolution. Für die soziale Integration zu sein heißt, dass der Kampf legitim ist, weil in ihm nur die Gewährleistung der Rechte eingefordert wird, die daraus erwachsen, Teil eines Ganzen – das heißt BürgerInnen, ArbeiterInnen, Menschen – zu sein. Der Kampf um die eigene Inklusion ist gleichbedeutend mit dem Kampf um Anerkennung. Es geht darum, als legitimer und legaler Teil des Nationalstaats akzeptiert zu werden. Diese Form des Legitimitätsgewinns hat zwei unhinterfragte Prämissen: dass der Nationalstaat faktisch seine Fähigkeit zur Integration beibehält und dass der politische Kampf auf den Übergang vom Ausgeschlossensein zum Eingeschlossensein abzielt. Diese Position deckt sich in etwa mit den politischen Stellungnahmen der genannten CTA sowie der FTV.

Akzeptieren die Piqueteros diese Lesart sozialer Auseinandersetzung, geben sie zugleich die Absicht auf, ihre Inhalte bei denjenigen durchzusetzen, die den Rest der Gesellschaft bilden, d.h. bei den Menschen des Landes, die nicht Piqueteros sind. Es kommt zu Konflikten, Spannungen und erzwungenen Konsensen, wobei um die Umstände einer demokratischen Einschließung gerungen wird. Die Prämisse dieser Praktiken ist die Existenz eines demokratischen Staates, der in der Lage ist, ausgehend von den Prinzipien des Konsenses und der Repräsentation seine Integrationsleistungen zu vollziehen.

Das zweite Argument, die revolutionäre Position, betont die Notwendigkeit sozialer Bündnisse mit dem Ziel, die Staatsmacht zu erobern. Die Straßenblockaden, die diese Position einnehmen, verstehen sich als revolutionäre Avantgarde des argentinischen Volkes. Die soziale Totalität wird demnach transformiert, indem es zu einem Wechsel in den Prinzipien der sozialen Organisation kommt, welcher ausgehend von der Kontrolle des Staatsapparates vonstätt-

ten geht. Die Erwartungen konzentrieren sich hier auf die Möglichkeit, dass alle Teile der Gesellschaft in den Straßenblockaden eine wirkliche Vertretung des zukünftig mit sich selbst versöhnten sozialen Ganzen erkennen. Die Piqueteros werden so zum neuen proletarischen Subjekt der Geschichte. Diese Position teilt mit der vorhergehenden die Prämisse, dass die sozialen Klassen ihren Sinn ausgehend von ihrer ökonomischen Existenz erlangen und ihr Streben nach einem sozialen Wandel auf die Machtpotenziale des Staates gerichtet ist.

Das Denken in konkreten Situationen agiert auf der Grundlage anderer Prämissen. Natürlich existieren Klassen. Aber ihre ökonomische Existenz reicht nicht aus, um den sozialen Umbruch in die Wege zu leiten. Dazu ist vor allem nötig, Sinnpotenziale in der Situation zu bestätigen, um soziale Veränderungen einzuleiten, d.h. um die Herausbildung von Werten einer anderen, nicht-kapitalistischen Vergesellschaftung zu fördern. Auf diese Weise entzieht sich das Denken der Gegenmacht dem Allgemeinbegriff als Sinnproduzent und nimmt stattdessen einen radikalen und nicht reduzierbaren Standpunkt ein. Die Situation wird nicht als Teil eines Ganzen, sondern als konkrete Totalität wahrgenommen, die sich mitnichten passiv einer abstrakten Totalität unterordnet. Dieses »Sich-Entziehen« öffnet die Tore hin zu einem Prozess der Subjektwerdung, der einen ethischen Charakter besitzt und auf eine Wiederbegegnung mit den eigenen inhärenten Möglichkeiten hinausläuft. Logischerweise wird auf diesem Weg die traditionelle Polarisierung zwischen »Reform und Revolution« zweitrangig.

Die Repräsentation

Im Kern dieser Polemik spielt die Frage nach der »politischen Repräsentation« eine zentrale Rolle. Die Einberufung der landesweiten Versammlung mit dem Ziel einer Vereinigung der Piquetero-Bewegungen führte zu einer Neuaufgabe der Diskussion. Die OrganisatorInnen schlugen vor, der vielfältigen Bewegung eine repräsentierbare Einheit als solche zu verleihen. Um aber repräsentierbar zu sein, muss das Eine sich als solches konstituieren. Vielfalt wurde mehr als Hindernis denn als Potenzialität wahrgenommen, auf jeden Fall aber als zu kontrollierende Potenzialität. Diese Behauptung gab Antwort auf die Fragen, wie diese Mög-

lichkeit in einer allgemeinen Situation bestimmend werden könne bzw. wie diese Möglichkeit in eine »politisch-soziale« Kraft zu verwandeln sei, die direkt auf die nationale Situation einzuwirken in der Lage sein würde.

Diese Fragen drücken einen Willen zur Hegemonie aus, der Vielfalt nur als Kräftezersplitterung wahrnehmen kann. Unverzüglich verwandelt sich, was als Potenzialität anerkannt wurde, in ein Hindernis. Stattdessen dominieren die Fragen: Wie konstituiert sich eine angemessene Repräsentation des Vielfältigen? Wie konstituiert sich Führung, wie formieren sich deren InhaberInnen und wie etabliert sich ein einheitlicher Diskurs?

Diejenigen an der Spitze der Bewegungen, die auf dieser Richtung beharrten, begaben sich in der Tat auf ein schwieriges Terrain. Ihre Entscheidungen wurden mehr und mehr bestimmt durch die Komplexität der politischen Gesamtlage, durch die eigenen Ansprüche sowie durch die Notwendigkeiten, die jeweils eigene Bewegung aufrechtzuerhalten. Auf diese Art und Weise veränderte sich allmählich die Beziehung zu ihrer Basis.

Die politische Repräsentation verurteilt diejenigen, die sich ihr verschreiben, zu einer unabänderlichen Äußerlichkeit in Bezug auf die Kräfte, die an der Basis einer Bewegung tätig sind. Diese Äußerlichkeit speist sich aus der Rolle, diese Energien zu verwalten.

Was konkret den Congreso Nacional Piquetero betrifft, so wurden die Licht- und Schattenseiten dieser Position deutlich. Auf der einen Seite trägt die organisatorische Stärkung dazu bei, konkrete Erfolge zu erzielen, was die gemeinsamen Forderungen gegenüber der Bundesregierung angeht. Auf der anderen Seite jedoch schwächt diese Operation, in der sich eine Handvoll politischer Kader die Außenvertretung sowie die innere Führung der Bewegung anmaßt, die Piquetero-Bewegung in doppelter Hinsicht. Die Vielfalt der Bewegung wird beseitigt und den Führungspersonen eine Befugnis zur Disziplinierung erteilt. Diese Berechtigung äußert sich in der Macht zu entscheiden, wer Piquetero ist und wer nicht, welche die korrekte Form der Praxis ist und welche nicht usw.

Dieser komplexe Mechanismus trat während des ersten Tages der Protestaktionen, zu dem die Nationale Piquetero-Versammlung aufgerufen hatte, auf den Plan. Der damalige höchste Repräsentant gab sein Debüt in der neuen Rolle, indem er diejenigen als »nicht zur Bewegung gehörend« bezeichnete, die für eine Radika-

lisierung der Aktionsformen eintraten. Wenn einmal diese Transformation des nicht repräsentierbaren Vielfältigen in das repräsentierte Eine vonstatten gegangen ist, dann ist das Phänomen der Piquetes integrierbar geworden: Diese werden zu einem weiteren Akteur der politischen Konjunktur. Die Rationalität dieser Widerstandsform wird in ausschließlich ökonomischen Interessen gesehen. Ihre Wirksamkeit wird am Ende von der Möglichkeit eines vielfältigen Kampfes auf die Fähigkeit der Führungspersönlichkeiten reduziert, als »anerkannte VerhandlungspartnerInnen« zu agieren. Die anfängliche Vielfalt verwandelt sich in einen »Akteur innerhalb der politischen Gesamtlage«, dessen Tun vorhersehbar ist. Der Erfolg dieses Eingriffs hängt nun davon ab, die Praxis der Bewegung in Übereinstimmung mit ihren Zielen »im Zaume zu halten«. Die jeweiligen Logiken differenzieren sich aus. Die Leitungskader denken auf einer Ebene, die Basis auf einer anderen. Das Schicksal der Gesamtheit hängt angeblich davon ab, ob die Bewegung sich an die Wahrnehmung der Führung anpasst oder nicht. Ob die jeweiligen Ziele, von denen der Erfolg der Bewegung abhängt, erreicht werden oder nicht, entscheidet sich auf der Ebene der Aktionen des »Überbaus«. Dies will nicht heißen, dass es keine Vollversammlungen oder Basismobilisierungen mehr gäbe. Aber diese erhalten einen neuen Sinn, der sich den normalen Mitgliedern der Bewegung entzieht und allein von der Führungsschicht umfassend verstanden wird.

Die politische Bedeutung dieser Operation wird in der Regel unterschätzt. Aber die Folgen derselben sind äußerst konkret. Wenn die Bewegung das Bild verinnerlicht, das sich die Gesellschaft von den Menschen an ihrer Spitze macht, dann haben diese nicht mehr länger eine bloße SprecherInnenfunktion, als ein Gesicht unter vielen, sondern handeln immer mehr im Namen des zu interpretierenden »Allgemeinwillens« der Piqueteros. Und dieser Prozess vollzieht sich unabhängig davon, wer konkret den Platz der Vertretung einnimmt. Die Ausübung der Repräsentation entmündigt das jeweils Repräsentierte. Sie teilt auf in das Repräsentierte und das zu Repräsentierende. Der Repräsentant ruft das Repräsentierte zur Ordnung. Das Repräsentierte, wenn es folgsam ist, sich führen lässt und die Repräsentanzbeziehung nicht scheitern lassen will, sollte sich besser »vertreten lassen«. Auf diese Weise verwalten die VertreterInnen diese Beziehung. Sie bilden den aktiven Teil. Sie wissen, wann eine Mobilisierung ansteht und wann es

angemessener erscheint, passiv zu bleiben. Die VertreterInnen neigen dazu, die Souveränität der Vertretenen zu enteignen. Sie vergessen ihr Mandat. Es wird ihnen langsam lästig und zum Hindernis beim Verfolgen ihrer Taktik.

Schließlich, so das Denken der Repräsentanten, sind sie es, die an einem Ort handeln müssen, den die Repräsentierten nicht kennen: dem der politischen Macht. In der Tat erlangen die Repräsentanten eine Vorstellung von der Macht. Sie lernen diese allmählich kennen, machen Lernprozesse durch. Zum »Wohle aller« wandeln sie sich zu Lehrenden der von ihnen Vertretenen. Sie erklären diesen, was sie zu tun und zu lassen haben. Sie erlangen spezifische Fertigkeiten und erreichen Schritt für Schritt, dass die Repräsentierten ihre Sichtweisen übernehmen. Die Repräsentanten sind so in der Lage, sich ihr eigenes Mandat zu schaffen, wobei sie wohlwollend den Teil berücksichtigen, den auszugestalten den von ihnen Vertretenen überlassen bleibt: ihre jeweilige Basis zu sein. Wenn dies eintritt – und es passiert zu häufig –, dann verliert der Kampf an Radikalität. Die Repräsentanten werden vernünftig, aber ihre Rationalität ist unverständlich für diejenigen, die mit ihnen die Erfahrungen des Widerstands teilen: Ihr Denken strukturiert sich nicht mehr kollektiv. Die Vertretenen denken nicht mehr gemeinsam mit denen, die sie repräsentieren. Die Vollversammlung ist nicht mehr das Organ kollektiver Denkprozesse und wird von nun ab zu einem Ort der Legitimation und der Reproduktion der Beziehungen der Repräsentation. Die Repräsentanten errichten einen Mechanismus, um die Plena zu überwachen und zu lenken. Diese werden zu einem plebiszitären Ort. Bestimmte Optionen stehen zur Abstimmung, aber diese sind schon im voraus ausgearbeitet worden.

Dies alles will weder heißen, dass die Repräsentation vermeidbar sei noch dass diese sich notwendigerweise als dominantes Element absondert. Die Delegierten, die nach dem Rotationsprinzip und auf Widerruf mit einem imperativen Mandat ausgestattet sind, die in – und mit – der Vollversammlung denken, müssen sich nicht automatisch vom Ganzen absondern. Oder wenn sie dies tun, so riskiert die Organisation nicht viel, da nichts unwiderruflich delegiert wird und die Delegierten nur mit einem punktuellen Mandat ausgestattet sind. Das Schlüsselement der gesamten Frage liegt darin, zu vermeiden, dass die Repräsentation sich unabhängig macht. Dies tritt dann ein, wenn das Denken in den Begriffen

der Macht verläuft, wenn es zu einer Trennung von der konkreten Situation kommt, von der Erfahrung, die den Ursprung der Reflexion bildet.

Ein Denken, dessen Prämissen auf der politischen Konjunktur beruhen, bestimmt die überdimensionale Existenzweise der Repräsentation. Erst wenn diese Operation erfolgreich abgeschlossen ist, öffnen sich die Türen zu Verhandlungen, für die Inklusion der Piqueteros in den Dialog und schließlich in das Konsens-Spiel des politischen Systems. Diese Entwicklung ist Ergebnis listiger und versteckter Manöver und mit der Politik der Integration verknüpft.

Die Integration der Ausgeschlossenen ... als Ausgeschlossene

Damit die beschriebene Operation der Repräsentation gelingt, ist es nötig, dass sich zuvor eine gemeinsame Eigenschaft der jeweils Repräsentierten ausfindig machen lässt, das heißt ein Attribut, von dem ausgehend man von ihnen – und in ihrem Namen – auf nachvollziehbare, das heißt legitime Weise sprechen kann. So benötigt der von den Repräsentierenden etablierte Dialog als Bedingung die Konstruktion einer sozialen Gruppe, die klar definiert ist und von allen geteilte Charakteristika aufweist: die ArbeiterInnen oder die Arbeitslosen, die Studierenden, die Ausgeschlossenen – oder was auch immer. Es geht hier um das komplexe Problem der Identität.

Die Identität kann aus einer strukturellen Eigenschaft der existierenden Gesamtheit abgeleitet werden, d.h. ausgehend von einer mehr oder weniger soziologischen Kategorie – wie der der Arbeitslosen –; sie kann aber auch von der Schaffung eines neuen Begriffs ausgehen, der nicht in den schon vorhandenen Identitäten aufgeht. Dies ist der Fall bei der Identität der Aufständischen. Die Identität entfaltet sich durch einen Namen, der sich mit einem Akt der Subjektwerdung verbindet.

Im ersten der genannten Fälle füllen der Name, die Identität und die Repräsentationen, welche die Gesamtheit ausmachen, diese ganz aus, machen sie zum Objekt. Die soziologischen Kategorien verurteilen die Individuen dazu, wie in einem Theaterstück den durch die Rollenverteilung auferlegten Text aufzusagen. Wie wirklich ein Arbeitsloser, Marginalisierter oder Mitglied einer Straßen-

blockade sein? Welches Auftreten ist das angemessene? Wie spricht ein Individuum, das seine Arbeit verloren hat?

Die Arbeitslosigkeit als Kategorie vermag keinesfalls, die Radikalität der Erfahrungen der Piqueteros zu erfassen. Diese Form der Repräsentation reduziert die Mannigfaltigkeit der Widerstandserfahrungen. Der Reichtum der konkreten Situation wird bei dieser Vorgehensweise in ein Korsett gepresst, wobei die dem Wirklichen, dem Lebendigen eigene Intensität verloren geht. Die Bewegung reduziert sich auf einen passiven Ort. Sie soll sich einem schon im Vorhinein vorhandenen Bild anpassen: Eine Arbeitslose ist eine Person, die vor allem eines sucht und anstrebt: bezahlte Arbeit. Sie will arbeiten und nicht die Lohnarbeitsgesellschaft in Frage stellen. Ihr fehlt etwas, um ein komplettes Individuum zu sein: Sie ist ausgeschlossen. Ihre Anklage ist eindeutig ersichtlich: Sie kann nicht in ein reguläres Arbeitsverhältnis eintreten.

Der Name »Piqueteros« drückt hingegen etwas ganz Anderes aus. »Piqueteros« spricht von einer Handlung als Subjekt. Es handelt sich nicht um ein Synonym für Arbeitslose. Die Arbeitslosen stellen von der Bedürftigkeit geprägte und durch einen Mangel definierte Subjekte dar. Piquetero ist ein Individuum, das durch dieselben Entbehrungen geprägt, aber nicht vollständig von ihnen bestimmt wird. Der Unterschied ist aber noch größer: Die einzelnen Mitglieder haben es erreicht, unter sozial prekären Zuständen als Subjekte zu handeln. Die Piqueteros leugnen nicht die Situation, in der sie sich befinden, aber sie unterwerfen sich ihr auch nicht. Dieser Akt eröffnet eigenständige Möglichkeiten des Handelns und der Subjektbildung.

»Piqueteros« ist jedoch oft nur als anderer Name für die »Arbeitslosen« gebraucht worden. Es handelt sich hier um Lesarten, die das subjektive Potenzial der Straßenblockade als Aktionsform nicht erfassen. Es sind Blickweisen von außen, selbst wenn sie von den Arbeitslosen selbst übernommen werden. Die Straßenblockade wird als Verzweiflungsakt definiert, den die »Opfer« vollziehen, um zu überleben. Eine Charakterisierung dieser Art macht aus den Straßenblockaden eine automatische Reaktion. Sie wird als solche entpolitisiert. Die konkreten Erfahrungen der Organisationen, welche die Straßenblockaden durchführen, werden negiert. Geleugnet werden außerdem die Widerständigkeit sowie die Entstehung einer alternativen Vergesellschaftung. So wie die Arbeitenden, denen der Lohn gekürzt wird, sich automatisch an die

Gewerkschaft wenden, würden, auf einer niedrigeren Ebene, die Arbeitslosen zur Straßenblockade greifen. Weil sie nicht streiken können, erfinden sie eben diese Protestform. Der Horizont erschöpft sich in sozialen Automatismen.

Auf diese Weise gelingt es, die paradoxe Figur des Ausgeschlossenen zu repräsentieren. Denn dieser erscheint nicht als Ausgeschlossener als solcher. Exklusion ist der Ort, den unsere biopolitischen Gesellschaften konstruieren mit dem Ziel, Personen, Gruppen und Klassen auf untergeordnete Art und Weise zu integrieren. In Worten von Agamben: Der Ausgeschlossene ist der Name des Eingeschlossenen als Ausgeschlossener.

Das derzeitige politische Denken konstituiert sich ausgehend von den Begriffen der Ausgeschlossenen und der Eingeschlossenen. Erstere nehmen nur in der Form am sozialen Leben teil, dass sie einzig und allein Subjekte der – wirtschaftlichen, erzieherischen, medizinischen usw. – Bedürftigkeit darstellen. Ihr Handeln ist so mechanisch, dass es nicht als solches angesehen werden kann. Jegliches Handeln ist kaum mehr als eine Illusion. Ihre eigentliche Aktivität basiert auf einer kausalen Beziehung: Die Bedürftigkeit ist der Grund und die Verzweiflung die Folge.

Es gibt im eigentlichen Sinne kein Denken und auch keine Ethik des Tuns. Jede Aktion der Ausgeschlossenen besitzt a priori eine Interpretation: Es handelt sich um Forderungen nach Gütern und Rechten, die bei genauer Beobachtung unverzüglich erkannt werden können. Eine ausgeschlossene Person ist ein Mangelwesen, das von Natur aus die Inklusion in die Gesellschaft fordert. Das ist alles.

Die gesamte Politik der Integration gründet auf dieser Unterscheidung zwischen ausgeschlossen und eingeschlossen. Von den Prämissen dieser Unterscheidung aus verschreibt sie ihre Rezepte. Konstatiert wird eine Bedrohung für das System, die sich aus der Sehnsucht von Millionen von Ausgeschlossenen ergibt, in die Gesellschaft eingeschlossen zu werden. Dieser Druck ist paradox. Denn wenn einmal verstanden wird, dass Einschließung und Ausschließung Orte darstellen, die zu ein und derselben Gesellschaft gehören, so leitet sich daraus auch die Anerkennung ab, dass die Ausschließung die konkrete und historische Form darstellt, in der eine Gesamtheit von Personen in diese Gesellschaft integriert ist und dass es sich auf keinen Fall um Menschen handelt, die sich außerhalb derselben befinden.

Die Illusion der Inklusion, so die allgemeine Überzeugung, kann jedoch solch einen Druck ausüben, dass sie, in welcher Form auch immer, positive Wirkungen zeigt. Dies geschieht entweder, weil die Gesellschaft zumindest übergreifende Politiken zur Förderung sozialer Integration durchführt oder weil sogar die Illusion der Inklusion eine Gesellschaft in die Krise bringt.

Der erste Fall bewirkt nichts anderes als eine Stärkung der Orte der Einschließung und der Ausschließung. Beim zweiten ist die Vorgehensweise jedoch völlig verschieden: Die Einschließung wird genau in einem Moment verlangt, in dem solch eine Integration unmöglich ist, so dass die Lüge des integrativen Diskurses aufzufliegen droht, welche die biopolitische Spaltung der Gesellschaft verdeckt. Zumindest unter den Bedingungen des Neoliberalismus, so heißt es, ist die Forderung nach wirtschaftlicher, politischer und sozialer Integration aller absurd, weil nicht umsetzbar. Viele glauben also, es handle sich um eine sehr subtile Taktik, wenn die Politik einer radikalen sozialen Transformation auf dieser universell akzeptierten Forderung aufbaue. Ihre Vorteile leiten sich angeblich aus drei Aspekten ab. Einerseits gehorche diese Politik des Einschlusses in Wahrheit einer Strategie des Bruchs, das heißt, sie gehe viel weiter als die bloße Inklusion. Andererseits könne dieses »Darüber-hinaus-Gehen« die Legitimität des Einschließungsdiskurses für sich nutzen. Und schließlich biete diese Politikstrategie den etablierten Mächten in Zeiten des Chaos verbrieft Gesprächspartner an, woraus sich in jedem Fall die Möglichkeit ergebe, Zugang zu Ressourcen zu bekommen.

Folgende Überlegung steht gegen einen Großteil dieser Argumentation. Was wäre, wenn die dargestellten Positionen auf einer obsolet gewordenen Grundannahme basieren? Die Ausschließung wäre demnach eben nicht Teil einer Politik zur Erlangung von Hegemonie. Es gibt überhaupt kein Versprechen für die Ausgeschlossenen. Mit der Forderung nach Integration verstärkt sich vielmehr die Position des Ausschlusses, und es kommt auch nicht im Geringsten zu einer Schwächung des Dispositivs, das die ideologischen Orte »Innen« und »Außen« voneinander trennt.

Innen und Außen sind somit nicht objektiv vorhandene Orte innerhalb einer formalen Struktur, sondern eine ideologische Räumlichkeit, die dazu dient, die heutigen Formen der Herrschaft zu etablieren, indem die Menschen auf verschiedene Orte verteilt werden. Darüber hinaus herrscht zwischen den Eingeschlossenen

eine gnadenlose Konkurrenz. Nicht nur gegen die anderen, sondern auch – und vor allem – untereinander. Es geht an erster Stelle darum, sich immer mehr an das anzugleichen, was die Norm des Integriertseins vorschreibt. Das Ausgeschlossenensein ist hingegen nichts Anderes als die »niedrige« Form der Einschließung. Diese topologische Struktur gehorcht jedoch nicht einer dualen, sondern einer fraktalen Logik. Wie beim Symbol Yin-Yang breiten sich beide Pole auch auf den jeweils gegenüberliegenden Raum aus: Es gibt Peripherien innerhalb der Zentren und Zentren innerhalb der Peripherien.

Politiken, die einen Bruch mit dieser sozialen Räumlichkeit beabsichtigen, laufen Gefahr, diese jedoch gerade damit zu reproduzieren. Während sie vorgeben, den sozialen Ausschluss verschwinden zu lassen, bestätigen sie in der Praxis den Ort der Ausgeschlossenen, indem sie dazu beitragen, die Figur des »Armen« zu konstituieren. Die konkreten Risiken der Politikstrategien, deren Denken um den Begriff der Inklusion kreist, liegen darin, dass sie permanent das Gegenüber von »Innen« und »Außen« bestätigen, während sie gleichzeitig vergessen, dass das Ausgeschlossenensein nicht mehr als eine untergeordnete Einschließung der Nicht-Integrierten als Subjekte darstellt, welche die eigene »Bedürftigkeit« zementieren. Hieraus leitet sich schließlich der Verlust an Radikalität jener Bewegungen ab, deren Politik von der Ideologie der Integration durchgezogen ist.

Die politische Illusion der Piqueteros

Wenn die Politik der Inklusion beinhaltet, eine der grundlegenden Prämissen der heutigen Ausdrucksform von Herrschaft zu akzeptieren, dann belegen die Politiken des Bruchs, wie sie von den Gruppen vertreten werden, welche die Eroberung der politischen Macht anstreben, wie sich im Inneren der Piquetero-Gruppen die politische Illusion etabliert hat. In jenen Strömungen behauptet sich eine klassisch revolutionäre Position. Sie postulieren radikalere Methoden des politischen Kampfes und treten für eine direkte und unmittelbare Konfrontation mit der Macht und deren Repressionsorganen ein.

Diese Positionen stimmen mit denen des Bloque Piquetero überein, der sich erst vor kurzer Zeit aus einer Allianz herausgebildet hat, die innerhalb der Bewegung verschiedene linke Strömungen

vereint, darunter den schon erwähnten Polo Obrero und den Movimiento Teresa Rodríguez (MTR), außerdem den Movimiento Independiente de Jubilados y Pensionistas (MIJP), den Movimiento Territorial de Liberación (MTL) (Partido Comunista) und den Movimiento sin Trabajo Teresa Vive (Movimiento Socialista de los Trabajadores).

Wie weiter oben schon dargelegt wurde, teilen diese Strömungen mit dem Lager der »Integrationisten« die Tendenz, ihr Denken ausgehend von den jeweiligen politischen Konjunkturen zu entfalten. Diese Methodologie besitzt drei grundlegende Komponenten: die Klasse, das Programm und die Strategie der Machtergreifung. Vor allem seit den Tagen des 19. und 20. Dezember 2001 geht diese Tendenz davon aus, dass Argentinien sich in einer Situation des massenhaften sozialen Aufruhrs befindet, der mit einer tiefgreifenden Krise des an der Macht befindlichen sozialen Blocks einhergeht. Es handelt sich um das, was traditionell als »revolutionäre Situation« bezeichnet wird. Ausgehend von dieser Lesart der Ereignisse sowie von den überlieferten Konzeptionen der sozialen Transformation sind diese Strömungen der Überzeugung, dass der Augenblick gekommen sei, eine revolutionäre politische Avantgarde zu konstituieren, deren Ziel darin liege, den sozialen Kämpfen eine Orientierung zu geben. Konkret besteht die Vorgehensweise darin, den Anspruch der kämpferischsten Gruppen innerhalb der Piquetero-Bewegung zu stärken, den wirklich radikalen Widerstand zu repräsentieren. Es wird davon ausgegangen, dass die Fähigkeit und die Gelegenheit existieren, einen »qualitativen« Sprung zu wagen, welcher es den Kämpfen der Basisbewegungen erlauben würde, unter der Leitung dieser Gruppen von der Zersplitterung zur Synthese voranzuschreiten.

Die politische Illusion besteht also nicht in einer wahnwitzigen Interpretation der Wirklichkeit; vielmehr handelt es sich um eine Form des Denkens, die von allgemeinen Konzepten Anleitungen für die konkrete politische Arbeit ableitet, sowie um einen Willen zur politischen Durchsetzung, der unfähig ist, das Konzept der Revolution kritisch zu durchleuchten. In der Tat erzeugt die Illusion der Eroberung der politischen Macht, von der aus sich die Zustände verändern lassen, unmittelbare Konsequenzen, was die alltägliche Praxis angeht. Die »politischen« Zeiten einer beschleunigten Dynamik überwältigen und desorganisieren die etablierten eigenen Zeiten. Normalerweise orientieren sich die Anstrengun-

gen in den Reihen der politischen Militanz immer an abstrakten Zielen. Die Debatten, in denen es darum geht, Prioritäten für die eigene Praxis zu setzen, folgen immer allgemeineren Kriterien. Vernachlässigt werden die Erfahrungen, welche auf die Herstellung neuer sozialer Beziehungen ausgerichtet sind. Die gesamte Bewegung wird nach Maßgabe der wirklich »seriösen« Aufgaben hierarchisiert.

Diese Unfähigkeit, sich den Zeitvorstellungen und Anforderungen der politischen Konjunktur zu entziehen, schwächt die Arbeit an der Basis. Von Mal zu Mal wird es schwieriger, Räume für eine offene gemeinsame Reflexion zu finden. Die Konfrontation wird so immer weniger ein Erfordernis des Widerstands und immer mehr ein »höheres« Moment. Die Hierarchien in der Organisation werden durch die Anforderungen der politischen Konjunktur selbst gerechtfertigt, oder es kommt sogar der Gedanke auf, dass – und diese Redeweise wird einem bekannten politischen Führer der Piqueteros zugeschrieben – »das einzige, was von unten wächst, der Rasen ist«. Auf diese Weise entfernen sich die Mitglieder der jeweiligen Führung von den Kollektiven, die diese hervorgebracht haben.

Die Arbeit an der Basis wird als etwas Vorübergehendes angesehen, als eine anfängliche Erfahrung, der es an politischer Dichte mangelt. Die Arbeit vollzieht sich auf verschiedenen »Niveaus«, wobei die Professionellen der Konspiration mit Vorteilen ausgestattet sind. Die soziale Bewegung wird oftmals ersetzt durch den Einfluss eines bürokratischen Apparats, und das gesamte Vertrauen wird schließlich in den Advent des »Politischen« gelegt. Die politische Agitation verlegt sich auf die Erwartung eines messianischen »Sprungs«, der die Bewegung in den Endkampf um die Macht versetzt.

Von der Vielfalt zur Gegenmacht

Die größte Schwierigkeit während der landesweiten Piquetero-Versammlung bestand in den Fragen der Einheit und der Organisation. Von Beginn an ging es den an der Basis arbeitenden radikalen Bewegungen vor allem um das grundsätzliche Thema der organisatorischen Form. Angesichts der herausragenden Rolle, die den Vollversammlungen, Kommissionen, Plena und horizontalen Organisationsformen zukommt, ist die Vielfalt dieser Bewegung je-

doch keinesfalls Synonym von Desorganisation. Im Gegenteil charakterisiert sie die Verknüpfung von multipler Existenz und hohem Organisationsgrad. Diese Prägung ist nicht auf jede einzelne der Erfahrungen dieser Bewegung beschränkt, sondern kennzeichnet auch die regionale und nationale Ebene. Es gibt übergreifende Bündnisse, die einen hohen Organisationsgrad respektieren, ohne dabei die Heterogenität der Bewegung zu vernachlässigen. Dasselbe gilt für die Führungsebene.

Die potenziellen Möglichkeiten der Straßenblockade lassen sich nur durch das Verständnis ihrer Einzigartigkeit begreifen. Die politische Führung dieser Aktionsform handelt wirkungsvoller, wenn sie im Innern der Vollversammlung oder des übergreifenden Bündnisses agiert, als wenn sie sich von diesen Einrichtungen trennt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In der Tat erweist sich ihr Führungstalent in der Fähigkeit, dazu beizutragen, dass gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Bewegung Momente der Reflexion aufrechterhalten werden. Auf diese Weise können sie ihren Beitrag leisten, dass sich die volle Potenzialität dieser politischen Erfahrung entfaltet. Für den Kampf der Piqueteros sind sie jedoch außerhalb dieser konkreten Situation nicht von Interesse.

Die Stärke der Straßenblockaden entspringt nicht ihrer Forderung nach Inklusion. Wie es die Mitglieder des MTD von Solano erklären, geht es nicht mehr darum, erneut um »Eintritt« zu bitten. Allen ist bewusst, dass es kein wünschenswertes »Innen« gibt. Im Gegenteil heißt der bloße »Wunsch nach Eintritt« schon, die Reihen derjenigen zu stärken, welche die Gestaltung ihrer politischen Subjektivität danach ausrichten, ob sie einen Platz in den soziologischen Untersuchungen, den Diskursen der Macht, den Archiven des Sozialministeriums oder den Planungen der politischen Gruppierungen oder Nichtregierungsorganisationen ergattern können.

Die durchschlagende Wirkung der Piqueteros, so lautet die hier vertretene These, wurzelt in der Fähigkeit der Bewegung, sich zu Subjekten herauszubilden, welche die bloße Existenz als »Ausgeschlossene«, Arme oder Arbeitslose überschreiten. Ihre Einzigartigkeit speist sich aus einer Würde der Rebellion und aus der Ausübung des Widerstands, wodurch eine neue Gesellschaftlichkeit entsteht.

Die Radikalität des Kampfes denken

Subcomandante Marcos sagte, dass das Eigentümliche des Revolutionärs der Kampf um die Macht sei, welcher mit einer gedanklichen Vorstellung von einer zukünftigen Gesellschaft verknüpft ist. Demgegenüber nähere der – zapatistische – Sozialrebell jeden Tag die Rebellion im eigenen Lebensumfeld, von unten her, ohne die Annahme, die Macht sei das quasi natürliche Ziel der politischen Führung. Für die Zapatistas ist es klar, dass sich jede situationsbezogene Aktion der überkommenen Achse entzieht, an der sich die »reformistischen« und »revolutionären« Lager aufspalten. Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass diese beiden Lager das gleiche Bild der Macht und der Politik verinnerlicht haben. Beide bremsen die den Basiskämpfen innewohnende Dynamik und weisen die gleichen Schwierigkeiten auf, wenn es darum geht, in der Immanenz der Situation zu arbeiten. Der Sozialrebell Marcos hingegen entfaltet sein Denken nicht in den Begriffen der Globalität, sondern der Singularität. Gefordert ist eine Strategie des Denkens, das seine Reichweite auslotet, indem es die »Globalität« in Klammern setzt. Es geht hier um den philosophischen Unterschied zwischen dem abstrakten Universellen und dem konkreten Universellen.

Dies bedeutet nicht, naiv zu sein: Es geht nicht darum, die aktuellen Entwicklungen zu negieren, sondern um deren Analyse als Teil der Reflexion konkreter Situationen. Dieses Verständnis nennen radikale Gruppen, wie der MTD von Solano, Autonomie mit dem eigenen Kopf und ausgehend von der konkreten Situation denken. Dies beinhaltet, den fremden Dringlichkeiten, die von den Medienzirkeln und den Politgruppen projiziert werden, kein Gehör zu schenken, um sich so mit den eigenen Fähigkeiten des Begreifens und des eingreifenden Handelns neu zu entdecken.

Die Radikalität besteht so nicht in infantiler Verneinung der Realität, wie die »realistischen« Kritiker des Konzepts der Gegenmacht behaupten. Das Denken entfaltet sich vielmehr in der konkreten Aktion von konkret Handelnden. In den skizzierten vereinfachenden Konzepten schwelt schon die Auseinandersetzung mit der drohenden Quantifizierung und Instrumentalisierung von Erfahrungen und Kämpfen. Die politische Radikalität liegt aber in der effektiven Fähigkeit, die Vergesellschaftungsweise zu revolutionieren, indem Werte geschaffen werden, welche die »Gesell-

schaft des Individuums« überwinden. Im Falle des MTD von Solano impliziert diese Handlungsoption auch Untersuchungen über die Organisationsformen der Bewegung, die Möglichkeiten, eine alternative Ökonomie zu praktizieren, die Praxis der Weiterbildung, die Ausgestaltung der Berührungspunkte mit den staatlichen Verwaltungen usw.

Die beschriebene Vorgehensweise ist außerdem besonders geeignet, um die Weise zu verstehen, in welcher das Thema der Gewalt in der Bewegung der Piqueteros auftaucht. Dies geschieht vor allem auf zwei Ebenen. Offensichtlich ist die Gewalt der konkreten Aktion der Straßenblockade. Daneben existiert aber auch die Gewalt derjenigen, die sich dafür entschieden haben, gegen die derzeitigen Formen der Herrschaft Widerstand zu leisten. Die beiden Ebenen der Gewaltausübung haben mit den traditionellen Formen der politischen Auseinandersetzung nicht viel gemein. Die Gewalt in der Absperrung eines wichtigen Straßentransportweges wird nicht aufgefasst als eine politische Strategie, welche die Eroberung der Macht zum Ziel hat. Es geht hier nicht um eine geplante Taktik, um Einfluss auf die öffentliche Meinung auszuüben, sondern um eine zweitrangige und unvermeidliche Folgewirkung einer Form des Widerstands.

Die Straßensperren fassen so die Gewalt als ein Element der Auseinandersetzung auf, die weder jetzt noch in Zukunft im Zentrum steht. Sie ist Teil des Vielfältigen, wenn sie als eine dezentrale Praxis und als eine Form der Selbstverteidigung verstanden wird.

Der Fall des »Movimiento de Trabajadores Desocupados« (MTD)

Wenn die Analyse der CTA-FTV und des Zusammenschlusses der Piqueteros geholfen hat, in diesen Gruppierungen eine bestimmte Weise des Denkens und des Handelns ausfindig zu machen, so ist auch dem MTD von Solano eine spezifische Art von Praxis und Theorie zu Eigen. Die Bewegung hat ihren Ursprung in einer Kirchenbesetzung in Solano, einem Stadtviertel von Quilmes. Nach der vom Bischof Novak eingeleiteten Räumung gründete sich in Solano der MTD Teresa Rodríguez, der mit dem MTD von Varela in engem Zusammenhang stand (2001 spaltete sich der MTD Teresa Rodríguez in die Bewegung, die weiterhin als MTD arbeitet, und den schon erwähnten Movimiento Teresa Rodríguez).

Die Bewegung gewann an Stärke, als sie begann, erfolgreich die staatlichen Programme der Arbeitsbeschaffung (die sog. *Planes Trabajar*) selbst zu verwalten. Bald darauf gründete sie Kommissionen und organisierte Seminare in den Bereichen politische Bildung, Brotbäckerei, Schmiede, Berufsausbildung, Volksbildung, Apotheke sowie andere kollektive Arbeiten. Ihre Straßensperren erlangten eine besondere Ausprägung: die soziale Verankerung der Bewegung in den Stadtvierteln, die besondere Form der Mobilisierung, die Benutzung von Skimützen sowie die spezifische Weise, in der die Blockaden ablaufen.

Die Mitglieder des MTD von Solano nahmen an der genannten ersten Versammlung der Straßenblockaden teil. Sie waren dabei überzeugt von der Wichtigkeit einer landesweiten Koordination des Widerstands und von der Notwendigkeit, sich gemeinsam gegenüber dem Repressionsapparat zur Wehr zu setzen. Als die Nationalgendarmerie gewaltsam gegen die *Piqueteros* der in der nordwestlichen Provinz Salta gelegenen Stadt Mosconi vorgingen, war der MTD von Solano unter den ersten, als es darum ging, in Solidarität die Zugangswege zur Stadt Buenos Aires zu blockieren – und dies im Moment, als die Repression in Salta noch im Gange war. Der MTD von Solano nahm jedoch mit weniger Enthusiasmus an der darauf folgenden landesweiten Versammlung teil. Ihnen war nur zu deutlich, wie sehr sich die politischen Einschätzungen der drei damals zu der Versammlung aufrufenden Organisationen (der alternative Dachverband CTA, *Corriente Clasista y Combativa*, *Polo Obrero*) von den ihren unterschieden. Sie waren dann aber von der Stärke, mit der die Delegierten aus dem Landesinnern auftraten, sowie von der kämpferischen Stimmung, die während der Versammlung vorherrschte, begeistert. Bereits im Verlauf des ersten Aktionstages beobachteten sie jedoch, wie die politische Mehrheitsströmung versuchte, die Struktur der Bewegung festzulegen.

Die folgende Episode zeigt die jeweils verschiedenen Positionen. Am ersten Tag des im August 2001 organisierten Aktionsprogramms kam es zur Besetzung einer Bank durch den MTR mit dem Ziel, die ausstehenden Auszahlungen einzufordern. Diese Aktion war nicht mit der Koordination der Bewegung abgesprochen worden, wodurch die dort anwesenden Bewegungen in ein Dilemma gerieten. Die Mitglieder des MTD von Solano entschieden sich in dieser Situation – aufgrund der unkoordinierten Ak-

tionen der MTR – die Zusammenarbeit mit dieser Gruppierung zu beenden. Sie blieben aber am Ort des Geschehens, um einen sicheren Abzug der BesetzerInnen zu garantieren. In der verbleibenden Zeit wurden sie jedoch von der Reaktion einiger Teile der Bewegung überrascht. Während alle übrigen Kräfte des Koordinationskreises der Aktionstage den MTR kritisierten, wendeten sich die Mitglieder der Führung der *Piquetero*-Bewegung im Fernsehen und in den Tageszeitungen gegen diejenigen, die während der Aktionen Skimützen getragen hatten. Nach einer erneuten Besetzung, diesmal des Arbeitsministeriums der Provinz Buenos Aires, durch den MTR wurde die gesamte Führungsebene dieser Gruppierung festgenommen. Die Besetzung fand am zweiten landesweiten Aktionstag der Straßenblockaden statt. Der MTD von Solano entschied daraufhin, sich nicht an der Demonstration zur Plaza de Mayo zu beteiligen, um stattdessen in der Stadt La Plata die Freilassung der Gefangenen zu fordern. Während des dritten Aktionstages blieben seine Mitglieder in ihren jeweiligen Stadtvierteln, wo sie den Prüfungskommissionen Widerstand leisteten, die von der Regierung losgeschickt worden waren. Diese Kommissionen sollten »Regelwidrigkeiten« auffindig machen, die es dann erlauben würden, die Sozialpläne der betroffenen Personen zu streichen.

In den darauf folgenden Versammlungen debattierten die Mitglieder des MTD von Solano über die Geschehnisse. Die Meinung war einhellig, dass ihre Kraft nicht darin liege, sich in Konkurrenz zu den anderen *Piquetero*-Bewegungen im politischen Tagesgeschehen zu positionieren, sondern darin, dem allmählichen Aufbau einer Gegenmacht Priorität zu verleihen, und zwar von unten her und in Einklang mit den gegebenen Möglichkeiten. Die Mitglieder entschieden also, sich vor allem der Stärkung der Stadtteilarbeit zu widmen, den vielen Workshops, den Kommissionen, den anfallenden Arbeiten und diversen Aktivitäten. Dies ist nicht gleichbedeutend mit Lokalismus oder einer fehlenden Analyse dessen, was im Land oder in der Welt passiert. Es geht nicht um einen nutzlosen Isolationismus, sondern um ein notwendiges Abkoppeln von der Logik der Globalität.

Die gleiche Methodologie bestimmt die Form, in welcher der MTD von Solano seine Beziehung mit den Regierungen auf Landes-, Provinz- und Gemeindeebene gestaltet. Die Mitglieder der Organisation verwalten von den Regierungen finanzierte Sozial-

pläne, ohne dass dies ein Nachgeben bei den eigenen Forderungen bedeuten würde. Sie begreifen einfach, dass die Selbstbehauptung innerhalb der Situation eine komplexe Beziehung zum Staat beinhaltet. Und in diesem Prozess erarbeiten sie allmählich eigene Anschauungen über die soziale Transformation und die Revolution. Ausgehend von diesen selbst erworbenen Kenntnissen agieren sie in der komplexen Situation, in welcher der Erhalt von offiziellen Geldern mit einem hohen Grad an Konfrontation mit dem Staat einhergeht. Diese Mischung aus Übereinkünften und Konfrontation beschränkt sich jedoch nicht auf die Beziehungen zwischen dem MTD und den Staatsapparaten. Als drittes Element kommt die Autonomie des Denkens und des Handelns hinzu, welche die Mitglieder des MTD dazu bewegt, eine alternative Ökonomie aufzubauen, mit deren Hilfe die Bewegung überleben kann, wenn sie von offiziellen Sozialhilfeplänen abgeschnitten wird.

Die soziale Transformation beinhaltet diese drei Taktiken der Haltung zum Staat. Jede einzelne von ihnen steht gleichzeitig in Verbindung zur Form und Funktion des heutigen Staates. Auf der einen Seite handelt es sich um einen desartikulierten Nationalstaat, der das Monopol der politischen Legitimität über das nationale Territorium verloren hat. Auf der anderen Seite steht ein durch die Marktkräfte kooptierter Staat, wodurch es häufig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit diesem kommt. Und schließlich geht es darum, wie die kapitalistische Hegemonie an der gesellschaftlichen Basis repräsentiert wird. Daraus folgt, dass die Autonomie die einzige Garantie darstellt, im politischen Tagesgeschehen nicht-kapitalistische Tendenzen zu entwickeln.

Währenddessen machen sich die Mitglieder des MTD von Solana keine Illusionen über die repressiven Funktionen des Staates. Autonomie bedeutet also auch eine interne Aufklärungsarbeit über die zukünftigen Konfrontationen. In diesem Sinne lernen die autonomen Basisbewegungen – und nicht nur die *Piqueteros* – immer wirkungsvollere Formen der Selbstverteidigung von unten. Eine andere Weise, wie an den konkreten Situationen orientierte Gruppen – immer nach Maßgabe ihrer eigenen Bedürfnisse und Notwendigkeiten – auf die übergreifende politische Entwicklung reagieren, ist die andauernde Suche nach Möglichkeiten, angesichts der staatlichen Repression nicht isoliert zu werden.

Die bisher skizzierten Leitlinien der politischen Arbeit des MTD zeigen sich auch bei seiner Mitwirkung in den übergreifenden

Koordinierungsräten. Die Organisation arbeitet derzeit in der *Coordinadora de Trabajadores Desocupados Aníbal Verón*. Diese Begegnungen lösen die territorial verankerten Bewegungen nicht auf, sondern helfen, die eigenen Ressourcen, Kenntnisse und Mobilisierungsfähigkeiten zu stärken.

Die Identität als Neuschöpfung

Es ist klar geworden, dass zwei verschiedene Formen des Denkens auch jeweils verschiedene Handlungsorientierungen beinhalten. Es gibt keine Praxis ohne Theorie. Das Denken materialisiert sich bis zu einem solchen Grad in Praktiken, dass zwischen beiden nicht mehr als nur formale Unterschiede gemacht werden können. Auf der ersten Denkweise basiert die derzeitige Gesellschaftsstruktur, so wie sich diese in der Analyse des politischen Tagesgeschehens und im Diskurs der Macht widerspiegelt. Die Identitäten der Arbeitenden, Arbeitslosen und Armen werden mechanisch aus den Sozial-, Produktions- und Verteilungsstrukturen abgeleitet. Jedem Arbeitenden wird das Attribut – die Rolle – des Lohnabhängigen angeheftet und jeder bzw. jede Arbeitslose daran erinnert, das er oder sie »ohne Arbeit« ist. Die Vielfalt geht dabei verloren. Und mit ihr die Kraft, die den widerständigen Identitäten zu Eigen ist.

Mit den Identitäten, die sich aus der Widerständigkeit und in ihr herausbilden, verhält es sich umgekehrt: Sie sind nicht Ausdruck einer jämmerlichen Sozialstruktur, sondern weichen diese Struktur selbst auf. Sie sind Benennungen, die eine Vielfalt bezeichnen, und keine feste Eigenschaften, die eine entfremdete Subjektivität hervorbringen. Die Identität der Aufständischen beinhaltet so stets eine Neuschöpfung, eine Erfindung neuer Bedeutungen. Menschen, die abhängig beschäftigt sind, streben normalerweise – und dies mit allem Recht – mehr Lohn bzw. Gehalt an oder wehren sich gegen deren Kürzung. Aber die Arbeiter im emphatischen Sinne kämpfen gegen die Lohnarbeitsbeziehung als solche. Die Arbeitslosen fordern Beschäftigung, Arbeit und die Eingliederung in die Produktionsstrukturen der Wirtschaft. Aber die Arbeitslosen, von denen wir hier sprechen, d.h. die *Piqueteros*, kämpfen gegen die entfremdete Arbeitsgesellschaft, gegen den Individualismus und die wechselseitige Konkurrenz.

Die Bewegung der Straßenblockaden befindet sich noch im Aufbau. Es ist eine Bewegung des sozialen Ungehorsams, aber auch

eine Bewegung, die neue soziale Bande entwickelt und Gegenmacht aufbaut. Die Konsistenz der Piqueteros als soziale Figur – als widerständige und sozial rebellische Männer und Frauen – ist jedoch zerbrechlich. Diese Zerbrechlichkeit ist nicht bedingt durch das junge Alter der Bewegung, sondern durch die Tatsache, dass sie von einem noch ungefestigten libertären Geist getragen ist, eben weil sie sich nicht von einem Ort der Macht aus entwickelt. Es handelt sich um eine Fragilität, die der Praxis von Gegenmacht insgesamt inhärent ist. Diese Praxis bezieht ihre Stärke aus dem eigenen Nachforschen, Denken und Fühlen sowie aus der Erarbeitung von Kenntnissen über den sich abzeichnenden neuen sozialen Protagonismus.

Die Zeiten der Bewegung

Am 17. Dezember 2001 hatten wir mit einem Aktionsplan gegen die heraufziehende Repression begonnen: für mehr Beihilfen, für die Zahlung in Raten und für einen Fonds zur Sicherung von Ernährung und Gesundheit. Im Koordinationskreis war entschieden worden, sich den Privatsektor vorzunehmen, und aus diesem Grund bildeten wir Menschenketten, um acht große Supermärkte in der Gegend von Quilmes zu blockieren, womit wir unseren Forderungen und Vorschlägen Nachdruck verleihen wollten. Die Aktion dauerte den ganzen Tag, und es gab eine Antwort: Zumindest die Bundes- und die Provinzregierungen reagierten, für sie war die Aktion ein Dorn im Auge.

In einem bestimmten Augenblick überschritten wir die Grenze des Erlaubten: Einige von uns hängten sich an die Metallzäune, weil die Geschäftsführer sich nicht rührten. Die Supermärkte rückten nicht mehr als vierhundert Kilogramm Mate-Tee heraus. Den schwarzen Peter schoben sie der Regierung zu. »Wir befinden uns in einer angespannten Situation«, argumentierte der Geschäftsführer eines Supermarktes.

Das Ziel der Blockaden von Supermärkten ist nicht nur, Lebensmittel zu erlangen, sondern geht weit darüber hinaus. Die Durchführung einer solchen Aktion erlaubt uns, die Frage zu vertiefen, welche Bedeutung für uns die bewusste finanzielle Schädigung eines multinationalen Unternehmens hat. Wir vermeiden, ohne ein klares Bewusstsein Aktionen zu starten, ohne uns darüber im Klaren zu sein, worin der Unterschied zwischen der Plünderung eines Supermarktes und der Plünderung eines kleinen Lebensmittelgeschäfts in einem Stadtviertel besteht. Vor und nach den Aktionen müssen wir unter uns die Frage nach deren Sinn erörtern. Die Frage lautet, warum es um viel mehr geht als um Lebensmittel. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir unseren Kampf dauerhaft fortführen können.

In der Woche des 19. und 20. Dezember waren wir inmitten eines Aktionsprogramms, das noch nicht abgeschlossen war. Es

lag ein vages Versprechen über Geldauszahlungen in Raten sowie über Lebensmittelzuteilungen auf dem Tisch, aber es gab noch keine Zusagen. Wir hatten uns am Dienstag, dem 18. Dezember, in Gesprächsrunden mit VertreterInnen der Bundes- und der Provinzregierung zusammengesetzt, um über die Ziele der Aktion zu verhandeln. An diesem Tag wurden konkrete Vereinbarungen unterzeichnet, und wir blieben in der Zone. In der Nacht begannen die Plünderungen in San Miguel, in Moreno und in der Provinz Entre Ríos. Wir sahen voraus, dass es jetzt richtig losgehen würde. Für den darauf folgenden Samstag hatten sie uns Lebensmittel versprochen, und diese kamen dann schon am Donnerstag, was bei uns zu einem großen Durcheinander führte, weil die Lieferungen inmitten der Wirren der Plünderungen eintrafen. In unserem Stadtviertel hatten sich am Mittwochabend schon die Straßen gefüllt, und Gerüchte über bevorstehende Plünderungen von Geschäften liefen um. Als unsere Leute am Donnerstag aus den Stadtvierteln ankamen, um die Lebensmittel abzuholen, ging die Polizei hart vor und begann mit scharfer Munition zu schießen. Schon am Vortag erhöhte sich mit der Ausrufung des Ausnahmezustands das Niveau der Repression: Drohungen, in einigen Fällen Gummigeschosse, Festnahmen und Verfolgungen.

Am Mittwoch, dem 19. Dezember, begaben wir uns mit einer Gruppe unserer Leute zur Plaza de Mayo. Der Ausnahmezustand führte zu einigen Dilemmata, da wir uns inmitten eines Aktionsprogramms befanden. Wir dachten in jenem Augenblick, dass der Ausnahmezustand erklärt worden war, um uns und alle anderen organisierten Basisgruppen niederzuschlagen. In der Tat meinen wir heute, dass uns die Repression ohne die Demonstrationen der Mittelklasse noch viel härter getroffen hätte. Angesichts dessen, was sich in der Hauptstadt ereignete, entschieden sich einige von uns, sich dorthin aufzumachen. Als wir dort ankamen, wütete die Repression im Umfeld des Kongressgebäudes, wo das Bundesparlament tagte, und es gab schon Verletzte. Wir kamen ungefähr um 1.30 Uhr nachts an, und die Demonstrierenden hatten sich bereits zerstreut.

Wir fassten den Entschluss, in den Stadtteil Olivos zu gehen, denn in den Medien hieß es, dass dort etwas Interessantes laufen würde. Aber als wir dort ankamen, war weit und breit nichts zu sehen. Schließlich kehrten wir zurück und begannen, uns über die Ereignisse auszutauschen. In den Versammlungen kam die Idee

auf, hier in Solano eine Aktion gegen die Übergriffe der Bullen zu starten. Am 20. Dezember mussten wir einige festgenommene Mitglieder unserer Organisation aus dem Knast abholen. Viele Gruppen Jugendlicher waren verhaftet worden. Das heißt, dass nicht nur organisierte Leute, sondern auch die BewohnerInnen des gesamten Stadtviertels der Repression ausgesetzt waren. Ziel war es, allen einen Schreck einzujagen, die Menschen vom Verlassen ihrer Wohnungen abzuhalten und zu verhindern, dass es zu Demos auf der Plaza de Mayo kam. Nach der Mittagszeit begannen wir die heraufziehende Situation zu begreifen. Daraufhin änderten wir unsere Strategie, denn uns wurde klar, dass nicht die Stadtviertel, sondern die Plaza de Mayo für die Entwicklung der Ereignisse zentral sein würde. In den Vierteln, in denen wir Versammlungen abhalten konnten, zeigten wir auf, dass die Lage ziemlich kompliziert war und dass diejenigen, die sich zur Teilnahme an den Demos entschlossen, sich auf einiges gefasst machen mussten. So machten wir uns schließlich mit ungefähr 70 Leuten in einem von uns organisierten Bus auf. Die Bullen ließen uns nicht durch, und sobald sie Menschengruppen auf der Straße sahen, nahmen sie diese fest. Wir verloren viel Zeit damit, uns zu überlegen, wie wir das Viertel verlassen könnten. Leute aus anderen Organisationen riefen uns an und rieten uns zur Vorsicht, da an den Brücken Fahrzeuge angehalten würden. So fuhren wir mit geringen Erwartungen los. Als wir ankamen, war alles schon gelaufen.

Wir kamen einen Häuserblock von der Plaza de Mayo entfernt an, und es passierte etwas Unerwartetes: Als wir die Skimützen aufzogen, wurden wir sofort als Piqueteros identifiziert. Die Menschen auf der Straße, die sich den Bullen entgegenstellten, fassten plötzlich Mut und begannen, diese mit Pflastersteinen anzugreifen. Sobald wir erschienen, kam schon die Repression in Form von Pferden und Tränengas. Wir hatten noch nicht einmal Zeit nachzudenken. Die erste Verfolgungsjagd begann, ohne dass wir eine Barrikade hätten organisieren können, so schnell ging alles. Wir leisteten einige Stunden Widerstand.

Als sich bestätigte, dass die Avenida 9 de Julio ziemlich in Bewegung geraten war, begannen sie, mit scharfer Munition auf uns zu schießen. Wir wurden eingekesselt. Wir mussten einen öffentlichen Bus nehmen und versuchten, den Fahrer zu überzeugen, uns aus der Gefahrenzone zu fahren. Andere Gruppen blieben am Ort,

und wir trafen uns später zu Hause. Wir kehrten alle heil zurück.

Für uns war nicht vorhersehbar, dass so etwas passieren würde, und wir waren an jenem Tag alle euphorisch. Schon am vorhergehenden Abend, als die Leute sich auf den Straßen zu sammeln angingen, hatten wir neue Kräfte gesammelt und neuen Atem geschöpft. Uns war von Beginn an klar, dass wir dort teilnehmen mussten, weil wir spürten: Es passiert etwas sehr Interessantes in der gesamten Bevölkerung. Wir waren alle unruhig, trafen uns an einem Ort, diskutierten, riefen uns an. Wir blieben die ganze Zeit in den Schuppen, die als Versammlungsort dienten. Niemand aus unserer Organisation blieb zu Hause. Ununterbrochen wurden Treffen abgehalten, und die Gespräche kreisten um die Plünderungen und die Geschehnisse auf der Plaza de Mayo. Wir schmiedeten unaufhörlich Pläne.

Es war eine wilde Mischung, man spürte die Euphorie unter unseren Leuten. Vor allem weil wir aus einer Situation der Beklemmung herauskamen und wussten, dass der demnächst zu verabschiedende landesweite Haushalt für das kommende Jahr »Anpassungen« beinhalten würde. Wir stimmten darin überein, dass wenn die Menschen in Argentinien jetzt nicht alles auf eine Karte setzen, bald alles verloren sein würde. Wir sahen die komplizierte Lage angesichts des Vormarsches von Wirtschaftsminister Cavallo und seiner Wirtschaftspolitik. Wir spürten diese Ängste, sahen aber die Möglichkeit in weiter Ferne, dass eine Reaktion von unten – wie sie dann in der Tat eintrat – dem herrschenden Wirtschaftsmodell den Garaus machen könnte. Was dann folgte, war wie eine plötzliche Zufuhr von Adrenalin, der Wunsch, am Aufbegehren teilzunehmen, denn wir waren uns klar, dass auf diese Weise Cavallo gestürzt werden konnte.

Außerdem hatten wir alle das Gefühl, »eins« zu sein. Als wir an der Plaza de Mayo ankamen, bekamen wir es mit der Angst zu tun, denn die Lage war verzweifelt. Unter uns waren viele Jugendliche, für die wir uns verantwortlich fühlten. Wir hörten die Gerüchte von Toten, aber wir wussten, dass wir Teil eines historischen Ereignisses waren. Überall war eine überschäumende Solidarität zu spüren. Dort waren wir nicht Piqueteros, andere nicht Mittelschicht: Wir alle spürten das verbindende Band der Zusammengehörigkeit. Von den Balkonen aus warfen uns die Leute Wasserflaschen zu. Nach heftigen Reizgasangriffen überschütteten sie uns mit Wasser und schütteten heißes Öl auf die Bullen.

Leute von uns, die auf uns zugelaufen kamen, riefen uns zu: »Lauft nicht dorthin, dort gibt es ein Polizeikommando.« Alles war eine Sache der unbedingten Einheit, ohne Fahnen. Das heißt, die Fahnen der Gruppen und Organisationen waren nicht nötig. Das Ziel aller dort Versammelten war ein und dasselbe: Schluss mit dem verdammten Wirtschaftsmodell! Welch große Hoffnung war damit doch verbunden! Das endgültige Ende von etwas, und dies lässt die Hoffnung auf etwas Neues sprießen. Zumindest in diesem Moment spürten dies alle in ihrem Inneren. Mit der Ankündigung des Rücktritts von Präsident de la Rúa fassten wir den Entschluss, in unser Stadtviertel zurückzukehren, denn uns wurde von dort aus telefonisch mitgeteilt, dass Mitglieder unserer Organisation dort festgenommen worden waren. Wir waren voller Sorge über das, was in unserem Viertel passieren könnte, denn die Aufgabe dort war nur zur Hälfte erledigt. So entschieden wir uns für die Option der Rückkehr, um zu sehen, wie es dort aussah.

Wir analysierten, wer in den verschiedenen Szenarien eine Rolle spielte: Wer anwesend war und die Bevölkerung stärkte und wer als Verbündeter der Regierung agierte. Viele, die bis dahin dem Anschein nach auf der Seite der Basisbewegungen gestanden hatten, optierten nun für das Lager der Regierung.

Es blieb eine wichtige Frage offen, was das Thema der Mittelschicht und den Protest der *Caerolazos* (Kochtopfdemonstrationen) angeht. Wir fragten uns, wohin sich diese Aktionsform bewegte, wer sie anführte und wie sich die an ihr Teilnehmenden koordinierten. Am Anfang verstanden wir es nicht, und erst im Laufe der Zeit begriffen wir, dass vieles auf spontane Weise vor sich ging. Später gingen dann die Versammlungen an, die Debatten, aber die ganze Sache geschah zunächst aus dem Augenblick heraus. Zumindest auf uns machte dies einen starken Eindruck. Im MTD rief dies viele Reflexionen und Diskussionen hervor. Und nach dem 20. Dezember ist nichts mehr, wie es vorher war. Wir fühlten: Dies ist ein Einschnitt in der Geschichte des Landes.

Viele Fragen kreisten in unseren Köpfen. Die *Caerolazos* zum Beispiel forderten, dass »alle abhauen sollen«, angefangen bei den Parteien. Und einige der Organisationen sprechen davon, dies sei der Augenblick, um die Regierung zu stürzen. Wir stimmten nicht ganz mit dieser Meinung überein, da wir die Notwendigkeit sahen, eine langsamere Gangart einzuschlagen und unsere eigenen Zeitrhythmen zu akzeptieren. Mitglieder unserer Organisation

waren bei verschiedenen Asambleas anwesend und beteiligten sich sehr aktiv an der Versammlung im Stadtteil Avelaneda im Süden von Buenos Aires. Wir marschierten gemeinsam, unternahmen zusammen Straßenblockaden, aber wir nahmen bei keiner Aktion Transparente unserer Organisation mit. Die anderen wussten, dass wir zum MTD gehörten, dass wir Piqueteros sind, aber wir begriffen, dass man diesem Kampf keine Fahnen anheften konnte. Unserem Verständnis nach musste der Widerstand vereint werden, aber niemand konnte ihn vereinheitlichen. Wir alle müssen auf die Straße und uns als eine Einheit verstehen, aber niemand ist Herr dieser Bewegung. Wir als Gruppe leisten unseren Beitrag dort, wo wir hingehören. Wir vertreten nicht die Meinung einiger, die meinen, nur weil sie Piqueteros sind, damit auch das Privileg zu besitzen, den Kampf zu beginnen.

Unbestritten ist, dass hier etwas auszumachen ist, das nicht mit dem 19. und 20. Dezember endete, dass es eine Kontinuität gibt. Dieses »Etwas« nimmt mit der Zeit eine deutlichere Gestalt an, was beweist, dass es sich hier um den Versuch handelt, etwas Neues zu schaffen. Und unbestritten ist auch, dass ausgehend vom Ende der Repräsentativität der etablierten Politiker im Keim die Gesellschaft entsteht, die wir ersehnen. Eine Gesellschaft ohne Abgeordnetenhaus, ohne SenatorInnen, und statt dessen mit Vollversammlungen, die ohne repräsentative Mandate und den ganzen Zirkus Entscheidungen treffen. Es kommt auch ein wenig Ernüchterung auf, wenn wir sehen, dass erneut die Banner der Parteien auftauchen, und wenn wir bemerken, dass auch die Asambleas von getarnten »Basisbewegten« durchtränkt werden.

In diesen Wochen wird viel über Politik gesprochen. Unsere Erwartungen dagegen kommen mehr von außen und nicht so sehr aus dem Innern der Bewegung heraus. Es gibt GenossInnen, die uns anrufen und wissen wollen, wie wir auf landesweite Aktionsaufrufe einiger Straßenblockade-Organisationen und linker Parteien reagieren. Daran teilzunehmen erschien uns fragwürdig. Im Koordinationskreis der Piqueteros wurde über diese Aktionen diskutiert, und nur eine Gruppe sprach sich für eine Teilnahme aus. Die überwiegende Mehrheit war dagegen, den Aufrufen zu folgen, und meinte, dass wir einen eigenen Rhythmus hätten, zum Aufbau der Bewegung beizutragen.

In Solano denken wir an einen langen Kampf. Das Thema Repression dürfte verstärkt auf die Tagesordnung kommen. Wir glau-

ben nicht an einen revolutionären Wandel zugunsten der Bevölkerungsmehrheit. Natürlich ist es sehr interessant, dass der Widerstand sich verallgemeinert. Und ohne Zweifel müssen wir dabei sein und uns nicht nur die ganze Geschichte von außen anschauen. Jedoch stellen wir uns auf einen Kampf ein, der länger dauern wird, als sich das kollektive Gedächtnis vorstellt, das sich in diesen Tagen aus vielen Quellen speist. Wir sollten eine langsamere Gangart einschlagen und nicht mit dem Kopf gegen die Wand rennen, denn es bleibt noch viel zu wünschen übrig.

Es gilt nun, konkrete Aufbauarbeit von unten zu leisten. Es wäre traurig, wenn wir die Fähigkeit einbüßen würden, auch weiterhin zusammen mit anderen Organisationen Aktionen auszuüben und uns zu verbinden, wie zum Beispiel mit der APENOC und der MOCASE in Argentinien, der MST bzw. der MTD in Brasilien oder der Campesino-Bewegung in Paraguay – das heißt mit so vielen anderen Organisationen, die konkrete Vorschläge der Gesellschaftsveränderung von unten auf den Tisch gelegt haben. Es wäre ein Fehler, sich die Gelegenheit entgehen zu lassen, die Ideen der Zusammenarbeit und Koordination weiter zu konkretisieren, um jetzt schon in »das ganz Andere« zu springen, was unserer Meinung nach verfrüht auf die Welt kommen würde. Für uns wäre der Verzicht auf diese Experimente ein Rückschritt für die Basisbewegungen.

Diese Frage der Radikalisierung ist immer präsent. In der Tat gibt es einige GenossInnen, welche die letzten Aktionstage in Frage stellten. Letztlich nahmen wir aus einer defensiven Position heraus an ihnen teil, da die Regierung ihren politischen Kurs geändert hatte, was die Basisbewegungen und ihre Autonomie angeht. Über die Krisengremien und die Gemeinderäte werden diese nun direkt angegriffen. Hinter der Forderung nach Transparenz, Demokratie und Gerechtigkeit verbirgt sich die Rückkehr zum überkommenen Modell sozialer Kontrolle, indem die Entwicklung jener Organisationen gehemmt wird, die sich nicht innerhalb des Apparats befinden.

Wir haben jedoch nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir eine feste Position einnehmen müssen, um die eigene Autonomie und all das zu verteidigen, was wir uns im vergangenen Jahr erkämpft haben. In anderen Organisationen taucht jedoch erneut das Thema der Avantgarde auf. Sie vertreten die Position, dass die Strömung an der Basis nicht ihr Fließbett finde. Und von daher

die vermeintliche Verantwortung der Revolutionäre, die Lage zu deuten und den richtigen Weg zu weisen. Wir teilen diese Ansicht auf keinen Fall. Wenn wir beispielsweise den Spruch »Que se vayan todos« nehmen, so schließen wir hier auch die linken Parteien ein. Diese tun aber so, als ob sie damit nicht gemeint wären. Sie sind aber Teil des Alten und dazu in der Lage, dieses kollektive Experiment zu zerstören. Wir vertrauen darauf, dass all diejenigen, die es übersatt haben, immer wieder dasselbe zu hören, die Fähigkeit behalten, diese gemeinsame Praxis nicht ins Leere laufen zu lassen, in der wir Keimzellen des Wandels ausmachen: in den Versammlungen, in der direkten Demokratie, in der Autonomie gegenüber jedweder gewerkschaftlichen oder politischen Vertretung. Wenn wir »Alle sollen abhauen!« rufen, dann wollen wir, dass die Parteien mit all ihren hinfalligen Formen, den Widerstandprozess zu interpretieren, an die Seite treten. Es macht uns zu schaffen, dass sogar GenossInnen, deren Rechtschaffenheit und Engagement unbestritten ist, all dies nicht verstehen und nicht ihre eingeschliffenen Denkschemata überwinden können – und gerade dies könnte den ganzen Prozess ruinieren. Wir setzen alle Hoffnung darauf, dass hier eine Weiterentwicklung und ein Reifeprozess stattfindet.

Freudig begrüßen wir diese Initiative, diese unverfälschte Suche nach einer Demokratie ohne Repräsentation, nichts, was noch an das Alte erinnert. In diese Richtung laufen unsere Diskussionen. Für uns gab es nie eine »Arbeit mit den Massen« auf der einen Seite und eine »politische Arbeit« auf der anderen. Es geht uns nicht darum, die Arbeitslosen die Sphäre des Politischen betreten zu lassen. Bei uns gibt es nicht diese Unterscheidung, aber viele, die mit uns kämpfen, können nicht von ihr lassen und vertreten die Meinung: »Gut, bisher haben wir für dies und jenes gekämpft, jetzt aber ist die Stunde der Politik gekommen.« Wir teilen diese Anschauung auf keinen Fall. Vielmehr werden wir uns weiterhin anstrengen, im Alltag dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden, obwohl es einigen heldenhafter vorkommt, an der Spitze der Avantgarde zu marschieren und alles in Schutt und Asche zu legen. Den alltäglichen Aufbau einer anderen Gesellschaft werden wir nicht so einfach aus der Hand geben – dies ist unsere feste Entscheidung.

Wir müssen unsere Analyse vertiefen. Seit den Dezembertagen haben wir nur wenige Tage der Ruhe gehabt, und wir brauchen

Zeit zum Nachdenken. Nicht nur wir in Solano, sondern auch all diejenigen, die mit uns kämpfen. Es besteht das Risiko, dass uns die »Realität« verschlingt. Wir sind sehr an der Praxis orientiert – das ist für uns zentral –, aber dies geht mit der Gefahr einher, an der Oberfläche der Dinge zu bleiben. Wir sollten die Zeit und die Umstände finden, viele Aspekte näher zu hinterfragen.

Wir befinden uns derzeit in einer völlig neuen Situation, da die peronistische Partei (Partido Justicialista) dank ihrer ökonomischen Einnahmequellen ihren netzartigen Machtapparat rekonstruiert. Eine der dringendsten Herausforderungen besteht heute in der konkreten Solidarität vor Ort. Wir wissen, dass hier bald ein politischer Nahkampf ausgetragen werden wird. Die gegnerische Seite wird ihren gesamten Apparat in Bewegung setzen. Und dies wird Auswirkungen haben: Polizeiliche Repression, Konkurrenz und andere Formen der Drohung und des Drucks werden zunehmen. Wir dagegen wollen nicht mit ihnen um die Macht streiten, sondern unsere eigene politische Basisarbeit verteidigen. Sie hingegen setzen alles nur Mögliche in Bewegung, um autonomen Organisationsansätzen das Wasser abzugraben.

Dies ist für uns die wesentlichste Herausforderung: Es gilt zu wachsen und zu reifen. Wir bereiten uns derzeit auf das Schlimmste vor, was hoffentlich nicht eintritt. Es ist jedoch schlecht, wenn es einen überrascht und niemand auf Angriffe vorbereitet ist, die oftmals auf dem Wege verleumderischer Gerüchte und Falschinformationen vorbereitet werden. Oder aber sie schicken Schlägertrupps vorbei, um Versammlungen zu sprengen. Es geht nun darum, die Anstrengungen in den Bereichen der Aufklärung und Erziehung an der Basis zu verstärken, die territoriale Arbeit, die Einheit mit den NachbarInnen über die eigentliche Bewegung hinaus. Wir folgen den GenossInnen aus Mosconi auf ihrem Weg, die Bande der sozialen Gemeinschaft neu zu knüpfen, um für das Wohl aller, die Erhaltung der Umwelt, die Gesundheit, die Kinder und vieles mehr zu kämpfen – so viele Probleme harren in den Stadtvierteln immer noch auf eine Lösung.

Dass das System, welches diese Regierung repräsentiert, auf die grundlegenden Probleme der Gesellschaft – so die Arbeitslosigkeit oder die Lage des Gesundheits- und Bildungssystems – keine Antworten mehr zu geben weiß, kann auch zum Vorteil für unsere autonomen Organisationen ausschlagen. Dies schafft einen Kontext für Konflikte, denn auch wenn 100 Sozialprogramme zur Ver-

fügung gestellt würden, stehen immer noch 100.000 weitere auf der Warteliste. Dies will nicht heißen, dass wir nur aus der Verschlimmerung der Lage einen Umschwung erwarten. Aber es kommen uns die Jahre 1996 und 1997 in Erinnerung, als der damalige Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Duhalde (später Präsident), auch auf die geringste Forderung sofort reagierte. Heute ist das unmöglich. Auf alles können sie nicht antworten. Heute können sie uns angreifen, aber es wird schwierig sein, uns zu zerstören. Manchmal sagen wir uns, dass sie uns Piqueteros nur zerstören können, wenn diese Gesellschaft verändert wird, denn wenn sie uns zerstören wollen, müssen sie eine bessere Gesellschaft schaffen.

(Dieser Beitrag beruht auf Mitschnitten von Gesprächen, welche das Colectivo Situaciones mit Mitgliedern des MTD in Solano führte. Der Text gibt nur Aussagen des MTD wieder.)

Plünderungen und soziale Netze: Eindrücke vom 19. und 20. Dezember

Neoliberale Herrschaft und Befreiung

Der Übergang von Herrschaftsformen, die vom Staat und seinen repressiven und disziplinierenden Apparaten geprägt sind, zur Herrschaft des Neoliberalismus und der Verselbstständigung der Ökonomie hat die naive Hoffnung auf eine unmittelbare Befreiung geweckt. So feiern viele das Ende der in klassischer Weise disziplinierenden Institutionen, wie zum Beispiel der Schule.

In der Tat haben die seit den 60er und 70er Jahren anhaltenden Widerstände und Kämpfe um Befreiung dazu geführt, dass Normierungsinstanzen wie Arbeit, Schule, Universität und Militär in Frage gestellt worden sind. Der freiwillige Militärdienst und die Lächer in den öffentlichen Haushalten scheinen den überlieferten Formen militärischer Herrschaft ein Ende bereitet zu haben. Dazu kommt der Prestigeverlust, den die Angehörigen der argentinischen Streitkräfte durch die Dokumente und Aussagen erlitten haben, die nach dem Ende der Diktatur von Menschenrechtsgruppen zusammengetragen worden sind. Aber auch der Neoliberalismus hat die Rolle des Militärs nicht unberührt gelassen. Vergleichbares passiert mit der Politik. In den Augen des Neoliberalismus ist die traditionelle Form politischer Vermittlung zu teuer und ineffizient. Es gibt weiterhin PolitikerInnen, aber ihre Funktion hat sich verändert. Natürlich bleiben auch die Universitäten bestehen. Aber die finanzielle Krise bedingt einen Bedeutungsverlust dieser Institution innerhalb der Gesellschaft. »Zu politisiert«, urteilen die TechnokratInnen der internationalen Finanzorganisationen und fügen hinzu: »zu teuer«.

Familie, Arbeit und Schule, um nur drei grundlegende »Keimzellen« der Gesellschaft zu nennen, die in den letzten Jahren in Zweifel gezogen und transformiert wurden, sind angesichts der überhand nehmenden sozialen Fragmentierung zu Fluchtstätten geworden. Sie erscheinen als Räume, in denen minimale Ressourcen

cen der eigenen Subsistenz überhaupt noch gesichert werden können. Was bleibt dabei übrig von den subversiven Ideen früherer Jahrzehnte? Bleibt uns nichts anderes als die Verteidigung gerade der Institutionen, die – den nicht so weit zurückliegenden Utopien zufolge – radikal umgebaut, wenn nicht gar aufgelöst werden sollten?

Die neoliberale Herrschaft greift viele dieser gesellschaftlichen Institutionen an oder überlässt sie schlicht ihrem Schicksal. Dadurch eröffnet sich, zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Bildung, ein Spielraum für alternative Erfahrungen. Es geht aber nicht darum, den Staat in denjenigen Funktionen zu ersetzen, aus denen er sich zurückzieht, oder um nostalgische Aktionen, welche auf die Einlösung der alten nationalstaatlichen Integrations- und Fortschrittsversprechen pochen. Wichtig für die Zukunft sind vielmehr Gestaltungsprozesse, die sich von der herrschenden Norm abkoppeln und neue soziale Bande zu knüpfen in der Lage sind, wo der Kapitalismus als Macht der Trennung, der Traurigkeit und der Herausbildung monadenhaft voneinander isolierter Individuen wirkt. Diese Experimente sind Teil des sich neu herausbildenden sozialen Protagonismus. Die Tage des 19. und 20. Dezember haben aber auch in konzentrierter Form die Dilemmata aufgezeigt, in die diese neuartigen kollektiven Erfahrungen hineingeraten.

Die Plünderungen

An den beiden Dezembertagen geriet die Stadt in bisher ungekannter Weise in Bewegung. Die Routen der *Cacerolazos* begannen in den Stadtvierteln und mündeten im Morgengrauen auf der Plaza de Mayo. Diese Demonstrationsrouten wurden in den Monaten nach dem Aufstand zur Routine. An jedem Freitagabend zogen von Dutzenden von Orten aus Gruppen kochtopfschlagender Protestierender los, um die Plaza de Mayo im Stadtzentrum zu besetzen. Noch viele Monate lang füllte sich jeden Freitag dieser Platz. Nur dass – im Vergleich zum frühen Morgen des 20. Dezember – nunmehr die Stadtteilversammlungen von ganz Buenos Aires dazu aufriefen.

Freitag für Freitag wiederholte sich die ausgelassene Stimmung, die für den 19. Dezember prägend gewesen war. Weder um das Massaker vom darauf folgenden Tag zu vergessen noch aus Naivi-

tät angesichts der Repressionsorgane, sondern weil diese Atmosphäre von Anfang an für den Charakter der Bewegung ausschlaggebend gewesen war. Die Ereignisse des 19. Dezember können als selbstbewusstes Auftreten einer überdrüssigen, spöttischen und zugleich euphorischen Menge interpretiert werden, die sich über den deklarierten Ausnahmezustand hinwegsetzte.

In der Provinz Buenos Aires besaßen die Demonstrationen jedoch einen ganz anderen Charakter. Die widerständige Praxis der Straßenblockaden hatte schon seit mehr als einem Jahr das soziale Klima verändert. Die Verelendung, die Arbeitslosigkeit und andere zerstörerische Auswirkungen des Neoliberalismus – wobei ganze Gebiete des Landes desintegriert und »marginalisiert« wurden – wuchsen Jahr für Jahr an. Ein Großteil der betroffenen Bevölkerung lebt in den die Hauptstadt umgebenden, ehemals industriell geprägten Siedlungsgürteln.

In der Provinz Buenos Aires waren der 19. und 20. Dezember vor allem Tage der Plünderungen, der Angst, der Konfrontation und der Geheimdienstaktivitäten und Repressionsdrohungen. Norma, eine Bewohnerin von Moreno, erzählt, wie sie diese Tage erlebt hat:

»Das Härteste, was ich erlebte, geschah am 20. Dezember. Den ganzen Tag weinte ich, weil ich ansehen musste, wie die Leute von der Polizei geschlagen wurden, und ich konnte kaum glauben, wie ein demokratisch gewählter Präsident es zulassen konnte, dass die Leute in dieser Art und Weise misshandelt wurden, ohne einzugreifen. Bei den Plünderungen sah ich die Leute, die Sachen wegtrugen, und mein Sohn sah einen, der in einem Einkaufswagen mehr als 30 Kisten Speiseöl transportierte, und als er ihn um eine Kiste bat, bekam er eine abschlägige Antwort. Danach hörte ich die Schüsse beim Carrefour-Supermarkt, die vielen Leute, die über die Straßen liefen und sich auf diesen Ort zu bewegten. Mein Sohn, der 19 Jahre alt ist, ging zu einem Fleischerladen hier in der Nähe. Er erzählte mir, dass aus dem Häuschen geratene Leute auf der Straße Lastwagen anhielten und diejenigen demolierten, die keine Waren transportierten. Dann betreten sie eine Fleischerei. Mein Sohn berichtete, dass einige von ihnen sich dort zuerst über die Registrierkasse hermachten. Er warf deshalb die Kasse auf den Boden, damit die anderen nicht an das Geld kamen, sondern sich nur die Lebensmittel griffen, die sie brauchten. Da fing ein Streit an und mein Sohn ging weg. Doch vorher nahm er noch Essen für uns alle mit und brachte auch einen Käse.

Die kleinen Geschäfte des Stadtviertels waren vorbereitet. Ihre BesitzerInnen warteten bewaffnet, um sich im Notfall denjenigen entgegenzustellen, die zum Plündern kamen. Am 22. Dezember sagten uns die Leute, dass die Lastwagen voll mit Leuten zum Plündern kamen. Die BewohnerInnen begannen, an den Straßenecken Feuer anzuzünden und warteten bewaffnet. Doch viele dieser Ankündigungen waren nur Gerüchte. Diese kamen von überall her und wiederholten dasselbe: »Die Lastwagen kommen« und »Sie greifen an«. Als sich so viele gleichlautende Meldungen verbreiteten, schien es uns, dass es sich um etwas Ernstes handeln müsse, und wir begannen uns zu ängstigen. Ich ging dann schlafen und mein Mann blieb an der Straßenecke. Ungefähr um halb drei nachts erschien Polizei und forderte die Leute auf, schlafen zu gehen. Sie sagten, dass alles in Ordnung und das ganze Stadtviertel ruhig sei. Sie selbst haben also die ganze Geschichte erfunden und später dann alle Leute auf der Straße wieder nach Hause geschickt. So waren alle etwa zwei Tage lang in Panikstimmung.«

Oscar, der sich im Zentrum des Geschehens befand, erzählt uns seine Sicht der Dinge:

»Am 19. Dezember war ich zu Hause beim Abendessen und hörte Lärm, der vom Supermarkt Carrefour herkam. Ich wohnte zwei Häuserzeilen von dort entfernt. Weil mein Junge, der 14 Jahre alt ist, draußen war, machte ich mich auf, ihn zu suchen. Ich fand ihn an der Straßenecke, wo er zusah, wie die Leute Steine auf die Polizisten warfen, die mit Kugeln antworteten. Ich sagte meinem Sohn, dass er nach Hause gehen solle, und ich selbst blieb dort. Ich versuchte danach, mit den Leuten zu reden, um ihnen klar zu machen, dass diese Situation zu nichts führte, weil zu viel Polizei beim Carrefour versammelt war. Steine gegen Gummigeschosse, scharfe Munition und Tränengas, das führte zu nichts. Aber weil mir klar war, dass es in meinem Stadtviertel viele arme Leute gab, schlug ich vor, zur Hauptverkehrsstraße zu gehen und dort, ohne Gewalt, die durchfahrenden Lastwagen anzuhalten. Es dürften mehr als 100 Menschen gewesen sein, die Steine gegen den Carrefour warfen. Im Umkreis gab es noch ca. 400 mehr. Ich sprach mit mehreren Bekannten aus meinem Viertel und wir machten uns auf den Weg hin zu den Lastwagen. Bei denen, die wir anhielten, sprach ich zu den Fahrern und erklärte ihnen, dass die Leute vieles nötig hätten und dass die Versicherung später alles bezahlen würde. Ich sagte ihnen, dass wir ihre Fahrzeuge nicht beschädigen würden und dass ihnen selbst nichts passieren wür-

de. So übergaben uns viele Fahrer ihre Waren. Wir machten das mit einem Lastwagen voller Speiseöl, mit zwei LKWs von der Großmolkerei La Serenísima sowie mit einem, der mit Fleisch beladen war. Dass nicht alle Leute zusammenhielten, zeigte sich, als wir beim Lastwagen mit Öl waren und plötzlich ein Transporter mit 4 oder 5 Leuten erschien. Gestalten wie Rambo, die kaputte Bierflaschen in den Händen hielten und die alles Öl wollten, das übrig geblieben war. Die luden das Öl in ihren Transporter und fuhren weg.

Als wir danach den Wagen von La Serenísima anhielten, verteilten wir an jede Person 4-5 Liter Milch und einen Käse. Wir machten das aus Solidarität, denn dort waren Leute, denen es wirklich dreckig ging. Aber später ging das verloren, weil Leute anfangen, alle möglichen Fahrzeuge anzuhalten, zum Beispiel eins der Post. Wir sagten ihnen, dass sie es fahren lassen sollten, weil damit keine Waren transportiert würden. Wir leiteten das Fahrzeug auf die Seitenspur um, aber später hielten es Leute an und räumten es vollständig aus (danach lief alle Welt in Hemden der argentinischen Post herum). Wir ließen einen Umzugslastwagen weiterfahren, aber später nahmen ihn sich einige Leute vor und trugen die ganze Ladung weg. Die Leute gingen mit Sonnenschirmen, Hängematten und Sesseln nach Hause. Das Ganze brachte nichts mehr. Die Sache war gekippt. Inzwischen waren viele Leute anwesend, die nicht aus unserem Viertel stammten. Einmal hielten sie einen Transporter an, dessen Fahrer erschreckt mit dem Schlüssel davonlief. Daraufhin schlugen Leute das Fahrzeug kaputt. Das war nicht mehr die ursprüngliche Idee, denn eigentlich wollten wir für die verarmten Leute des Stadtviertels Lebensmittel besorgen und weiter nichts.

Vor dem Carrefour-Supermarkt gab es dann eine Auseinandersetzung. Es hatte sich eine Schlange von Frauen gebildet, denn die Verwaltung hatte diese gebeten, sich in einer Reihe aufzustellen, um Lebensmittel in Empfang zu nehmen. Die Frauen warteten aber nicht vor der Eingangstür, sondern an der Seite. Es waren mehr als 100 Frauen. Und plötzlich öffneten sie die Tür und ließen die Wartenden herein. Aber sie nahmen die Frauen als Geiseln in ihre Gewalt. Da wurden wir übrigen von Wut gepackt. Ich sage dir, dass ich nicht in den Carrefour wollte, um Sachen abzugreifen. Ich wollte dort rein, um den Laden anzuzünden und alle Polizisten umzubringen, so sauer war ich. Wir griffen zu einem Einkaufswagen, hackten Bürgersteige auf und sammelten eine Menge Pflastersteine. Wir rissen ein großes Plakat ab, das uns dann als Schild diente, und begannen, Steine auf

die Polizisten zu werfen. Plötzlich hatten diese keine Munition mehr. Wir schnappten uns vier oder fünf von ihnen und droschen auf sie ein, solch eine Wut hatten wir. Es gab Verletzte, mich traf ein Gummigeschoss am Ellbogen und ein anderes am Rücken. Aber sie setzten auch scharfe Munition ein. Später sahen wir die großen Werbeplakate, in die Bleikugeln riesige Löcher geschlagen hatten. Ganz schön hart, was das abließ.

In einem Moment war ich so entrüstet, dass ich einem Polizisten hinterherlief. Der Typ begann auf mich zu schießen. Es war wie in einem Film, und ich hörte, wie die Kugeln an mir vorbeipfiffen. Klar, der Polizist war überrascht, dass er mich nicht getroffen hatte. Er blieb stehen, senkte seine Waffe, und in diesem Moment traf ihn mein Ziegelstein, der ihm fast den Kopf zerschlug. Ich hätte ihn fast umgebracht. In diesem Moment kam die Gendarmerie und hätte uns beinahe alle festgenommen.

Es waren dann die Leute von Vital, einem gegenüberliegenden Lebensmittelgroßhandel, die uns Essen gaben. Das war reiner Zufall, denn nach unserem Rückzug waren wir dort 200, alle mit Steinschleudern bewaffnet, gegen nur eine Handvoll Polizisten. Diese riefen den Geschäftsführer von Vital. Er versprach uns Lebensmittel, wenn wir seinen Laden nicht angriffen. Wir hatten nicht daran gedacht, diesen anzugreifen, sondern befanden uns auf dem Rückzug vor der Gendarmerie. So stellten sie uns etwa 20 Einkaufswagen mit Lebensmitteln raus, die wir mitnahmen. Danach beruhigte sich alles.

Nach dem 1. Januar waren wir vom Großhandel Vital wirklich überrascht. Jede Woche gingen wir mit Menschen, denen es am Nötigsten fehlte, zu diesem Geschäft und baten um Lebensmittel. Am ersten Tag waren wir fünf, am zweiten zehn und dann fünfzehn.

An einem Tag es war Anfang Januar, aß ich gerade zu Mittag als mein Sohn mit einem ganzen Käse hereinkam. Ich fragte ihn, wo er ihn her habe. Er antwortete mir, er habe ihn von einem Fahrzeug das mit offenen Türen vor dem Geschäft von Vital geparkt habe. Ich schnappte mir das Fahrrad und fuhr los. Und in der Tat stand ein Anhänger mit offenen Türen vor dem Eingang von Vital. Ein Haufen Leute standen um ihn herum, doch keiner traute sich in den Anhänger. Ich stieg in den Anhänger; dort befanden sich ungefähr 3.000 Kilogramm Käse.

Es hieß, dass der Sattelschlepper einen Schaden hatte und der Fahrer den Anhänger stehen gelassen habe, um einen anderen Schlepper zu holen, und dass ein Junge unter dem Fahrzeug einen Satz Schlüssel

gefunden habe, mit denen sich das Schloss des Anhängers öffnen ließ. Alles war ein wenig wie im Film.

Als die zuschauenden Leute sahen, dass ich in den Anhänger kletterte, folgten sie mir hinterher. Die Käse befanden sich in Plastikkörben. Und da tauchte mein Sohn mit einigen seiner Freunde auf, und wir brachten um die 50 Käse nach Hause. Danach verteilten wir sie unter den Leuten im Viertel.

Carrefour heuerte Einheiten der Provinzpolizei sowie der Gendarmerie an. Alle trugen Uniform. Du siehst also den Unterschied: Vital hatte drei Leute einer privaten Wachfirma und drei angeheuerte Polizisten der Provinz Buenos Aires. Das heißt sechs Leute. Demgegenüber hatte Carrefour insgesamt mehr als 150 Polizisten zur Verfügung. Und Vital ist groß; das Geschäft hat mehr Waren als Carrefour, weil es sich um einen Großhandelsmarkt handelt.

In der vergangenen Woche war ich mit Maurerarbeiten beschäftigt. Der Vermieter der Frau, bei der ich arbeitete, sagte zu ihr: ›Ist der da dein Freund?‹ Als sie dies bejahte, sagte er: ›Was für Freunde du hast! Den hab ich im Fernsehen gesehen, als er Lastwagen ausraubte.‹ Und im Stadtviertel gibt es viele Bekannte, die mich nicht mehr grüßen. Die Leute sind so, ihnen fehlt es an vielem, aber sie mischen sich nicht ein. Sie sehen es als schlecht an, was die anderen machen.«

In der Schule

Die Schule mit dem Namen »Gemeinsam Aufwachsen« (Creciendo Juntos) befindet sich zwei Häuserzeilen entfernt vom Carrefour-Supermarkt. Während sich dort die Plünderungen abspielten, wurde in der Schule Nachhilfeunterricht gegeben. Juan B., Mathematiklehrer, erzählt:

»Ich erinnere mich daran, dass ich nach Hause kam und dass auf der Straße ungewöhnlich viele Leute in Bewegung waren. Und obwohl beim Carrefour ununterbrochen geschossen wurde, war das Leben im Stadtviertel wie immer. Es war eine sehr komische Situation, denn wir befanden uns mit dem SchülerInnen in den Räumen, in denen der Nachhilfeunterricht stattfand, und versuchten, gemeinsam zu arbeiten. Und von hier aus hörte man vom Carrefour her Schüsse und Explosionen. Und wir machten wie normal Unterricht. Ich denke jetzt im Nachhinein über die Situation nach, und es fällt mir schwer, unsere damalige Haltung zu begreifen. Wir konnten ange-

sichts der Schnelligkeit und der Größenordnung der Ereignisse nicht reagieren. Denn es war wirklich nicht zu glauben, was geschah.

Ich erinnere mich daran, dass die SchülerInnen an die Fenster liefen und sagten: ›Wir gehen zu Carrefour.‹ Doch wir Lehrenden mussten bleiben. Wir dachten nicht daran, von den SchülerInnen zu fordern, dass sie hier in der Schule bleiben sollten, weil ansonsten Zeit zum Lernen verloren gehen würde. Dies war nicht die Frage, vielmehr reagierten wir mit einem: ›Gut, einverstanden, aber passt auf euch auf!‹

Die SchülerInnen unterhielten sich während des Unterrichts, und wir konnten ihnen nicht befehlen zu schweigen. Stell dir vor, sie hörten Schüsse und einige überlegten sich, dorthin zu gehen. Wir kamen uns lächerlich vor, weil wir mit Sachen beschäftigt waren, die absolut nichts damit zu tun hatten, was in diesen Momenten in Wirklichkeit geschah. Draußen spielten sich Ereignisse von herausragender Wichtigkeit ab. Und wir LehrerInnen hier drinnen beschäftigten uns mit anderen Sachen, um nicht daran denken zu müssen, was draußen ablief. Zumindest war dies unbewusst so.«

Die Comunidad Educativa Creciendo Juntos in der Provinz Buenos Aires ist keine Schule wie jede andere. Seit Jahren versuchen dort Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen sowie das Leitungsgremium, eine alternative Schule aufzubauen. Das Leitbild ist hier die ethische Figur der »politisch aktiven LehrerInnen« (maestro militante).

Sozial engagiert und Lehrende zugleich zu sein bedeutet, der sozialen Verantwortung innerhalb und außerhalb der Schule gerecht zu werden. Darin besteht der Unterschied zu Aktivisten, die in politischen Gruppen eine vielleicht herausragende Arbeit leisten, aber dasselbe nicht als Lehrende tun. Das politische Engagement ist keine Pflichterfüllung, sondern hat mit einer Übereinstimmung zwischen dem, was wir tun, und dem, was wir denken, zu tun.

Die »politisch aktiven LehrerInnen« versuchen, diese Trennung aufzuheben und sich im sozialen, beruflichen und privaten Leben zu engagieren, also die falsche Unterscheidung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre aufzuheben. Diese Ethik ist nicht normativ. Es ist kein »Etwas-tun-müssen«, sondern es handelt sich mehr um die Haltung des »Immer-auf-der-Suche-Seins«.

Und bei dieser Suche stellten die Ereignisse des 19. und 20. Dezember enorme Herausforderungen an uns LehrerInnen. So wie

alle anderen Schulen auch, leidet die Schule Creciendo Juntos an der umfassenden Krise des argentinischen Schul- und Ausbildungssystems. Unsere besondere Erfahrung charakterisiert aber, dass hier radikale Positionen nicht nur von ein oder zwei Lehrenden, sondern von der gesamten Schulgemeinschaft vertreten werden.

Mit ihrer offenen Tür für die sie umgebende soziale Gemeinschaft fragt sich diese Schule, worin heute der Sinn des Lehrens und des Lernens besteht. Und dies in einer Situation, in der die großen Versprechen der öffentlichen Schule – Fortschritt, sozialer Aufstieg und Integration – nur noch einen Scherbenhaufen darstellen.

Wie in einer Situation den Schulbetrieb aufrechterhalten, in der sich die Sinnpotenziale verflüchtigt haben, die sich einmal aus dem – heute hinfällig gewordenen – »Projekt der Nation« ableiten? Wie die Praxis des Lehrens auf der Basis von Werten fortführen, die derzeit nicht mehr anwendbar sind? Oder kann jemand noch im Ernst behaupten, die Schulausbildung mache die Menschen frei? Die SchülerInnen wissen ja sehr gut, mit welchen Methoden man in der heutigen Gesellschaft allein zu Macht und Geld kommen kann. Die Schule »weiß nicht mehr Bescheid« über die sie umgebende Welt, über die Eltern, über die SchülerInnen, aber auch nicht, wozu sie noch Wissen vermitteln soll.

Die Tage des 19. und 20. Dezember und insbesondere die Plünderungen als ein Ausdruck der Zerstörung der sozialen Netze fühlten allen Angehörigen der Schule Creciendo Juntos auf den Zahn. Was mit SchülerInnen anfangen, die, während hier Unterricht abgehalten wurde, im Carrefour waren oder die ihre Eltern mit Schusswunden von dort zurückkehren sahen? Wie mit ihnen über den Sinn von Schule und Ausbildung sprechen?

Juan B. sagt dazu: »Dieses Thema werden wir noch einmal aufgreifen, denn zur Zeit treffen wir uns, um den Stoff in den einzelnen Unterrichtsfächern zu besprechen und auch einige Workshops zu organisieren. Eine Idee, wie wir das Thema der Plünderungen behandeln können, ist, die Sicht der SchülerInnen über die Ereignisse jener Tage zu erfahren.«

Die Wichtigkeit dieses Vorsatzes wird deutlich, wenn man die Radikalität der damaligen Situation in Betracht zieht. Dazu meint Juan J., Lehrer der Naturwissenschaften: »Es ist interessant, die Erfahrungen von Silvana wiederzugeben, einem Mädchen, das in Las Cantonas wohnt. Dort gab es Spaltungen zwischen denjenigen, die

an den Plünderungen teilnahmen, und denjenigen, die das nicht taten. Las Cantonas ist ein Stadtviertel mit Hochhausblöcken, das 20 Häuserzeilen von hier entfernt liegt und woher einige SchülerInnen unserer Schule kommen. Diesem Viertel wird vorgeworfen, an dem schuld zu sein, was passiert ist. Wir LehrerInnen hören, was die Eltern sagen, und man nimmt diese Spaltungen und diese Auseinandersetzungen wahr. Wie dieses Thema zu behandeln ist, stellt eine Herausforderung für die Schule dar; wir müssen hören, was die anderen sagen, und natürlich dann eine gemeinsame Haltung der Schule finden.

Ich habe keine klare Antwort. Ich denke, dass es diese noch auszuarbeiten gilt. Darum sind die Eltern hier präsent. Wir wollen eine Schule, die weder der sozialen Umgebung, in die sie eingebettet ist, hinterherhinkt noch dieser vorausseilt. Denn diese Schule ist keine Leuchte, die voranschreitet. Die Dinge müssen gemeinsam entwickelt werden. Auf die eine oder andere Weise werden wir das Thema auf den monatlichen Treffen aufgreifen, mit allen Eltern oder mit denjenigen, die kommen möchten.

Wir hatten auf dem letzten Treffen vor den Ferien über das Thema der Demokratie in unserer Schule gesprochen, d.h. wer hier wirklich Entscheidungen trifft. Die Diskussion führte zu der Einsicht, dass wir hier in Wirklichkeit keine Demokratie haben, weil klar wurde, dass wir Lehrenden Entscheidungen treffen, die nicht das repräsentieren, was unten passiert. Das war die Schlussfolgerung, fünfzehn Tage vor den Plünderungen. Dies zeigt, dass wir uns auf gleicher Augenhöhe begegnen müssen. Was im Dezember geschah, finde ich erst einmal weder gut noch schlecht, aber wir müssen es gemeinsam reflektieren, uns austauschen, wie es die Einzelnen jeweils erleben. Ich zum Beispiel würde auch gern in den Carrefour gehen und alles abbrennen, dieser Supermarkt ist doch Ideologie.

Wenn du mich fragst, was unsere Antwort als Institution darstellt, ob die Plünderungen gut oder schlecht sind, kann ich nur sagen, dass ich keine habe. Denn die Institution ist die Gemeinschaft, die sie umgibt, und die Antwort auch.«

Oscar, der sich als Teil der Schule versteht, weil sein Sohn dort hin geht, äußert sich auch über eine mögliche Antwort der Schule: »Ich denke, dass – wenn es auch die Funktion von Juan B. und Juan J. ist, zu erziehen und zu unterrichten – die Schule ihre Meinung äußern sollte über das, was die Massenbewegung hervorgerufen hat, wenn sie aus einem so herausragenden Grund wie dem eigenen

Hunger Läden geplündert hat. Die Schule kann eigentlich keine Argumente dagegen haben. Du kannst einem Jungen Mathematik oder Naturwissenschaften beibringen, aber wenn er Hunger hat, kannst du ihm nicht sagen, es sei verwerflich, einen Supermarkt zu plündern. Dagegen kannst du keine Argumente haben. Und wenn du dies vorgibst, lügst du.«

Es gibt einen Unterschied zwischen dieser Meinung und einer, die wahrscheinlich von einer herkömmlichen Schule vertreten würde. Diese würde argumentieren, dass diejenigen, die nicht zur Schule kommen, Nichtangepasste – also SchülerInnen, die nicht die nötigen Bedingungen aufweisen – seien, derer sich daher andere Institutionen annehmen müssten. Sie würden das Problem an andere abschieben: die Stadtverwaltung, die psychiatrische Anstalt, die Polizei, eine Sonderschule oder einen Speisesaal für Kinder. Denn die traditionelle Schule zielt in ihrer Arbeit darauf ab, die Menschen an die Norm anzupassen. Wenn sie sich daher mit ernsthaften Widerständen oder Hindernissen konfrontiert sieht, so spricht sie von »Schulversagen«.

Sobald eine Situation die Fähigkeiten der herkömmlichen Schule übersteigt, weil die SchülerInnen auf anormalen Verhaltensweisen beharren, erklärt diese sich als unzuständig und schiebt das Problem auf andere disziplinierende Institutionen ab. So sieht normalerweise die Praxis vieler Schulen aus.

Wenn die Schule also die tiefgreifenden Veränderungen nicht berücksichtigt, verliert sie die Orientierung. Aber nicht nur das: Sie gerät auch in eine Konfrontation mit den SchülerInnen, denn deren alltägliche Erfahrungen sind ja sehr real und zwar realer als jeder abstrakte oder nostalgische »Wert«, welchen die LehrerInnen mit möglicherweise besten Absichten vermitteln möchten. Diese Dinge haben weit mehr Kraft als jeder Idealismus von LehrerInnen, die alles ganz anders wollen.

(Der Text basiert auf Interviews, die mit Eltern, Angestellten und LehrerInnen der in Moreno / Provinz Buenos Aires gelegenen Schule Comunidad Educativa Creciendo Juntos geführt wurden.)

»Asambleas«:
Die Versammlungen in den Stadtteilen

Es war in den ersten Januartagen. Der Alltag war vollständig auf den Kopf gestellt. Radikal verändert waren die Stadt, die Rhythmen, die Formen, öffentliche Räume einzunehmen. Die atemberaubende Aufeinanderfolge der Ereignisse rief nach der Ausarbeitung von Ideen und Begriffen, um in einem radikal unsicheren Kontext einen möglichen Sinn zu erzeugen. Die Straßen und Plätze waren von spontanen Kochtopfdemonstrationen besetzt. Auf diesem unsicheren Grund konnte keine Regierung Fuß fassen. Präsidenten, Wirtschaftspläne und Minister folgten aufeinander. Die ökonomische Depression beschleunigte das Wachstum der Arbeitslosenzahl. Der Rhythmus, in dem der Konsum abnahm, war schwindelerregend. Die Regierung stellte den Schuldendienst ein. Eine unsichtbare Linie hat das Land endgültig geteilt. Auf der einen Seite befanden sich diejenigen, die noch Zeit, Lust und Ressourcen besaßen, um die Stimme des Marktes zu hören und von Bank zu Bank zu rennen, um ihre Ersparnisse zu schützen, während der Internationale Währungsfonds und die US-Regierung entschieden hatten, Argentinien zu strafen. Und auf der anderen Seite diejenigen, die sich sonderbare Riten zu Eigen machten: Basisversammlungen, Tänze mit Kochtöpfen in der Hand und geheimnisvolle spontane Zusammenkünfte aller Art.

Die Bewegung der Stadtteilversammlungen (Asambleas) machte ihre ersten Schritte. Buenos Aires wurde von mehr als hundert Stadtteilversammlungen bevölkert, welche die möglichen Bedeutungen des im Dezember stattgefundenen Bruches auszuloten und praktisch zu interpretieren begannen. Es handelte sich um eine simultane Bewegung von Tausenden von Menschen, welche die bisher geltende Ordnung umwarfen und Schritt für Schritt neue Spielregeln entwarfen.

Durch Resonanzen entstanden – ohne dass jemand diesen Prozess zu planen, geschweige denn aufzuhalten in der Lage gewesen wäre – Orte der Ausarbeitung von Ideen und Gedanken. Es

entstanden neue Formen, den öffentlichen Raum zu beleben. Die Stadtteilversammlung konstituierte sich als eine Einrichtung, die einer heterogenen Vielfalt von Menschen jenseits der gewohnten Rituale der politischen Organisationen einen Raum der gemeinsamen Diskussion und Koordination und des kollektiven Denkens zur Verfügung stellte.

Tausende Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtviertel fanden sich zusammen, um an diesem Prozess teilzuhaben. Die Versammlungen sind Foren, wo sich die Einzelnen mit ihren Ideen, Sorgen und Kenntnissen einander annähern und ausgehend von ihren jeweils unterschiedlichen Situationen an einer gemeinsamen Debatte teilnehmen. Die Aufgabe, gemeinsame Positionen festzulegen und die vielfältigen – nicht immer übereinstimmenden und diversen – Erwartungen zu harmonisieren, stellt einen erfahrungsreichen Prozess der Politisierung dar, der Tausende von Personen – und viele von ihnen zum ersten Mal – dazu bringt, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen.

Die Versammlungen sind eine praktische Interpretation der Ereignisse des 19. und 20. Dezember. Sie stellen eine gemeinsame Intervention dar, um einen Raum von Bedeutungen zu durchmessen, der sich durch den Dezemberaufstand eröffnet hat. Ausgehend davon wird der Sinn neuer Formen der öffentlichen Beteiligung erschlossen. Die Auswirkungen davon sind schon sichtbar. Nach Jahren des erdrückenden Voranschreitens der merkantilen Logik wurden die Straßen, Ecken und Plätze subjektiv neu konfiguriert, indem sich neue Dimensionen des öffentlichen Raums herausbildeten. Es veränderte sich so die Art und Weise, die Stadt zu bewohnen.

Die Asambleas verlängerten die während des Aufstands im Dezember erfundenen Formen, den städtischen Raum zu besetzen: Kneipen, Plätze und Straßenecken verwandelten sich zu Orten von Versammlungen, Workshops, Kommissionen und Festivals. Eine vorher als feindlich und entfremdet empfundene Form der Gesellschaftlichkeit stieß auf den latenten Wunsch nach Gemeinschaft. Tägliche Aktivitäten und Zusammentreffen schufen in vielen Stadtvierteln vorher nicht bestehende Beziehungen zwischen den BewohnerInnen.

Im Verlauf einiger Versammlungen wurden dem Staat gehörende, nicht genutzte Gelände besetzt, um neue öffentliche Räume zu schaffen. Die BewohnerInnen der Viertels Villa Urquiza be-

setzten beispielsweise ein Stück Land, das vorher dem Supermarkt Coto »zur Nutzung übergeben« worden war, und gründeten dort ein Versammlungszentrum. Hier trifft sich heute die Stadtteilversammlung, und es werden kulturelle Aktivitäten organisiert und über Sinn und Formen der Öffentlichkeit diskutiert.

Die wiedereroberten Orte werden durchgängig den Bedürfnissen der Bevölkerung in den Bereichen Kultur und Erholung zur Verfügung gestellt. Das Gleiche gilt auch für die Zeit. Ausgehend von den Tagen des 19. und 20. Dezember hat sich im Alltagsleben vieler Menschen ein neuer Raum eröffnet: der Abend und die Nacht. Die Versammlungen und Demonstrationen finden nach dem Ende des regulären Arbeitstags statt und sprengen den häuslichen Rahmen.

Im Gegensatz zur gewerkschaftlichen Organisation, welche ihre Aktivitäten innerhalb der Fabrik und der regulären Arbeitszeit entwickelt, entfaltet sich diese Bewegung auf Kosten des Schlafs und der Freizeit am Wochenende. Die Veränderung ist umso radikaler, wenn in Betracht gezogen wird, dass das Alltagsverhalten in den letzten Jahren vom Streben nach Sicherheit, Privatheit und Fluchträumen geprägt war. Es wurden eine Vielzahl geschlossener Räume geschaffen, die subjektiv von einer Ideologie der Sicherheit geprägt waren, der Krankheit unserer in Traurigkeit und Dekadenz versunkenen postmodernen Städte.

Schon vor dem 19. und 20. Dezember hatten sich viele BewohnerInnen zusammengefunden. Doch diente dies dem Zweck, die Stadtviertel vor der »äußeren« Gefahr zu schützen, lautstark Polizisten an jeder Ecke zu fordern und zu sichern, dass die eigenen Häuser »außer Gefahr« blieben.

Im Moment, in dem dieser Text verfasst wird, ist der Prozess der Versammlungen noch in vollem Gange. Die Asamblea interbarrial vereint die Delegierten aller Stadtteilversammlungen der Stadt Buenos Aires und ihrer Umgebung. Sie findet seit Beginn des Jahres 2001 jeden Sonntag in einem Park statt, dem Parque Centenario. Wenn auch der Enthusiasmus der Anwesenden anfänglich bemerkenswert war, so hat ihre Größe und auch die Teilnahme an ihr abgenommen. Gleichzeitig kam es zu einer immer massiveren Beteiligung der linken Parteien. Auch die Mobilisierungswirkung schwankt. Andererseits war die massive Präsenz der Stadtteilversammlungen an der letzten Demonstration zum Jahrestag des Staatsstreiches von 1976 bemerkenswert (März 2002).

Wir können die zukünftige Entwicklungsrichtung dieser Bewegung nicht voraussehen. Uns geht es um die Reflexion ihrer gesellschaftstransformierenden Macht, die in ihr schlummernde Zukunft sowie die aufscheinenden Elemente einer neuen Vergesellschaftung.

Ein neuer Raum der Subjektivität

Eine der größten Schwierigkeiten für die Kämpfe liegt in der Feststellung, dass die Welt nicht so einfach zu verändern ist. Die Komplexität der Situation schien keinen Raum für emanzipatorische Kämpfe zu lassen. Die Ideologie der Komplexität spricht von einer völlig unverständlichen Welt, begreifbar nur für TechnikerInnen und ExpertInnen, für die sich die Welt als transparent, frei von Geheimnissen und insofern als beherrschbar präsentiert. Die Annahme, einige wenige Männer und Frauen würden die Schlüssel zum Verständnis dessen besitzen, was wirklich passiert, überantwortet den Rest der ZeitgenossInnen dem postmodernen Paradox der »Ära des Wissens«: Gerade in dem Augenblick, in dem das Wissen zur Quelle aller Produktivität wird, verbleibt die überwältigende Mehrheit der Menschen in grundlegender Unkenntnis der Mechanismen, die unsere Gesellschaften am Laufen halten.

Der Diskurs der Komplexität ist in seiner Wirkung ein Aufruf zur Passivität. Die Dinge scheinen zu kompliziert, um sich deren Veränderung vorzunehmen. Aber diese technizistische Fiktion könnte nicht funktionieren, wenn sie nicht einen Aspekt von Wahrheit beinhaltet. Technik – wie auch Ökonomie – ist eine Praxis, die auf einer Gesamtheit von Mechanismen beruht, die sich von der Kontrolle der Institutionen unabhängig gemacht haben, die zu ihrer Regulation beauftragt worden waren. Dies mündet in einen Prozess der Beherrschung »ohne Subjekt«. Niemand kontrolliert die Absichten und Ziele dieses Prozesses.

Die Täuschung besteht nicht darin, dass diese Komplexität nicht bestehen würde, sondern vielmehr in der Form, diese zu begreifen. Auf der einen Seite wird von einer Gruppe von TechnikerInnen – aus der Natur- und Wirtschaftswissenschaft – gesprochen, welche die Komplexität der Welt kontrollieren würden, ohne ihrerseits von dieser kontrolliert zu werden. Auf der anderen Seite vermittelt uns die Ideologie der Komplexität, dass die Männer und Frauen in der Wirtschaft und in den Wissenschaften an die abso-

lute Grenze der Freiheit gestoßen sind. Es handelt sich um einen wahrhaften historischen Determinismus. Unsere Welt werde demnach ab jetzt weder verstehbar noch denkbar, also auch nicht veränderbar sein.

Die Komplexität erlangt so einen einzigartigen Status: Nicht nur schreibt sie die realen Herrschaftsstrukturen fest, die ihrerseits den die Gesellschaft prägenden Wertekanon aufstellen. Sie fungiert auch als Alibi eines Denkens, das für die Abdankung jeglicher kritisch-engagierten Forschung und jedes sozialen Engagements eintritt. Durch diesen Mechanismus wird die Fähigkeit der Menschen, sich ihre eigenen Existenzbedingungen neu anzueignen blockiert. Dieser Prozess, durch den sich eine Gesamtheit von Praktiken »ohne Subjekt« verselbstständigt – Wirtschaft, Medizin, Biologie und technisches Wissen –, bildet die Grundlage der Kategorie der Biomacht, wie sie von Michael Foucault entwickelt worden ist.

Der Prozess der Versammlungen wird erst vollständig in seinem Sinn verstanden, wenn die Intelligenz der Widerstände aus dieser Perspektive begriffen wird. In der Tat stellen die Versammlungen praktische Versuche einer – und sei es auch noch so bruchstückhaften – Wiederaneignung der Lebensbedingungen dar.

Sicherlich können die Versammlungen nicht alle Probleme lösen – wer würde dies auch erwarten? –, aber sie führen in einem grundlegenden Sinn zur Selbstveränderung der in ihnen aktiven Menschen. Eine durch die Opferhaltung gerechtfertigte Passivität wird aufgegeben. Die Versammlung entfaltet den manifesten Willen, Formen der Souveränität der EinwohnerInnen eines Stadtteils über ihre eigenen Ressourcen und Möglichkeiten zu etablieren.

Dieser Übergang von der Machtlosigkeit zur Entfaltung der eigenen Kraft ist ein Schlüsselement. Die Versammlungen können aber auch als Versuchsfelder einer unmittelbar auf den städtischen Raum bezogenen Gegenmacht verstanden werden. Die Stadtteilversammlungen sind zu einem Raum der Auseinandersetzung und der Bildung von Subjektivität geworden.

Der Zusammenschluss von NachbarInnen, der so genannte *Veinalismo*, hatte in den letzten Jahren an Boden gewonnen, als die staatlich kontrollierten sozialen Bande zerstört wurden. Diese Zerstörung ging mit der verstärkten Anrufung als KonsumentInnen auf der Ebene der Stadtviertel einher. Als solche haben sich die Individuen nach dem Ende der Herrschaft der Gesetze, der Politik

und der staatlichen Regulation ins Private geflüchtet. Die Figur des Nachbarn und der Nachbarin ist bestimmt durch den Rückzug aus der öffentlichen Sphäre, die Angst vor dem sozialen Ausschluss und den Konsum im häuslichen Bereich.

Unter den Bedingungen der umfassenden Herrschaft des kapitalistischen Marktes sind die öffentlichen Räume, die vor ein paar Jahrzehnten noch Räume der Sozialisierung als BürgerInnen darstellten, »unsicher« geworden. Die Anwesenheit der Ausgeschlossenen wird als eine permanente Gefahr empfunden. Die Selbsthilfebewegung des *Veinalismo* steht also im Zeichen der Umwandlung von BürgerInnen, die den öffentlichen Raum besetzen, in KonsumentInnen, welche die Sicherheit ihres privaten Wohnbereichs verteidigen.

Angefangen von den Fernsehserien und privaten Gesundheitsdiensten bis zur Verbreitung von Stadtteilbeilagen der wichtigsten Printmedien und der Verallgemeinerung virtueller Netze – das Ansprechen der KundInnen im direkten Wohnumfeld ist ein Symptom dafür, dass sich der öffentliche auf den privaten Raum zusammenzieht.

Wie gesagt ist das Stadtviertel heute wieder zum Terrain der Erzeugung kritischer Subjektivität geworden, wobei früher praktizierte Ausdrucksformen von Gemeinschaftlichkeit, wie die Straßenumzüge und verschiedenste künstlerische und kulturelle Aktivitäten, wiederbelebt worden sind. Die hier vertretene These lautet, dass sich in den letzten Jahren in den Nachbarschaften vieler Stadtviertel ein Prozess vollzogen hat, in dem soziale Bande neu geknüpft worden sind. Dieser subjektive Vorgang hat den Charakter der städtischen Wohngegenden verändert, wobei sich die passive Anwesenheit in ein aktives und vielfältiges Bewohnen des Raums verwandelt hat. Besonders unter den Jugendlichen haben sich im Zeichen der Rockkultur neue Formen der Partizipation und Vergesellschaftung herausgebildet.

Die nach dem 19. und 20. Dezember entstandene Bewegung der Stadtteilversammlungen wirkt als Mechanismus, in dem sich selbst bestätigende Formen des Widerstands in der Praxis herstellen bzw. bewahrheiten und der auf die Wiederherstellung angemessener sozialer Existenzbedingungen zielt.

In den Versammlungen treffen sich NachbarInnen allen Alters, um sich der Probleme anzunehmen, deren Relevanz allgemein bekannt ist, so zum Beispiel die Besetzung öffentlicher Räume,

die sich bis zum 20. Dezember in Händen privater Unternehmen befunden hatten, sowie die Neueröffnung früher dem Stadtviertel dienender, danach aber geschlossener Institutionen. Ein Beispiel dafür ist der Versammlungsort der *Asamblea* des Stadtteils *Villa Crespo* von Buenos Aires, eine ehemals städtische Begegnungsstätte, welche durch Korruption an private NutznießerInnen geraten war. Sie wurde besetzt und in eine selbstorganisierte Volksküche verwandelt. Anlass dieser Aktion war, dass im Stadtviertel ganze Familien auf der Suche nach Essbarem den Müll durchsuchten.

Andere nachbarschaftliche Aktivitäten sind gemeinsame Einkäufe zu billigeren Preisen, Tauschringe, Info-Bulletins, Arbeitsbörsen, kulturelle und künstlerische Initiativen und Freizeiteinrichtungen. Es wurden Kommissionen beauftragt, über die Tarife privatisierter öffentlicher Dienstleistungen, die eine Monopolstellung innehaben, zu verhandeln.

Im Dezemberaufstand traf sich die Unzufriedenheit der Menschen als NachbarInnen, VerbraucherInnen und SparerInnen. Letztere können allerdings nicht als homogene Gruppe betrachtet werden. Einige von ihnen verknüpfen ihre Forderungen mit dem Prozess der Versammlungen, andere bleiben diesen fern. Die SparerInnen, die *Ahorristas*, bilden eine aktive Bewegung der Selbstorganisation von Betroffenen, die eine große Mobilisierungswirkung besitzt. Aber nicht immer stimmt deren Perspektive mit der des neuen nachbarschaftlichen Protagonismus überein. So forderten einige der *Ahorristas* während einer Demonstration vor der US-amerikanischen Botschaft im März 2002, die US-Regierung solle ihnen die Rückgabe ihrer in Dollar angelegten Sparguthaben garantieren. Einige Tage später kam es zu einer Unterredung zwischen VertreterInnen der Bewegung und dem Leiter einer Delegation des IWF, die sich zu der Zeit in Argentinien aufhielt. Nach eigenen Angaben der *Ahorristas* wurden dort »in einem herzlichen Rahmen« Meinungen ausgetauscht. Und später erklärten einige von ihnen, dass sie von dem Vertreter des Weltwährungsfonds »sehr freundlich« empfangen worden seien.

Die Versammlungen haben sich dennoch zu Experimentierfeldern entwickelt, auf denen die Möglichkeiten autonomer Verwaltung von unten ausgelotet werden. Sie befinden sich in einem Prozess, in dem heute angemessene Formen der Emanzipation gemeinschaftlich ausgearbeitet werden. Es handelt sich um ein Denken, das sich weder auf explizite Aussagen noch auf Reflexion

beschränkt. In den Versammlungen herrscht ein praktisches Denken vor, das nicht unmittelbar sichtbar ist, das aber durch ein ganzes Raster fragmentierter früherer Erfahrungen und Erkenntnisse sowie durch gleichzeitig existierende individuelle Handlungen und Wissensbestände gebildet wird. Die im kollektiven Bewusstsein aufbewahrten Erkenntnisse vergangener Epochen sind dabei hilfreich, wenn es darum geht, alternative Wege zu den von der Staatsmacht und den Kräften des Marktes vorgeschlagenen Richtungen ausfindig zu finden.

So führte die Suche nach vergangenen Erfahrungen städtischer Widerstandspraxis auf die Spur der Gesellschaften zur Förderung des öffentlichen Lebens zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der öffentlichen Bibliotheken und anderer autonomer Formen der Popularkultur. Mit der Vorherrschaft der Lohnarbeit, des Massenkonsums und sozialstaatlicher Regulierungen wurde diese autonome Kultur durch die institutionelle Praxis des Staates aufgesogen. In Argentinien wurde während der ersten Phase des Peronismus die Autonomie zugunsten der Teilhabe der ArbeiterInnen an einem integrativen Projekt der Nation aufgegeben. Mit der Krise der »peronistischen Nation« Anfang der 70er Jahre kam es zu einer Neuaufgabe interessanter Erfahrungen proletarischer Autonomie, unter ihnen die Fabrikkommissionen im Industriegürtel von Buenos Aires sowie in den Provinzen Córdoba und Santa Fé, welche sich nach einer anderen Logik entfalteten als die der staatshörigen Gewerkschaften. Diese Praktiken weiteten sich auch auf die Stadtviertel und Universitäten aus. Auch dort entstanden autonome kollektive Projekte. Ein Beispiel dafür waren die Nachbarschaftskomitees (*juntas vecinales*) in den Stadtvierteln.

Auch auf dem Hintergrund dieser historischen Erfahrungen drückt die Strategie horizontaler und demokratischer Ausarbeitung im nachbarschaftlichen Umfeld keine moralische Forderung aus oder stellt gar eine willkürliche Erfindung dar. Sie ist die Antwort auf die praktische Notwendigkeit, das gemeinsame Denken zu stärken.

Die politische Verzweiflung

Die Versammlungen sind Orte des praktischen Forschens. In ihnen wird gemeinsam etwas Neues ausgearbeitet. Und weil dies den eigentlichen Wert dieser Praxiserfahrung ausmacht, liegt die

größte Gefahr darin, der Illusion zu verfallen, es handle sich hier um eine alternative Form der Macht.

Wie gezeigt worden ist, folgt »die Politik« den Imperativen der Ideologie der Inklusion, ohne dabei die tief greifenden Veränderungen der sozialen, politischen und ökonomischen Reproduktionsverhältnisse in Betracht zu ziehen. Wenn Politik sich als Vermittlerin zwischen sozialen Kämpfen und dem sich im Staat verdichtenden System der Repräsentationen versteht und sich auf der Höhe des realen Denkens und der authentischen Befreiungskämpfe befinden möchte, muss sie »über die Politik hinaus« gehen. Dazu gilt es zu verstehen, wie die klassische politische Subjektivität operiert, warum sie zum Hindernis für den neuen Protagonismus der Versammlungen geworden ist und wie die Bewegung in dieser Debatte den konkreten Inhalt ihrer Lösungen herausarbeitet.

Die politische Subjektivität – Parteien, politisch Organisierte, Intellektuelle und Gruppen, die sich zur Avantgarde berufen fühlen – handelt in der insgeheimen Überzeugung, dass es der Bewegung der Versammlungen an einer richtigen Führung mangelt. Die konkreten Projekte, die in den nachbarschaftlichen Zusammenhängen entstehen, werden gegenüber den strategischen Orientierungen sowie den politischen Programmen als zweitrangig angesehen. Die Versammlungen selbst werden aus dieser Perspektive weniger als einzigartige Erfahrungen betrachtet, die alle an ihnen Teilnehmenden sowie das ganze Stadtviertel verändern, sondern wie eine Basisorganisation, die eine in den revolutionären Plänen vorgesehene Rolle zu spielen hat. In fast allen diesen Entwürfen soll sich die gesamte Praxis der Versammlungen den Anforderungen der »Machtfrage« unterordnen, was den eigentlichen Maßstab dafür darstellt, inwieweit eine Versammlung den Interessen der Partei entspricht.

So wird die politische Konfrontation verabsolutiert und als höchster Ausdruck des Bewusstseins und der Radikalisierung angesehen, ohne der Selbstbestätigung, die jeder politische Prozess voraussetzt, Aufmerksamkeit zu schenken. Letztlich werden die Versammlungen nicht von innen heraus betrachtet. Ihnen wird kein Glauben geschenkt und kein Wert beigemessen. Sie gehen weiterhin von einem generalisierenden Denken aus, das kollektive Ziele nach einer – dem konkreten Ablauf der Ereignisse enthobenen – Parteirationalität beurteilt, um dann die Versammlungen diesen Einschätzungen unterzuordnen.

Damit wird die Bewegung der Versammlungen instrumentalisiert. Sie haben keine Bedeutung als solche, sondern dienen allein als Vehikel für die Umsetzung einer neuen Ordnung, die nach äußerlichen Kriterien organisiert wird und von einer weit-schweifigen Hierarchie durchzogen ist. Wenn auf diese Weise die Mehrheit gewonnen werden soll, dann besteht kein Interesse an der Vielzahl konkreter Prozesse. Zusätzlich verschließt man sich dem eigentlichen Wert der Versammlungen als spezifischer politischer Erfahrung. Die traditionelle politische Subjektivität torpediert so das Funktionieren der Versammlungen als Instanzen einer effektiven Gegenmacht in den Stadtvierteln – woraus sich Prozesse der Veränderung und neue Alternativen ergeben – und verwandelt sie im Namen einer abstrakten »Politisierung« zu bürokratischen Hindernissen.

Wenn die politische Subjektivität von einer schon totalisierten Totalität ausgeht, so handelt dagegen der neue Protagonismus auf der Basis eines Nicht-Wissens über die Situation. Dies drückt keine Ignoranz aus, sondern die tiefe Überzeugung, dass es kein universelles Wissen gibt, welches auf die verschiedensten Situationen anwendbar wäre. Der neue Protagonismus handelt für die Überwindung des Bestehenden, für Selbstbestätigung und die Produktion von Sinn. Zu betonen, dass es keine »Linie« gibt, will nicht heißen, dass es nichts zu tun gäbe. Im Gegenteil zeigt es nur an, dass die gegenwärtige Praxis in der Lage sein muss, das Noch-nicht-Dagewesene und Unsichere dieses Suchprozesses zu akzeptieren.

Sind einmal die klassischen Deutungsmuster überwunden, so sehen sich die Kämpfe und Erfahrungen, die neue Formen der sozialen und individuellen Existenz produzieren, jeder Zukunftsgarantie beraubt. Entledigt haben sie sich jedoch auch des abstrakten Wissens über das, was zu tun sei, d.h. der herkömmlichen Weise des politischen Denkens. So wird ein Untergrund geschaffen, auf dem Neuschöpfungen an der Tagesordnung sind.

Da sein

In der Cafetería einer Tankstelle des Stadtviertels Floresta in Buenos Aires sahen drei Jugendliche im Fernsehen einen Bericht über eine nächtliche Demonstration, die auf die Plaza de Mayo einmündete. Es handelte sich um den ersten massiven und spontanen Cacerolazo

nach dem Aufstand. Auf einmal zeigte der Bildschirm, wie die Menge einen Polizisten verprügelte. Die Jugendlichen begannen dies zu feiern. Als ein anwesender Polizist das sah, zog er seine Waffe und erschoss die Jugendlichen. Am darauf folgenden Tag – es war noch im Jahr 2001 – kam es in diesem Stadtviertel zur ersten Versammlung. Die versammelten NachbarInnen diskutierten die möglichen Vorgehensweisen: Protestschreiben, Festivals, Unterschriftensammlungen und Treffen mit VertreterInnen der Regierung. In diesem Moment fiel ihnen auf, dass sich die FreundInnen der ermordeten Jugendlichen abseits hielten, ohne ihre Meinung zu äußern. Im Stillen planten sie, das den Mörder deckende Polizeikommissariat dem Erdboden gleich zu machen. Die besorgten NachbarInnen baten die Jugendlichen, das Wort zu ergreifen und zu erklären, was die Versammlung ihrer Meinung nach unternehmen sollte. In diesem Augenblick ergriff einer von ihnen das Megafon und sprach die folgenden Worte: »Was ihr in der Versammlung diskutiert, interessiert mich nicht besonders. Worum es geht, ist da zu sein. Ich weiß nicht wie, aber wir müssen da sein, und zwar täglich!«

Diese Geschichte spricht Bände über den Charakter der sich nach dem Aufstand des 19. und 20. Dezember abspielenden Ereignisse. Wir beziehen uns auf den radikalen Verfall der Repräsentationen – als Vorbedingung eines minimalen Sinns für die kollektive Schaffung neuer Lebensformen. Die Forderung der Jugendlichen ist weitgehend: da sein, schweigen, begleiten. Es geht nicht um die Absetzung der Worte, sondern um den weniger unüberlegten Gebrauch derselben als Voraussetzung für einen nicht-repräsentativen Diskurs in der Situation. Es geht nicht darum, InterpretInnen oder politische FührerInnen herbeizurufen. Es bedarf keiner runden Tische und auch keiner Meinungsäußerung. Nur die körperliche Anwesenheit, um zu sehen, was passiert.

Diese Forderung weist auf eine ethische Bewegung hin, die neue Handlungs- und Verständnisformen nötig macht. Diese Ethik impliziert, dass die Theorie nur eines von vielen Elementen darstellt und weder die Situation »anführt« oder erklärt noch fertige Repräsentationen derselben produziert. Der neue Protagonismus lässt so eine Rationalität aufscheinen, die von einer Mannigfaltigkeit ausgeht, vom Verzicht auf jedes bewusste Zentrum, jede äußere Führung, jedes Zukunftsversprechen und jedes die Gegenwart organisierende Modell.

Dieser Bezug auf das Innere der eigenen Situation begründet die räumliche und zeitliche Immanenz der Versammlungen. Die dort vollzogene Denkarbeit findet ausgehend von einem Prozess statt, in dem sich die verschiedenen Positionen ausdifferenzieren, in dem sich zwischen diesen neue Gleichgewichte herstellen, ohne jemanden auf endgültige Positionen festzulegen. Dadurch werden unnütze Brüche vermieden, die oft durch völlig imaginäre narzisstische Differenzen herbeigeführt werden. Hingegen verwandeln sich Versammlungen, die diese Anforderungen »erfolgreich« umgangen haben und auf Basis von billig erzielten Konsensen funktionieren, in bürokratisierte Räume, in denen zahlreiche InhaberInnen winziger Machtareale wie »Stadtteil-Tyrannen« regieren. Erneut entzündet sich die Debatte an der Frage der politischen Subjektivität: eine Versammlung zu dominieren heißt, sie zu annullieren.

Als Mechanismus kollektiven Denkens dehnt sich die Stadtteilversammlung aus. Ihre Einheit ist keine abstrakte Losung, sondern die Wirklichkeit der Vielfalt, ihre konkreten Aufgaben bestehen darin, eigene Räume, Terrains und Zeiten zu schaffen. Die von den Versammlungen eingeforderte Autonomie – und im Allgemeinen jede Erfahrung von Gegenmacht – ist der Weg, um die kollektive Praxis aus sich selbst heraus zu schaffen.

Versammlungen und Straßenblockaden

Eine andere Losung der Bewegung lautet: »Piquetes und Caerolas sind derselbe Kampf!« Die Kämpfe der Piqueteros begannen schon vor dem Entstehen der Versammlungen im Verlauf des Dezemberaufstands damit, städtische Straßen und Landstraßen zu besetzen. Diese Aktionen waren wegweisend für die heutigen Versammlungen, und diese haben unzweifelhaft von jenen Praxiserfahrungen gelernt. Hierin besteht die Verbindung zwischen beiden Aktionsformen. Die Straßenblockaden zeigten, was heute die Versammlungen bestätigen: dass neue Formen der gesellschaftlichen Intervention im Kampf um Gerechtigkeit entstehen, die nicht mehr auf die Erneuerung der politischen Parteien oder der Regierungseliten abzielen.

Straßenblockaden und Versammlungen sind verbindende Elemente eines diffusen Netzes. Sie erkunden über die eingeschliffenen Traditionen hinausweisende Formen öffentlicher Einmischung.

Darin besteht der Reichtum der gegenwärtigen Bewegung, Straßenblockaden und Versammlungen haben ihre jeweiligen Forderungen, doch die Bewegung erschöpft sich nicht darin, deren Einlösung zu fordern. Die Piqueteros fordern nicht »nur« Arbeit, Essen, Rechte. Das Gleiche passiert mit den Versammlungen. Jenseits des soziologischen Diskurses – der PolitikerInnen, der »Intellektuellen« und der JournalistInnen – gründen sich diese auf dem Wunsch nach Gerechtigkeit und einem Protagonismus, der sich nicht in sichtbaren Erfolgen erschöpft.

Sind die Versammlungen und Straßenblockaden in der Lage, sich tatsächlich von dem Gewicht der traditionellen politischen Diskurse – seien sie »revolutionär«, »nationalistisch« oder »zivilgesellschaftlich« – zu befreien, um auf direktem Weg als Achse neuer politischer Erfahrungen und als Ort radikaler Neuschaffung zu funktionieren? Worin besteht die Einheit von Straßenblockaden und Versammlungen?

Das Problem vieler, die für diese Einheit eintreten, besteht darin, dass sie diese als »politische Allianz« ansehen. Aber diese würde auf einer Illusion beruhen. Eine Allianz, welche vorgäbe, der Mannigfaltigkeit der Bewegung von oben her eine angebliche Kohärenz zu verleihen, entspräche keinesfalls den diesem Prozess inhärenten Potenzialen. Die Versammlungen und Straßenblockaden entwickeln sich unter je eigenen Bedingungen. Aber ohne Zweifel treffen sie sich in vielen grundlegenden Aspekten. Obwohl sie sich in ihren Forderungen voneinander unterscheiden, so vereint sie doch die gemeinsame Erfahrung, neue Partizipationsformen ins Leben gerufen zu haben, die den Keim eines tiefer gehenden Austausches der Menschen untereinander in sich tragen. Warum soll dann diese Einheit nur »politisch« sein? Warum sich zukünftige gemeinsame Treffen zwischen Piqueteros und Asambleaistas nur in den Formen vorstellen, wie sie die traditionelle politische Repräsentation vorsieht?

Man spricht von einem »Klassenbündnis« zwischen Arbeitslosen und Mittelklasse: Piquetes und Cacérolas. Auf einmal analysieren die etablierten Mächte die Geschehnisse in einer pseudo-marxistischen Sprache. Herangezogen werden Konzepte wie soziale Klassen, materielle Interessen und Bewusstseinslagen, die vor allem durch die Stellung im Produktionsprozess bestimmt werden.

Das Modell des »Klassenbündnisses« verschleiern die sich vollziehenden Prozesse eher als dass es sie erhellt. Es wird dazu be-

nutzt, um zum einen die »Mittelschicht« – die Eingeschlossenen – zu beschuldigen, weil sie sich nicht engagierten, bis es ihnen selbst an den Geldbeutel ging, und um zum anderen zu bestätigen, dass die Ausgeschlossenen sich schon vorher bewegten, weil sie eben nichts im Geldbeutel hatten. Es kommt zu einer Neuauflage der sozialen Arbeitsteilung beim politischen Engagement zwischen Versammlungen und Straßenblockade: Die »gebildeten« Mittelklassen hätten demnach die kulturelle und ideologische Führung einer Bewegung inne, in der die Ausgeschlossenen bloße »Stoßtruppen« oder BefehlsempfängerInnen darstellen. Eingeschlossene und Ausgeschlossene, Mittelklassen und Arbeitslose – oder Arme – werden so zu Kategorien eines Denkens, das die Politik als eine ideologische Operation der Einschließung begreift, wobei vergessen wird, dass die Norm selbst immer ausschließend ist. Sie anzustreben heißt immer schon, unsere Existenz zu verarmen.

Eingeschlossene und Ausgeschlossene stellen also täuschende Kategorien dar. Es gibt keinen anderen Platz für die Ausgeschlossenen als genau den, den sie heute einnehmen, und zwar an den Rändern der Gesellschaft. Es gibt keine gegenwärtige und auch keine zukünftige Integration für diejenigen, die nicht mehr passiv der materiellen, intellektuellen und spirituellen Verarmung des eigenen Lebens zuschauen möchten. Der Glauben an die Klassendeterminiertheit, wie er in den Wendungen »wir sind die argentinische Mittelklasse« oder »die ArbeiterInnen und ihre Interessen« zum Ausdruck kommt, hat zur Folge, dass neu Entstandene zu verarmen und die aufscheinende Vielfältigkeit auf die ökonomischen Bedingungen zu reduzieren, aus der sie herkommt. Die Piqueteros und Asambleaistas stehen demgegenüber in einem Suchprozess nach Formen, eine reale und nicht durch einen ökonomischen Reduktionismus begrenzte Autonomie zu erlangen. Diese einseitige Rückführung der Mannigfaltigkeit der Bewegung auf die jeweilige Klassenzugehörigkeit ist die Methode, welche die etablierte Macht benutzt, um jede einzelne Klasse im Spiel der Politik – der Parteien, der KandidatInnen und Regierungsmitglieder – zu repräsentieren. Auf diese Weise riskiert die Bewegung, dass die von ihr entfesselten Energien aufgesogen werden.

Ausgehend von den Dezembertagen nahm etwas neue Gestalt an. Wir sind Zeugen äußerst heftiger Kämpfe. In ihnen geht es vor allem darum, eine seit Jahrzehnten misshandelte Würde zurückzuerlangen.

Eine paradoxe Situation: die Repräsentation von der Repräsentation aus negieren

Wir befinden uns in einer paradoxen Situation, seit wir uns entschieden haben, das repräsentative System in der politischen Auseinandersetzung zu nutzen, um die Repräsentation selbst in Frage zu stellen. Hier ist alles unerkundetes Terrain. Es handelt sich um einen Versuch, bei dem es mehr falsche als richtige Ergebnisse gibt. Aber vor allem heißt dies, in Fragen zu denken, fragend auf dem Weg zu sein sowie alle Anregungen und Hindernisse in Betracht zu ziehen. Seit den Tagen des 19. und 20. Dezember gibt es ein Mut machendes Element: Die Bevölkerung selbst macht Politik, als ein Subjekt oder Individuum, das etwas zum kollektiven Ganzen beiträgt. Damit wird die Ansicht widerlegt, dass Politik nur für wenige da sei. Obwohl die Bewegung sehr heterogen ist, eröffnen sich verschiedene Perspektiven: Es gibt diejenigen, die es leid sind, weiterhin von anderen geführt zu werden, und diejenigen, die nach neuen Führern Ausschau halten, an denen sie sich orientieren können. Es handelt sich um eine Keimzelle des Infragestellens, etwas sehr Embryonales. Zur gleichen Zeit besteht die verallgemeinerte Kultur des Delegierens fort. Aber das, was bis vor kurzer Zeit noch einen abstrakten gegenkulturellen Kampf darstellte, der oft nur in den Köpfen existierte, beginnt sich heute zu konkretisieren. Wir haben so etwas wie eine Formel entdeckt, um nicht in die Falle der klassischen Organisationen zu tappen: in den Institutionen des Staates dasselbe zu sagen, was wir auch als Nachbarn in einer Versammlung, bei einem Caerolazo oder auf einer Demonstration vertreten. Damit können wir die Herausbildung einer Gegenkultur befördern, die Anklage, radikale Kritik und eine öffentliche Reflexion über gesellschaftliche Gegenwürfe beinhaltet. In diesem Sinne scheint mir die Nutzung der staatlichen Instanzen von Interesse zu sein, obwohl dies immer nur in der Art einer Sondierung stattfinden kann. Denn vielleicht gelangen wir in einen bestimmten Moment zu der Schlussfolgerung, dass dieser Spielraum nicht mehr existiert. Das Pro-

blem besteht darin, dass ich bisher noch keine Bewegung kennen gelernt habe, die es hätte verhindern können, in irgendeiner Weise durch die Tuchfühlung mit dem Staat »kontaminiert« zu werden. Auch wer sich nicht als Partei an Wahlen beteiligt, fordert doch etwas vom Staat oder stellt Bezüge zu ihm her, indem er sich an ihn richtet oder sich ihm entgegensetzt.

Manche vergleichen die Geschehnisse des 19. und 20. Dezember mit dem Santiagueñazo oder dem Cutralcazo in den Jahren zuvor (vgl. Chronik). In Wahrheit ist alles miteinander verknüpft, denn es handelt sich um Erfahrungen, die sich in gewisser Weise anhäufen. Wer jedoch die Parallelen zieht, ohne das Neue der aktuellen Situation herauszustreichen, zieht daraus wenig Nutzen. So riefen zum Beispiel alle staatlichen Organisationen zum Santiagueñazo auf. Demgegenüber handelt es sich bei den Dezentertagen um etwas ganz Anderes. Es gab hier keine Führungspersönlichkeiten, keine Referenzpunkte, keine vorhergehende Planung, keine Organisation, noch nicht einmal Mund-zu-Mund-Propaganda, keine Telefonanrufe, um sich an einer bestimmten Straßenecke zu treffen. Nichts von alledem. Es war ein völlig spontanes und simultanes Ereignis. Ich bin sogar der Überzeugung, dass die Analyse beim Versuch der Konzeptualisierung der Geschehnisse selbst Gefahr läuft, diese zu verdinglichen. Die Herausforderung besteht darin, von innen her zu denken, denn Zuhören heißt nicht, in Schweigen zu verharren.

Ich frage mich, ob im Slogan des 19. Dezember *Que se vayan todos* die Bevölkerung sich nicht erneut als verfassungsgebende Gewalt begreift, die sich wieder in die verfasste Gewalt verwandelt, sobald sie diese delegiert hat. Ich befinde mich zum Beispiel auf der Plaza de Mayo inmitten kochtopfschlagender Menschen, und aufgrund einer in den Leuten fest verankerten politischen Kultur sehen diese mich als einen Referenzpunkt oder sogar als den zukünftigen Präsidenten. Und abgesehen davon, dass dies in gewisser Weise meinem Ego behagt, widerstrebt es mir doch zutiefst. Dasselbe passiert, wenn sie mich in einer Versammlung zum Reden auffordern, mir zuhören, mich fragen und mich in den Mittelpunkt des Treffens verwandeln. Manchmal verstecke ich mich hinter dem Größten der Anwesenden, damit sie mich nicht sehen. Andere Male versuche ich zu debattieren, zu dialogisieren, dem Thema nicht auszuweichen und zu diskutieren, in welche Richtung wir weiter nachforschen müssen und worin unser Macht-

potenzial besteht, um sich der staatlichen Gewalt entgegenzusetzen: In der Suche nach einer nicht korrupten Person, die einen Bezugspunkt für alle darstellt, oder in der Herausbildung einer Gegenmacht, d.h. einer Politik in Händen der Bevölkerung.

Kurze Zeit nach dem Aufstand gab es eine Debatte im Kongress. Es wurde eine Untersuchungskommission über die Kapitalflucht eingerichtet, die von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses unterstützt wurde. Für uns stellte sich die Frage: Wie würden wir in einer Versammlung argumentieren, wenn wir uns unter den BewohnerInnen eines Stadtviertels befinden würden? Ich versetzte mich in die Situation, dass vor mir nicht Parlamentsabgeordnete, sondern TeilnehmerInnen einer Stadtteilversammlung sitzen würden. Dies war ein Hilfsmittel, zu dem man greift, um sich des enormen Drucks zu entledigen, der im Ambiente des Kongresses ausgeübt wird.

Und ich begann zu den Abgeordneten zu sprechen: Besitzen sie überhaupt die Glaubwürdigkeit, um in dieser Sache zu sprechen? Ich stellte diese Frage nach dem Sermon einer peronistischen Abgeordneten aus Junín, dem das Wohnhaus angezündet worden war. Im Anschluss daran erhoben sich viele Abgeordnete und begannen mich zu beschuldigen, was in all den vorangegangenen Monaten nicht passiert war, und es kehrte ein wenig die Zeit unter dem Präsidenten Menem zurück. Die Abgeordneten schrien mich an, sie pfiffen mich aus und ließen mich nicht zu Ende reden. Hier besteht, so glaube ich, eine Parallele zwischen der in einer Nachbarschaftsversammlung gemachten Aufforderung des »Alle sollen abhauen!« und der Tatsache, dass ich an jenem Abend meine Rede im Kongress nicht beenden konnte. Meiner Meinung nach ist Letzteres ein Beispiel dafür, wie man die Repräsentation in Frage stellen und die sich daraus ergebenden Debatten ausnutzen kann. Der Versuch lohnt sich in jedem Augenblick, aber besonders in Momenten, in denen der Bezug auf etwas ganz Konkretes möglich ist, wie zum Beispiel eine Asamblea. Dass alle abhauen sollen, heißt für mich, dass alle abhauen sollen, die da sind. Und dieses Motto verteidige ich. Dies führt uns zu dem Aspekt, ob nicht nur die Mitglieder einer Institution, sondern auch die gesamte Funktionsweise in Frage gestellt werden sollte. Forderungen, die Korrupten durch Nicht-Korrupte auszutauschen, stehen auf schwachen Füßen und sind nicht in der Lage, viel Begeisterung zu wecken. Allerdings kann meines Erachtens noch nicht davon gesprochen

werden, dass die Bevölkerung bereits ausdrücklich und allgemein das repräsentative System in Zweifel zieht. Obwohl bei den Aktionen die Idee mitschwingt, etwas Neues oder zumindest etwas Anderes zu begründen.

Der Cacero ist auch weiterhin mit einer Kraft ausgestattet, die von unten her entstanden ist. Obwohl nicht mehr spontan, sondern mittlerweile organisiert, hat er doch weiterhin die Bedeutung eines Kräfteingens. Man kann die kühne These vertreten, dass dieses »Alle sollen abhauen!« durchaus wörtlich gemeint ist, dass abhauen soll, was die Staatsmacht darstellt. Ich denke nicht etwa, dass die Machtergreifung in handgreiflicher Nähe sei, wie einige linke Organisationen dies sehen, noch dass dies überhaupt das Ziel sein kann. Wenn man demgegenüber in Begriffen der Zerstörung der Staatsgewalt denkt, auf Wegen, die es noch zu erforschen gilt, so enthält dies etwas Neues, auch wenn es noch nicht in allzu naher Zukunft liegt. »Abhauen« oder »Bleiben« ist Teil eines größeren Zusammenhangs: die Debatte darüber, wozu wir Parlamentsabgeordnete dienen. Wir begannen zu tun, was wir im Wahlkampf versprochen: mit Nachdruck auf die Selbstbestimmung zu pochen, das repräsentative System öffentlich zu kritisieren, die Barbarei des Kapitalismus anzuklagen. Die Probleme entstehen bei der praktischen Umsetzung dieser Vorsätze, wenn etwa zu beobachten ist, dass in der Versammlungen der Bewegung ein den politischen Parteien und deren Apparaten eigenes Taktieren vorzufinden ist. Was sind die Versammlungen? Denn die Versammlungen sind ja nicht zur Klärung da, was wir im Parlament tun sollen.

Wenn die Versammlungen der Asamblea im Parque Centenario zusammenkommen, so haben meiner Beobachtung nach gerade hier die bürokratischen Apparate den größten Einfluss, weil schon wieder das Repräsentative vorhanden ist und sich die Organisationsform des Staatsapparates mit der Ebene der Parteien verknüpft. Welchen Weg weisen uns aber, wenn wir intuitiv urteilen, die selbstorganisierten Versammlungen? Ich denke, dass man in Richtung eines Je-diffuser-desto-besser gehen sollte, weil dies mehr Autonomie, Stärke und interne Verknüpfungen beinhaltet. Wie Chomsky sagte, als er gefragt wurde, wie die Antiglobalisierungsbewegung organisiert werden sollte: »Organisieren? Ich bin mir nicht sicher, ich denke, dass wir uns mit einem wechselseitigen Verständnis zufrieden geben sollten.« Mich fasziniert der Begriff Verständnis –

etwas, was aufeinander abgestimmt ist. Und Chomsky fügte hinzu: »Es kann einige Ziele geben, die gemeinsam entwickelt werden.« Dies ist schon eher dem traditionellen Denken verhaftet, aber was mich interessierte, war das mit dem Verständnis. Um sich autonom zu organisieren, benötigt es gegenseitige Abstimmungen.

Zum Produzieren braucht es keine Chefs! Besetzte Fabriken als Teil der Bewegung

Eine neue Welt entsteht auf den Trümmern der alten: ein treffender Satz angesichts Hunderter Fabriken, die nach dem Abzug ihrer Besitzer, die lieber leer stehende Hallen daraus gemacht hätten, von den ArbeiterInnen instand besetzt wurden.

»Fabrik geschlossen, Fabrik besetzt« ist seit dem Aufstand vom 19. und 20. Dezember 2001 zu einer populären Parole geworden. Nachdem sie vier Jahre Rezession ertragen haben und nachdem inzwischen die Hälfte der aktiven Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen ist, erkennen immer mehr ArbeiterInnen, dass sie endgültig aus der formellen Wirtschaft herausfallen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren, und dass für sie dann nur noch der Randbereich von prekären und schlecht bezahlten Gelegenheitsarbeiten oder das Arbeiten auf eigene Rechnung bleibt. Tausende von ArbeiterInnen haben deshalb den Weg gewählt, hartnäckig ihre Arbeitsplätze zu verteidigen, nachdem sich die Unternehmer entschieden hatten, das Schiff der Produktion zu verlassen und auf die Spekulation zu setzen.

Mehr als hundert Fabriken sind in Argentinien bereits von den ArbeiterInnen besetzt und zum Laufen gebracht worden. Dazu kommen etwa zweihundert in Brasilien – eine wirkliche Bewegung, die jetzt anfängt, sich mit anderen Gruppen zu koordinieren, die ebenfalls nach alternativen Wegen suchen. Die selbstorganisierte Instandsetzung von Betrieben hat Anfang der 90er Jahre begonnen, als durch die ökonomische Öffnung des Landes viele Betriebe auf der Strecke blieben, die nach vorheriger staatlicher Protektion nun als unrentabel galten und keinen geschützten Markt mehr hatten.

Der Anfang ist immer am schwersten. Die etwas mehr als hundert Arbeiterinnen der Textilfabrik Brukman, die im Stadtteil Once in Buenos Aires Herrenanzüge hergestellt haben, waren verblüfft, als ihr Chef Ende Dezember 2001 verschwand, während das Land in Aufruhr war. Seit Monaten hatte er ihnen nur einen kleinen

Teil des Lohns bezahlt, kaum noch einen Dollar täglich und später nur noch zwei pro Woche. Die Lohnrückstände zogen sich bereits seit fünf Jahren hin. Als die Tage vergingen, ohne dass irgendein Geschäftsführer aufgetaucht wäre, hielten ein paar Arbeiterinnen es für angebracht, in der Fabrik zu bleiben – Arbeiterinnen wie Celia, die vorher nicht die geringste gewerkschaftliche Erfahrung hatte und die nun auf irgendein Wunder wartete, das es ihnen ermöglichen würde, weiter zu arbeiten und Lohn zu bekommen, auch wenn es nur ein Bruchteil des vorherigen wäre. In nicht wenigen Fällen haben die Chefs das Verlassen der Betriebe von langer Hand geplant. Sie schulden dem Staat und ihren Zulieferern Millionen und konnten auf Unterstützung durch die Gewerkschaftsmafia in der staatstragenden CGT zählen.

Die Karten werden neu gemischt

In den meisten Fällen kam die Entscheidung, die Produktion wieder aufzunehmen, erst nach einer gewissen Zeit zustande. Die Entscheidung fiel nie automatisch, sondern immer erst nach vielen Zweifeln, Unsicherheiten und Ängsten. Manche haben mehr als ein Jahr gebraucht, um die Fabrik wieder ans Laufen zu bringen. Einige können auf das Material zurückgreifen, das die Unternehmer zurückgelassen haben, aber andere müssen erst mal Rohstoffe besorgen; in manchen Fällen gelingt ihnen das mit Spenden und mit der Unterstützung der Bevölkerung. Kredite bekommen sie fast nie, zumindest nicht in der ersten Zeit.

Abgesehen von einigen Gemeinsamkeiten, wie den rechtlichen Auseinandersetzungen, sind die Erfahrungen sehr unterschiedlich. Sie reichen von einem Bergwerk im Süden, Yacimientos Carboníferos Río Turbio mit mehr als tausend Beschäftigten, das nach drei Jahren Kampf wieder verstaatlicht wurde, bis zu der kleinen, aber modernen Druckerei Chilavert in Buenos Aires. Dort haben die Arbeiter verhindert, dass das Gebäude leergeräumt wurde, haben den Betrieb besetzt und mit dem Druck von Flugblättern und Plakaten für soziale Organisationen die Arbeit aufgenommen.

Solidarität ist der zentrale Ausgangspunkt, besonders am Anfang, in der so genannten »Durchhaltephase« – ein Wort, das den Willen zum Kampf und zum Widerstand gegen den Druck von Polizei und Unternehmern ausdrückt. Das zeigt sich an einem Beispiel im Norden von Buenos Aires. Im Oktober 2001 wurden

die Brotfabrik Panificadora Cinco geschlossen; die achtzig ArbeiterInnen wurden ohne Entschädigung entlassen. Im April dieses Jahres suchte die Nachbarschaftsversammlung des Stadtteils, die nach den Tagen im Dezember entstanden war, nach einer Möglichkeit, billiger an Brot zu kommen, und tat sich mit einer Gruppe von zwanzig Entlassenen der Panificadora Cinco zusammen. NachbarInnen und ehemalige ArbeiterInnen besetzten gemeinsam den Betrieb.

50 Tage lang hielten sie den Räumungsversuchen stand. Die Solidarität aus dem Stadtteil in dieser Zeit war beeindruckend: Mitglieder der Versammlung, Piqueteros und linke AktivistInnen bauten vor dem Fabriktor ein Zelt auf, um Wache zu halten, sie organisierten drei Festivals, eine Demonstration durch den Stadtteil, ein Escrache gegen den Unternehmer, eine Kundgebung zum 1. Mai, Veranstaltungen, Diskussionen und kulturelle Aktivitäten.

Sie entschieden sich dafür, eine Kooperative zu bilden, und inzwischen haben sie durchgesetzt, dass das Provinzparlament das Gebäude, die Maschinen und den Markennamen enteignet und an die Kooperative übergeben hat. Jetzt produzieren sie billiges Brot, das sie unterhalb des Marktpreises an Krankenhäuser, Volksküchen und Leute aus dem Stadtteil verkaufen.

Staat oder Kooperativen

Durch die Bewegung zieht sich von Anfang an eine grundsätzliche Diskussion. Welchen rechtlichen Status sollen sich die instand besetzten Fabriken geben? Es gibt zwei Vorschläge: Staatseigentum unter Arbeiterkontrolle oder die Bildung selbstverwalteter Kooperativen.

Der erste Vorschlag kommt von der Linken, vor allem von den trotzkistischen Parteien Partido Obrero (Arbeiterpartei) und Movimiento Socialista de los Trabajadores (Sozialistische Arbeiterbewegung), er wird aber auch von Teilen der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Parteien geteilt. Die Idee gehört zur Vorstellungswelt der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung und besteht in der Verstaatlichung des Betriebes, der dann später vom Staat subventioniert wird, wobei die ArbeiterInnen zu kommunalen oder staatlichen Angestellten werden, welche die Geschäftsleitung kontrollieren.

Im Gegensatz dazu bedeutet der Kooperativenvorschlag, dass die Führungsaufgaben nicht an Instanzen außerhalb des Arbeiterkollektivs delegiert werden, sondern dass dieses selbst alle Verantwortlichkeiten und Risiken übernimmt, bis hin zur Vermarktung der Produkte. Ein Merkmal der selbstverwalteten Kooperativen besteht darin, dass sie sich in vielen Fällen vornehmen, die klassisch fordistische Arbeitsorganisation zu verändern, und dass sie die Vorarbeiter absetzen und manchmal auch die Rolle der Vorarbeiter an sich in Frage stellen.

Bisher hat sich die Mehrheit dafür entschieden, Kooperativen zu bilden. 2001 wurde das Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas (MNER, Nationale Bewegung der instand besetzten Betriebe) gegründet, in der etwas über sechzig selbstverwaltete Betriebe zusammenkommen. Ihr Vorsitzender Jorge Abellí meint, »dass es nicht gerade angesagt erscheint, die Betriebe, die wir besetzt und mit großer Anstrengung ans Laufen gebracht haben, diesem mafiosen Staat zu übergeben«. Abellí gehört zu einer Geflügel-Kooperative in Rosario, die 1998 geschlossen wurde, wobei die hundert Arbeiter auf der Straße landeten. Seit 1999 produzieren sie für den kleinen Binnenmarkt.

Bei den instand besetzten Betrieben sind alle Branchen der Produktion vertreten: Die größten sind die Metall- und Stahlbetriebe, es gibt Zeitungen und Druckereien, aber die meisten gehören zur Lebensmittelbranche. Im Durchschnitt haben sie siebzig Beschäftigte und sind über das ganze Land verteilt. »Es ist was anderes, einen kleinen Betrieb mit 15 ArbeiterInnen zu betreiben oder die größte Traktorenfabrik des Landes«, meint Abellí. Er bezieht sich auf einen beispielhaften Betrieb: auf Zanallo in der Provinz Córdoba, eine große Traktorenfabrik mit 400 Arbeitern, die einzige Traktorenproduktion in Argentinien. Am 28. Dezember 2001 wurde der Betrieb per Gerichtsurteil den Beschäftigten übergeben. Im Februar brachten sie ein neues Modell auf den Markt, das die Arbeiter gemeinsam mit den Technikern auf der Grundlage eines findigen Abkommens entwickelt hatten. Sie schmiedeten eine »strategische Allianz«, eine Aktiengesellschaft, die zu gleichen Teilen den zur Zeit 280 Arbeitern der Kooperative, dem technischen und Leitungspersonal, das auf diese Weise ein höheres Einkommen erzielen kann als in der Arbeiterkooperative, sowie den Konzessionären gehört, die das Kapital zur Wiederaufnahme der Produktion eingebracht haben. Im März konnten sie zwei Traktoren mon-

tieren und verkaufen, und zur Zeit produzieren und verkaufen sie trotz der Krise schon jeden Tag einen, zu einem Preis, der dreißig Prozent unter dem der Traktoren von John Deere liegt. Dies ist ein anderer ungewöhnlicher Weg, aber wenn es um Großbetriebe mit fortgeschrittener Technologie geht, die große Investitionen erfordern, gibt es anscheinend keine einfachen Lösungen.

Abgesehen von dem fehlenden Kapital für Material, stellt die Verwaltung ein weiteres großes Problem dar. Wenn Betriebe geschlossen werden, sind die Verwaltungsangestellten die ersten, die sich aus dem Staub machen. »Unsere Verwaltung ist prekär, aber transparent und demokratisch«, sagt Abellí. Viele selbstverwaltete Betriebe haben sich dafür entschieden, jeden Freitag Lohn auszuführen, und machen gleichzeitig einen Aushang mit den Einnahmen und Ausgaben, damit jedes Kooperativenmitglied über die Finanzen Bescheid weiß. Die MNER hat mit der Vereinigung der Klein- und Mittelbetriebe und mit der Technischen Universität von Buenos Aires ein Abkommen zur Unterstützung der Ausbildung von Verwaltungs- und Führungspersonal geschlossen.

Solidarische Ökonomie

Bei der Vermarktung gehen die Betriebe davon aus, dass der Konsument der beste Verbündete ist. Deshalb appellieren sie an die Nachbarschaftsversammlungen und andere Teile der Bewegung, auf einen »bewussten Konsum« umzustellen. Sie stützen sich aber auch auf die Kommunen und versuchen, Krankenhäuser und Schulen zu beliefern.

Die Beispiele selbstverwalteter Produktion gehen über die Fabrik hinaus und breiten sich tendenziell in der ganzen Basisbewegung aus, wie z.B. bei der Nachbarschaftsversammlung im Stadtteil Parque Avellaneda, einem relativ zentralen Stadtteil von Buenos Aires. Anfang Juni besetzten die organisierten NachbarInnen die leer stehende Kneipe Alameda, renovierten sie und richteten mit Unterstützung anderer Asambleas eine Volksküche ein, zu der inzwischen mehr als 120 Leute kommen. Sie backen selbst Brot, kochen und haben jetzt eine Kooperative gebildet, die Brot produziert und an Volksküchen und BewohnerInnen des Stadtteils verkauft und die gerade anfängt, Reinigungsartikel zu niedrigen Preisen zu produzieren. In der instand besetzten Kneipe gibt es zwanzig Arbeitsgruppen, von Nachhilfeunterricht für Kinder

bis zu ökologischem Gartenbau, Tanz, Keramik, Yoga, alternativen Medien und Tischlerei. Außerdem haben sich die NachbarInnen in acht Kommissionen organisiert, die sämtliche Aufgaben in diesem Kultur- und Produktionszentrum übernehmen. Darüber hinaus ist ein Versammlungsraum geschaffen worden, ein Ort, an dem etwa dreißig Asambleas aus der Hauptstadt und der Provinz zusammenkommen, die vor ähnlichen Fragen stehen. Die Nachbarschaftsversammlungen, die mit gemeinschaftlichen Einkäufen und Erfahrungen von Tauschhandel angefangen haben, begeben sich so auf das Gebiet der Lebensmittelproduktion, andere trauen sich an den Versuch der Medikamentenproduktion heran, und wieder andere begeben sich an den Eigenbau von Wohnungen.

Auf Initiative des Zentrums haben in der ehemaligen Kneipe im Juli und August zwei Treffen zur Solidarischen Ökonomie stattgefunden. Es waren breite Treffen, mit Beteiligung der VertreterInnen von Asambleas, Piqueteros, selbstverwalteten Fabriken und Gruppen von StudentInnen. Insgesamt vierzig Delegationen beschlossen, ein Unterstützungsnetz für Leute aus dem Stadtteil aufzubauen, die von Zwangsräumung bedroht sind.

Mit ihren Beschlüssen, die in der Zeitung Alameda publiziert wurden, nehmen sie sich vor, »sich gemeinsam gegen die Angriffe von oben zu verteidigen und durch die Besetzung von verlassenen Fabriken, brachliegenden Grundstücken und leer stehenden Häusern Wege zu Arbeit und Würde zu finden«. Sie stellen fest, »dass der Wind sich allmählich zugunsten der Kleinen dreht«, und rufen dazu auf, »die Kräfte zu bündeln, damit die Mächtigen uns nicht spalten«.

Ein interessanter Punkt sind die Verbindungen zwischen den Initiativen. Die Asambleas produzieren in derselben Weise wie schon vorher die Piqueteros von Solano im Stadtteil Quilmes; beide tun sich mit den selbstverwalteten Fabriken zusammen in der Hoffnung, Produkte tauschen zu können. Mit vereinten Kräften lernen sie aus den Erfolgen und Misserfolgen jedes Einzelnen; sie sind sich einig in der Solidarität mit der Keramikfabrik Zanon, im weit entfernten Süden, die eine von den Mapuches entworfene Kachel auf den Markt gebracht haben usw. Das Netz wird von Tag zu Tag dichter, es ist ein Kommen und Gehen, es verflechtet und verknotet sich, man trennt und vereint sich wieder.

Die Welt verändern

Beispielhaft ist die Geschichte der Fabrik Industrias Metalúrgicas y Plásticas de Argentina (IMPA), die mitten in Almagro liegt, einem normalen Wohnviertel von Buenos Aires. Sie wurde 1918 von Deutschen als Kupfergießerei gegründet. 1935 war sie das erste Aluminium produzierende Unternehmen, und am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde sie unter der Regierung von Juan Domingo Perón verstaatlicht. Bei IMPA wurden die einzigen Düsenflugzeuge Lateinamerikas hergestellt und die Fahrräder, mit denen die argentinischen Kinder spielten. 1961 machte die Regierung einige Betriebsteile zu und beschloss die Umwandlung in eine Kooperative, die aber von der Geschäftsleitung immer wie ein Privatunternehmen geführt wurde.

Mitte der 90er Jahre begann der Aluminiummonopolist Aluar einen unlauteren Konkurrenzkampf gegen IMPA. Aluar stellt die Vorprodukte für Alufolie her, die in den letzten Jahren das Hauptprodukt von IMPA war. Ende 1997 waren von den mehr als 500 Arbeitern, die in diesem Betrieb gearbeitet hatten, nur noch eine Handvoll übrig. Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Schließung – der Strom war bereits wegen unbezahlter Rechnungen abgeschaltet – besetzten sie mit Unterstützung einiger Gewerkschafter den Betrieb, richteten mit Hilfe von BewohnerInnen und Händlern aus dem Stadtteil eine Volksküche ein, schmissen die alte Geschäftsleitung raus und wählten einen neuen Verwaltungsrat.

Sie beschlossen, die Produktion wieder aufzunehmen. Sie waren gerade noch 15 Arbeiter (heute sind sie 136), beschafften sich Rohstoffe, die sie wiederverwerten konnten, und heute sind sie ein wichtiger Bezugspunkt für die ganze Bewegung. Es gab zwei einschneidende Entscheidungen: Aluminiumschrott zu kaufen, um Kosten zu senken und der Konkurrenz von Aluar zu entgehen, trotz der Skepsis sämtlicher Beschäftigten, die meinten, dass sie nicht qualifiziert genug wären, um mit wiederverwerteten Rohstoffen zu produzieren, was ihnen auch die Ingenieure sagten. Die zweite Entscheidung betraf die älteren Beschäftigten. »Wir hatten immer Arbeit für 80 bis 90 Personen, aber wir beschäftigen 136, weil hier viele Alte sind, denen sie die Rente geklaut haben, und die helfen hier mit, fegen, machen sauber, machen nach ihren Kräften mit. Das war ein Beschluss der Versammlung, die der

Meinung war, dass es würdiger wäre, dass sie in der Fabrik bleiben, in der sie 30 oder 40 Jahre verbracht haben, als dass man ihnen eine Unterstützung zahlt und sie zu Hause bleiben«, sagt der Vorsitzende der Kooperativen, Oracio Campos, ein Mann von 65 Jahren mit indigenen Zügen. Er sagt das mit ergreifender Aufrichtigkeit, einfach so, ohne zu merken, dass er damit jegliche Wirtschaftstheorie und sogar das Fortbestehen des Projektes in Frage stellt, um auf einer Menschlichkeit zu bestehen, die sie »Klassensolidarität« nennen.

Sie halten Informationsversammlungen ab, haben die Vorarbeiter durch Abteilungs- oder Werkstattkoordinatoren ersetzt, die für die Arbeitsverteilung zuständig sind, und sie haben einige Gruppen gebildet, um die Arbeit zu demokratisieren. Aber sie sind nicht naiv: »In einigen Abteilungen gibt es hierarchische Strukturen, denn der Markt erfordert schnelle Entscheidungen, da bleibt für nichts Zeit«, erklärt Eduardo Murúa, ein ehemaliger Gewerkschafter von 41 Jahren, der die Funktion eines Geschäftsführers hat. IMPA produziert heute vor allem Einweggeschirr, Zahnpastatuben, Keksverpackungen und Tabletts für Catering.

In Bezug auf die Arbeitsorganisation kommt es in den einzelnen Betrieben zu unglaublichen Veränderungen. Eine Arbeiterin von Brukman erklärt mit Nachdruck: »Jetzt herrscht größere Freiheit bei der Arbeit, wir arbeiten kollegialer zusammen, vorher waren wir nach Stockwerken getrennt, jetzt sind wir alle zusammen und organisieren uns selbst.« Die Arbeiterinnen haben entschieden, die Zuordnung der Maschinen zu verändern, und haben damit das alte Kontrollsystem über den Haufen geworfen. Abellí ist damit einverstanden, dass die »Laster des Kapitalismus« bekämpft werden müssen, aber er schlägt den unvermeidlichen Bogen zur Realität: »Die Produktion kann kein ständiger Diskussionsprozess sein.«

Die wichtigste Initiative von IMPA, die sie von anderen unterscheidet und auf die Dario Fo neidisch wäre, ist die Einrichtung der Stadt-Kultur-Fabrik (La Fábrica Ciudad Cultural). Seit etwa vier Jahren betreiben sie ein selbstverwaltetes Kulturzentrum, das von einer Gruppe von vierzig Jugendlichen geleitet wird. 35 Kurse und Workshops finden dort statt, sowie Feste, Kino- und Theatervorstellungen und was es sonst noch an Ideen gibt.

Tatsächlich begann das Projekt, als sie angesichts der mehr als zwei Millionen US-Dollar Schulden, die sie bei der Nationalbank

haben und die zur Zwangsversteigerung führen könnten, die Solidarität der NachbarInnen und der sozialen Bewegungen brauchten. »Danach haben wir begriffen, dass das eine Möglichkeit war, der Gesellschaft für die enorme Solidarität, die wir bekommen haben, etwas zurückzugeben«, sagt Murúa. Campos lacht und erinnert an das Auftauchen der ersten Punks, mit ihren Punkfrisuren und Ringen, von denen die Arbeiter nichts wissen wollten. Heute essen sie alle zusammen in der Kantine, die sie nach Azucena Villaflor de Devicenti benannt haben, der verschwundenen Gründerin der Mütter von der Plaza de Mayo, die auch Metallarbeiterin gewesen war.

Wer gegen Abend in die Fabrik kommt, wenn die Produktion langsam eingestellt wird und die Jugendlichen eintreffen, kommt aus einer lauten Werkshalle, wo verdreckte Arbeiter Maschinen bedienen, die Aluminiumtuben ausspucken, in anliegende, durch einen kleinen Gang abgetrennte Räume, wo sich eine Gruppe von Studenten in völliger Stille zum Aktzeichnen um ein Modell schart. Sie geben die Zeitschrift IMPA do heraus und können auf einiges stolz sein. 2001 hat hier das Internationale Filmfestival von Buenos Aires stattgefunden, und 1998 kam Orlando Borrego, ein Genosse von Che Guevara in der Sierra Maestra, um die erste Veranstaltungsreihe zu eröffnen. Die Fabrik funktioniert weiter, und sie rühmen sich damit, dass es noch nie irgendeinen Zwischenfall gegeben hat zwischen Leuten von der Universität, Anarchopunks, Jugendlichen, die nackt Modell stehen, Homosexuellen und alten Arbeitern und Arbeiterinnen, die nur zwei oder drei Jahre auf der Schule waren.

Das Portugiesische Krankenhaus ist vor sechs Jahren wegen Konkurs geschlossen worden. Vor zwei Wochen haben es zwei Nachbarschaftsversammlungen aus dem Stadtteil Flores in Buenos Aires besetzt. Die Überraschung war groß: In den vier Stockwerken mit Labors, Behandlungsräumen und Bettensälen waren noch fast alle Apparate intakt, sogar die der Intensivstation.

Innerhalb weniger Tage kamen die Leute von Dutzenden Asambleas und mehreren instand besetzten Fabriken zum ehemaligen Krankenhaus. Es entstand die Idee, ein Gesundheitszentrum für die 8.000 ArbeiterInnen der sechzig selbstverwalteten Fabriken einzurichten sowie ein Zentrum für Prävention für den Stadtteil. Aus den Überschüssen der Fabriken soll ein Fonds für das Startkapital gebildet werden. Mehrere ehemalige Angestellte der

Klinik haben ihre Unterstützung für das Projekt erklärt. Die Brukman-Arbeiterinnen haben zugesagt, Bettwäsche herzustellen, und die Arbeiter von IMPA, Chilavert und einem halben Dutzend instand besetzter Fabriken stellen sich gemeinsam mit Leuten aus dem Stadtteil für die Reinigungsarbeiten zur Verfügung. Laut der Zeitung Página/12 haben die NachbarInnen den bezeichnenden Namen Que se vayan todos für das neue Zentrum ins Auge gefasst.

Selbstverwaltung: Ein Projekt fürs Leben

In Brasilien wurde 1991 die erste Erfahrung mit dem Instandbesetzen von bankrotten Betrieben gemacht. Die Schuhfabrik Makerli hatte den Betrieb geschlossen und 482 ArbeiterInnen auf die Straße gesetzt. 1994 wurde die Nationale Allianz von ArbeiterInnen in selbstverwalteten Betrieben (ANTEAG) gegründet, um die verschiedenen Unternehmungen, die mitten in der Krise der Industrie entstanden, zu koordinieren. Sie hat in sechs Provinzen Büros, welche die Selbstverwaltungsprojekte begleiten und versuchen, sie mit Initiativen von NGOs und mit den Provinz- und Stadtverwaltungen zusammenzubringen. Sie arbeitet mit 160 Selbstverwaltungsprojekten zusammen, zu denen 30.000 ArbeiterInnen gehören. Selbstverwaltete Betriebe gibt es in allen Branchen, vom Erzabbau über Textil bis hin zu Tourismus und Hotelgewerbe. Für die ANTEAG ist die Selbstverwaltung ein Organisationsmodell, welches das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln mit der demokratischen Beteiligung an der Geschäftsführung verbindet. Aber sie bedeutet auch Autonomie, weil die Entscheidungen und die Kontrolle der Betriebe, wie auch der Spezialisten, die sie beauftragen, bei den Mitgliedern liegen.

Für die ArbeiterInnen der selbstverwalteten Betriebe besteht eine der größten Schwierigkeiten darin, »wieder zu denken«. Die ANTEAG stellt fest, »dass die paternalistische Kultur dazu geführt hat, dass die ArbeiterInnen erwarten, dass andere alles für sie machen«. Einige erwarten alles vom Chef, andere von der Gewerkschaft oder von der Regierung. Aber es bestehen auch Ängste, Verantwortung zu übernehmen und Risiken einzugehen, sowie Probleme beim Versuch der demokratischen und transparenten Geschäftsführung, und vor allem die Schwierigkeiten, zu verstehen, dass das wichtigste Ziel die Festigung des Kollektivs ist, von dem der Fortbestand des Betriebes abhängt.

Die Selbstverwaltung ist auch ein Lebensprojekt, das für breite Schichten von ArbeiterInnen zum gesellschaftlichen Bezugspunkt werden kann, als Teil der Alternativen zum System, die von der sozialen Basis aus entstehen. Für einen unvermeidlichen Schritt hält die ANTEAG »die Neuerziehung des Arbeiters, damit er in der Arbeit einen neuen Sinn findet, an seine Fähigkeiten glaubt und die Initiative im Prozess der Selbstverwaltung ergreifen kann, um so mit der Geschichte der Unterwerfung zu brechen«.

(Der Artikel von Raúl Zibechi wurde von Alix Arnold aus dem Spanischen übersetzt und ist im Original unter www.rebellion.org/argentina/zibechi190902.htm nachlesbar.)

Alix Arnold

Besetzte Betriebe

Kooperativen – Verstaatlichung – Arbeiterkontrolle?
Anmerkungen zum Dilemma der Selbstverwaltung im
Kapitalismus

Über die Hälfte der Industriekapazität in Argentinien liegt brach. In dieser dramatischen Krise entschließen sich immer mehr ArbeiterInnen, Betriebe zu besetzen und in Eigenregie weiterzuführen. Die Besetzungen entstehen als Überlebensprojekte in einer defensiven Situation. Aber sie werfen Fragen auf, die weit über das unmittelbare Ziel – den Erhalt der eigenen Arbeitsplätze – hinausgehen. Mehr als zehntausend ArbeiterInnen stellen zur Zeit in Argentinien das Privateigentum praktisch in Frage, und sie müssen sich teilweise handgreiflich gegen die Staatsgewalt durchsetzen. Sie machen die Erfahrung, dass sie in der Lage sind, die Produktion selbst zu organisieren. In einer Fabrik ohne Chefs ist plötzlich nichts mehr selbstverständlich, nichts muss als gegeben hingenommen werden. Es gibt keine Vorarbeiter und Meister mehr; stattdessen wählen die ArbeiterInnen Koordinatoren, die sie jederzeit wieder abberufen können. Sie verändern Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation entsprechend ihrer eigenen Bedürfnisse. In Versammlungen diskutieren und entscheiden sie, was und wie produziert wird. Nicht mehr Profit und Gewinnmaximierung sind das Ziel der Produktion, sondern Einkommen für möglichst viele Menschen und die Herstellung nützlicher Dinge unter erträglichen Bedingungen. Das klingt schon fast nach einem kleinen bisschen Kommunismus.

Selbstverwaltete Betriebe als Inseln im Meer der kapitalistischen Krise sind jedoch ein widersprüchlicher Versuch, der leicht in der Selbstverwaltung des Mangels stecken bleiben kann. Dass ein paar tausend ArbeiterInnen in verlassenen Fabriken auf eigene Rechnung arbeiten, muss nicht unbedingt weiter gehende Folgen haben. Das Kapitalblatt *The Economist* (9.11.2002) macht sich zwar etwas Sorgen wegen der »Erosion der Eigentumsrechte«, gibt sich aber ansonsten zuversichtlich: »Diese Bewegung ist keine Bedro-

hung für kapitalistische Unternehmen« – denn die Wiedereröffnung von Firmen unter Arbeiterkontrolle würde nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Kapitalgebern helfen, da sie die Maschinerie vor Verfall und Vandalismus bewahre. Diese Einschätzung haben sie sich nicht selbst ausgedacht, sie zitieren damit zwei Vertreter der MNER, der »Nationalen Bewegung instand besetzter Betriebe«.

In der MNER sind etwa achtzig selbstverwaltete Kooperativen mit insgesamt 8.000 Beschäftigten organisiert. Die meisten besetzten Betriebe haben sich dafür entschieden, Kooperativen zu gründen. Damit konnten sie wenigstens drohende Räumungen und Zwangsversteigerungen verhindern. Bedingung für diese Legalisierung ist aber oft, dass die ArbeiterInnen die Schulden des ehemaligen Besitzers übernehmen. Entsprechend groß ist dann der Druck, produktiv und marktgerecht zu produzieren. Noch ist kein selbstverwalteter Betrieb völlig gescheitert, aber viele Kooperativen können nur geringe Löhne auszahlen und sehen sich gezwungen, Abstriche an Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu machen oder gar ArbeiterInnen zu entlassen. Bei einigen reichen die Löhne kaum für das Überleben. Die BesetzerInnen können das kapitalistische Kommando innerhalb ihrer Betriebe außer Kraft setzen, aber sie haben keine Kontrolle über den Markt. Dort sind sie der Konkurrenz mit anderen Unternehmen ausgesetzt, die sie nur unterbieten können, indem sie die eigene Ausbeutung erhöhen. Für die Tendenz von Kooperativen, unter dem Druck der Verhältnisse den Arbeitsdruck zu erhöhen und kapitalistische Strukturen zu reproduzieren, gibt es in der Geschichte leider zahlreiche Beispiele.

Angesichts der Vielzahl und Hartnäckigkeit der Besetzungen sind in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires Verordnungen für Enteignungsverfahren erlassen worden, nach denen bereits mehr als dreißig Betriebe »enteignet« und den neu gegründeten Kooperativen überlassen worden sind. Die bisherigen Enteignungsverfahren sind jedoch ein zweiseitiger Erfolg. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das die ArbeiterInnen mit der Besetzung in Frage gestellt haben, wird dadurch letzten Endes wieder bestätigt. Den BesetzerInnen werden Gebäude und Maschinerie für einen befristeten Zeitraum überlassen (in der Regel für zwei Jahre, in Einzelfällen länger). Währenddessen garantiert der Staat den Eigentümern eine Miete. Nach Ablauf der Frist

sollen die ArbeiterInnen ein Vorkaufsrecht für ihren Betrieb bekommen. Der verbleibt derweil unter Aufsicht eines Richters und eines Konkursverwalters, die die Interessen der Gläubiger wahren. Im Gegensatz zu den Eigentümern bekommen die ArbeiterInnen keinerlei Subventionen. Sie sollen mit ihrer Arbeit aus dem wertlosen Schrott, der in den Fabriken rumsteht, wieder Kapital machen. Wenn ihnen das gelingt, dürfen sie es danach kaufen (womit sich die Gläubiger ihre Arbeit wiederaneignen). In dieser Zeit sind sie keine BesitzerInnen, tragen aber das ganze Risiko und haben keinerlei Rechte oder Lohnansprüche als ArbeiterInnen.

Die MNER fordert einen Treuhandfonds und eine Änderung des Konkursgesetzes, um solche Enteignungsverfahren zu institutionalisieren. Sie wird von Kirchenkreisen, von Teilen der staatstragenden Gewerkschaftsbürokratie, von Peronisten und Mitte-Links-Parteien unterstützt. Bei solchen Kräften liegt der Verdacht nahe, dass sie mit ihrer Unterstützung in erster Linie verhindern wollen, dass die Bewegung den Rahmen der Legalität verlässt. Sie legen den ArbeiterInnen der besetzten Betriebe nahe, sich als Kooperativen zu legalisieren und sich auf »realistische Lösungen« einzulassen.

Unter der Drohung mit Räumung und Arbeitsplatzverlust ist der Spielraum für die ArbeiterInnen gering. Trotzdem weigern sich einige wenige besetzte Betriebe, wie u.a. die ArbeiterInnen der Textilfabrik Brukman in Buenos Aires und der Keramikfabrik Zanon in Neuquén, Kooperativen zu bilden und Schulden zu übernehmen. Stattdessen fordern sie »Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle«. Sie wollen weder zu Unternehmern werden noch zu Staatsangestellten. Vom Staat verlangen sie, dass er die notwendigen Rahmenbedingungen schafft: Er soll Gebäude, Maschinerie und Patente ohne Entschädigung und endgültig enteignen und ihnen den Betrieb überlassen, damit sie dort in Selbstverwaltung gesellschaftlich nützliche Produkte herstellen können. Brukman könnte beispielsweise Bettwäsche für Krankenhäuser oder Schuluniformen nähen, und mit den Kacheln von Zanon könnten öffentliche Gebäude und Sozialwohnungen ausgestattet werden. Die Arbeiter von Zanon spenden schon jetzt regelmäßig einen Teil ihrer Produktion an Schulen, Volksküchen, Krankenhäuser oder soziale Projekte. Durch die Produktion von Gütern für die Allgemeinheit, die vom Staat abgenommen werden, könnte der Druck der Marktkonkurrenz zumindest verringert werden.

Auf den entsprechenden Antrag der Zanon-Arbeiter erfolgt seit Monaten keinerlei Reaktion, und den Antrag der Brukman-ArbeiterInnen hat der Stadtrat von Buenos Aires zurückgewiesen. Sie sollen eine Kooperative bilden, was sie aber mit Hinweis auf die schlechten Erfahrungen, die ihre KollegInnen in anderen besetzten Betrieben mit dieser Lösung gemacht haben, weiterhin ablehnen.

Die ArbeiterInnen von Brukman und Zanon versuchen, die besetzten Betriebe zum Ausgangspunkt einer breiteren Bewegung zu machen, gemeinsam mit Organisationen der Piqueteros, der organisierten Arbeitslosen, von denen inzwischen einige bei Zanon arbeiten, sowie mit Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die gegen die Verschlechterung der Bedingungen kämpfen, und mit oppositionellen Betriebsräten und Gewerkschaftsgruppen aus verschiedenen Bereichen. Im April 2002 haben sie das erste »Treffen zur Verteidigung der besetzten Fabriken« veranstaltet, bei dem auf der Straße vor Brukman 700 ArbeiterInnen und Arbeitslose zusammenkamen, um Erfahrungen und Vorschläge auszutauschen. Das zweite Treffen dieser Art, bei dem der Aufbau einer gemeinsamen Streikkasse beschlossen wurde, fand dort im September statt. Zeitgleich gab es ein Treffen der MNER in der Metallkooperative Baskonia im Industrievorort La Matanza, das einen völlig anderen Charakter hatte. Hier traten verschiedene Parteienvertreter und Funktionäre als Redner auf, die zwar allesamt nichts anzubieten hatten, dafür aber umso mehr zu Gewaltfreiheit und Gesetzestreue aufriefen. Sogar der Vizechef des Kabinetts der Regierung Duhalde, Eduardo Amadeo, durfte reden – was bei der allgemeinen Ablehnung von Politikern in Argentinien ein wirklich ungewöhnliches Ereignis ist.

Aber trotz aller Differenzen lassen sich die verschiedenen besetzten Betriebe und Kooperativen bislang nicht gegeneinander ausspielen. Manche hatten VertreterInnen auf beiden Treffen, und alle teilen die Ansicht: »Wenn sie einen von uns angreifen, sind wir alle gemeint.« Das ist nicht nur eine Parole, sondern auch Praxis: Im September haben sie gemeinsam die Polizei daran gehindert, der Kooperative Lavalán ihr Rohmaterial abzunehmen. ArbeiterInnen aus legalisierten Kooperativen und aus Betrieben »unter Arbeiterkontrolle« blockierten gemeinsam die LKWs, die die Wolle abtransportieren sollten. Auch Leute aus den Nachbarschaftsversammlungen und andere UnterstützerInnen beteilig-

ten sich an der stundenlangen und letztlich erfolgreichen Auseinandersetzung.

Für die Zukunft der Bewegung ist die Rechtsform, die sich die einzelnen Betriebe geben, sicher weniger entscheidend als die Frage, inwieweit die Ausweitung gelingt. Bleiben die selbstverwalteten Betriebe allein, bleiben sie Inseln oder werden sie Teil einer breiteren (internationalen ...) Bewegung, die in der Lage ist, Privateigentum und Produktionsverhältnisse grundsätzlich in Frage zu stellen? In Argentinien gibt es hoffnungsvolle Anzeichen dafür, dass alte Abgrenzungen innerhalb der Arbeiterklasse zwischen Armen, Arbeitslosen, FabrikarbeiterInnen und der so genannten Mittelschicht überwunden werden. Eine Arbeiterin von Brukman berichtet: »Wenn wir früher gesehen haben, wie die Piqueteros die Straßen blockiert haben, kam uns das wie eine Nachricht aus einem anderen Land vor. Wir waren keine Piqueteros, wir hatten ja Arbeit. Jetzt haben wir den Betrieb besetzt und machen selbst Blockaden. Und so geht es auch den Leuten aus der Mittelschicht, die jetzt auf die Straße gehen. Wenn wir demonstrieren, dann hupen sie und applaudieren uns, und vorher hätten sie uns vielleicht auch angeguckt wie Leute aus einer anderen Welt.«

Die Zukunft der Bewegungen in Argentinien ist offen. Es wird nicht nur von der Entwicklung dort abhängen, ob die besetzten Betriebe irgendwann als schöne Episode in den Geschichtsbüchern auftauchen oder als Anfang von etwas Neuem. Aber eines haben die ArbeiterInnen sowieso schon gewonnen: Die Erfahrungen, die sie mit ihren Besetzungen machen, kann ihnen niemand mehr nehmen. In Argentinien wird gerade praktisch demonstriert, dass eine Produktion keine Chefs braucht und eine Bewegung keine Anführer. Von diesen Erfahrungen kann andernorts eine Menge gelernt werden.

Ein Arbeiter in Zanon fasst die grundlegende Perspektive eindrucksvoll zusammen: »Ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir demonstriert haben, dass das hier überhaupt geht. Sie haben uns immer diskriminiert. Sie haben uns immer gesagt, dass ein Arbeiter überhaupt nichts kann außer arbeiten. Wir haben aber bewiesen, dass wir alles selbst hinkriegen, wenn wir zusammenarbeiten. Das hier hat mit dem Kampf um den Erhalt unserer Arbeitsplätze angefangen, mit dem Kampf für eine würdige Art von Arbeit statt mieser Unterstützungszahlungen. Und das soll für die anderen Arbeiter rüberkommen: Dass der Verlust des Arbeitsplatzes und

der Kampf darum nicht heißen muss, einen sinnlosen Kampf zu führen. Diese Botschaft ist unabhängig davon, wie die Geschichte bei Zanon ausgeht. Dabei können die verschiedensten Dinge rauskommen: Vielleicht kommt der Besitzer wieder, vielleicht verkauft er die Fabrik, da kann noch eine Menge passieren. Aber unser Ziel ist klar: Wir wollen die Fabrik in den Dienst der Allgemeinheit stellen, wir wollen so produzieren, dass es das Leben von allen verbessert. Manchmal stelle ich mir vor, wie das wäre, wenn es viele Zanons gäbe, in diesem Land und anderswo. Das wäre eine völlig andere Realität, denn wir würden alle an alle denken, egal ob wir zehn Straßen voneinander entfernt wohnen, zehn Kilometer oder zehntausend Kilometer.«

Über den Tausch zu einer neuen Ökonomie

Praxis und Probleme der Tauschnetzwerke
in Argentinien

Die Praxis des Tauschens hat sich auf ganz Argentinien ausgeweitet; mehr als sechs Millionen Menschen beteiligen sich daran. Deshalb ist es notwendig, sich dieses komplexe und wachsende Phänomen genauer anzusehen.

Denn es handelt sich nicht um eine marginale Praxis, sondern um die spezifische Form vieler ArgentinierInnen, ihre Existenz zu sichern. Gleichzeitig handelt es sich nicht nur um eine Form der Überlebenssicherung, sondern vielmehr um eine andere Lebensweise, mit der angestrebt wird, sich über die Allgegenwärtigkeit des kapitalistischen Marktes und des Staates hinaus sozial zu konstituieren. Derzeit durchläuft die Praxis des Tausches eine tiefgreifende Krise, was auf dessen außergewöhnliches Anwachsen als Folge des im Dezember 2001 ausgelösten Wirtschaftsdebakels zurückzuführen ist.

1.

Der erste Tauschring wurde am 1. Mai 1995 in Bernal, im Süden der Provinz Buenos Aires, gegründet. Die Personen, die ihn ins Leben riefen, gehörten zu einer ökologischen Gruppe mit Namen Programa de Autosuficiencia Regional (Programm regionaler Selbstversorgung), die seit Ende der 80er Jahre in sich selbst tragenden und nachhaltigen produktiven Projekten arbeiteten. Das dortige Tauschprojekt besitzt seinen eigenen Gründungsmythos: Erzählt wird, dass alles mit einer überreichen Ernte an Kürbissen begann, die auf einer kleinen Terrasse angepflanzt worden waren. Ihr Besitzer – einer der drei GründerInnen des Projekts – begann damit, Kürbisse unter den NachbarInnen zu verteilen, und diese gaben ihm etwas als Gegenleistung.

1996 gab es schon 17 Tauschringe, 1997 waren es 40, ein Jahr später bereits 83. Zwischen 1999 und 2000 stieg die Zahl der Gruppen von 200 auf 400. Zwei Netzwerke gliederten sich an, die schon vorher existierten, aber sich nun um den Tausch herum neu

organisierten: einerseits die alternative Berufsvereinigung Red de Profesionales, deren Ziel die Förderung der beruflichen Eigeninitiative ist, und andererseits das Cyber-Austauschnetz Red de Intercambio de Saberes y Cibernética Social, das wichtige methodologische Beiträge zur Verbesserung des Tauschsystems leistete, indem es den Austausch von Wissen als neue Tauschmodalität einführte und die Betonung auf die permanente Weiterbildung der Tauschring-Mitglieder als Bedingung für das Wachstum des Tauschnetzes betonte.

Anfänglich vollzog sich der Austausch von Produkten durch das Ausfüllen von Listen, in welchen das von den ProsumentInnen jeweils Produzierte und Verbrauchte aufgelistet wurde. (Der Begriff ProsumentIn verweist auf die grundlegende Eigenschaft derjenigen, die sich am Tausch beteiligen: Sie sind zugleich ProduzentInnen und KonsumentInnen.) Die Listen wurden dann in eine elektronische Datenbank eingespeist, mit deren Hilfe der konkrete Austausch reguliert wurde. Mit dem Anwachsen der Tauschaktivitäten erwies sich diese Methode als ungenügend, nicht nur weil die tägliche Arbeit und der Umgang mit einer solchen Komplexität von Tauschprozessen fast unmöglich wurde, sondern auch weil sich die gesamte Information im Tauschring von Bernal konzentrierte, wo von Beginn an die Buchführung aller Tauschringe durchgeführt wurde.

Die ursprünglich gegründeten lokalen Tauschringe konstituierten sich später als Netzwerk (Red Global del Trueque), das aus zahlreichen Knotenpunkten (Clubes de Trueque) bestand. Dieser Prozess wurde beschleunigt durch die Erfindung eines Sozialgeldes (Créditos), das Kreditfunktion besaß und die Verbindung zwischen den verschiedenen Knotenpunkten erlaubte. Heute existiert jedoch auch die einfache oder direkte Form des Tausches fort. So wird Englischunterricht gegen Kleidung oder hausgemachte Süßwaren gegen das Design für deren Verpackung getauscht.

Im Jahr 2001 vollzog sich ein explosionsartiges Wachstum der Tauschringe: Die Knotenpunkte des Netzwerks multiplizierten sich und wuchsen bis auf 1.800 an. Allein zwischen Dezember 2001 und März 2002 gründeten sich 5.000 neue »Knoten«. Das Netzwerk dehnte sich auf das ganze Land aus. Geschätzt wird, dass derzeit drei Millionen ArgentinierInnen vom Austausch von Produkten und Dienstleistungen leben und dass sich ebenso viele gelegentlich an der Tauschpraxis beteiligen.

Die argentinische Wirtschaftskrise war das auslösende Moment dieses kometenartigen Wachstums der Tauschaktivitäten. In den Wochen nach der Sperrung der Bankkonten – dem so genannten Corralito – im Dezember 2001, die mit einer sich verschärfenden Rezession sowie dem Preisanstieg für Grundnahrungsmittel zusammenfiel, stießen jeden Tag um die 5.000 Menschen neu zu den Tauschringen.

2.

Wir gehen von der folgenden Hypothese aus, die unser Forschungsinteresse an den Tauschnetzwerken verdeutlicht: Der neue soziale Protagonismus in seinen vielfältigen Formen steht vor einer Herausforderung: Diese liegt in der sozialen Produktion und Reproduktion, das heißt in der Sozialisierung des eigenen Tuns im materiellen Sinne.

Aus dieser Perspektive hängt für die Tauschnetzwerke die Entwicklung einer radikalen emanzipatorischen Praxis heute von ihren Fähigkeiten ab, alternative Netze sozialer Produktion zu knüpfen oder sich mit diesen zu verbinden. Wenn der mit den Tagen des 19. und 20. Dezember begonnene Prozess eine radikale Ablehnung der existierenden Formen von Politik beinhaltet, so impliziert die Ausbreitung dieser Negativität – oder besser dieser Positivität – die nötige Ausarbeitung anderer sozialer Beziehungen, anderer Lebensformen, die nicht dem Kapital untergeordnet sind und die die vom Kapitalismus praktizierte soziale Ausschließung überwinden. Dabei müssen sie sich stets der Gefahr bewusst sein, wieder vom System eingefangen oder aufgesogen zu werden, indem ihre Energie auf gesellschaftskonforme Ideale und etablierte Modelle umgeleitet wird, um sie der in ihr angelegten Zukunftsperspektiven zu berauben.

Die Versuche alternativer Vergesellschaftung stehen vor der Herausforderung, neue Organisationsformen zu erdenken und zu erproben, die über die – im Prozess der Stadtteilversammlungen entstandene – kollektive und demokratische Debatte hinausgehen und Praxisformen hervorbringen, die eine materielle Sozialisierung des eigenen Tuns beinhalten. Diese neuen sozialen Formen entfalten sich auf zwei Weisen: einmal als Multiplizität, Kraft und Aktion, zum anderen als Möglichkeit der Möglichkeiten, als noch nicht verwirklichte Zukunft.

In diesem Sinne kommen die Tauschringe mit ihrem »mehrfach reziproken Tausch« – einem der vielen Konzepte, mit denen sich die Bewegung selbst denkt – zu anderen Beziehungen zu Geld, den getauschten Produkten sowie den Instanzen der Produktion, der Zirkulation, des Austausches und des Konsums. Der alternative Tausch strebt an, mit der Vorherrschaft der vom Markt auferlegten genormten Verteilung zu brechen, und setzt auf die Herausbildung solidarischer Vergesellschaftungsformen. Er geht weit über die Dimension des ökonomisch motivierten Austauschs hinaus.

Der Begriff »ProsumentInnen« beabsichtigt, die »Arbeitenden« (die Subjekte) erneut mit ihren »Erzeugnissen« (den Objekten) zusammenzubringen. Die ProsumentInnen wollen die direkte Erfahrung aufrechterhalten, gleichzeitig ProduzentInnen dessen zu sein, was sie zum Tausch anbieten, und KonsumentInnen dessen, was sie durch den Tausch erhalten. Darum zielt die erneute Verknüpfung zwischen Produktion und Verbrauch darauf ab, ein Regulierungskriterium zu etablieren, das der Abstraktionskraft des allgemeinen Äquivalents (des Geldes) widersteht. Der organisierte Tausch setzt dabei auf die Herstellung sozialer Bande, auf direkte und alltägliche zwischenmenschliche Kontakte, auf das Zusammenbringen von Produktivkräften und persönlichen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der Werte der Reziprozität und der Kooperation. Diese Bewegung hat nicht die Geldakkumulation zum Ziel, sondern erscheint als ein Fluss des Gebens und Nehmens, der nicht allein durch das Streben nach Gewinn bestimmt ist. In den Räumlichkeiten der Tauschringe werden daher in regelmäßigen Abständen Tauschtreffen (die auch Tauschmessen genannt werden) sowie organisatorische Treffen abgehalten. Durchgeführt werden aber auch Aktivitäten der Weiterbildung, Freizeitgestaltung und sozialen Betreuung sowie auch produktive Aktivitäten.

Wird an eine parallele Ökonomie gedacht, so treten eine Reihe größerer Probleme auf den Plan: Was für einen Maßstab soll der Austausch in den Netzwerken der alternativen Ökonomie entwickeln? Existieren im derzeit praktizierten Tausch genügend Elemente, durch die sich der Warencharakter der Produktion als nur eine der Dimensionen des Austausches festlegen lässt? Scheint hier etwas auf, was über den Begriff des allgemeinen Äquivalents, über den transzendenten Wert hinausgeht, der alle übrigen Werte ordnet, misst und legitimiert? Durch welche Elemente des symbolischen Austauschs konstituieren sich heute schon Praktiken, die über

den Kapitalismus hinausweisen? Befördert das alltägliche Knüpfen sozialer Bande im Tausch – oder zumindest die teilweise Suspendierung des Besitzindividualismus – diese nicht-utilitaristische Dimension? Und schließlich stellt sich – angesichts des Unterschieds zwischen einer Gesellschaft mit Markt und einer Gesellschaft des Marktes (Karl Polanyi) – eine Frage: Hört in den Tauschringen die gegenüber dem Sozialen autonome ökonomische Sphäre zumindest teilweise auf zu existieren?

Die Möglichkeiten des Kaufs mit den Créditos (dies ist der in Argentinien verwendete Name für die Tauschwährung) umfassen praktisch alle Bereiche der Wirtschaft und nicht, wie allgemein angenommen wird, nur die lebensnotwendigsten Aspekte derselben. Diejenigen, die am Tausch teilnehmen, finden dort eine Antwort auf alle Bedürfnisse, deren Befriedigung ihnen auf dem formalen Markt versagt bleibt. Die Palette umfasst die Bereiche Kleidung, Dekorationsartikel, psychologische Behandlung, Friseurbesuch, Musikunterricht usw. Die Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen unterscheidet sich je nach Stadtviertel und den spezifischen räumlichen Bedingungen. Es wird also mehr als deutlich, dass der multireziproke Austausch weit über die Aspekte des »Überlebens« oder der »Subsistenz« hinausgeht. Er etabliert vielmehr die Möglichkeit einer anderen Lebensweise.

Um mit Toni Negri zu sprechen: Die an der gesellschaftlichen Basis praktizierte Partikularisierung – oder Singularisierung – des Geldes gibt der alternativen Tauschpraxis eine Dimension von Zukünftigkeit, was auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass in einem gegenwärtigen Produkt schon das Versprechen eines zukünftigen Produkts eingeschlossen ist. So werden zum Beispiel Empanadas (gefüllte Teigtaschen) gegen zweimaliges Haarschneiden getauscht. Zumindest das zweite Haarschneiden hängt zwangsläufig vom Vertrauen in die andere Person sowie von der Andauer der Tauschverpflichtung ab. Negri beharrt darauf, dass ein materieller Exodus ein Zukunftsprojekt benötigt, da die biopolitische Sphäre an das Reale und gleichzeitig an den Versuch geknüpft ist, Formen der Utopie zurückzugewinnen. Marcel Mauss spricht in diesem Zusammenhang auch von der Bedeutung der Zeit, um die Gegenleistungen festzulegen. Die Gabe, so Mauss, bezieht sich notwendigerweise auf das Konzept des »Kredits«, da der reziproke Austausch sich auf Grundlage der Sicherheit vollzieht, dass die Gabe (das Geschenk, der Besuch usw.) mit einer

Gegengabe erwidert wird, was auf eine längerfristige Verpflichtung hinausläuft.

Das in Argentinien entstandene ausgedehnte Netz sozialer Selbstverwaltung von unten hat eine spezifische und neuartige Form des politischen Engagements nötig gemacht: Es geht um die KoordinatorInnen der Tauschringe. Anfänglich waren diese Personen beauftragt, einen neuen Knotenpunkt im Tauschnetzwerk zu organisieren, die diesbezüglich vorhandenen Ressourcen aufzubringen sowie die anstehenden Ordnungsaufgaben zu übernehmen. Bei ihrer Arbeit, die vorhandenen produktiven Potenziale zu verknüpfen, um so die Ohnmacht und Einsamkeit vieler Menschen zu überwinden, traten die KoordinatorInnen eine Aufgabe an, die einen heroischen Kampf gegen soziale Isolierung darstellt. Dabei müssen sie gleichzeitig über unternehmerische, administrative und politische Kapazitäten verfügen.

Ziel eines Tauschrings ist es, die Verbindungen zwischen den vorhandenen produktiven Potenzialen und den Notwendigkeiten der sozialen Gemeinschaft (neu) herzustellen. Dies geschieht durch den erwähnten organisatorischen Aufbau eines neuen Tauschknotenpunkts als auch durch die Wiederbelebung oder Neukonstituierung von Produktionslinien und Vermarktungswegen von Lebensmitteln und Medikamenten, wodurch KleinproduzentInnen mit sozialen Organisationen und Nachbarschaftsgemeinschaften zusammengebracht werden. Und andererseits entsteht hier eine praktische Alternative zu den auf der gentechnologischen Modifizierung basierenden Produktionsnetzen der multinationalen Konzerne.

Die KoordinatorInnen der Tauschringe setzen auf die Selbstregulierung der Preise. Es handelt sich um einen komplexen Prozess, der verschiedene Mechanismen umfasst. An einigen Orten ist dies die Fähigkeit des Knotenpunktes, die nötige Menge eines Korbs lebensnotwendiger Waren zu einem sehr niedrigen Preis selbst zu erwerben, um so die Preisspanne niedrig zu halten. Ein anderer Mechanismus besteht darin, dass die Hälfte der an die jeweiligen Knotenpunkte geleisteten finanziellen Beiträge – hier handelt es sich vor allem um die Eintrittsgebühren zu den Tauschveranstaltungen – durch den Kauf von Materialien und Gütern, die für die Eigenproduktion benötigt werden, an die Mitglieder zurückgegeben wird.

3.

Mit Recht wird davon gesprochen, dass die Tauschpraxis oft von Phänomenen der Korruption, Spekulation und Akkumulation sowie von Betrügereien begleitet ist. Aber diese »Verunreinigungen« – die in sozialen Phänomenen ab einer gewissen Größenordnung nicht überraschend sind, zumal wenn sie sich in einer durch die neoliberale Politik fragmentierten Gesellschaft abspielen – liefern nicht die eigentlichen Gründe für die derzeitige Krise der größten Tauschnetzwerke des Landes.

Ein entscheidender Aspekt, um die derzeitigen Probleme der Tauschpraxis zu verstehen, liegt in dem, was in der Ökonomie als die »Sicherung« des Geldes – in diesem Falle des Tauschkredits – bezeichnet wird, das heißt die Korrespondenzbeziehung zwischen dem Volumen des Produzierten bzw. Angebotenen und der im Umlauf befindlichen Geldsumme. Um es ohne Umschweife auszudrücken: Einer der ursächlichen Gründe dafür, dass sich die Tauschnetzwerke heute an einem Scheideweg befinden, liegt im »produktiven Mangel« der Knotenpunkte.

Der massenhafte Zulauf und die dadurch verstärkte Ausgabe von Créditos war nicht mit einem dementsprechenden Anstieg der produktiven Aktivitäten sowie einer quantitativen und qualitativen Verbreiterung des Tauschangebots verbunden. Bei fast allen existierenden Knotenpunkten kam es zu einer Übersättigung der Nachfrage, was dazu führte, dass ein Großteil der anfänglichen Tauschdynamik austrocknete und sich im Innern zersetzte. Es vergrößerte sich die abgrundtiefe Kluft zwischen konsumtiven Bedürfnissen und produktiven Kapazitäten.

Im Grunde ist das Problem nicht allein ein ökonomisches, sondern – wie es oft der Fall zu sein pflegt – umfassender und zugleich einfacher: Die Netzwerke der Tauschringe widmen sich der Herstellung von Subjektivität, von sozialen Banden. Im Zentrum des Netzes stehen, wie schon betont wurde, die ProsumentInnen, bei denen sich das neu vereinen soll, was der Markt normalerweise trennt, nämlich die Produktion und der Verbrauch. Der offene Charakter des Netzwerkes sowie der invasionsartige Anstieg von Bedürfnissen, welche große Teile der Bevölkerung in den Netzwerken alternativer Ökonomie zu befriedigen suchten, um die eigenen Lebensgrundlagen alltäglich zu sichern, veränderten jedoch die Beschaffenheit der Figur des Prosumenten bzw. der Prosumentin

und drohen die Tauschringe in eine bloße Ausdehnung des kapitalistischen Marktes zu verwandeln.

Diese Entwicklung förderte die – auf dem formalen Markt übliche – Spekulation mit knapp gewordenen Gütern und führte zu Erscheinungen wie der Fälschung des Tauschgeldes, Akkumulation desselben, Versuche einer politischen Kontrolle des Knotenpunktes usw. Diese Formen von Sabotage gab es schon immer. Sie blieben aber im Hintergrund und sind erst durch die akute Wirtschaftskrise in den Mittelpunkt gerückt, was wiederum die Krise dieses politischen Projekts beschleunigte.

Die Praxis der alternativen Ökonomie ist damit jedoch noch nicht an ihr Ende gelangt. Auf der einen Seite sind die Tauschnetzwerke nicht verschwunden. Viele Knotenpunkte, die rechtzeitig für eine gewisse Zeit geschlossen wurden, haben überleben können. Auf der anderen Seite haben sich die Netzwerke als solche nicht aufgelöst, sondern befinden sich vielmehr in einem intensiven Reflexionsprozess über mögliche Schutzmechanismen, um ein Wiederaufleben der Bewegung möglich zu machen.

Die vielleicht wichtigste Veränderung betrifft jedoch die Prozesse und Warenströme, die sich vom merkantilen Netz lösen. Dies führt in manchen Fällen zu immer wichtigeren Übereinkünften mit kommunalen staatlichen Institutionen. So wurden Veranstaltungen wie die »Mega-Tauschmessen« durchgeführt, auf denen sich Mitglieder von Knotenpunkten oder Tauschringen aus unterschiedlichen Teilen des Landes trafen. Dort kamen bis zu 20.000 Personen zusammen, um Produkte und Dienstleistungen auszutauschen. Es beginnen sich Netzwerke des gemeinschaftlich organisierten Einkaufs zusammenzuschließen, die ProduzentInnen von Grundnahrungsmitteln (Reis, Speiseöl, Mehl usw.) mit Tauschknotenpunkten oder Mega-Tauschmessen zusammenbrachten. Tauschnetzwerke versuchen, eigene Gesundheitsnetzwerke zu organisieren, für die ÄrztInnen, Krankenpfleger und -schwestern, PsychologInnen usw. als ProsumentInnen gewonnen werden sollen. Eröffnet wurde die erste Apotheke mit im Land hergestellten Generika, und weitere Apotheken soll es bald auch in anderen Stadtteilen von Buenos Aires geben. Mittelfristig ist die Einrichtung eines Pharmalabors beabsichtigt, in dem eigene Medikamente produziert werden können. Es gibt schon Vereinbarungen mit verschiedenen Städten und Gemeinden des Landes, die Gemeindesteuern in den Währungen der örtlichen Tauschnetzwerke zu

entrichten. Die Kommunalbehörden verwenden diese Einkünfte, um Beschäftigungsprogramme aufrechtzuerhalten, Sozialpläne für Arbeitslose zu fördern und mit Produktionsprojekten der Tauschnetzwerke Zulieferverträge abzuschließen.

Die Netzwerke der Tauschringe bilden ein großartiges Beispiel dafür, wie die Massen in eine alternative Ökonomie eingebunden werden können. Die vielfältigen Projekte tragen jetzt schon Früchte. Immer mehr ist die organisierte Praxis des Tausches dabei nur ein Element unter vielen. Die in den Tauschnetzwerken gemachten Erfahrungen (Kenntnisse, Kontakte usw.) multiplizieren sich.

Schließlich müssen Aktivitäten berücksichtigt werden, die zwar sehr verschieden von den Tauschringen sind, aber dennoch wichtige Gemeinsamkeiten aufweisen: So zum Beispiel die von Stadtteilversammlungen gemeinschaftlich organisierten Einkäufe, die von Arbeitslosenbewegungen durchgeführten Projekte der Eigenproduktion sowie die Besetzungen von Fabriken durch die ArbeiterInnen, nachdem die bisherigen BesitzerInnen die Produktionsanlagen mit dem Argument fehlender Produktivität geschlossen hatten.

Alle diese Versuche stehen vor der gemeinsamen Aufgabe, dass die Netze alternativer Ökonomie die soziale Produktion effektiv von der Befehlsgewalt des Kapitals abkoppeln müssen.

(Das Kapitel ist ein Originalbeitrag für dieses Buch.)

Tauschbörsen: Gescheitertes Experiment oder Erfahrung für die Zukunft?

Ein alternatives Marktmodell durch eine veränderte Praxis zu etablieren, war das Ziel des Red Global de Trueques (Allgemeines Tauschnetz) in Argentinien. 1995 gründeten der Chemiker Horacio Covas, der Psychologe Carlos de Sanzo und der Ökologe Rubén Ravela in der ersten großen Rezession Argentiniens nach der Militärdiktatur eine Tauschbörse in Bernal, einem Vorort von Buenos Aires. New Economy von unten: Aus der akuten Not und Verzweiflung im einst reichen Argentinien heraus entstanden, entwickelten die Clubes de Trueque (Tauschbörsen) eine ungeahnte Stärke und waren für viele Menschen alternativlos bei der Bewältigung der gegenwärtigen Krise. Nahezu alles, was zum Überleben gebraucht wird, wurde mit Créditos gehandelt: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente, Bücher sowie Dienstleistungen. Die Créditos konnte man nur erwerben, in dem man ein Gut oder eine Dienstleistung dagegen eintauschte. Ein Schlüsselwort in der Trueque-Philosophie ist Prosumición, eine Allianz von Produzieren und Konsumieren. Das System funktioniert auf Vertrauensbasis. Absicherung gibt es keine. Wenn ein Gut oder eine Dienstleistung zu teuer ist, wird sie nicht nachgefragt und der Preis in Créditos muss reduziert werden. Die Nodos (Knotenpunkte) verstehen sich nicht als reiner Markt, sondern auch als Austauschplatz von Gütern, Produkten und Kenntnissen. Dahinter steckt die Idee eines »gerechten Marktes«, solidarisch und in beiderseitigem Interesse. Ein öffentlicher Raum, in dem und mit dem alle verdienen.

Die Tauschbörsen sind ein seit einigen Jahren bekanntes Phänomen. Bis zum Herbst des Jahres 2001 fand ein kontinuierliches, organisches Wachstum statt. Die Abwertung des argentinischen Pesos und die euphemistisch als Corralito bezeichnete Einfrierung aller Bankguthaben im Winter 2001/Frühjahr 2002 führte jedoch zu einer dramatischen Veränderung im Land. Die Zahl der Argentinier, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ist in den letzten zehn Jahren von 15 Prozent auf über 50 Prozent im Jahre 2002

explodiert. Und das nach offiziellen Regierungszahlen. Mehr als 20 Millionen der 36 Millionen ArgentinierInnen leben in Armut. Das Jahreseinkommen in Argentinien hat sich nach Zahlen des United Nations Program for Development (UNDP) von 8.950 Dollar im Jahr 1997 auf 3.100 Dollar im März 2002 innerhalb von fünf Jahren um zwei Drittel reduziert. Anfang 2003 wurde es auf ca. 2.500 Dollar geschätzt. Vor diesem Hintergrund verzehnfachte sich innerhalb von sechs bis acht Monaten die Zahl der Trueque-TeilnehmerInnen.

Die Erfahrungen des Trueque waren für viele soziale Bewegungen und Stadtteilversammlungen von unschätzbarem Wert. Etliche sind gestärkt aus dem Prozess hervorgegangen. Ein Beispiel hierfür ist die *Asociación Mutual del Sentimiento* (»Vereinigung des gegenseitigen Mitgefühls«). In der Vereinigung, im Viertel Chacarita im Herzen von Buenos Aires gelegen, funktionierte bis vor wenigen Monaten der größte Trueque-Knoten der Hauptstadt, und mehr als 5.000 Personen beteiligten sich zur Hochzeit im August 2002 täglich am Tauschhandel. Der Verein existiert seit vier Jahren und wurde von einer Gruppe von etwa 20 ehemaligen politischen Gefangenen, die während der Militärdiktatur der 70er und 80er Jahre in Argentinien inhaftiert waren, gegründet. Heute sind die GründerInnen integriert in ein funktionierendes soziales Netz auf Stadtteilebene. Die *Mutual*, wie sie von den Mitgliedern genannt wird, kann dabei auch auf die Unterstützung ehemaliger politischer Gefangener zählen, die heute im Ausland leben. Das dreistöckige Gebäude, in dem sich der Verein befindet, das umliegende Brachland, das heute zum Anbau von Gemüse genutzt wird, sowie verschiedene Werkstätten wurden der Nationalregierung abgerungen. 1998 wurde ein Vertrag mit einer Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschlossen. Heute verhandelt der Verein mit seinen 30 permanent aktiven und über 2.000 eingeschriebenen Mitgliedern mit der Stadtregierung von Buenos Aires über ein Gesetz, durch das die Nutzung für 20 Jahre gesichert werden soll. In der *Asociación* wird in einer Vielzahl von Projekten, die fast alle mittelbar oder unmittelbar aus der Trueque-Erfahrung heraus entstanden und Teil eines Netzwerkes der solidarischen Ökonomie und der sozialen Nachbarschaft sind, erfolgreich gearbeitet. Diese Projekte und vor allem die Aktivierung von neuen, dauerhaft Beteiligten sind der eigentliche Gewinn aus der Massenmobilisierung, die das Trueque-Phänomen hervorgebracht hat. Unter dem Dach

des Vereins arbeiten eine Volksküche, die von Arbeitslosen, die sich innerhalb des Trueque-Knotens kennen gelernt haben, betrieben wird, eine genossenschaftliche Apotheke, deren GründerInnen es erreicht haben, dass Generika vertrieben werden dürfen; es gibt eine gemeinschaftliche Anbaufläche für biologisch-organische Produkte sowie ein Kinder- und Jugendzentrum mit medizinischer und psychologischer Betreuung. In Planung sind ein lokales Basisradio und eine Gesundheitsstation. In einer Art internem Trueque-Knoten existiert eine Anwaltspraxis, die Räume innerhalb des Zentrums nutzt und die neben ihren »normalen« Klienten die Mitglieder der Assoziation betreut, ohne eine Gebühr zu erheben, sowie ein Architekturbüro, das nach dem gleichen Muster funktioniert. Graciela Daguricevich, eine der GründerInnen der *Mutual*, ist vor allem vom Erfolg der genossenschaftlichen Anbaufläche begeistert. »Als wir damit anfangen, dachten wir, es reicht für einen Kopfsalat pro Familie im Monat. Aber als wir das erste Mal ernten konnten, waren wir, Stadtbewohner mit keinerlei Erfahrung in der Landwirtschaft, überwältigt von der Menge an Salat, Tomaten, Gurken etc., die ein biologischer Anbau auf einer kleinen Fläche bringt. Jetzt versorgen wir einen Großteil des *Asentamientos* (Bezeichnung für die Marginal- bzw. informellen Siedlungen in Argentinien) mit über 300 Familien mit dem Gemüse.«

Wegen Erfolgs gescheitert

Der Zusammenbruch des Trueque-Systems erfolgte im Oktober/November 2002. Im März 2003 wird die Zahl der aktiv Beteiligten auf ca. 200.000 TeilnehmerInnen landesweit geschätzt. Im Großraum Buenos Aires ist der Tauschhandel unter dem Dach des Netzwerkes quasi nicht mehr existent. Ursächlich für den Ende 2002 erfolgten Kollaps sind viele Faktoren. Eine Mischung aus Naivität, politischer Unerfahrenheit und strategischen Fehlern und eine wenig ausgeprägte solidarische Haltung bei einer Vielzahl der beteiligten Menschen sind als interne Ursachen zu sehen. Das und die Gegenmittel, die der Staat ergriff, brachten das Modell zum Scheitern. »Zehn Millionen Menschen machten erste Erfahrungen innerhalb eines alternativen Wirtschaftsmodells, und der Staat hatte keinen Zugang zu diesem Bevölkerungsteil. Es gab keinen Dialog, keinen Ansprechpartner, keinen Vermittler. Als uns bewusst wurde, welches Ausmaß das annahm, war klar: Das wird der Staat

nicht hinnehmen, sie werden nicht mit verschränkten Armen da sitzen und diese gewaltige soziale Bewegung sich entwickeln lassen«, so die Analyse von Graciela Daguricevich. Lokale einzelne Nodos wurden von staatlicher Seite als illegal deklariert, und es wurde verlangt, Steuern auf die Tauschprodukte zu erheben und an den Staat abzuführen. Lebensmittel wurden als gesundheitsschädlich eingestuft, und es wurden strenge Kontrollen gefordert.

Fälschungen von Créditos waren von Beginn an ein Begleitphänomen des Prozesses. Mitte des Jahres 2002 tauchten aber insgesamt 260 Millionen gefälschte Scheine auf. Die Folge war eine rapide Inflation. Beweise liegen nicht vor, aber für Trueque-AktivistInnen ist die Beteiligung des Staates an diesen massenhaften Fälschungen offensichtlich. Die gefälschten Créditos waren auf dem gleichen Papier gedruckt wie die Créditos der Netzwerke. Und dieses Sicherheitspapier ist nicht allgemein käuflich, nur die Koordinatoren der Tauschnetzwerke und die Staatsorgane hatten Zugang zu den Verkaufsstellen. Dies ist die Kehrseite des Erfolgskriteriums »Masse«: die typischen kleinen und größeren Betrügereien. Händler, die im Besitz einer großen Zahl von Créditos waren, »kauften« mit den alternativen Zahlungsmitteln Produkte auf und verkauften sie einige Straßenzüge gegen offizielles Geld weiter.

Ein weiterer Grund für die abrupte Abkehr vieler Menschen vom Trueque war die immer stärkere Nachfrage nach Lebensmitteln. Diesem Druck konnten die Märkte nicht standhalten. Für Millionen von Menschen ist im Argentinien der Jahre 2002/2003, auch zu dieser Zeit immer noch einer der größten Lebensmittel-Produzenten der Welt, der alltägliche Kampf um Nahrung zum Hauptproblem geworden.

In einer Situation, in der Kinder verhungern, sind Dienstleistungen wie Haare-Schneiden oder der Erwerb gebrauchter Möbel zweit- oder dritrangige Bedürfnisse. Nahrungsmittel waren auf vielen Tauschbörsen das Erste, was fehlte. Auf die Hungerkrise reagierte der Staat mit einem minimalen Notprogramm. Im Oktober 2002 startete das Programa Jefes de Familias, das für etwa zwei Millionen Familien eine monatliche Zuweisung von 160 Pesos (ca. 55 Euro) vorsieht. Eine minimale Summe, aber dennoch für viele, die keinen Zugang mehr zu Bargeld haben, eine Unterstützung, um auf niedrigstem Niveau die Grundversorgung mit Lebensmitteln zu sichern.

Neben diesen externen Faktoren sind strategische Fehler und Fehleinschätzungen verantwortlich für den Misserfolg. Die Krise des Trueque-Systems ist vor allem eine Krise des Red Global de Trueque; andere, allerdings bedeutend kleinere Netzwerke wie das Red Solidaria de Trueque haben überlebt bzw. sind sogar gestärkt aus dieser Krise hervorgegangen. Im Gegensatz zum Red Global, das als offenes System in allen Teilen des Landes funktionierte – d.h. jeder konnte seine z.B. in einer Stadt des Nordens erworbenen Créditos anderswo einlösen, ohne vor Ort eine eigene Leistung anbieten zu müssen –, arbeitet das Red Solidaria als geschlossenes Netzwerk. In einer Tauschbörse erworbene Créditos müssen am gleichen Ort gegen eine andere Ware oder Dienstleistung eingetauscht werden, sie haben nur Gültigkeit für diesen einen Knotenpunkt.

Dem offenen System, dem sich aus unterschiedlichen Gründen die überwältigende Zahl der Märkte anschloss, gelang es nicht, eine Regulation des Preissystems zu etablieren. Das Marktssystem von Angebot und Nachfrage wurde mit zunehmender Größe durch den Einfluss des kapitalistischen Marktes korrumpiert. So wurde z.B. Importzucker im Supermarkt gekauft und gegen Waren oder eben Créditos eingetauscht. Diese Produkte wurden dann auf dem formalen oder informellen Markt teurer verkauft, davon wieder Zucker billig im Supermarkt usw. Die nationale Gültigkeit der Créditos stellte sich als strategischer Fehler heraus: So horteten z.B. in Rosario, der Millionenstadt ca. 200 km nördlich von Buenos Aires, in der der Trueque-Markt noch funktionierte, die Menschen die Créditos und brachten dann ihre »gesammelten Ersparnisse« in Buenos Aires auf den Markt und erwarben eine Vielzahl von Produkten, ohne dort eigene Produkte anzubieten. Ein Verhalten, das mit der ursprünglichen Idee des »Prosumierens«, also der Parallelität von Produktion und Konsum unvereinbar ist, vielmehr als eine Art Spekulation mit den Gutscheinen zu bezeichnen ist. Ein weiterer Fehler im Modell war das Handeln mit einem einzigen »Geld«, den Créditos. Obwohl sicher sehr aufwändig und auch kostspielig, wäre es von Vorteil gewesen, unterschiedliche Währungen für verschiedene Produkte und auch für die verschiedenen Regionen des Landes vorzusehen. So hätte die Spekulation, die durch die Unterschiedlichkeit des Marktes in den einzelnen Landesteilen bedingt war, verhindert werden können, und es wäre kein Monopolspruch auf das neue »Geld« entstanden, welcher im Argentinien

von heute, vor allem nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre, wie jeder Machtanspruch mit Skepsis betrachtet wird.

Trueque war ein Reformprojekt von begrenzter politischer Tragweite. Das Modell stellte sich nicht offensiv dem Markt, versäumte es, seine Macht auch nach außen zu demonstrieren und den Zuspruch von zeitweise mehreren Millionen von Menschen für eine dauerhafte Politisierung zu nutzen. Ein Parallelprojekt mit wenig Strahlkraft in den desolaten, aber weiterhin existenten offiziellen Markt hinein. Die Organisatoren unternahmen zu wenig Anstrengungen, ein neues Verständnis von Solidarität und einer gemeinschaftlichen Verpflichtung zu verankern. Hier wird nicht über Politik geredet, so das Credo des Red Global del Trueque. Während der Staat weiter seine Politik exerzierte, tauschten Millionen von Menschen Kopfsalat gegen Schuhe.

Ein weiterer strategischer Fehler war die mangelhafte Kooperation mit anderen Basisbewegungen wie vor allem den Piqueteros, die durch Straßenblockaden an neuralgischen Punkten auf sich aufmerksam machen und die zu einer politischen Macht im Land geworden sind. Es gab keine gemeinsamen Aktionen, obwohl viele AktivistInnen sowohl hier als auch dort an den Kämpfen beteiligt waren.

Letztlich ist das explosive Wachstum selbst als Hauptgrund für das Scheitern zu sehen. Die Menschen konnten nicht mithalten mit dem Tempo, in dem die Trueque-Märkte anwuchsen. Das Bewusstsein für ein neues solidarisches Handeln entwickelte sich nicht mit der gleichen Geschwindigkeit. So auch in der Mutual Sentimiento. Als sich hier mehr als 5.000 Personen am Tauschring beteiligten, waren der Mehrheit der neuen Mitglieder die Philosophie und die Grundlagen des Modells nicht mehr zu vermitteln. Die Menschen verhielten sich nach den gleichen Mustern wie im traditionellen kapitalistischen Marktsystem. Mit dem gleichen Egoismus, der gleichen individualistischen Haltung. Wurden zu Beginn des Trueque-Prozesses noch alle neuen Mitglieder durch Koordinatoren, die durch regelmäßige Kurse die Grundregeln des Trueque vermittelten, geschult, so war es nach dem explosionsartigen Wachstum nicht mehr möglich, eine persönliche Betreuung und Schulung durchzuführen. »Am Anfang waren es ca. 800 Beteiligte. Alle kannten sich untereinander, man wusste, wer die Empanadas hergestellt hatte, man saß zusammen und unterhielt sich bei einem Matete. Als es 5.000 Menschen waren, war das

nicht mehr machbar, das Klima veränderte sich absolut«, so Graciela Daguricevich.

In dieser Situation war der Trueque als massenwirksames Modell zum Scheitern verurteilt. Reformversuche kamen zu spät und waren nicht mehr vermittelbar. Im September 2002, als die Tauschmärkte sich auf ihrem Höhepunkt befanden, der Kollaps aber bereits absehbar war, wurden neue Créditos eingeführt. Die neuen Scheine sollten durch Oxidation zum »Rosten« gebracht werden, um so das Horten zu verhindern und zum sofortigen Wiederverkauf zu ermutigen. Das Experiment stieß auf völliges Unverständnis, weil keine begleitenden Erklärungen gegeben wurden. Für die meisten Tauschwilligen war der Crédito ein Geld wie unzählige andere Zahlungsmittel auch (gegenwärtig kursieren in Argentinien mindestens zwölf offizielle und halboffizielle Währungen, Bons, Gutscheine etc.). Niemand wollte einsehen, dass auch das »Geld« des Trueque an Wert verliert. Die Menschen fühlten sich betrogen und Korruptionsvorwürfe wurden laut, auch der Vorwurf, dass sich die Organisatoren des Red Global bereichert hätten.

Bedingt durch die extreme Verarmung stand für viele Menschen in den letzten Monaten die Sicherung der Grundversorgung für ihre Familien im Mittelpunkt. Für einen funktionierenden Trueque ist aber auch solidarisches Verhalten und das Interesse an den anderen elementar. Nach zwei Jahrzehnten Neoliberalismus pur ist dies durchaus nicht selbstverständlich. In der Mutual Sentimiento hat man frühzeitig die Konsequenzen aus den strategischen und konzeptionellen Fehlern gezogen und sich schon Anfang 2002 aus dem Red Global zurückgezogen. Die Vereinigung hat sich als Stadtteilversammlung konstituiert, alle sozialen Bewegungen zur Mitarbeit aufgefordert und sich selbst an anderen politischen Kämpfen beteiligt. Dies wurde deutlich bei den Protestmärschen in Erinnerung an die Jugendlichen, die bei einer Straßenblockade am 24. März 2002 von der Polizei erschossen wurden. Es war die erste Mobilisierung aus einem Trueque-Markt heraus, die nicht mit dem System selbst zu tun hatte. »Der Trueque war immer eine politische Bewegung, oft jedoch ohne dass das den Beteiligten selbst bewusst war«, so Graciela Daguricevich. »Im Trueque haben die Menschen gelernt, zu teilen und solidarisch zu sein, vor allem in Bezug auf den am stärksten individualisierten Sektor des Kapitalismus, den Handel.«

Erfahrungen für die Zukunft

Der Trueque selbst ist gescheitert, die eigentlichen gesellschaftlichen Gewinne sind jedoch die Erfahrungen und Diskussionen für zukünftige Projekte und Entwicklungen. Im individualisierten Argentinien wird eine verlorene Nachbarschaft neu erfunden. Die Sicht auf das Viertel hat sich radikal verändert, dem öffentlichen Raum, der Straße wird wieder eine soziale Funktion zugeordnet. Es gibt täglich Hunderte von Beispielen für Aktivitäten, die ohne die Beteiligung der völlig diskreditierten staatlichen Institutionen oder das lange Zeit dominante Patronagesystem stattfinden. Die neu entdeckte Nachbarschaft ist frei von einem vertikalen Paternalismus und vielerorts mischen sich soziale Klassen, die zuvor keinen unmittelbaren Kontakt hatten. Piqueteros – Arbeitslose, Tagelöhner, Obdachlose – zelten teilweise wochenlang auf Straßen und blockieren im ganzen Land wichtige Straßenkreuzungen und Brücken, um damit auf ihre Notlage aufmerksam zu machen und die Regierung zum Handeln zu zwingen. Allein im Jahr 2002 gab es mehr als 2.000 Straßenbesetzungen. Unter dem Motto »Ein Tag Urlaub vom Kapitalismus« wurden im Dezember 2002 Niederlassungen multinationaler Konzerne erfolgreich bestreikt und blockiert. Vor allem im Großraum Buenos Aires, wo die Arbeitslosigkeit am stärksten ist, bestimmen die Stadtteilversammlungen mit einer weitgehend autonomen Verwaltung immer stärker das tägliche Leben. Die Aktivitäten werden dabei immer vielfältiger. In Buenos Aires wurden mehr als 40 Gebäude – darunter geschlossene Banken, aufgegebene Kliniken und verlassene Lokale – übernommen und in Eigenregie Volksküchen, Essensausgaben für Kinder, Gesundheitszentren, Bäckereien und gemeinschaftliche Gemüsegärten eingerichtet. Mehr als drei Millionen Menschen leben mittlerweile von dem, was sie in den Städten auf den huertas comunitarios, ehemaligen Brachflächen, selbst anbauen. Sie beginnen sich zu vernetzen und ihre neuen Erfahrungen untereinander auszutauschen.

Dennoch ist offensichtlich, dass weder durch die Trueque-Märkte oder die Stadtteilversammlungen noch durch die Straßenblockaden der Piqueteros eine politisch tragfähige, gesamtgesellschaftliche Alternative entwickelt worden ist. Immer noch steht das Que se vayan todos ohne eine konstruktive Antwort alleine für sich. Weder in der Politik noch in der Wirtschaft wurden nachhaltige und

glaubwürdige Konzepte entwickelt. Aber das herrschende Gesellschaftsmodell wird in Frage gestellt. Suchbewegungen nach einem anderen Konzept gibt es überall. Die Bewegungen konstituieren sich von unten nach oben, es wird nicht am Aufbau von (Partei-)Apparaten gearbeitet. Die Diskreditierung der Politik ist umfassend, schließt auch linke Parteien und ihre PolitikerInnen mit ein. Vielmehr geht es darum, wie sich soziale Bewegungen formieren und wie Entscheidungen gefällt werden. Und in Bezug auf partizipative und dezentrale Entscheidungs- und Mitbestimmungsstrukturen hat Argentinien im Vergleich zu anderen Ländern, z.B. zum Nachbarland Brasilien, einen riesigen Nachholbedarf. Der Staat hat auch in Bezug auf seine Institutionen und seine Exekutivorgane an Respekt verloren. So werden Parlamentarier auf offener Straße beschimpft und tätlich angegriffen. Oder vor lokalen Polizeistationen wird demonstriert, und nicht selten wird das Lokal gestürmt und teilweise verwüstet. Dazu reichen heute schon vergleichsweise marginale Anlässe, so die Verhaftung eines Demonstranten. Und es sind nicht die politisch Organisierten, es sind die Señoras, die Mütter und Großmütter, die ihre Kochtöpfe den Behörden im wahrsten Sinne des Wortes um die Ohren schlagen, um z.B. ihr Recht auf Nahrung einzufordern nach dem zweifelten Motto: »Meine Familie hat ein Recht auf Nahrung, wenn wir sie nicht mehr auf den Tauschmärkten finden und der Staat uns weiterhin verhungern lässt, plündern wir eben den Supermarkt.«

Die Menschen, die sich aus dem Trueque zurückgezogen haben, nehmen viel mit. So u.a. viele Kontakte und eine andere Sicht auf ihre Mitmenschen; der sprichwörtliche argentinische Egoismus und die Arroganz sind gebrochen worden. Subjektive Veränderungen, die zu einem anderen Alltagshandeln führen. Sicher, die noch unberührte Oberschicht führt auch heute ihr Leben in Hochsicherheits-Wohnanlagen. Die Arbeit machen weiterhin die Putzfrauen aus Bolivien und die Gärtner aus Paraguay oder Peru. Aber die traditionell starke und große Mittelschicht in Argentinien, die innerhalb von anderthalb Jahren zusammengebrochen ist, hat sich den Realitäten gestellt.

Gerade in Bezug auf die BolivianerInnen gab (und gibt es) in Argentinien einen ausgeprägten Rassismus. Die Traditionen einer weniger vertikal als vielmehr horizontal organisierten Dorfstruktur, die natürliche Solidarität und Unterstützung von Familienmitglie-

dern, die spezifische Kultur des solidarischen Handelns ist für viele ArgentinierInnen etwas absolut Neues und war bis vor kurzem etwas Rückständiges und nur des Spottes wert, eben etwas Lateinamerikanisches. Gerade Bolivien war für die meisten Menschen immer das Land der Putzfrauen und fremden Indígenas und kein Referenzpunkt für das moderne Argentinien. Bei den Protestmärschen, den Caerolazas, den Blockaden von wichtigen Straßenkreuzungen und eben auch bei den Trueque-Märkten im Jahr 2002 waren auch viele ImmigrantInnen aus Bolivien, Peru, Paraguay und anderen Ländern Lateinamerikas beteiligt. Der durch die existenzielle Not erzwungene Kontakt mit La Boliviana und El Negro hat bei vielen – gerade aus der ehemaligen Mittelschicht – dazu geführt, dass sie als Flora und Jaime, als Individuen, die die gleichen Kämpfe führen, die gleichen Sorgen haben, als Subjekte im gemeinsamen Kampf gegen das korrupte und zerstörerische Regime anerkannt und wahrgenommen werden. Und es hat auch dazu geführt, dass viele ArgentinierInnen sich zum ersten Mal über ihr Verwurzelte sein in Lateinamerika klar geworden sind. Früher wollten die ArgentinierInnen wie EuropäerInnen sein, heute haben sie erfahren und akzeptiert, dass sie LateinamerikanerInnen sind. Der Rassismus hat natürlich trotzdem in den wenigen, formal abgesicherten Arbeitsplätzen und in den nach wie vor abgeschirmten Lebensbereichen der Oberschicht überlebt. Diejenigen, die ihre egoistische Gesellschaftssicht bewahrt haben, sind nicht verschwunden, aber sie sind in der Defensive.

Andere ökonomische Alternativen

Für einen Moment in der aktuellen Geschichte Argentiniens spielte der Trueque sowohl als politisch-gesellschaftliches Phänomen mit einem starken Zukunftspotenzial hinsichtlich nachhaltiger gesellschaftlicher Veränderungen als auch als paralleles Wirtschaftssystem eine herausragende Rolle. Aber das eigentlich Revolutionäre sind die Mikro-Projekte, die nach dem Niedergang des Trueque an vielen Orten aus dem bestellten Boden sprießen (und im Falle der huertas, der kollektiven Stadtgärten, ist das wörtlich zu nehmen). Zumindest im »Verein des gegenseitigen Mitgefühls« existiert der Trueque noch. Einmal die Woche treffen sich ca. 100 Menschen und tauschen ihre Produkte direkt, ohne das Hilfsmittel der Créditos. Und trotz der bitteren Erfahrung des Kollapses des Trueque

beginnt sich wieder etwas zu entwickeln, und die positiven Erfahrungen aus dem langen und schmerzhaften Prozess gewinnen an Bedeutung. Eine Alternative für zukünftige Trueque-Projekte könnte ein finanzielles Mischsystem sein, also das Wirtschaften auf Basis eines Geldanteils und eines Anteils von Créditos, um so den Prozess weniger anfällig zu machen für Spekulationen, Fälschungen etc. Das wird in der Apotheke der Mutual realisiert, in der Genossenschaftsmitglieder Generika-Medikamente gegen einen finanziellen Anteil und Créditos erhalten. »Für uns war der Trueque eine ganz wichtige Erfahrung, aber wir müssen jetzt etwas Neues erfinden, mit einer realistischeren Sicht und weniger schematisch«, sagt Graciela Daguricevich. Etwas Neues wie die Apotheke. Mit mehr als 5.000 potentiellen Beteiligten im Rücken gelang es ihren GründerInnen, mit multinationalen Pharmakonzernen Abkommen zu schließen und Medikamente wesentlich günstiger zu erhalten. Etwas, was ohne das Massenphänomen Trueque nie möglich gewesen wäre. Heute werden an die 800 eingeschriebenen Mitglieder der kollektiven Apotheke Medikamente zu sozialen Preisen verkauft, die zum Teil 600 Prozent unter den marktüblichen Preisen liegen. Darüber hinaus werden auch Kurse in alternativer Heilkunde angeboten, um so die Abhängigkeit zu verringern und ein anderes Verständnis von Gesundheit herauszubilden. Ein weiterer Effekt: Es geht nicht mehr um die Marke eines Produktes, sondern um seinen Gebrauchswert. Der Trueque hat auch dazu geführt, dass die Menschen begriffen haben, was den Wert eines Produktes ausmacht.

Insgesamt sind die Trueque-Ansätze auf ein Niveau zurückgeworfen, welches sich mit der Situation Ende der 90er Jahre vergleichen lässt. Allerdings ist bei vielen Menschen der bittere Beigeschmack zurückgeblieben, dass ein hoffnungsvoll und mit einem bedeutenden Veränderungspotenzial gestartetes alternatives Markt-System gescheitert ist. Zumindest in Bezug auf eine reale Veränderung des kapitalistischen Marktsystems hat der Trueque nicht nichts, aber wenig erreicht. Für Myriam Pelazas, wissenschaftliche Mitarbeiterin eines »Piquetero«-Abgeordneten im Stadtparlament von Buenos Aires, liegt denn auch der wahre Wert der Trueque-Erfahrungen einer so großen Zahl von Menschen nicht im Ausprobieren einer Alternativökonomie als neuem Wirtschaftsmodell, sondern im Wiederaufleben und Wiederfinden von Werten wie Solidarität, Nachbarschaft und gemeinsamer Stärke. »Die

argentinische Gesellschaft, die durch den Neoliberalismus zerstört wurde, hat sich zumindest auf lokaler Ebene zum Teil wieder neu konstituiert. Und dies auf der Basis einer gegenseitigen Anerkennung und dem Gefühl, nicht mehr isoliert und hilflos dem System ausgeliefert zu sein. Wo der Kapitalismus nicht mehr funktioniert, entwickelt sich eine neue, veränderte Subjektivität der Menschen. Die konkreten Projekte – und dabei waren der Trueque und seine Weiterentwicklungen elementare Bausteine – haben die alltägliche Sicht und das lokale Handeln vieler Menschen radikal verändert.« Durch das Sich-Einlassen auf das System des Trueque haben viele Menschen ihre Würde wiedergefunden und letztlich damit auch ihr eigenes Selbstbewusstsein gestärkt. Etwas was bei vielen ArgentinierInnen, bedingt durch die Krise der letzten beiden Jahre, in der mehr als zehn Millionen von einem bescheidenen Wohlstand in die Armut stürzten, völlig verloren gegangen schien.

H.I.J.O.S. – den Tätern keine Ruhe lassen

Als erste gingen die Mütter auf die Straße, um die Freilassung ihrer Kinder zu verlangen, die von den Militärs in Argentinien entführt worden waren. Am 30. April 1977, mitten in der Diktatur, trafen sich die Madres zum ersten Mal auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires. Sie demonstrieren dort weiterhin jeden Donnerstag vor dem Regierungspalast, um Aufklärung über das Schicksal der 30.000 Verschwundenen der Diktatur und die Bestrafung der Täter zu fordern. Als nächste organisierten sich die Abuelas, die Großmütter, und machten sich auf die Suche nach ihren verschwundenen Enkeln. Mehr als 500 Kinder von Verschwundenen, die mit verhaftet oder während der Haft geboren wurden, sind ihren Familien geraubt und Militärs oder anderen Helfershelfern der Diktatur zur Adoption übergeben worden. Die meisten kennen ihre wahre Identität bis heute nicht. Seit 1995 organisieren sich nun auch die Hijos, die Nachkommen, um gegen die staatlich verordnete Straffreiheit vorzugehen.

Escrache!

Sie nennen sich H.I.J.O.S. – »Nachkommen für die Identität und die Gerechtigkeit, gegen das Vergessen und Verschweigen« (Hijos por la identidad y la justicia contra el olvido y el silencio) – und haben einer neuen Aktionsform den Weg gebahnt, den Escrachas. Dieses Wort stammt aus dem Lunfardo, dem Dialekt der ImmigrantInnen, der Unterklassen und des Tango am Río de la Plata. Escrache bedeutet »ans Licht bringen«. Solange sie nicht von einem Escrache heimgesucht werden, können die meisten Mörder in Uniform unerkannt, unbehelligt und angenehm in Argentinien leben. Die anfängliche Strafverfolgung der Diktaturverbrechen nach 1983 wurde bereits Mitte der 80er Jahre auf Druck der Militärs mit dem sog. »Schlusspunktgesetz« und dem »Gesetz über den Befehlsnotstand« schnell wieder beendet. Fast zwanzig Jahre nach dem Ende der Diktatur müssen Militärs und andere Verantwortli-

che nun aber damit rechnen, doch noch für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die E s r a c h e s finden dort statt, wo der Täter lebt. Eine Demonstration zieht durch den Stadtteil bis vor sein Haus, das mit roten Farbbeuteln markiert wird – als Symbol für die begangenen Blut-taten. Mit einer Rede wird sein persönlicher Beitrag zur Unterdrückung bekannt gegeben. Dann zieht die Demo weiter und beendet die Aktion mit Musik und Tanz auf der Straße. Zurück bleiben Hinweise auf dem Bürgersteig oder an der Haustür: »Hier wohnt ein Völkermörder / Folterer«.

Das erste E s r a c h e von H.I.J.O.S. richtete sich gegen den Arzt Jorge Magnaco, der während der Diktatur in dem geheimen Folterzentrum ESMA (E s c u e l a d e M e c á n i c a d e l a A r m a d a) in Buenos Aires für Geburten zuständig war. Als eine ehemalige Gefangene zur Behandlung ins Krankenhaus Mitre ging, musste sie feststellen, dass derselbe Arzt dort wieder als Geburtshelfer arbeitete. Sie teilte dies H.I.J.O.S. mit, die den Skandal an die Öffentlichkeit brachten, indem sie vier Wochen lang jeden Freitag von dem Krankenhaus zur Wohnung des Diktaturarztes demonstrierten. Mit Erfolg: Magnaco wurde entlassen, und die Wohnungsbaugesellschaft legte ihm nahe, sich eine andere Wohnung zu suchen.

In der ersten Zeit Mitte der 90er Jahre folgten die E s r a c h e s Schlag auf Schlag. Etwa alle zwei Wochen zogen die H.I.J.O.S. aus, um einen Völkermörder oder Kindesentführer öffentlich zu verurteilen. Inzwischen finden weniger Aktionen statt, denn H.I.J.O.S. legen mehr Wert auf die Vorbereitung im Stadtteil. Oft vergehen Monate zwischen der ersten Kontaktaufnahme und dem eigentlichen E s r a c h e, das gemeinsam mit Gruppen und Organisationen aus dem Stadtteil vorbereitet wird. Flugblätter und Wandparolen informieren vorab über den enttarnten Täter, sodass am Tag des E s r a c h e schon allgemein bekannt ist, worum es geht. Es ist Ziel der E s r a c h e s, dass die NachbarInnen selbst die Aktion aufgreifen und die soziale Ächtung der Täter im Alltag weitertreiben: dass die Bäckerin ihm keine Brötchen mehr verkauft und er im Kiosk nicht mehr bedient wird, dass in Fenstern und Läden Plakate mit seinem Bild aufgehängt werden und dass er sich nicht mehr unbehelligt auf der Straße bewegen kann, weil plötzlich alle wissen, welche finstere Vergangenheit dieser »nette Nachbar« hat. An die Stelle der juristischen Verurteilung tritt die moralische und soziale. Da der Staat sich weigert, die Mörder in Uniform in den

Knast zu stecken, machen ihnen nun die Leute das Leben »draußen« denkbar unmöglich.

Für die E s r a c h e s werden immer wieder neue Ideen entwickelt, je nach der Situation im Stadtteil und den Vorschlägen der NachbarInnen. Eine Gruppe von KünstlerInnen weist mit verfremdeten Straßenschildern auf Wohnorte von Tätern hin und auf ehemalige Folterzentren in der Stadt, die sich z.B. hinter den Fassaden von Autowerkstätten verbargen. Theater-, Straßenkunst- und Musikgruppen sorgen dafür, dass die E s r a c h e s nie zu Latschdemos werden. Und am Ende wird jeweils auf der Straße gefeiert: »Die Straße gehört uns, nicht den Völkermördern, die haben hier nichts mehr verloren, die gehören in den Knast, wir wollen sie nicht mehr auf der Straße rumlaufen sehen.«

Nicht nur bekannte und bislang unbekannt Militärs, die »kleinen Rädchen« der Diktatur, werden mit E s r a c h e s geoutet, sondern auch zivile Helfershelfer und Nutznießer: Ärzte, die an Kindesentführungen beteiligt waren; Anwälte, die Papiere gefälscht, und Händler, die sich an den Sachen der Verschwundenen bereichert haben; Kirchenvertreter, die den Verbrechen ihren Segen gaben, oder Politiker, die unter dem Schutz der Militärs die heutige Wirtschaftspolitik gegen die Arbeiterkämpfe der 70er Jahre durchgesetzt haben. Unter der Diktatur wurden neoliberale Politiken in Argentinien durchgesetzt, mit Privatisierungen und Entlassungen, einer immensen Zunahme der Auslandsverschuldung, mit der Bereicherung von wenigen und einer Verarmung der Mehrheit, die inzwischen dramatische Ausmaße angenommen hat.

30.000 Gründe, weiter zu kämpfen

Die Geschichte von H.I.J.O.S. beginnt Ostern 1995 mit einem Zeltlager, bei dem sich siebzig Nachkommen von Verschwundenen treffen. Im Oktober desselben Jahres findet das erste landesweite Treffen von H.I.J.O.S. statt, mit 350 TeilnehmerInnen aus 14 Provinzen. Die neu gegründete Organisation wächst schnell und stößt sofort auf großes Medieninteresse, denn durch die öffentlichen Aussagen des pensionierten Militärs Scilingo ist das Thema der 30.000 Verschwundenen gerade wieder aktuell. Scilingo hat nicht nur die systematische Folter und Ermordung von Linken während der Diktatur zugegeben, sondern auch die Praxis der Todesflüge beschrieben. Die Gefangenen wurden betäubt in Flug-

zeuge verfrachtet und von dort aus lebendig über dem Río de la Plata ins Meer abgeworfen.

Im folgenden Jahr, am 24. März 1996, jährt sich zum zwanzigsten Mal der Militärputsch. H.I.J.O.S. rufen für 3.10 Uhr morgens, dem exakten Zeitpunkt des Putsches, zu einem Fackelmarsch von der Plaza de Mayo zum Justizpalast auf. Zehntausend Menschen folgen dem Aufruf. Mit einer so großen Beteiligung hatte niemand gerechnet. Nach dieser Kundgebung bekommen mehrere Mitglieder der Organisation anonyme telefonische Drohungen, werden von Autos ohne Nummernschilder verfolgt und bedroht. Nachdem sie sich offiziell beschwert haben, kommt es zu einem Treffen mit dem Innenminister. Sein Angebot, ihnen Polizeischutz zu geben, lehnen H.I.J.O.S. ab, denn sie sind sich sicher, dass die Drohungen genau von dorthin kommen, aus dem Polizeiparadise, der immer noch derselbe ist, der ihre Eltern umgebracht hat.

Mehr als eine Menschenrechtsorganisation

Die GründerInnen von H.I.J.O.S. sind im Schnitt zwanzig Jahre alt. Sie sind Nachkommen von Verschwundenen, Gefangenen und Exilierten. Auch in anderen Ländern, in Barcelona, Madrid, Paris, Montevideo, Mexico-City und Caracas bilden sich H.I.J.O.S.-Gruppen. Die Suche nach den damals geraubten Kindern und die Aufdeckung der wahren Identitäten sind wichtige Ziele der Organisation. Aber persönliche ›Betroffenheit‹ ist keine Bedingung, um Mitglied zu werden. Mitmachen können alle, die sich mit den ›Neun Punkten‹ einverstanden erklären (siehe Kasten), unabhängig von ihrem Alter oder familiären Beziehungen zu Opfern der Diktatur.

H.I.J.O.S. sind mehr als eine Menschenrechtsorganisation. Für sie sind die Verschwundenen nicht nur Opfer, sondern in erster Linie linke AktivistInnen und Revolutionäre. Sie beziehen sich auf die Kämpfe ihrer Eltern, auf die antikapitalistischen Kämpfe der 70er Jahre und wollen diesen Faden wieder aufnehmen. Eine Diskussion darüber wird in Argentinien durch die verbreitete Theorie von den zwei Dämonen blockiert. Danach hat damals ein ›Schmutziger Krieg‹ zwischen Militärs und Guerilla stattgefunden, mit ›Fehlern und Exzessen‹ auf beiden Seiten. Der Widerstand der Linken wird so auf eine Stufe mit dem Terrorismus des Staates gestellt. Und mit dem Nunca más! (Nie wieder!) zur Diktatur kann

der Antikapitalismus dann praktischerweise gleich mit entsorgt werden. Denn ›Nie wieder Militärs‹ bedeutet nach dieser Sichtweise ja auch: Versucht nie wieder, die Gesellschaft grundlegend zu verändern.

Nie wieder ›Halt dich raus‹

Um solchen Geschichtsfälschungen und dem verbreiteten Nichtwissen etwas entgegenzusetzen, organisieren H.I.J.O.S. Diskussionen an Schulen. Durch ihre direkten Aktionen sind sie zu einem Bezugspunkt für Jugendliche geworden. Sie zeigen praktisch, dass man nicht auf die Institutionen warten muss, sondern selbst was machen kann. Die Hij@s gehen in die Stadtteile, um die Gerechtigkeit mit den Leuten selbst in die Hand zu nehmen. H.I.J.O.S. lehnen Abhängigkeiten und Hierarchien ab. Sie finanzieren sich selbst (am liebsten mit Fiestas), und die basisdemokratische, horizontale Organisation ist für sie nicht irgendeine Methode, sondern politisches Prinzip. In Buenos Aires teilen sie ihre Räumlichkeiten mit der Motorradkurier-Gewerkschaft SIMeCa (Sindicato Independiente de Mensajeros y Cadetes – Unabhängige Gewerkschaft der Kuriere und Boten), der derzeit einzigen unabhängigen Gewerkschaft in Argentinien, die ohne Vorsitzende, Funktionäre und Bürokraten funktioniert. Eingeweiht wurde dieses Lokal Ende 2000 mit einem Straßenfest, bei dem Manu Chao unangekündigt auftauchte und spielte.

Die Motoqueros, die Motorradkuriere, sind durch ihre besondere Rolle beim Aufstand vom 19./20. Dezember bekannt geworden. Sie wurden zum Info- und Kurierdienst der Bewegung, haben Wasser, Zitronen und Steine verteilt, Verletzte aus Gefahrenzonen weggebracht und gemeinsam die Polizei angegriffen. Zwei von ihnen wurden erschossen. Seitdem organisieren H.I.J.O.S. und SIMeCa am 20. jeden Monats eine Demonstration zu den fünf Orten im Zentrum von Buenos Aires, an denen DemonstrantInnen erschossen wurden.

Für manche Jugendliche waren die Aktionen von H.I.J.O.S. Anstoß, selbst in der Schule, im Stadtteil oder bei der Arbeit aktiv zu werden. Genau das wollen H.I.J.O.S. erreichen: dass die Leute sich selbst einmischen. Eine der Überlebensweisheiten während der Diktatur, die bis heute nachwirkt, hieß ›Halt dich raus‹. Soziale und solidarische Zusammenhänge wurden gewaltsam zerschla-

gen – an ihre Stelle traten Vereinzelung und Schweigen. Bei den E s r a c h e s geht es auch darum, diese solidarischen Zusammenhänge wiederherzustellen. Die Treffen in den Stadtteilen im Vorfeld der E s r a c h e s können dazu dienen, das zerrissene soziale Netz neu zu knüpfen.

H.I.J.O.S. haben sich 1995 gegründet, in demselben Jahr, in dem die Arbeitslosen in Argentinien angefangen haben, sich als Piqueteros zu organisieren und mit Straßenblockaden auf sich und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Seitdem haben sich die Lebensbedingungen für die meisten ArgentinierInnen drastisch verschlechtert. Aber seit dem Aufstand am 19./20. Dezember letzten Jahres haben auch die basisdemokratischen Organisationsprozesse eine unvorhergesehene Beschleunigung erfahren. Überall sind Stadtteilversammlungen entstanden, und die Aktionsformen von Piqueteros und H.I.J.O.S. haben sich flächendeckend verbreitet. Straßenblockaden und E s r a c h e s sind zum Volkssport geworden. *Que se vayan todos!* heißt die Hauptparole, die Politiker sollen alle abhauen, und kein Politiker kann sich mehr vor spontanen E s r a c h e s sicher fühlen. Auf der Straße, in der Bank, im Restaurant – wo auch immer sie erkannt werden, werden sie beschimpft und angegriffen. Sogar im Ausland: Der damalige Außenminister Carlos Ruckauf wurde im Februar 2002 wüst beschimpft, als er von Madrid nach Buenos Aires fliegen wollte. Die übrigen Passagiere wollten ihn nicht im Flugzeug dulden. Der Mann hat es verdient, auch im traditionellen Sinn der E s r a c h e s. 1975 hat er als Minister das »Dekret zur Vernichtung der Subversion« unterzeichnet, den damaligen Freibrief für die Militärs, gegen Gewerkschaften und Basisbewegungen vorzugehen, was er bis heute nicht bereut, trotz aller bekannten Folgen. Noch vor kurzem hat er sich stolz darauf bezogen und erklärt, dass er einen solchen Schritt jederzeit wieder tun würde ...

(Dieser Artikel erschien zuerst in der *ila*, Nr. 259, Oktober 2002.)

Neun Punkte: Grundsätze von H.I.J.O.S.

- Die Völkermörder, ihre Komplizen, Nutznießer und Anstifter müssen vor Gericht gestellt und bestraft werden.
- Tatsächliche Außerkraftsetzung der Straffreiheitsgesetze und Auflösung des Repressionsapparates.
- Aufklärung der Identität unserer geraubten Geschwister.
- Unabhängigkeit von allen Institutionen oder politischen Parteien.
- Horizontale Organisation und Bereitschaft zum Konsens.
- Wiederherstellung der sozialen und solidarischen Zusammenhänge, die die Diktatur zerstört hat.
- Nein zur so genannten »Theorie von den zwei Dämonen«, die den Widerstand mit dem Staatsterrorismus gleichsetzt.
- Wir beziehen uns auf den Kampf unserer Eltern und ihrer GenossInnen für ein gerechtes und solidarisches Land, für ein Land ohne Elend und Ausschluss, und wollen diesen Kampf weiterführen.
- Freiheit für die politischen Gefangenen; Schluss mit der Verfolgung von sozialen KämpferInnen.
- Wir vergessen nichts, wir verzeihen nichts, wir versöhnen uns nicht!

Diffuse Netze: Von der politischen Illusion zu neuen Formen der Gegenmacht

In diesem abschließenden Kapitel sollen einige theoretische Überlegungen weiterentwickelt werden, die im Buch nur am Rande oder noch gar nicht angesprochen wurden. Es handelt sich um eine Kritik der Repräsentation sowie um Fragen der Vernetzung.

Repräsentation funktioniert ausgehend von konstruierten Subjektivitäten. Repräsentiert wird angeblich etwas bereits Vorhandenes. Eine Anwältin, ein Politiker oder eine Delegierte handeln demnach ausgehend von der Konstruktion einer Gruppe, die dann von ihnen vertreten werden soll: KundInnen, die Wahlbevölkerung, die BürgerInnen eines Landes, die Gesamtheit der Lohnarbeitenden oder Studierenden usw. Diese Präexistenz ist ins Innere der Repräsentationsbeziehung eingelassen und liegt nicht zeitlich davor. Der vertretene Teil der Gesellschaft konstituiert sich nicht unabhängig von der Beziehung der Repräsentation. Ernesto Laclau betont, dass der Repräsentant – in der Konstitution dieser Beziehung – die repräsentierte Gruppe durch das Repräsentationsverhältnis »schließt«. Auf diese Weise ist die Repräsentation nicht von dem Repräsentierten getrennt. Sie ist die spezifische Form der Verknüpfung zwischen den Menschen und daher keinesfalls harmlos oder neutral.

Die Marktgesellschaften, so die zentrale These von Guy Debord, sind Gesellschaften der Repräsentation. Das Repräsentationsverhältnis dringt überall ein und trennt die Repräsentanten von den Repräsentierten. Die grundsätzlichen Kategorien in Gesellschaften der Repräsentation sind »Konsens«, »Meinung«, »Artikulation«, »explizite Netze«, »Kommunikation« und »Vereinbarung«. Es sind Kategorien der Trennung, des Kapitalismus. Es handelt sich um Gesellschaften, in denen das Bild, das Fragmentierte, der Konsum und das Individuum dominieren. In ihnen erklärt sich das Verhältnis der Menschen zueinander durch die Erzeugung eines Bildes, welches als »vereint« darstellt bzw. erscheinen lässt, was »getrennt« fortexistiert.

Die Repräsentation als solche ist ein Verhältnis von Verhältnissen. Die Besonderheit der »Gesellschaft des Spektakels« (Debord) liegt darin, dass die Repräsentation allgegenwärtig wird und andere Ausdrucksverhältnisse »vergessen« gemacht werden. Dies beinhaltet, dass die Herausforderungen, denen sich die Menschen jeder Epoche gegenübergestellt sehen, negiert und – in derselben Bewegung – virtualisiert werden. Stattdessen werden Bilder verbreitet, die jeden möglichen Lebenssinn durch eine Illusion ersetzen. Diese täuscht Selbstverwirklichung und Ganzheit vor, was die für den Kapitalismus konstitutive Trennung sicherstellt. Tief eingelassen in die Kategorie des Individuums ist die vom postmodernen Kapitalismus perfektionierte Virtualisierung, die alle Notwendigkeiten des Lebens umfasst und sich auf alle Elemente der Wirklichkeit bezieht.

Eine Vielzahl von Erfahrungen erzeugen demgegenüber – unbewusst und enträumlicht – Werte einer neuen Vergesellschaftung. Diese Erfahrungen beteiligen sich an der Herstellung von Sinnpotenzialen, die in keinster Weise bewusst oder freiwillig koordiniert werden.

In der Tat besitzt jede Erfahrung, jede Situation eine radikale Einzigartigkeit. Dies stellt auf keinen Fall in Frage, dass die vielen Situationen, jede auf ihre Art, die Sinnprobleme einer Epoche angehen. Gemeinsame Probleme existieren nur in der konkreten Situation. Und sie existieren ausgehend von hegemonialen Elementen – der Kapitalismus gehört dazu –, an denen sich sehr verschiedene Situationen abuarbeiten haben.

Aber im Unterschied zur Logik der Repräsentation bilden die eine Epoche begründenden Probleme und die eine jeweilige Konjunktur bedingenden dominanten Elemente keine repräsentative Einheit, welche die radikale Einzigartigkeit jeder Situation auslöscht. Das Globale erlangt, selbst wenn es den Anschein haben mag, keine eigenständige Konsistenz.

Soziale Veränderungen können über die Repräsentation hinaus als eine Dynamik begriffen werden, die sich nicht mehr in den dominanten Koordinaten der Modernität vollzieht. Die Produktion von Welt ist nicht mehr das Werk eines in sich konsistenten und wirksamen Subjekts, das in der Lage wäre, aus eigenem Willen und aus der wissenschaftlichen Erkenntnis historischer Gesetze heraus die Geschichte zu lenken. Nur wenn im Gegenteil die Idee eines geschichtsübergreifenden Subjekts und alle Fortschritts-

mythen überwunden werden, wird der Weg offen zu einer Konzeption, von der aus sich Werte entwickeln lassen, welche die Existenz neu deuten.

Westliche Frauenbewegung, *Madres* und *Zapatistas*

Die Frauenbewegung im Westen, die Menschenrechtsgruppen in Argentinien oder der indigene Widerstand in Mexiko, um nur einige bekannte Beispiele zu nennen, zeigen, wie der Kampf für Werte der Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit über die Konzeption eines einheitlichen Geschichtssubjekts hinausweist. In der konkreten Situation werden hier neue Diskurse geschaffen. Indem diese Bewegungen von sich selbst sprechen und so den dominanten Diskurs in Frage stellen, mit dem im Rahmen der geltenden Normen über sie gesprochen wird, teilen sie sich der ganzen Welt mit.

Auf diese Weise hat sich der von den Frauen eingenommene Ort im Laufe einer Generation radikal verändert. Aber auch – und aufgrund dessen – der Ort der Männer. Diese Transformation hatte jedoch ihren Ursprung und ihre Wirkungsmacht nicht in den Staatsapparaten. Dies will nicht heißen, dass all diese Kämpfe sich nicht in eine spezifische Gesetzgebung eingeschrieben hätten. Aber diese Gesetze hätten von sich allein aus nicht die Wandlungsprozesse auslösen können, welche die Kämpfe der Frauen bewirkt haben.

Das Gleiche lässt sich vom Engagement für die Menschenrechte in Südamerika, und hier vor allem in Argentinien, sagen. Zuerst waren es die Mütter der Plaza de Mayo, dann die Organisation H.I.J.O.S., welche das Wort ergriffen haben, um in eigener Person klarzumachen, was für sie Gerechtigkeit bedeutet. Die *Madres* forderten das Wiedererscheinen ihrer verschwundenen Angehörigen als Lebendige (*«aparición con vida»*) und verhinderten dadurch, dass diese zu Toten erklärt und mit einem Schlag alle Konsequenzen ausgelöscht wurden, die sich aus dem *«Verschwindenlassen»* (*desaparición*) ergaben.

Wenn die Verschwundenen verschwunden bleiben, dann – so die Forderung der Mütter und Großmütter – *«wollen wir wissen, warum dies geschah»*. Und diese Erklärung führte dazu, die Gesamtheit der vom Terrorstaat angewandten Methoden, die Mitwirkung der mächtigsten Staaten des Westens und eine lange Ket-

te ziviler Mittäterschaft bloßzulegen – sprich die gesamte Logik des Genozids, der Zermalmung der Revolution, der Folter- und Vernichtungszentren als extremster Ausdruck der mörderischen Logik des Kapitals.

Wenn dieses erste Moment des Einsatzes für die Menschenrechte dazu diente, die innerste Funktionsweise unserer Gesellschaften zu entschlüsseln, so sind die Ersatze der Organisation H.I.J.O.S. ein konkreter Ansatz, um Gerechtigkeit von unten herzustellen. Diese Praxis nimmt vom repräsentativen Justizapparat Abschied und greift auf die Nachbarn, das Gedächtnis der Überlebenden und auf die Jugendlichen zurück, welche die Komplizenschaft mit den Völkermördern anklagen.

Ähnliches lässt sich vom Kampf der indigenen Bevölkerung in Chiapas sagen. Ausgehend von einer nichtkapitalistischen und indigenen Subjektivität, die in der Lage ist, die Formen des überlieferten, in die Dorfgemeinschaften eingelassenen Gedächtnisses zu bewahren, und auf der Grundlage konkreter Elemente von Subsistenzökonomie und Praktiken kollektiver Entscheidungsfindung sowie im Zusammentreffen mit der Geschichte der Befreiungskämpfe in Lateinamerika haben die *Neozapatistas* das Wort ergriffen, um alle Diskurse abzulösen, die Regierungen und Nichtregierungsorganisationen der metropolitanen Länder *«über»* sie verbreiteten. Der *Neozapatismus* orientiert sich an einem Denken, das alle Elemente der aus vergangenen Kämpfen überlieferten Traditionsbestände neu organisiert.

Als eine Bewegung der nationalen Befreiung verteidigt er voll und ganz seine Zugehörigkeit zur mexikanischen Nation. Zur gleichen Zeit ist sich diese Bewegung aber bewusst, dass es weder eine einheitliche Norm gibt, die eigene Nation zu *«leben»*, noch dass diese Norm anderen übergestülpt werden kann. Die Fähigkeit, für sich selbst zu sprechen, bringt diese Indigenen in die außergewöhnliche Lage, zu erklären, wer sie sind bzw. wie sie leben. Sie teilen der Welt das Wissen einer negierten Kultur mit, was in uns die Überzeugung bestärkt, dass es die Mannigfaltigkeit von Lebensformen in der Welt zu akzeptieren gilt.

Diese Haltung unterscheidet sich sehr von der modernen Auffassung, die definieren will, wie die Welt zu sein hat. Gleichzeitig verteidigen die *Zapatistas* ihre eigene Situation mit der Waffe in der Hand. Dieses *«Bewaffnetsein»* hat allerdings keine Beziehung mehr zu traditionellen Guerilla-Strategien der Machteroberung.

Im Mittelpunkt steht nach Worten der zapatistischen Befreiungsarmee EZLN, was in den indigenen Gemeinden passiert, und – ausgehend davon – die Demokratisierung der Zivilgesellschaft von unten. Dies schließt nicht aus, dass die Indigenen als mexikanische StaatsbürgerInnen von der Zentralregierung die Anerkennung ihrer Rechte verlangen.

All diese Formen des Protagonismus haben es nicht nötig, sich aus der konkreten Situation »zu entfernen«, um sich gemeinsam mit den übrigen Teilen der Gesellschaft »zu artikulieren«. Jedes dieser Experimente wirkt auf einer Ebene, die als das »konkrete Universelle« bezeichnet werden kann. Es handelt sich um eine Arbeit an universellen Problemen im Inneren der eigenen Situation.

Dabei scheint eines deutlich zu werden: Wo die dominante politische Subjektivität nicht mehr sieht als Zerstreutheit, produziert der neue Protagonismus ausgehend von vielfältigen Formen Sinn. Die fundamentale Annahme der politischen Subjektivität, die besagt, dass die Menschen sich von der Welt abspalten müssen, um diese begreifen und kontrollieren zu können, sieht sich so ernsthaft in Frage gestellt. So wird nicht mehr gelebt. Es geht nicht mehr um den Menschen im Angesicht der Geschichte, der in ihr seinen Sinn zu bestimmen trachtet, sondern um die Einbeziehung des konkreten Menschen in seine konkrete Situation, um eine von der Situation ausgehende Weise, die Welt zu bewohnen und nach den sich öffnenden Möglichkeiten zu fragen.

Der Mythos des Globalen bricht in sich zusammen: Die Welt existiert seit jeher auf sehr konkrete Art und Weise. Und die Verantwortung über das, was mit ihr geschieht, ist ganz und gar nicht exklusiv in den Händen der Personen, die in den »globalen Institutionen« arbeiten.

Der neue Protagonismus kann alle ansprechen, ohne dabei die Grenzen der eigenen Situation überschreiten zu müssen. Dies unterscheidet ihn von der Ideologie der Kommunikation. Politische Radikalität beinhaltet also eine Wiederbegegnung mit »dem, was passiert«. Ihre Kraft besteht nicht zuletzt darin, sich nicht von den Anforderungen, die eine Zeit der eigenen Existenz auferlegt, trennen zu lassen. Es handelt sich um eine erneute Suche danach, wie die Probleme der Existenz zu lösen sind, nachdem sich die politische Subjektivität ein für alle Mal erschöpft hat.

Politik: Dieses obskure Objekt der Begierde

Die politische Illusion besteht in der sich wiederholenden Behauptung, dass die Politik nicht von anderen Faktoren bestimmt wird, sondern dass sie selbst bestimmendes Moment ist. Demnach wäre das Politische – der Staat – das, was der Kopf – das Bewusstsein – für den Körper darstellt: ein Denken, das der Gesamtheit der Körperteile Leben einhaucht und ihnen Sinn, Aufgaben und Funktionen zuteilt. Das Politische erscheint so als Instanz, in der die ansonsten zerstreuten Fragmente des Sozialen koordiniert und verknüpft werden. Auf die eine oder andere Weise ist so das Politische der Ort der Befehlsgewalt, die Schaltzentrale sowie das Zentrum der Philosophie. Politik zu machen heißt nicht, sich zu fragen, wie mit dem, was passiert, umzugehen sei, sondern wie zu bewirken ist, dass das passiert, was wir wünschen. In dieser Vision der Kontrolle des Realen stehen »Machtfragen« an allererster Stelle.

Die politische Illusion konstituiert sich an der Nahtstelle zwischen der Politik – als Kampf um Gerechtigkeit – und dem Politischen – als Arena staatlichen Handelns. Sie will aber nicht nur diesen Unterschied verwischen, sondern auch die Begriffe vertauschen und so die politischen Kämpfe als vom Politischen durchdrungen und verstanden darstellen. Diese Nahtstelle als Schlüsselement jeder politischen Subjektivität gab den Rahmen für die politischen Auseinandersetzungen der 70er Jahre ab. In jenem Kontext existierte jedoch zumindest noch ein Raster, in dem sowohl der Staat als auch der soziale Widerstand von unten praktisch diese Subjektivität unterstützten. Dies hat sich heute radikal verändert; der Versuch einer revolutionären Umgestaltung über den Staat ist zur Karikatur geworden. Dennoch begegnen wir immer noch dem Argument: Da das Politische weiterhin als privilegierter Ort des Sozialen zu betrachten sei und sich die Politik auf diese Funktionen reduziere, sei auch heute eine soziale Transformation undenkbar, die nicht der Frage der zentralen Macht Priorität verleihe.

Dieser Standpunkt hält uns in einem traurigen Missverständnis gefangen. Er leugnet den epistemologischen und damit auch politischen Bruch der Gegenwart und mündet in einen absurden Autismus, was die Wahrnehmung heute stattfindender radikaler Erfahrungen angeht.

Nach einem Jahrzehnt unangefochtener neoliberaler Herrschaft

sprießen heute überall neue Kämpfe hervor. Die politische Subjektivität lässt uns diese Auseinandersetzungen aber nicht angemessen begreifen. Sie führt uns in Dilemmata, die nur sehr schwer aufzulösen sind. Sich zu fragen, ob das Politische – der Staatsfetischismus – noch in der Lage ist, das alles zu begleiten, was auf der Ebene des neuen sozialen Protagonismus vor sich geht, macht eine tief greifende Reflexion über all unsere bisherigen politischen Argumentations- und Verhaltensweisen nötig.

Abkürzungen

Die Aufforderung, »sich des Staatsapparats zu bemächtigen«, belegt, wie der umfassende Charakter des Politischen in Vergessenheit geraten ist. Was dabei vergessen wird, ist nicht weniger bedeutsam und trifft das Herz der politischen Illusion. Wenn das, was der Nationalstaat repräsentiert, die Resultante von Tendenzen darstellt, die an der gesellschaftlichen Basis entstehen bzw. sich dort organisieren, so ist der demokratische Staat niemals etwas anderes als ein mehr oder weniger gelungener Reflex – eben eine Resultante von Tendenzen und keine autonome Tendenz. Und dies hat den Preis, dass jedweder Verzicht des Staates, in dieser Form zu agieren, diesen selbst in seinen Funktionen als Souverän in Frage stellt – und gerade dies tritt heute in weiten Teilen ein.

John Holloway hat jüngst daran erinnert, dass die Repräsentation nicht neutral ist, sondern sich im Gegenteil unter der kapitalistischen Hegemonie konstituiert. Dass der Staat verschiedene Tendenzen ausdrückt, repräsentiert oder reflektiert, lässt ihn nicht über die vorherrschende Hegemonie hinauswachsen. Diese Beobachtung hilft unser zentrales Argument noch genauer zu fassen. Es ist demnach illusorisch zu glauben, dass die Staaten, welche diese Hegemonie repräsentieren, sich in Instrumente verwandeln könnten, um auf der Grundlage einer konsistenten Entscheidung gerade die Hegemonie umzustoßen, die ihnen erst ihren spezifischen Charakter verleiht.

Die Verfasstheit der sich herausbildenden und im Staatsapparat organisierten Repräsentationen besitzt einen Status von Realität, der für diejenigen, die sie zu modellieren beabsichtigen, strukturell unbeweglich erscheint. Wer Repräsentationen durch andere zu ersetzen sucht, um auf dem Weg zur Machtergreifung eine Abkürzung einzuschlagen, gibt schon einen Kandidaten für das

Zepter der Tyrannei ab. Keine Pädagogik der Macht ist so wirkungsvoll, als dass sie solche Repräsentationen kontrollieren, verändern und manipulieren könnte.

Die Phantasie der Abkürzung besteht im Glauben an die Möglichkeit, in der direkten Auseinandersetzung Repräsentationen durch andere ersetzen zu können. Der Staat könnte, so die Annahme, durchaus durch andere Gruppen geführt werden. Jede einzelne von ihnen wird als Träger einer Gesamtheit von eigenständigen Repräsentationen wahrgenommen, die von oben her in der Gesellschaft durchgesetzt werden. Es formt sich so eine Ansammlung von Begriffen, die vorgeben, Ausdruck von Kenntnissen über die politischen Räume und den Kampf um ihre Besetzung zu sein. Diese Phantasiewelt einer politischen Physik gehört zu den Wissensbeständen der politischen Subjektivität. Ihre Diskurse sind, wie wir schon gesehen haben – und wie es einer übersättigten Vorstellungswelt zu Eigen ist –, darauf aus, die letzten Spuren der Wirklichkeit zu tilgen.

Nur wenn die bisher geäußerten Gedanken über die Grenzen der politischen Subjektivität und die Herausbildung eines neuen sozialen Protagonismus Gültigkeit besitzen, macht die Frage Sinn, inwiefern die Spannung zwischen »Politik« – d.h. den alltäglichen Kämpfen, den Werten der Gerechtigkeit Gestalt zu verleihen – und staatsbezogenem Handeln ebenso unvermeidlich wie notwendig ist. Immer vorausgesetzt, dass diejenigen, die jeweils die beiden Pole der Beziehung besetzen, die Natur derselben begreifen.

Wenn die Politik glaubt, administrative Akte zur Gänze ersetzen zu können, wird sie einem elementaren Idealismus verfallen. Wenn umgekehrt staatliches Verwaltungshandeln an die Stelle der Politik tritt, wird daraus ein Vulgärmaterialismus folgen, der die revolutionäre Theorie und Praxis unter sich begräbt. Es gibt keine revolutionäre Verwaltung an sich. Die staatliche Verwaltung als eine Gesamtheit von Beziehungen, Gesetzen und verschiedenen Elementen zur Organisation einer Gesellschaft kann – zu einem bestimmten Zeitpunkt – die Losung, das historische und konjunkturelle Ziel der Politik darstellen. Gleichzeitig sollte die Verwaltung aber auf keinen Fall anstreben, die Politik als solche zu eliminieren. Dies gilt vice versa auch für jede Versuchung, die soziale Wirklichkeit mit Politik zu übersättigen, weil eine Gesellschaft ohne jede »Verwaltung« zu verschwinden droht.

Diese Reflexion ist insofern von entscheidender Bedeutung, als

sie angesichts der Erfahrung des Scheiterns des Realsozialismus versucht Bilanz zu ziehen und aus diesem Scheitern zu lernen. Auch wenn der Staat nicht den privilegierten Ort sozialer Transformation darstellt, so ist er doch als Ort in der Gesellschaft nicht einfach zu unterdrücken oder als Realität zu verleugnen. Es handelt sich in der Tat um einen Ort, der in jeder komplexen Gesellschaft bestehen bleiben wird, und gleichzeitig um einen möglichen Bezugspunkt, der zu einem Element sehr verschiedenartiger konkreter Situationen werden kann.

Es gibt daher »situationistische« Eckpunkte, um das Verhältnis zur »Politik des Staates« zu denken. Einerseits die Selbstvergewisserung einer Autonomie der konkreten Situationen, die nicht darin besteht, sich abzukoppeln, sondern darin, ausgehend von eigenen Dimensionen der Zeit und des Raums sowie selbstdefinierten Kriterien diese Beziehung anzunehmen. Andererseits gilt es, die verschiedenen Möglichkeiten des Verhältnisses zum Staat – Vereinnahmung, Repression und die Fähigkeit, in punktuellen Aspekten mit seinen Institutionen zusammenzuarbeiten – richtig zu deuten und in der Lage zu sein, diese angemessen zu gestalten.

Globale, explizite und diffuse Netze

Wenn die Kritik an der Illusion der Repräsentation zutrifft, dann folgern daraus weit reichende Fragen für die Alternativbewegung Argentiniens: Stellt ihre Vielfalt ein Problem dar, welches durch Formen strengerer Organisation überwunden werden muss, um den sozialen Kämpfen Wirksamkeit zu verleihen? Oder können sich die Erfahrungen des neuen Protagonismus auf andere Weise miteinander vernetzen?

Ein Netz, das diese Erfahrungen verknüpft, kann nur ein diffuses Netz sein. Deren Einzigartigkeit besteht gerade darin, dass die eigene Praxis impliziert, das globale Netzwerk – die Norm, das Panoptikum – zu verlassen und in diesem Überschreiten Wissen über sich selbst und über die eigene Situation zu erlangen.

Das explizite Netz kann über die Voraussetzungen, auf denen es beruht, nicht wirklich hinausgehen. Diese bestätigen die eigenen Formen des Austauschs. Sie isolieren sich nicht, sondern ziehen neue Grenzen gegenüber dem, was außerhalb liegt. Oder sie eignen sich dieses »Außen« an, indem sie in der Beziehung zu ihm souverän werden.

Das diffuse Netz agiert ausgehend von Resonanzen. Die Probleme einer Epoche, d.h. bestimmte für alle existierende Hindernisse, werden mit anderen geteilt und so wird – in der Situation – die Vermittlung von Wissen, Sinn und Aussagen ermöglicht. Dabei gibt es keine Imitation oder direkte Übersetzung, welche die Wirksamkeit dieses Wissens verallgemeinern und ihm sofortige allumfassende Geltung verleihen könnte.

Diese Begegnungen und Verbindungen implizieren nicht die Herstellung eines neuen globalen Raums. Ein explizites Netz kann die verschiedenen Situationen nur verknüpfen, wenn sie diese als Knotenpunkte des Netzes begreift. Dies gelingt nur, wenn ein virtueller Raum der Kommunikation zwischen homogenisierten Erfahrungen auf der Basis gemeinsamer Eigenschaften vorausgesetzt wird. Die Einzigartigkeit der Situation wird so beeinträchtigt. Der konkreten Erfahrung droht ein Kontrolldispositiv übergestülpt zu werden.

Diffuses Netz und explizites Netz sind also zwei Begriffe, mit denen aus der Perspektive des neuen Protagonismus heraus die möglichen Verbindungen zwischen den Erfahrungen von Gegenmacht unterschieden werden können. Das explizite Netz wird hier definiert durch die aktiven Verknüpfungen zwischen Knotenpunkten, die durch einen gegenwärtigen Sinn organisiert werden. Das diffuse Netz besteht demgegenüber aus dem Umfeld einer Situation bzw. den sie umgebenden Situationen, mit denen sich diese Situation durch Resonanzen austauscht.

Das diffuse Netz ist die Wahrnehmung des globalen Netzes aus der Sicht der Situation. Während das globale Netz dadurch funktioniert, dass es die gesamte Spannbreite möglicher Knotenpunkte unter dem virtualisierenden Band der Kommunikation zusammenfügt, operiert das diffuse Netz als Gesamtheit des Widerstands gegen den abstrakten Standpunkt des globalen Netzes. Um es anders auszudrücken: Das globale Netz kann als eine der biopolitischen Herrschaft eigene Strategie der Zerstreuung angesehen werden, während das diffuse Netz die Fähigkeit darstellt, sich dieser Strategie zu entziehen bzw. eine reale Autonomie gegenüber dem globalen Netz zu erreichen.

Das diffuse Netz ist die Sichtweise, die uns erlaubt, von einem gemeinsamen Fundament aus die Verbindung zweier Situationen zu denken. Das diffuse Netz bestätigt die Unmöglichkeit, das globale Netz im expliziten Sinne zu organisieren. Ein Zusammen-

hang zwischen zwei Situationen ergibt sich nur ausgehend von einer Reflexion in der Situation, die in der Lage ist, in sich selbst die jeweils andere Situation als ein Element zu entdecken, welches an der eigenen Konstitution teilhat.

Diese verschiedenen Erfahrungen sind keiner dominanten gemeinsamen Eigenschaft untergeordnet, die sie eingruppiert und ihre Praxis normiert, aber sie befinden sich auch nicht in einem Zustand völliger Unverbundenheit. Die Situationen existieren als konkrete Totalitäten. Es gibt nichts, was sie außerhalb von ihnen selbst suchen müssten. Es gibt keine globale »Umwelt«, aus der Informationen zu beziehen wären. Und weniger noch handelt es sich um eine die Situationen regierende »globale Logik«. Vielmehr ist jede einzelne der vielfältigen Situationen in ihrer Konkretheit universal und in sich konsistent. Sie reproduziert die Welt in ihrem Inneren. Alle anderen Situationen sind in ihr als Element enthalten und können sich aktivieren, können ihr etwas mitteilen oder auch nicht. Es handelt sich um Resonanzen, das heißt um die Effekte der Praxis im Innern einer Situation. Indem sie sich der Probleme einer Epoche annimmt, inspiriert sie aktive Prozesse der Wiederaneignung in anderen Situationen.

Jede Situation arbeitet gleichzeitig als explizites Netz und als diffuses Netz, als Ausschnitt gegenüber einem globalen Netz und als diffuses Netz in Bezug auf die übrigen Situationen. Diese Resonanzen eröffnen Möglichkeiten des Verständnisses, was als »Wechsel von Hegemonien« bezeichnet werden kann: das Entstehen neuer Elemente einer Epoche, die sich in jeder Situation gegenwärtigen. Die Resonanzen sind die Formen, in denen die Neuheiten, die Entdeckungen und das neue Wissen Wiederhall finden.

Die Absicht, ein explizites Netz zu organisieren, läuft paradoxerweise ständig Gefahr, sich erneut zu zentralisieren. Was ist das Kriterium für die Zugehörigkeit zum Netz? Wie kann kontrolliert werden, ob dieses Kriterium erfüllt wird? Wie kann vermieden werden, dass es im Innern des Netzes erneut Ausgeschlossene und Eingeschlossene gibt?

Es gibt genügend Erfahrungen, wie alternative Gruppierungen, wenn sie sich als solche herauskristallisieren, dazu übergehen, ihre eigenen Kriterien der Zugehörigkeit und Identität festzulegen, was paradoxerweise auf ein anderes Ziel als das gewünschte hinausläuft. Es könnte aber auch sein, dass ein Netz in keinem Augen-

blick zur Totalität wird. Das Konzept des diffusen Netzes will diese Möglichkeit in dem Sinn ausloten, dass dieses Netz nie wirklich als solches existiert. Wir sähen uns insofern nicht Teilen oder Fragmenten, die es zu verknüpfen gilt, sondern im radikalen Sinne Singularitäten gegenüber, die dazu fähig sind, Resonanzen anderer Universalitäten zu empfangen, und dies aus dem einfachen Grund, weil diese Singularitäten dazu berufen sind, die Welt – das Netz – in ihre eigene konkrete Universalität zu integrieren.

Die Zerstreuung erlangt so einen anderen Status. Sie steht nicht mehr für den Mangel einer »Politik«, die sich willentlich am Staat ausrichtet, und ihr Ziel ist nicht mehr die Zentralität. Die Zerstreuung ist die spontane Ausdrucksform der heutigen vom kapitalistischen Markt dominierten Gesellschaft. Sie wird nur aktiv und produktiv, wenn sie Mannigfaltigkeit (*multiplidad*) wird.

Vom Standpunkt des äußeren Beobachters wird das Handeln in der Mannigfaltigkeit als Fehlen eines Zentrums und einer Koordination zwischen den einzelnen Teilen wahrgenommen, wobei die Mannigfaltigkeit häufig mit Zerstreuung verwechselt wird. Bedingt durch ihre politische Subjektivität als Universitätsangehörige, Mitglieder politischer Organisationen und NGOs sowie als »global« engagierte Personen widersetzen sich viele einem Denken, das Prozesse aus dem Inneren der Vielfalt heraus zu verstehen versucht.

Das Multiple und das Fragmentierte gehen von der gleichen Grundlage aus. Zwischen ihnen gibt es aber auch einen wesentlichen Unterschied: Während das Fragmentierte sich auf einen vorherigen oder zukünftigen einheitlichen Sinn bezieht, findet das Multiple seinen Sinn in sich und besteht nur aus sich selbst. Die Zerstreuung ist so das Multiple, das jede Konsistenz, also jeden Sinn, verloren hat. Der neue Protagonismus ist demgegenüber das Multiple, das sich selbst als solches entdeckt. Von außen her betrachtet kann er nur als reine Zerstreuung erscheinen, wobei von einer fehlenden Ausgestaltung im Inneren des Multiplen selbst ausgegangen wird. Ausgehend von ihren eigenen Erfahrungen kann die Situation – als ein Multiples unter Multiplen – zur Welt sprechen, ohne dabei von »der« äußeren Welt zu sprechen. Dies bezeichnen wir als konkrete Universalität.

Im Unterschied zur Zerstreuung befindet sich hier das Ganze in jedem seiner Teile. Jedes Element des Multiplen, als extreme Singularität, bestätigt eine Universalität, die es erlaubt, dass wir

uns als Teil eines Gleichen denken können, gewissermaßen als »SchöpferInnen von Welten«. In paradoxer Weise existiert dieses Netz nicht außerhalb jedes einzelnen Knotens, sondern in jedem Knoten selbst. Jede Situation als explizites Netz arbeitet zugleich als diffuses Netz, ohne die Absicht zu haben, dieses Netz bewusst zu organisieren.

Es ist nicht erforderlich, dieses Netz zu ordnen. Es gilt, sich nicht in ihm zu verfangen. Darum dient es nur als diffuses Netz. Das Konzept des expliziten oder politischen Netzes bezeichnet den Übergang von der Zerstreuung und Fragmentierung zur – staatlichen – Totalität. Das diffuse Netz impliziert hingegen nicht den Wechsel von einem Zustand zum anderen, sondern vielmehr die Umwandlung der Zerstreuung in Mannigfaltigkeit.

Das diffuse Netz ist das Bild von einzigartigen Situationen sowie schöpferischen und konkreten Formen, sich die Welt anzueignen, sie zu erschaffen – im Wissen, dass jede gelebte Erfahrung in einer konkreten Situation ihre je eigenen Praxisformen, Existenzweisen und Standpunkte hervorbringt. Das diffuse Netz besteht aus der Gesamtheit möglicher Resonanzen zwischen diesen Situationen. Das diffuse Netz hat keinen kommunikativen Charakter: Es überträgt keine Information.

Es wird vom Prinzip ausgegangen, dass jedes Wissen – und dessen Wert – nur in der Situation zu begreifen ist und auf der Gesamtheit axiomatischer Prämissen fußt, welche ihr die nötige Konsistenz verleihen. Die Übertragung eines Wissens von einem System von Prämissen auf ein anderes bedeutet, die Praxis in einer Situation auf reine Informationen, d.h. auf Daten zu reduzieren. Die Informationen über eine Praxis erhalten jedoch ihren Wert nicht unabhängig vom jeweiligen Kontext der Aneignung, d.h. von der Gesamtheit von Bezugspunkten, in denen dieser Kontext erforscht wird.

Globalisierungskritik

In den letzten Jahren haben sich die Kämpfe der sozialen Emanzipationsbewegungen weltweit verstärkt. Aber diese Gegenmacht wird nicht immer als ein diffuses Netz des neuen Protagonismus verstanden. Viele derjenigen, die an dieser neuen Radikalität teilhaben, begreifen sich selbst als Teil eines globalen Kampfes. Ihre Absicht ist, den Widerstand in expliziten Netzen zu organisieren.

Denn aus all diesen Erfahrungen ergibt sich meistens die Frage, wie die ungerechten und selbstzerstörerischen Tendenzen der menschlichen Gesellschaft umzukehren sind, wenn das Denken in einem globalen Rahmen abgelehnt wird.

Die AnhängerInnen der Konstruktion expliziter Netze behaupten, dass die Globalität der Herrschaft auch einen globalen Widerstand nötig mache. Horizontalität, Pluralismus, globale Koordination, Verbreitung von Information und direkte Aktion sind Prinzipien, welche die Versuche leiten, unter der Losung »Lokal handeln und global denken!« antikapitalistische Bewegungen zu stärken.

Die Mannigfaltigkeit der Bewegung hingegen lässt die Etablierung führender oder intelligenter Zentren nicht zu, die beabsichtigen, Orte zu sein, von denen aus gesellschaftliche Alternativen organisiert oder gedacht werden. In der globalisierungskritischen Bewegung lassen sich zwei Tendenzen erkennen. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die sich an der Konstituierung alternativer Zentren orientieren und so – mit der Absicht, der derzeitigen ungerechten Globalisierung eine gerechtere Globalisierung entgegenzustellen – die Zerstreuung organisieren möchten. Auf der anderen Seite befinden sich diejenigen, die auf die Mannigfaltigkeit setzen und argumentieren, dass wenn die Globalisierung eine Eigenschaft des Kapitalismus ist, es dem Widerstand zukomme, die Welt zu »entglobalisieren«.

Von der alternativ-globalisierenden Position aus gesehen wird Vielfalt als ein zu organisierendes Zerstreutes angesehen, wobei Letzteres als Mangel interpretiert wird. Dabei kommen alle Aporien der klassischen politischen Subjektivität zur Anwendung. Bei dieser Position kommt es zu einer Neuauflage der klassischen Trennung zwischen dem Ökonomischen, dem Sozialen und dem Politischen. Das Politische pocht auf seine Rolle als Rettungsanker gegenüber der Zerstreuung der Widerstände, wobei sich die vielfältigen Erfahrungen unterzuordnen haben. Die derzeitige Gegenoffensive von unten kann allerdings nicht auf diese Haltung reduziert werden.

Das Auftreten der EZLN in Chiapas stellt ein lehrreiches Beispiel dar, das für die Selbstwahrnehmung des neuen Protagonismus wichtig ist. Der Zapatismus gibt in der Praxis konkrete Impulse, um zu vermeiden, dass die Netze sich zu Zentren kristallisieren. Indem sie Konzepte in der Tradition von Foucault und Deleuze wiederbeleben und verbreiten, schlagen die Zapatistas das Netz

als eine Welt vor, »in die viele Welten passen«. Diese Welten sind keine zerstreuten Fragmente, keine organisierten Knoten eines Netzes, sondern bilden eine Vielfalt ohne Führung.

Der Verzicht auf die Eroberung der Macht seitens der ELZN führte zu einer Neuverortung des Staates – und zwar im Inneren der Vielfältigkeit. Der Staat wäre demnach nicht mehr das Dispositiv, welches den Teilen Einheit und Sinn verleiht, sondern die Institution, welche die Ressourcen der mexikanischen Nation reguliert und verwaltet. Gebildet würde diese im Idealfall aus Gemeinschaften verschiedener Berufszweige, der Universitäten, der BäuerInnen, der ArbeiterInnen, der Frauen usw., ohne dass sich die einen den anderen unterzuordnen haben. Die Bewegung für eine umfassende Demokratisierung wird verstanden als die Aufforderung, in jeder Situation auf ethische Weise vorzugehen. Auf keinen Fall geht es um einen mechanischen Beitritt zum Zapatismus. Die zapatistische Konzeption ist die eines diffusen Netzes, als eine Praxis, die Koordination, Solidarität und weltweite Treffen zulässt, ohne dabei ihre eigene konkrete Universalität zu vergessen. Es ist interessant zu beobachten, wie gerade dieses Denken aus dem Inneren der Situation die Zapatistas befähigt, gegen die globalen Kräfte des Kapitalismus zu kämpfen. Weit entfernt davon, sich zu isolieren, gelingt es der EZLN und den indigenen Gemeinschaften im Süden von Chiapas, sich all das anzueignen, was ihnen nützlich erscheint, um ihre eigene Erfahrung zu entfalten.

Der Neozapatismus lässt sich auf die Auseinandersetzungen ein, denen er ausgesetzt ist. Die indigenen Gemeinschaften wollen ihre eigenen Lebensformen und ihr Verhältnis zu Natur retten, welche durch die Interessen der großen multinationalen Konzerne bedroht sind, deren Ambitionen auf die Biodiversität des Lakandonischen Urwalds gerichtet sind. Die Zapatistas haben es geschafft, diesen Kampf aufzunehmen, indem sie sich dabei mit anderen Indigenen, Intellektuellen, NGOs und politisch Engagierten aus allen Teilen der Welt koordinieren. Gleichzeitig impliziert diese Praxis jedoch kein »globales Bewusstsein der Welt«. Die Indigenen haben es nicht nötig, moralische Urteile mit universellem Geltungsanspruch auszusprechen, um daraus den Sinn ihrer Aktionen abzuleiten. Nur der Kapitalismus beabsichtigt, wirklich über die ganze Welt Bescheid zu wissen. Für diejenigen Kulturen, die es erreichen, sich auf anderen Grundlagen zu behaupten, gibt es nur Situationen.

Außerhalb unserer westlichen Kultur des Individuums ist es schwierig, sich einen Standpunkt vorzustellen, von dem aus die Welt als ganze beobachtet werden könnte.

Situationistisches Wissen (die *Escraches*)

Nach Ansicht von Horacio González sind die *Escraches* die spezifischen Waffen der nach dem 19. und 20. November entstandenen Versammlungen. Während einige plündern und andere die Straßen blockieren, widmen sich die Versammlungen den *Escraches*. Das in der Bewegung der Stadtteilversammlungen vorherrschende »Alle sollen abhauen, keiner soll bleiben!« nimmt demnach in Worten vorweg, was sich dann in Form von *Escraches* materialisiert: »Keiner soll ohne *Escrache* bleiben!«

Die *Escraches* der letzten Jahre sind von der Organisation H.I.J.O.S. neu erfunden worden. Die Arbeit der Wiederaneignung sowie der Schaffung neuer Aktionsformen, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, ermöglicht es den heutigen Versammlungen, sich eine Protestform anzueignen, die dank jener Vorleistung nun allen zur Verfügung steht. Die Praxis der *Escraches* hat sich ohne Zweifel enorm ausgebreitet. Könnte dies ein Beweis dafür sein, dass das Netz, von dem wir gesprochen haben, funktioniert? Haben die *Escraches* – in ihrer generalisierten Form – noch die gleiche Bedeutung wie die damals von der Organisation H.I.J.O.S. durchgeführten? Ist dies überhaupt wichtig?

Die *Escraches* der Organisation H.I.J.O.S. können in erster Linie als praktische Vorgehensweise zur Herstellung von Gerechtigkeit verstanden werden. Als solche richten sich die Mitglieder dieser Organisation in ihren Protesten gegen Schuldige des Genozids der Militärdiktatur, die durch Gerichte verurteilt worden sind, ihre Strafe aber nicht verbüßt haben. Die von ihnen begangenen Verbrechen sind also straffrei geblieben.

Die *Escraches* sind eine Form der Selbstbestätigung. Statt auf die Justiz des repräsentativen Systems zu hoffen, kommen direkte Formen, Gerechtigkeit zu schaffen, zur Anwendung, ohne dabei auf irgendwelche Vermittlungen zu warten. Hier geht es nicht nur um ein institutionelles Defizit, sondern um etwas Wichtigeres. Die *Escraches* richten sich nur sekundär gegen die Wirkungslosigkeit der Justiz. Es geht nicht um den Druck auf RichterInnen, auch wenn es in einigen Fällen dazu kommt. Die bleibende Wir-

kung der E s r a c h e s auf die Gesellschaft ist tiefgreifender und beunruhigender. Sie zeigen die gesamte Kette von Mittäterschaften auf, durch die der Genozid der Militärdiktatur möglich wurde. Um endlich der Gerechtigkeit Genüge zu tun, werden Tausende Personen angesprochen – vor allem die NachbarInnen der ehemaligen Täter, die dazu ermutigt werden, den Vollzug der Strafe in ihre eigenen Hände nehmen. Die von den E s r a c h e s Betroffenen werden niemals mehr NachbarInnen wie alle anderen sein. Ab jetzt ist bekannt, für was sie verantwortlich waren. Die Strafe wird durch den symbolischen Akt des E s r a c h e s zu einer Angelegenheit aller.

Entgegen der Ansicht vieler angeblicher SpezialistInnen – vor allem allzu schnell urteilender Intellektueller – sind die E s r a c h e s der Organisation H.I.J.O.S. kein Medienereignis. Für die AnalytikerInnen der postmodernen Gesellschaft handelt es sich außerdem um unvorhergesehene bandenförmige Keimformen des Faschismus. Die Reaktion der Töchter und Söhne gegenüber denjenigen, die ihre Mütter und Väter ermordeten, besitzt eine völlig andere Qualität. Ohne jede Macht, ohne Waffen und gewaltfrei rufen die OrganisatorInnen der E s r a c h e s zu einer Aktivität auf, deren Dauer weder durch die Logik des mafiosen Drucks der Parteiapparate noch durch die Logik der Fernsehnachrichten bestimmt wird. Zunehmend stehen die E s r a c h e s am Ende eines lange vorhergehenden Diskussionsprozesses, in dem mit den im Stadtviertel ansässigen Organisationen und Nachbarschaftsgruppen über den Sinn des geplanten Vorgehens debattiert wird, was den FernsehzuschauerInnen natürlich völlig entgeht.

Die Zeit der E s r a c h e s ist das genaue Gegenteil des Abwartens. Die direkte Aktion, die Aufforderung an die NachbarInnen des Stadtviertels, selbst eine permanente Bestrafung der TäterInnen zu vollziehen, die Bande, welche die Organisation H.I.J.O.S. mit den BewohnerInnen knüpft, sowie die Praxis einer Reaktivierung bzw. Aktualisierung des Bewusstseins über vergangene soziale Kämpfe – ohne Nostalgie und ohne sich selbst als Opfer zu stilisieren – kennzeichnen auf signifikante Art und Weise den Sinn der Aktionen. Ist es andererseits weniger bedeutsam, wenn statt den Töchtern und Söhnen der Verschwundenen Hunderte oder Tausende Jugendliche einer Generation, die sich weigert, den Genozid und das neoliberale Gesellschaftsmodell als Vergesellschaftungsform zu akzeptieren, auf die soziale Verurteilung der TäterInnen drängen? Nicht ohne Grund weitet sich die Praxis der

E s r a c h e s in einer Zeit aus, in der sich das Potenzial der klassischen Formen der Politik zur Veränderung der Gesellschaft sowie zur Garantierung von Gerechtigkeit erschöpft hat und in denen die angebliche politische Repräsentation sowie die merkantile und mediale Virtualisierung die sozialen Beziehungen in einem Maße umgeformt hat, wie es bis vor kurzem noch undenkbar schien. Die E s r a c h e s waren anfänglich auf einsamer Flur, und unzählige Male wurde auf sie mit Polizeirepression geantwortet. Das soziale Klima, in dem sie entstanden, unterschied sich sehr von dem heute vorherrschenden, weit weniger repressiven.

Die Bedeutung der E s r a c h e s setzt sich aus all diesen Elementen zusammen. Wie könnte also eine andere Praxis, die der heutigen A s a m b l e a s, diese Aktionsform benutzen und dabei vorgeben, sie hätte für sie selbst die gleiche Bedeutung? Es sind zwar andere E s r a c h e s möglich, jene der Organisation H.I.J.O.S. können aber nicht verallgemeinert werden. Diejenigen, die die E s r a c h e s für eine wirksame und medienorientierte Technik halten, d.h. für eine bloße Mitteilungsform, verraten den Sinn dieser Praxisform. Auf der anderen Seite wird sich der ursprüngliche Sinn der E s r a c h e s verändern, zumal deren Bedeutung sich nicht von den praktischen Umständen trennen lässt, die sie in ihrer Einzigartigkeit haben entstehen lassen.

Die Forderung wird laut, den E s r a c h e s als Aktionsform einen neuen politischen Sinn zu geben. Dies impliziert, diese nicht in ihrer äußeren Form zu reproduzieren, sondern sie zu einer neuen Singularität zu machen, welche sich aus einer eigenständigen kollektiven Erfahrung ergibt, die sich die E s r a c h e s aneignet und ihnen eine eigenständige und neue Bedeutung verleiht. So betonen die Versammlungen, dass die E s r a c h e s keine generelle Wirksamkeit besitzen, sondern erst ausgehend von der spezifischen Vorgehensweise in einer Situation effektiv werden.

E s r a c h e s, C a c e r o l a s, P i q u e t e s sowie A s a m b l e a s sind Aktionsformen, deren Wert darin liegt, dass Bedeutungen erst in der Situation entstehen. Ihre Verallgemeinerung ist also nur scheinbar. Als jeweils explizite Netze haben sie eine Grenze. Diese verläuft dort, wo die Verbreitung einer Aktionsform in ihrer ursprünglichen Bedeutung – so zum Beispiel die E s r a c h e s der Organisation H.I.J.O.S. – an konkrete Bedingungen ihrer praktischen Ausübung geknüpft ist. Außerhalb dieser – ihnen erst Sinn gebenden – Bedingungen lässt sich die Bedeutung der E s r a c h e s nicht länger auf-

rechterhalten. Dies bedeutet, dass die ausdrucksvollsten politischen Aktionsformen nichts mehr sagen, wenn sie der Gesamtheit von Prämissen beraubt werden, welche ihnen einst Sinn verliehen hatten.

Die Übernahme einer spezifischen politischen Praxis macht einen Prozess der Neubestimmung notwendig, der darüber entscheidet, ob jener in dem neuen Sinnkontext eine Bedeutung verliehen werden kann oder nicht. Die Übertragung einer bestimmten Praxis sowie deren Sinn von einer politischen Erfahrung auf die andere ist unwahrscheinlich. Die Ideologie der Kommunikation trachtet danach, die ganze Welt auf das Bild und die Meinung zu reduzieren, wodurch die Subjektivitäten des globalen Netzwerks des Marktes erzeugt werden. Durch Quantifizierung wird jeder Sinn zerstört.

Das Bewusstsein der Grenzen, die notwendigerweise jeder Situation innewohnen, zeigt die Differenz auf zwischen den unterschiedlichen Funktionsweisen des expliziten und des diffusen Netzes. Das erstere funktioniert im Innern einer Gesamtheit gemeinsamer Prämissen, das zweite dagegen in der Komplexität verschiedener Situationen, weshalb jeder »Übergang« eine tiefgreifende Neuzuschreibung von Sinn erfordert. Der Traum einer Welt »ohne Grenzen« kann nicht der einer homogenen und abstrakten Welt sein, die nur einen, oder besser gesagt: keinen Sinn besitzt.

Gescheiterte Kämpfe, Gegenmacht und neue Räume

Die Linke hat, wie León Rozitchner ausführt, ihre Dogmen und Modelle aus den siegreichen Revolutionen bezogen. In ihnen manifestierten sich angeblich die historischen Gesetzmäßigkeiten. Die Linke spricht von der Möglichkeit, diese zu erkennen und anzuwenden. Sie möchten die Menschen mit einem rationalen Glauben an die Zukunft erfüllen. Dieser Fortschrittsglauben verbirgt, dass die gleichen historischen Gesetze, die in den revolutionären Triumpfen zum Ausdruck kommen, auch zur Anwendung kommen müssten, wenn es darum geht, die gescheiterten Revolutionen zu interpretieren.

Wenn es das Schicksal der erfolgreichen Revolutionen ist, zu Rezepten verallgemeinert und zu Modellen mystifiziert zu werden, so sollten die gescheiterten Revolutionen uns lehren, angesichts der Erfolge nicht leichtfertig die Wendungen der Geschich-

te zu vergessen. Wenn die Linke auf ihre Erfolge pocht, um sich an ihnen zu begeistern, und die Lehren aus dem Scheitern unter den Teppich kehrt, so ist das vorhersehbare Resultat die Unterschätzung der Kämpfe an den Rändern der Gesellschaft sowie der daraus gewonnenen Erkenntnisse. Auch die gescheiterten Kämpfe (und ihre Weisheit) sprechen zu uns. Und gerade in der Niederlage bergen sie bedeutsame historische Einsichten. Die Geschichte des modernen Argentiniens ist eine Ansammlung von Niederlagen, deren Erinnerung – mit ihren aus verschiedenen Gründen vergessenen Biografien und Kämpfen – nur schwer tolerierbar erscheint. Weil sie ihr Versprechen nicht eingelöst haben oder weil die erreichten Teilerfolge diejenigen unbefriedigt ließen, die eine fertige Vision davon besaßen, wie sich die Geschichte zu entfalten habe.

Doch das Vergessen ist eine variable Position in einem Feld entgegengesetzter Positionen. Was gestern noch vergessen schien, sprießt heute in ungewöhnlicher Kraft erneut hervor. Die Schichten aus Diskursen, Solidaritäten, Erkenntnissen und Sinnpotenzialen, die in den vergangenen Auseinandersetzungen auf dem Spiel standen und für Momente in den Hintergrund geraten waren, aktivieren sich im Verborgenen. Plötzlich organisieren sie sich neu und gehen zum Gegenangriff über, indem sie, wie die Glut unter der Asche, erneut das Feuer entzünden und einen Flächenbrand auslösen.

Auf die Frage, warum es gerade an den Tagen des 19. und 20. Dezember und nicht früher zum Aufstand kam, lassen sich vor allem zwei Antworten finden. Zum einen die Intensität der Ereignisse. Die enorme Konzentration von Forderungen sowie die Entscheidungen, die massenhaft von den EinwohnerInnen getroffen wurden, welche bisher mehr oder weniger unverbunden nebeneinanderher lebten. Diese Intensität war bedingt durch die angehäuften Niederlagen, die niemals ganz akzeptiert worden waren. Walter Benjamin würde sagen: Diese Niederlagen schienen eine Zeit lang keinen zu belästigen, bis diese Zeit selbst plötzlich abrupt unterbrochen wurde. Dieses Einbrechen wird nicht enthistorisiert; es handelt sich vielmehr um die einzig wirksame Historisierung.

Die andere Erklärung ist die Sichtbarkeit. Die Tage des 19. und 20. Dezember erregten wirkungsvoll die Aufmerksamkeit. Es war, als ob jemand an jenem Morgengrauen des 20. Dezember ein Licht

angezündet hätte. Der Hinweis war klar: »Hier passiert etwas; hier kann man nicht mehr weiterschlafen, als ob nichts geschehen wäre!« Die allgemeine Sicht auf die Dinge, mit anderen Worten die Selbstwahrnehmung des Landes, veränderte sich, und damit strukturierte sich das Diskursfeld des Öffentlichen neu. Es war, als ob sich ein Patient der Realität seines Leidens vergegenwärtigte. Das Ende einer trügerischen Illusion.

Der 19. und 20. Dezember waren Tage der Verschmelzung, der Neuschaffung, der Unumkehrbarkeit, der Sichtbarkeit, der Intensität, der Neuanpassung, der Rückkehr und der Erfindung. Kein Diskurs wird die gesamte Bedeutung dieser Tage ausloten können. Ein Aufstand neuen Typs, ohne AutorInnen, ohne EigentümerInnen, welcher durch die Verschmelzung vieler Geschichten möglich wurde. Perplex blieben diejenigen zurück, die sich als seine ProtagonistInnen angesehen hatten, die sich seit Jahren auf ihn vorbereitet hatten und die von sich behaupteten, sehr gut zu wissen, was in wichtigen Momenten der Entscheidung zu tun sei. Die erträumten Aufstände sind immer (im)perfekter und unmöglicher als die realen, die sich nicht an die karikaturhaften Reste einer verschlissenen Avantgarde anpassen. Ohne ein organisatorisches Zentrum erzeugte die Masse selbst die praktischen und wirkungsvollen Maßnahmen, gemeinsam alle vorhandenen Fragmente der Vergangenheit und der Gegenwart zu potenzieren und zu koordinieren. So kommt es zur Aktualisierung von Erkenntnissen, Erinnerungen und Forderungen, die länger als vorgesehen die Zeit überdauerten. Die Masse handelte als Mannigfaltigkeit ohne Zentrum.

Wer wäre in der Lage, die Urheberschaft dieser Tage ausfindig zu machen, Menschen, die sie erdachten, die sie voraussagten? Wer könnte die komplexe Aneinanderreihung von Cacerolas, Piquetes, Demonstrationen und Forderungen einer einzigen Logik, einer einzigen Vernunft unterordnen? Selbst das Netz der Versammlungen, das sich in der Folge des Dezemberaufstands herausbildete, kann sich wohl kaum die Urheberschaft der Ereignisse zuschreiben. Wenn es so viele mögliche Geschichten, Chroniken und HistorikerInnen gibt, wird verständlich, dass die Geschichte vielfältig und perspektivisch ist, das diese Erzählung kein einheitliches und konsistentes Subjekt besitzt.

In der derzeitigen Lage kommt es zu einer Neuanpassung der Widerstandspraxis an die Einzigartigkeit der jeweiligen lokalen

Erfahrungen. Andere Kämpfen reihen sich in die Landschaft des schon bestehenden Widerstands ein. Zu nennen sind hier die Unternehmen, Fleischfabriken und andere Firmen, die bankrott gegangen und von den ArbeiterInnen übernommen worden sind. Diese halten die Aktivitäten aufrecht, verändern jedoch die Arbeits- und Produktionsformen und verbinden sie mit einer kulturellen, künstlerischen und radikalen politischen Praxis. Dies alles sind neue Formen, Gegenmacht zu praktizieren. Dieses ausgedehnte und diffuse alternative Netz ist nicht neu, aber es wird jetzt als solches sichtbar. Unleugbar ist, dass dies alles die soziale Struktur des Landes verändert und neue Möglichkeiten, Erfahrungen und Werte produziert, die über das hinausgehen, was sich jede einzelne Praxis bewusst vorgenommen haben mag. In der Tat besitzt jedes politische Engagement, für sich allein genommen, keine anderes Schicksal als das eigene Ende. Alles Lebendige muss einmal sterben. Daran ist nichts verwunderlich, und daher bedeutet das Ende einer bestimmten Praxis auch keinen Verlust im eigentlichen Sinn. Im Gegenteil kommt derjenigen Haltung Wert zu, die weiß, wie mit dem Ende bestimmter Praxen umzugehen ist. Die Unsterblichkeit ist kein Ziel an sich, sondern die Wirkung der Intensität dessen, was jede – individuelle oder kollektive – Praxiserfahrung in der ihr eigenen Zeit vollbringt. Ein erfüllte Erfahrung verändert die Lebenschancen aller, multipliziert sie und weitet sie aus. Nur in diesem Sinne überdauert jede radikale Praxis ihr eigenes Dasein. Darin besteht der unumkehrbare Charakter der Aufstände, die dem zeitgenössischen Argentinien ihren Stempel aufprägten.

Der Dezemberaufstand ist eine Öffnung hin zur Zukunft, die es zu leben und mit Bedeutung zu erfüllen gilt. Eine neue Radikalität beginnt diesen offenen Raum zu besetzen.

Herrschaft – Krise – Widerstand

Chronologie der jüngsten Geschichte Argentinien

Bis 1976:

In Argentinien hatte sich Anfang der 70er Jahre eine Gegenmacht von unten herausgebildet, die aus einem breiten Spektrum von linken Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, SchülerInnen- und StudentInnengruppen, autonomen ArbeiterInnen-Vertretungen, KünstlerInnen- und Intellektuellenkreisen sowie bewaffneten Organisationen bestand.

Ihrem Selbstverständnis nach sahen sich große Teile dieser gesellschaftlichen Opposition in der Tradition des sozialen Widerstands nach dem Staatsstreich gegen die Regierung unter Präsident Juan Domingo Perón im Jahre 1955 sowie einer Reihe von Volksaufständen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre. Der bedeutsamste war sicher der Aufstand in der Provinz Córdoba, der am 19. Mai 1969 begann und sich über mehrere Tage hinzog. Beim sog. Cordobazo übernahmen ArbeiterInnen und StudentInnen die Kontrolle über die Hauptstadt der Provinz, bis der Aufstand blutig niedergeschlagen wurde.

1974 gewann Perón erneut die Präsidentschaftswahlen – diesmal gestützt auf eine äußerst heterogene peronistische Bewegung, die einen faschistischen rechten Flügel mit bewaffneten Banden, aber auch einen revolutionären linken Flügel aufwies, aus dem die Guerilla-Organisation Montoneros hervorging.

Als Perón 1974 starb, übernahm dessen Ehegattin, María Estela Martínez de Perón, sein Amt. Schon unter ihrer Regierung kam es zu blutigen Verfolgungen der linken Opposition durch die Todesschwadronen. Im März 1976 putschten die Militärs.

1976–1983:

Die sieben Jahre dauernde Militärdiktatur war Teil einer Strategie »antisubversiver«¹ Kriegsführung im Süden des lateinamerikanischen Kontinents, die länderübergreifend in der sog. Operación Condor koordiniert wurde. Ultima Ratio des Staatsterrorismus, der Zehntausende sozial und politisch engagierter Menschen illegal gefangen nehmen und verschwinden ließ, war die Zerschlagung jegli-

cher linker Opposition und ihrer Widerstandspotenziale. Die Diktatur kann als Beginn einer blutigen neoliberalen Umstrukturierung des Landes angesehen werden, welche zusammen mit der Chiles – dort hatte der Putsch zweieinhalb Jahre zuvor stattgefunden – weltweit gesehen eine Vorläuferfunktion besaß. Massenmorde und ›Verschwindenlassen‹ fanden ihre Entsprechung in der Vereinigung des dominanten Klassenblocks unter neoliberaler Hegemonie.

Von diesem Moment an begann ein kontinuierlicher Prozess der Reichtumskonzentration sowie der Zerstörung nationaler Produktionskapazitäten, die das Ergebnis einer dreißigjährigen Strategie sog. importsubstituierender industrieller Entwicklung gewesen waren. Neoliberale Wirtschaftsrezepturen nach Vorlage der sog. Chicago Boys und die Propagierung einer Vaterlandsideologie gingen Hand in Hand mit einer »Kultur« der Straffreiheit (impunidad), unter deren Deckmantel – und mit Hilfe der einströmenden Finanzkredite, welche die Auslandsschulden Argentiniens vervielfachten – die illegale persönliche Bereicherung und der Luxuskonsum einiger weniger grassierten.

Trotz der enormen Niederlage, die durch das ›Verschwindenlassen‹, die tausendfachen äußeren und inneren Exile sowie die alltägliche Unterdrückung der Linken zugefügt worden war, begann sich in den letzten Jahren der Diktatur ein aktiver Widerstand gegen die Militärherrschaft zu formieren. Dieser gewann vor allem nach der desaströsen Niederlage des gegen die englischen Streitkräfte geführten Malvinen-Kriegs (April – Juni 1982) an Stärke, hatte jedoch seinen Ursprung im mutigen Engagement der Madres de Plaza de Mayo, die bereits 1977 begonnen hatten, mit ihren weißen Kopftüchern auf dem Platz vor dem Regierungspalast in Buenos Aires zu protestieren. Es waren die Forderungen der Mütter nach dem »Wiedererscheinen der Verschwundenen als Lebendige« und nach der »Bestrafung aller Schuldigen«, welche neue Wege eröffneten, um die Vorherrschaft des Schweigens aufzubrechen und die Legitimität des Mörderregimes öffentlich in Frage zu stellen.

1983–1989:

Dieser Zeitraum wird gemeinhin als Periode der »Rückkehr zur Demokratie« bezeichnet, in der es zur Wiedereinrichtung formal-demokratischer Institutionen kam. Nach den verheerenden Aus-

wirkungen der Militärdiktatur war dieser Prozess mit der Hoffnung verbunden, dass durch die erneute Abhaltung freier Wahlen sowie die Stärkung demokratisch-parlamentarischer Mechanismen die Möglichkeit eröffnet würde, die Verantwortlichen des Genozids vor Gericht zu stellen und zu bestrafen. Eine zweite Zielrichtung war die Rekonstruktion einer demokratischen Bewegung von unten, um die unter der Diktatur praktizierte Wirtschaftspolitik umzukehren, indem es zu einer Neuverteilung des Reichtums sowie zur Wiederlangung des verloren gegangenen Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit kommt.

Die Unión Cívica Radical (UCR), parteipolitischer Ausdruck des sog. Radikalismus – neben dem Peronismus die zweite traditionelle politische Kraft des Landes –, gewann zum ersten Mal in der Geschichte eine Präsidentschaftswahl gegen ihren historischen Gegenspieler (vor Entstehung des Peronismus in den 40er Jahren hatte die 1890 gegründete UCR, die ihrerseits als liberale Opposition gegen die Konservativen entstanden war, mehrere Präsidenten gestellt; dasselbe war während des Verbots des Peronismus in den 50er und 60er Jahren der Fall). Präsident Raúl Alfonsín zählte zum Sektor der mit der europäischen Sozialdemokratie verbundenen UCR. Kurz nach seinem Amtsantritt annullierte er die von den Militärs vor deren Abtreten ausgearbeiteten Straffreiheitsgesetze und verfasste an deren Stelle zwei neue: einen über die strafgerichtliche Verfolgung der Militärjuntas und einen anderen über die Einleitung von Gerichtsverfahren gegen die Mitglieder politischer Organisationen, die den bewaffneten Kampf geführt hatten.

Auf diese Weise begann sich eine Lesart der jüngeren Geschichte durchzusetzen, die mit der Totalitarismustheorie vergleichbar war und in Argentinien als »Theorie der zwei Dämonen« bezeichnet wurde. Diese bestand darin, sowohl den Terror der Militärs als auch die (bewaffnete) Gewalt linker revolutionärer Organisationen zu verdammen, weil sie beide außerhalb der verfassungsmäßigen Legalität gehandelt hätten. Die beiden Kontrahenten wurden unter der Annahme gleichgesetzt, dass die Geschichte der 70er Jahre Folge der Irrationalität auf beiden Seiten war, während die Gesellschaftsmehrheit »unschuldig« gewesen sei.

Gegründet wurde auch die offizielle Kommission über das Verschwindenlassen von Personen (Comisión Nacional de Desaparición de Personas, CONADEP), welche beauftragt war, Fälle des Verschwindenlassens aufzudecken (der weltweit Aufsehen er-

regende Bericht der Wahrheitskommission unter dem Namen *Nunca Más* [Nie wieder] ist vom Hamburger Institut für Sozialforschung ins Deutsche übersetzt worden).

1984 bestätigte die Regierung, dass die weitaus überwiegende Zahl der unter der Militärdiktatur arbeitenden RichterInnen auch weiterhin im Amt bleiben dürfe; gleichzeitig fuhr die erste Parlamentskammer (*Congreso de la Nación*) fort, Mitglieder der Streitkräfte zu befördern, die direkt am Genozid beteiligt gewesen waren. 1985 wurde ein Erlass verabschiedet, laut dem RichterInnen nur Militärs der oberen Ränge verurteilen durften, wodurch sie die Straffreiheit der Uniformierten bestätigten. Nur zehn Prozent aller Angehörigen der argentinischen Streitkräfte konnten so wegen unter der Militärdiktatur begangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden.

In der Regierungszeit von Alfonsín nahm auch die argentinische katholische Kirche die Massenmörder in Uniform in Schutz. Hohe Amtsinhaber forderten wiederholt eine generelle Amnestie und nahmen eine permanente Oppositionshaltung gegen die demokratisch gewählte Regierung ein. Gestützt wurden sie dabei von einigen Sektoren der peronistischen *Partido Justicialista*. Speerspitze dieser Strategie der Konfrontation mit der UCR-Regierung waren die Massenmobilisierungen und Streiks der mit dem Peronismus verbundenen Gewerkschaften.

Im Dezember 1986 wurde das »Schlusspunktgesetz« (*Ley del Punto Final*) verabschiedet, das eine 60-Tage-Frist für alle richterlichen Vernehmungen derjenigen Angehörigen der Streitkräfte festlegte, die der Mitwirkung am Genozid unter der Diktatur verdächtig waren.

Im April 1987 kam es zu einer bewaffneten Erhebung eines Sektors der Streitkräfte. Den *Carapintadas* – den »geschwärtzten Gesichtern«, so der Name der Aufständischen – ging es um die Wahrung korporativer Interessen sowie – zur Aufrechterhaltung der »Würde des militärischen Stands« – die Forderung nach einer kompletten Straffreiheit für alle uniformierten »Verteidiger des Vaterlands«.

Als Reaktion auf die Militärrebellion versammelten sich Millionen von Menschen auf öffentlichen Plätzen und vor den Kasernen, um gegen den Aufstand und für die Verteidigung der Demokratie zu protestieren. Die Regierung verhandelte daraufhin mit den Aufständischen und erreichte, dass diese sich ergaben. Als

opportunistische »Gegenleistung« verabschiedete sie das »Befehlsnotstandsgesetz« (*Ley de Obediencia Debida*). Dies beinhaltete, dass alle untergebenen Angehörigen der Streitkräfte, der Polizei sowie des Gefängnispersonals, die wegen ihrer Teilnahme an Aktionen des Verschwindenlassens von Personen verurteilt worden waren, freigesprochen wurden, weil sie nur den von ranghöheren Stellen ausgegebenen Befehlen gehorcht hätten. Am Ende der Amtszeit der Regierung Alfonsín im Jahr 1989 befanden sich nur noch 18 angeklagte Militärs vor Gericht.

In dieser Periode verstärkten sich die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, die Auslandsschulden stiegen in Schwindel erregende Höhen. Ständig neu aufgelegte Wirtschaftspläne, 13 Generalstreiks und der Ausbruch einer Hyperinflation hatten zur Konsequenz, dass sich das soziale Konfliktniveau immer mehr erhöhte. 1989 kam es zu Plünderungen von Supermärkten, die dazu führten, dass die Regierung vorzeitig zurücktrat.

1989–1999:

Mit Carlos Menem als neuem Präsidenten setzte sich 1989 politisch erneut die peronistische *Partido Justicialista* durch. Deren Wahlversprechen waren eine Neuauflage des traditionellen populistischen Diskurses des Peronismus. Im Mittelpunkt standen dabei die angestrebte Umverteilung des Volkseinkommens in Form einer Angleichung der Löhne abhängig Beschäftigter nach oben (*salario*) sowie eines gleichzeitigen »revolutionären« Produktivitätsanstiegs in der Wirtschaft (*revolución productiva*). Zu den ersten Maßnahmen der neu gewählten Regierung gehörte die Begnadigung aller bisher wegen Menschenrechtsverbrechen gerichtlich verurteilten Angehörigen der Streitkräfte, wodurch das System der Straffreiheit endgültig zementiert werden sollte. Dieser Schritt konnte jedoch nur gegen eine massive gesellschaftliche Opposition durchgesetzt werden.

Die Eckpunkte der neoliberalen »menemistischen« Wirtschaftsstrategie waren die völlige Außenöffnung der Ökonomie, die wirtschaftliche Deregulierung, die Wechselkursparität zwischen dem argentinischen Peso und dem US-Dollar sowie die Privatisierung der staatlichen Unternehmen (Telekommunikation, Eisenbahnen, Landstraßen und Autobahnen, Fluglinien, Häfen, Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Bergbau, Ölsektor usw.), wobei die zuvor staatliche Altersversorgung in die Hände von *Joint Ventures* zwi-

schen transnationalen und einheimischen Kapitalgruppen geriet.

In wenigen Jahren kam es zu einer enormen sozialen und ökonomischen Spaltung im Inneren der Gesellschaft, die bisher im Vergleich zum übrigen Lateinamerika noch einen relativ hohen Grad interner Integration aufgewiesen hatte. Die radikal sozialdarwinistisch geprägte Umstrukturierung der sozialen Verhältnisse war nur möglich, weil der Peronismus sich in dieses Transformationsprojekt einbinden ließ. Die diesen von jeher auszeichnende Korruption wurde zum strukturellen Element des argentinischen Neoliberalismus. Die wachsende Unfähigkeit des Staates, die herkömmlichen Integrationsleistungen zu vollbringen, förderte eine Logik mafioser Strukturen in Politik und Wirtschaft, welche sich um die institutionellen Reste des Nationalstaats herum gruppierten.

Von Anfang an regte sich wachsender sozialer Widerstand gegen dieses ökonomische, soziale und kulturelle Modell, das in abrupter Weise immer größere Armut und Arbeitslosigkeit hervorrief. Die neu entstandenen Kämpfe verorteten sich dabei mehr und mehr außerhalb des traditionellen politischen Bezugsrahmens. Immer weniger war der Peronismus in der Lage, über die Einbindung oppositioneller Kräfte in seine Klientelstrukturen das soziale Aufbegehren einzudämmen und dessen ProtagonistInnen zu »repräsentieren«.

Ende 1992 gründete sich die Central de Trabajadores Argentinos (CTA). Diese hatte sich von der peronistischen Gewerkschaftsbewegung abgespalten und konstituierte sich im Wesentlichen um die Gewerkschaften der Staatsangestellten sowie der LehrerInnen staatlicher Schulen. Zu den Gründungsprinzipien der CTA gehörte die Unabhängigkeit vom Staat, von den Unternehmerverbänden sowie von den politischen Parteien.

Im Jahr 1993 kam es in der Provinz Santiago del Estero zum ersten massiven Ausbruch der bei der Bevölkerungsmehrheit angestauten Wut und Verzweiflung, dem sog. Santiaguero. Der Volksaufstand richtete sich gegen alle Symbole der staatlichen Macht. Die Kluft zwischen den repräsentativen institutionellen Formen und den sich ausbreitenden Kämpfen von unten wurde immer größer.

1994 organisierte sich der landesweite »Marsch in die Hauptstadt«, zu dem die CTA sowie die maoistisch orientierte Corriente Clasista y Combativa (CCC) aufriefen und an der viele soziale und

studentische Organisationen sowie Menschenrechtsgruppen teilnahmen. Die aus verschiedenen Landesteilen kommenden Marschrouten endeten auf der Plaza de Mayo im Zentrum von Buenos Aires.

1994 war auch das Jahr, in dem aufgrund der Einigung zwischen den beiden traditionellen politischen Parteien die Wiederwahl des Staatspräsidenten über eine Verfassungsreform ermöglicht wurde (gleichzeitig wurde die Amtszeit des Präsidenten von sechs auf vier Jahre reduziert). Zuvor hatte sich das oppositionelle Wahlbündnis Frente Grande formiert, das sich später Frente para un País Solidario (Frepaso – »Einheitsfront für ein solidarisches Land«) nennen sollte und politisch in der linken Mitte verortet war. Diesem Bündnis gelang es, Teile der sozialen Unzufriedenheit angesichts des Zerfalls des etablierten politischen Systems zu kanalisieren. Im Mai 1995 wurde Carlos Menem wiedergewählt; das Bündnis Frepaso wurde noch vor der »Radikalen Partei« zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes.

Mitte der 90er Jahre begann eine Reihe von sozialen Kämpfen, die außerhalb der klassischen Formen der politischen Intervention entstanden und in denen sich schon Elemente eines neuen sozialen Protagonismus herausbildeten. 1996 kam es zu einer Massendemonstration aus Anlass des 20. Jahrestages des Staatsstreiches von 1976. Aus ihr entstand die Organisation H.I.J.O.S., eine Vereinigung von Jugendlichen, die sich in die Tradition der Madres de Plaza de Mayo und ihres Kampfes um »Gerichtsprozess und Bestrafung« für die Schuldigen des Genozids stellten und jene auf kreative Art und Weise neu interpretierten. Kurze Zeit später brachten die Mitglieder von H.I.J.O.S. die Escarchas hervor, eine einzigartige neue Form der Justiz von unten.

Vorhanden waren auch schon Erfahrungen bei der Organisation der Stadtteile sowie der Bauernschaft (so in der Campesino-Bewegung von Santiago del Estero, die seit Mitte der 90er Jahre entstand) sowie ein breites Spektrum von autonomen studentischen Vereinigungen, alternativen Projekten in den Bereichen Bildung und Gesundheit, autonomen Kulturinitiativen, Tauschringen sowie selbstorganisierten Volksküchen.

Im Juni 1996 erblickte eine neue Widerstandsform das Licht der Welt, die später im ganzen Land als Piquetero-Bewegung bekannt werden sollte. In der Stadt Cutral-Co (Provinz Neuquén) kam es zur ersten großen permanenten Straßenblockade, einer

neuen Form des sozialen Kampfes der Arbeitslosen. Die Straßenblockaden oder Piquetes entstanden im Landesinnern und schufen sich allmählich neue organisatorische Formen. Diese Widerstandspraxis unterschied sich deutlich von den ersten spontanen Massenaufständen gegen die Umsetzung des neoliberalen Programms. Schnell weiteten sich diese neuen Kampfformen auf das ganze Land aus. Ein kollektiver Lernprozess von unten veränderte die gesellschaftliche Szenerie. Zu ihm gehörten lokale Streiks, Massenmobilisierungen, Escraches, Besetzungen von Universitäten und weiterführenden Schulen usw.

1997 errichteten Mitglieder der LehrerInnengewerkschaft vor dem Parlamentsgebäude in Buenos Aires das »Weiße Zelt«. Mit dieser Initiative schlug die Gewerkschaft den Weg zeitlich befristeter Hungerstreiks von LehrerInnen ein, um gegen die finanzielle Krise und die Umstrukturierungspläne des öffentlichen Schulsystems zu protestieren. In der ganzen Gesellschaft wuchs die Vielfalt von Aktionsformen proportional zur Durchsetzung immer unsicherer und entregulierterer Arbeits- und Lebensbedingungen.

1997 traten Frepaso und UCR in eine Parteienkoalition mit Namen La Alianza ein. Wenn diese auch nicht die zentralen Aspekte des herrschenden Modells in Frage stellte, so versprach sie doch, im Namen einer Politik der Transparenz gegen die Korruption vorzugehen und einen größeren sozialen Ausgleich anzustreben. Bei Parlamentswahlen im Oktober diesen Jahres fügte die Alianza dem Peronismus eine Niederlage zu, als sie in der Provinz Buenos Aires, die als wichtigste Hochburg der PJ galt, die Mehrheit gewann. In der Endphase des Menemismus vervielfachten sich die sozialen Konflikte. Auch in dem die Hauptstadt umgebenden städtischen Gürtel begannen sich Piquetero-Organisationen herauszubilden.

1999 wurden Präsidentschaftswahlen abgehalten. Der Kandidat der Oppositionsallianz und UCR-Chef Fernando de la Rúa besiegte seinen Gegenspieler, den Peronisten Eduardo Duhalde. Die Wahlfront Frepaso stellte mit Chacho Álvarez den Vizepräsidenten des Landes.

1999 – 2001:

Kurz nach dem Amtsantritt der neuen Regierung blockierten Staatsangestellte und LehrerInnen, die schon mehrere Monate auf ihren Lohn warteten, die Brücke zwischen den Provinzen Corrientes und Chaco. Der neue Innenminister, der dem als fortschrittlich be-

trachteten Flügel der Regierungskoalition angehörte, ordnete die gewaltsame Räumung der Brücke durch die Polizei an, bei welcher diese zwei Demonstrierende umbrachte. Trotz ihrer Wahlversprechen setzte die Regierung der Alianza die Politik der Härte gegenüber den sozialen Bewegungen fort. In der Folgezeit verloren mehr als ein Dutzend soziale AktivistInnen durch Polizeigewalt ihr Leben.

Im April 2000 brachte die Regierung gegen massiven Widerstand den Entwurf einer Arbeitsrechtsreform ins Parlament ein, welche die vom Menemismus verfolgte Politik der Entrechtlichung und Deregulierung der Lohnarbeit fortschrieb. Kurz danach, im August desselben Jahres, wurde bekannt, dass die Mitglieder des Senats Bestechungsgelder erhalten hatten, damit sie der neuen Arbeitsrechtsgesetzgebung zustimmten. Als Reaktion darauf, dass die übrige Regierung nur wenig Bereitschaft zeigte, gegen die Verantwortlichen des Skandals vorzugehen, trat Vizepräsident Álvarez im Oktober 2000 von seinem Posten zurück. Dieser Amtsverzicht ließ den Bruch innerhalb der Regierungskoalition deutlich werden.

Der Rücktritt des Vizepräsidenten wurde auch von den Vermögenden und Konzernen als Schwäche interpretiert. Sie brachten ihr Kapital verstärkt im Ausland »in Sicherheit«. Die Destabilisierung der Wirtschaft und die drohende Zahlungsunfähigkeit nötigte den Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) im darauf folgenden Februar 2001 dazu, ein außergewöhnliches Hilfspaket von mehr als 20.000 Mio. US-Dollar Kreditzusagen zu schnüren, damit die argentinische Regierung den anstehenden internationalen Kreditverpflichtungen nachkommen konnte.

Offiziell wurde geschätzt, dass die Hälfte der Erwerbsbevölkerung ohne Arbeit war oder sich als Unterbeschäftigte in zeitlich befristeten oder prekären Arbeitsverhältnissen befand. Die ökonomisch-soziale Krise beschleunigte die politische und umgekehrt. Im März 2001 trat auf Druck der wirtschaftlichen Machteliten ein neuer Wirtschaftsminister sein Amt an, der strukturelle Anpassungsmaßnahmen von über fünf Milliarden US-Dollar vorschlug, was Haushaltskürzungen und sogar die Schließung öffentlicher Universitäten zur Folge gehabt hätte. In der Gesellschaft kam es zu einem derartigen Aufbegehren gegen die geplanten Maßnahmen, dass der frischgebackene Minister sogleich seinen Hut nehmen musste. Um das »Vertrauen der Märkte« in die Re-

gierungspolitik zurückzugewinnen, trat Domingo Cavallo auf den Plan, der schon einmal während der ersten Präsidentschaft Menems die Wirtschaftspolitik der Regierung geleitet hatte und als Schöpfer der Peso-Dollar-Parität galt. In den sechs Monaten seiner Amtszeit versuchte Cavallo mit – scheinbar unvermeidlich erscheinenden – Maßnahmen, den ökonomischen Zusammenbruch sowie die innere und äußere Zahlungsunfähigkeit des argentinischen Staates zu verzögern.

Im Mai 2001 kam es zu einem Ereignis, das eine ungeahnte Größenordnung annahm. Es ging um die drohende Schließung der argentinischen Fluggesellschaft *Aerolíneas Argentinas*. Die Privatunternehmen, in deren Händen sich die ehemals staatliche Gesellschaft befand – unter ihnen die privatisierte spanische Iberia –, hatten diese vollständig ausgeplündert und ließen sie auf den Bankrott zusteuern. Was anfänglich einen Konflikt mit den Gewerkschaften darstellte, wurde zu einem Skandal, der die gesamte Gesellschaft erschütterte. Die Schließung der argentinischen Fluglinie wurde zum Symbol für den neoliberalen Ausverkauf des Landes.

Parallel dazu erreichten die sozialen Konflikte immer größere Ausmaße. Im Juni kam es zu einer Straßenblockade bei General Mosconi, einer der größten Ölraffinerien Argentiniens im Norden des Landes. Die *Piqueteros* besetzten die Zugangsstraße zum Unternehmen, um ihrer Forderung nach staatlich finanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, den sog. *Planes Trabajar*, Nachdruck zu verleihen. Bei der brutalen Niederschlagung der Blockade-Aktion durch private Sicherheitskräfte verloren einige Menschen das Leben.

Im Sommer 2001 kommt die erste landesweite *Piquetero*-Versammlung (*Primer Congreso Nacional Piquetero*) zusammen, um die Erfahrungen mit dieser Widerstandsform auf Landesebene zu koordinieren. Es wurde ein Aktionsplan verabschiedet, der die zeitweilige Blockade wichtiger Landstraßen sowie der Zugangsstraßen zur Hauptstadt beinhaltete. Die auf dem Kongress erreichte Einheit währte jedoch nicht lange.

Die politische, soziale und ökonomische Krise war inzwischen mehr als offensichtlich. In allen Provinzen des Landes wurden umfangreiche Protesttage veranstaltet, aber es multiplizierten sich auch die Erfahrungen von Gegenmacht, die noch nicht vollständig sichtbar waren. Im Oktober 2001 standen zwei Drittel der

Sitze des Kongresses zur Wahl an. Der Urnengang vollzog sich in einem Klima verstärkter sozialer Konflikte, in denen aber auch eine tiefgehende Abneigung gegen das politische System zum Ausdruck kam. Wahlsieger wurde der Peronismus mit 31 Prozent der abgegebenen Stimmen, die *Alianza* bekam zehn Prozentpunkte weniger. Das Bemerkenswerteste dieses Urnengangs war aber, dass 40 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung ihren Wahlzettel ungültig ausfüllten – das sog. *voto bronca* (Wahlzettel der Wut) – oder nicht zur Wahl gingen, obwohl in Argentinien Wahlpflicht besteht.

Die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung kann ihre Schwäche zu keinem Zeitpunkt bemänteln. Am 3. Dezember 2000 beseitigt sie per Dekret die feste Anbindung des Peso an den Dollar und beschließt, die deponierten Sparfonds des Landes einzufrieren – zu einem Zeitpunkt, zu dem die InhaberInnen größerer Kapitalguthaben schon längst ihre »Schäfchen ins Trockene«, sprich ins Ausland, gebracht hatten. Die »Einfriedung« der Finanzen (*corralito financiero*) war nötig geworden, weil die Banken die kleinen und mittleren SparerInnen nicht mehr bedienen konnte, welche die Hauptleidtragenden der Regierungsmaßnahme waren. Aus ohnmächtiger Wut entstand eine breite Bewegung von KleinsparerInnen (*Movimiento de Ahorristas*).

Die durch den *Corralito* bedingte drastische Einschränkung des Geldumlaufs und die damit einhergehende Unsicherheit brachte die wirtschaftlichen Tätigkeiten fast vollständig zum Erliegen. Am 15. Dezember kommt es zu den ersten Plünderungen von Supermärkten. Am 19. Dezember wird der Ausnahmezustand verkündet. Noch am selben Abend sowie am darauf folgenden 20. Dezember beginnt der Aufstand.

Dezember 2001 – Januar 2002:

Die Massendemonstrationen des 20. Dezember auf den Straßen von Buenos Aires hinterließen mehr als ein Dutzend Tote. Auch in anderen Städten, wie zum Beispiel Rosario, gab es gewaltsame Auseinandersetzungen und Ermordete. Durch den Druck des Volksaufstands trat um 20 Uhr Staatspräsident de la Rúa zurück, der angesichts der Einkreisung des Regierungspalasts, der *Casa Rosada*, durch die Demonstrierenden vom Dach des Gebäudes aus mit einem Hubschrauber ausgeflogen werden musste. Mit zum Amtsverzicht beigetragen hatte die Weigerung des Peronismus, in

eine Regierungskoalition mit der Alianza einzutreten. Erst in den Abendstunden leerten sich langsam die Straßen.

Zu dieser Zeit tauchten in der Nähe des Obelisken – der einen zentralen Platz der Innenstadt von Buenos Aires ziert – in Zivil gekleidete Kommandos der staatlichen Geheimdienste auf. Wie zu Zeiten der letzten Diktatur stiegen sie aus ihren Fahrzeugen ohne Kennzeichen und schossen mit Schnellfeuergewehren in die Menschenmenge, die sich ermüdet auf dem Heimweg befand. Neun DemonstrantInnen wurden dabei ermordet.

Alle Fernseher waren eingeschaltet. Die Regierung existierte nicht mehr. Ein Blick ins Stadtzentrum: ramponierte Autos und eingeschlagene Schaufensterscheiben.

Bekannt wurde die Zahl von 40 Toten im ganzen Land. Es bleiben viele Zweifel sowohl über die Zahl als auch die Umstände dieser Ereignisse. Denn obwohl viele Morde von JournalistInnen, FotografInnen und anderen AugenzeugInnen sowie in einigen Fällen sogar Gerichtsbeamten dokumentiert worden sind, ist bisher noch kein einziger der Verantwortlichen verhaftet oder verurteilt worden.

Die Tage nach dem Aufstand waren vom Abwarten geprägt. Die Bevölkerung widmete sich der kollektiven Debatte der Ereignisse. In einer von beiden Kammern des argentinischen Kongresses – dem Abgeordnetenhaus und dem Senat – gebildeten außerordentlichen gesetzgebenden Versammlung ging es um die Präsidentschaftsnachfolge. Die Lage war in der Tat komplex: Mit dem Rücktritt von Fernando de la Rúa hätte eigentlich der Vizepräsident seine Stelle einnehmen müssen. Der zu Beginn der Legislaturperiode in dieses Amt gewählte Carlos »Chacho« Álvarez war jedoch vor mehr als einem Jahr zurückgetreten, obwohl seine Partei auch weiterhin eine gewisse Anzahl von MinisterInnen stellte. So fiel die provisorische Präsidentschaftsnachfolge an den amtierenden Senatspräsidenten, den Peronisten und Gouverneur der Provinz Misiones, Ramón Puerta. Dieser musste allerdings innerhalb weniger Stunden zurücktreten, weil er – als Folge einer Spaltung der PJ in der Frage der zukünftigen Präsidentschaft – nicht die Unterstützung der von seiner Partei geführten Provinzen erhielt.

Der politische Hintergrund dieses Tauziehens war heikel. Sowohl die bisher regierende Alianza als auch der Peronismus hatten jedes Prestige verloren. So war die peronistische Regierung am Ende

der Amtszeit von Carlos Menem vollständig diskreditiert. Und auch der Gegenspieler Menems, der peronistische Senator – und heutige Staatspräsident – Eduardo Duhalde, der acht Jahre lang die wichtige Provinz Buenos Aires regiert hatte, unterlag 1999 bei den Präsidentschaftswahlen gegen Fernando de la Rúa. Nach Einschätzung vieler ParteipolitikerInnen hätten jedoch sofortige Neuwahlen das Ende des bisherigen Parteiensystems bedeutet, weil durch die enorme Wahlenthaltung sowie die Wahl kleinerer oder neuer Parteien die Strukturen, auf der die »Regierungsfähigkeit« beruhte, zerstört worden wären.

Obwohl die peronistische Partido Justicialista nicht in der Lage war, zu einheitlichen Kriterien zu gelangen, was die Ernennung eines neuen Präsidenten aus ihren Reihen anging, beschloss die gesetzgebende Versammlung: erstens dass der neue Präsident aus dem Peronismus kommen solle; zweitens dass unmittelbare Neuwahlen eine ernsthafte Gefahr darstellten und deshalb eine Übergangsregierung ernannt werden sollte, die in einigen Monaten Neuwahlen organisieren würde; drittens dass die neu ernannte Regierung die Unterstützung des Parlaments genießen solle. Unter dem Versprechen, das soziale Klima zu beruhigen, nur einige Monate im Amt zu bleiben und danach Neuwahlen auszuschreiben, trat inmitten fiebriger Verhandlungen überraschend der peronistische Gouverneur der Provinz San Luís, Adolfo Rodríguez Saá, das oberste Staatsamt an.

In den wenigen Tagen seiner Übergangsregierung schaffte er es, das Misstrauen aller politischen Akteure auf sich zu ziehen. Durch die Einstellung der staatlichen Schuldendienstzahlungen an private Gläubiger machte er sich die gesamte nationale und internationale Wirtschafts- und Finanzwelt zum Feind. Sodann traf er sich mit allen – so mit den Madres de Plaza de Mayo, mit Piqueteros, aber auch mit hohen Militärs – und versprach ihnen die Einlösung ihrer jeweiligen Forderungen. Und schließlich kündigte er die Abschaffung der Peso-Dollar-Konvertibilität an, was die Angst vor einer möglichen Hyperinflation schürte. Zudem beging Rodríguez Saá einen unverzeihlichen Fehler: In der Eile der Regierungsbildung – so seine spätere Ausrede – ernannte er MinisterInnen und oberste Staatsbeamten, die sich schon unter Menem aufgrund ihrer Korruption und faschistischen Einstellungen einen wenig schmeichelhaften Ruf erworben hatten. Zeitgleich zur gesetzgebenden Versammlung entstand die Bewe-

gung der Stadtteilversammlungen (Asambleas), die dem Aufbegehren der Menschen auf den Straßen immer wieder neuen Ausdruck verlieh. So bereitete ein Cacero-lazo – das unermüdliche und tausendfache Klopfen auf Kochtöpfe – der empörten Massen der neuen Regierung ein Ende. Erneut wiederholte sich das gleiche Spiel. Diesmal versuchte sich Eduardo Caamaño, Präsident des Abgeordnetenhauses, mit der Regierungsbildung – nur mit dem Unterschied, dass Caamaño, als treuer Vasall von Eduardo Duhalde, diesem den Weg zu Präsidentschaftswürden ebnet sollte. In der Tat wird Anfang Januar Duhalde zum neuen Staatschef gekürt. Er bekommt die Verpflichtung auf den Weg, die reguläre Amtszeit des (damaligen) Regierungsbündnisses unter de la Rúa auszuschöpfen.

Januar – Juli 2002:

Hier handelte es sich um die Periode des ökonomischen Desasters. Die Duhalde-Regierung schaffte die fast zehnjährige Währungsparität ab – der argentinische Peso ist heute, Anfang 2003, nur noch ein Drittel eines US-Dollars wert – und wandelte die in Dollar angelegten Bankguthaben in Peso um. Das gleiche galt für das Eigentum von Firmen und Privatpersonen. Während die entstandenen Verluste der Banken und Großunternehmen kompensiert wurden, begannen die leer ausgehenden KleinsparerInnen, die Ahorristas, sich zu einer spontanen Bewegung zu formieren, welche die Konfiszierung ihrer Guthaben nicht akzeptieren wollte und direkte Aktionen gegen Zweigstellen und Büros der Banken durchzuführen begann.

Die Preise für importierte Waren – und auch der Produkte mit »exportierbaren« Komponenten – stiegen im Rhythmus der Dollaraufwertung. Die Armut im Land wuchs mit unvorstellbarer Geschwindigkeit. Angesichts einer Verdreifachung der Grundnahrungsmittelpreise in wenigen Monaten, einer Entlassungswelle sondergleichen und eines Reallohnverfalls von 300 Prozent, ohne dass es dabei zu Erhöhungen der Nominallöhne kam, gerieten 60 Prozent der Bevölkerung in ihren Sog.

Die Wirtschaft schlitterte in einen rezessiven Strudel, der einen Großteil der ökonomischen Tätigkeiten im Land erlahmen ließ. Die Einfuhr nahm rapide ab und auf dem Markt wurden Waren rar. In diesem Kontext wird der Boom der wie Pilze aus dem Boden wachsenden Tauschringe verständlich. Es bildeten sich die

ersten autonomen Formen der Produktion in von ArbeiterInnen besetzten Fabriken und Werkstätten. Bei den unzähligen Straßenblockaden und Stadtteilversammlungen machten (und machen) die Menschen intensive Erfahrungen der Selbstregierung.

Die politischen Parteien waren nicht in der Lage, die Krisenprozesse zu lindern, geschweige denn zu steuern. Gerüchte gingen um, dass Menem, der auf eine Rückkehr zu den Trögen der Macht hoffte, auf die politische Rechte, die Hyperinflation, das Scheitern der Regierung und das »rettende« Eingreifen der Militärs setzen würde. Sein Programm: die vollständige Dollarisierung des Landes, die Unterstützung des unter Federführung der USA gegen Kolumbien gerichteten Plan Colombia sowie eine stabile peronistische Staatsführung.

Zwei wichtige Ereignisse kennzeichnen das Ende dieser Periode im Sommer 2002. Einerseits schaffte es die Regierung, eine Hyperinflation zu vermeiden und erfand – dank der Hilfgelder internationaler Finanzinstitutionen – ein neues soziales Hilfsprogramm: die Planes Trabajar. Sie sind von internationalen Kreditinstitutionen der nationalen Regierung zur Verfügung gestellte und von Städten und Gemeinden verteilte Hilfgelder. Für heute – nach der Umstellung auf einen flottierenden Wechselkurs – umgerechnet 50 Dollar leisten Arbeitslose dafür Arbeiten für die lokalen Behörden. Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gaben den lokalen peronistischen Parteiverantwortlichen ein Instrument korporativer Einbindung an die Hand, um gegen die Piqueteros mit ihrer enormen Anziehungskraft zu konkurrieren. (Inzwischen verwalten die Piqueteros viele dieser Maßnahmen autonom und entscheiden dabei auch, welche Arbeiten zu verrichten sind.) Andererseits kam eine Repressionsstrategie zur Anwendung, die auch vor Attentaten auf BasisaktivistInnen nicht zurückschreckte.

Ab August 2002:

Die bis in die Gegenwart reichende Zeitspanne ist auf der parlamentarisch-politischen Ebene durch die abgrundtiefe Krise aller Parteien sowie durch die Debatte über die – schließlich auf den 27. April 2003 festgelegten – landesweiten Neuwahlen geprägt. Die Parteilinke ist ebenfalls in hohem Maße diskreditiert und fällt für viele als Wahloption aus, was auch auf ihr sektiererisches Verhalten in den Stadtteilversammlungen und in den sozialen Bewegungen insgesamt zurückzuführen ist.

Die Regierungsparteien der Zeit nach der Militärdiktatur – PJ, UCR und Frepaso – sind innerlich zerspalten. Der Peronismus bietet gleich drei Kandidaten gleichzeitig für die Wahlen am 27. April 2003 auf: Menem, Rodríguez Saá sowie den Kandidaten der derzeitigen Regierung, Néstor Kirschner, Gouverneur der im Süden des Landes gelegenen Provinz Río Negro. Die Unión Cívica Radical weist einen »Mitte-Links«-Flügel – mit der in der Öffentlichkeit bekannten und geschätzten Kandidatin Elisa Carrió – sowie einen »rechten« und offen neoliberalen Flügel auf. Angeführt wird dieser von López Murphy, einem liberalen »rationalen« Ökonomen, der programmatisch Menem nahe steht, aber auch der Alianza als Wirtschaftsminister diene.

Nicht zu den Wahlen präsentieren sich hingegen der freie Abgeordnete Luis Zamora (siehe dessen Beitrag in diesem Band) sowie die Basisgewerkschaft CTA mit ihrem Vorsitzenden Victor de Gennaro. Diese und andere Kräfte wollen so etwas wie eine argentinische PT (die brasilianische »Arbeiterpartei«, die mit dem Präsidenten Lula seit kurzem die Regierung stellt). Während aber Zamora, zusammen mit Versammlungen und autonomen Organisationen, die Aprilwahlen boykottieren will, wird die CTA sicherlich punktuelle Vereinbarungen mit »progressiven« VertreterInnen anderer Parteien eingehen, während sie für die darauf folgenden Wahlen eigene Kandidaturen vorbereitet.

In ökonomischer Hinsicht hat der Erfolg der örtlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme sowie die bewusste Abstufung inflationsfördernder Maßnahmen den freien Fall in den ökonomisch-sozialen Abgrund verhindern können. Allerdings kommt es weder zu einem wirtschaftlichen Wachstum, noch können die für die meisten Menschen fatalen alltäglichen Auswirkungen der Krise aufgefangen werden. Die Regierung hat es erreicht, bedeutende Teile der Piquetero-Bewegung zu kooptieren, die Zahl der Cacerolazos einzuschränken und – in einer Atmosphäre relativer, aber prekärer »Stabilität« – zu landesweiten Neuwahlen aufrufen zu können. Der Dollarkurs hat sich anscheinend auf der Höhe von 3,30:1 stabilisiert.

Entscheidend in diesem Zusammenhang war die Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), durch den Argentinien erneut Zugang zu auswärtigen Krediten bekommen hat und die Zahlungseinstellung bei den bisher eingegangenen internationalen Kreditverpflichtungen verhindert (bzw. aufgeschoben)

wurde. Die Regierung hat sich dabei auf die Privatisierung der öffentlichen Banken sowie auf die Erzielung eines Haushaltsüberschusses festgelegt, der durch extrem schmerzhaftes Budgetkürzungen erreicht werden soll, um den auswärtigen Schuldendienst bewerkstelligen zu können.

Das Lager der sozialen Basisbewegungen ist von vielfältigen Debatten und Trennungen durchzogen sowie von einer enormen Vielfalt an Initiativen geprägt. Dabei sind auch weiterhin drei grobe Richtungen bestimmend, die sich schon zu Beginn der Krise herauskristallisiert hatten: ein traditionell marxistisch-leninistisch orientierter Sektor, der auf die Machteroberung, die Linksparteien und die von ihr beeinflussten Piquetero-Organisationen setzt; zweitens ein am Modell der brasilianischen PT ausgerichteter Sektor, der die CTA, die weniger »harten« Piquetero-Organisationen umfasst und die Mitte-Links-Parteien stützen will. Der dritte Sektor besteht aus Piqueteros und Versammlungen, die keiner der beiden anderen Strömungen vertrauen, sondern die vielmehr in praktischen Experimenten am Aufbau einer Gegenmacht von unten arbeiten und über Formen nicht-zentralisierter Organisationsformen debattieren. Sie beziehen ihre Inspiration eher von der mexikanischen EZLN oder von den neuen radikalen Bewegungen Lateinamerikas wie der brasilianischen Landlosenbewegung MST.

(Die Chronologie basiert auf einem Text des Colectivo Situaciones und wurde von Stefan Armbrorst bearbeitet.)

Zu den AutorInnen

Stefan Armborst, Romanist und Politikwissenschaftler, war in den 90er Jahren u.a. in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) aktiv und lebt heute als Übersetzer in Olba, Spanien.

Alix Arnold lebt und arbeitet im SSK, der Sozialistischen Selbsthilfe Köln, erkundet zum Zeitpunkt der Entstehung des Buches die Geheimnisse der Kachelproduktion und der Arbeiterkontrolle in der besetzten Fabrik Zanon in Neuquén und empfiehlt zu diesen und ähnlichen Fragen www.wildcat-www.de.

Ulrich Brand ist Mitglied im Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft der BUKO und arbeitet an der Universität Kassel. Mitherausgeber von Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis (2. Auflage 2002) und Mitautor eines politischen Reisebuches zu Argentinien und Uruguay (1999).

Colectivo Situaciones ist Edgardo Fontana, Natalia Fontana, Verónica Gago, Fabio Romanella, Mario Santucho, Sebastián Scolnik, Diego Sztulwark; sie haben Soziologie, Politikwissenschaft oder Philosophie studiert, reproduzieren sich durch verschiedene nicht-akademische Tätigkeiten und leben alle in Buenos Aires.

Escena Contemporánea ist eine seit 1998 bestehende Halbjahreszeitschrift für Kultur und Politik, die von jüngeren AkademikerInnen gemacht wird und zum Ziel hat, politische, kulturelle und akademische Diskussionen Argentiniens zu beeinflussen.

Horacio González, Soziologe, Professor an der Universität von Buenos Aires, ist spezialisiert auf argentinische Literatur und Politik, Direktor der Zeitschrift El Ojo Mocho und Autor u.a. von Restos pampeanos (1999) und La crisálida (2001).

León Rozitchner, Philosoph, Professor an der Universität von Buenos Aires, arbeitet insbesondere zu Fragen der Subjektivität, Autor unter anderem von Freud y los límites del individualismo burgués (1972),

Perón, entre la sangre y el tiempo. Lo inconciente y la política (1979) und La cosa y la cruz. Cristianismo y capitalismo. En torno a las confesiones de San Agustín (1997).

Stefan Thimmel, Architekt und Mitautor eines politischen Reisebuches zu Argentinien und Uruguay (Frankfurt/M. 1999), lebt als Gutachter und freier Autor in Berlin.

Luis Zamora, Rechtsanwalt, Menschenrechtsaktivist, zeitweise Vorsitzender der trotzkistischen Partei Movimiento al Socialismo, 1989 Abgeordneter im argentinischen Parlament. Ende der 90er brach er mit der traditionellen Linken und ist derzeit unabhängiges Mitglied des argentinischen Abgeordnetenhauses. Er verzichtete Ende 2002 auf eine Kandidatur für das Präsidentschaftsamt, obwohl er in Meinungsumfragen gute Ergebnisse aufweisen konnte.

Raúl Zibedi, Journalist und Wissenschaftler mit Schwerpunkt Lateinamerika. Derzeit Redakteur des internationalen Teils der linken uruguayischen Zeitung Brecha; Autor u.a. von La mirada horizontal (1997) und Genealogía del argentinazo (2003, im Erscheinen).